

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 115/XLIII

Ökonominnen. Frauen in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften

Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XLIII

Von

Günther Chaloupek, Uwe Dathe, Svenja Flechtner,
Hans Frambach, Christina Gathmann, Lachezar Grudev,
Harald Hagemann, Christian Kremser, Daniel Nientiedt, Bertram Schefold,
Reinhard Schumacher, Eva Sierminska, Matthias Störring

Herausgegeben von
Rainer Klump



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 115/XLIII

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115/XLIII

Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XLIII



Duncker & Humblot · Berlin

Ökonominnen. Frauen in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften

Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XLIII

Von

Günther Chaloupek, Uwe Dathe, Svenja Flechtner,
Hans Frambach, Christina Gathmann, Lachezar Grudev,
Harald Hagemann, Christian Kremser, Daniel Nientiedt, Bertram Schefold,
Reinhard Schumacher, Eva Sierminska, Matthias Störring

Herausgegeben von

Rainer Klump



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde auf Basis der Open Access-Lizenz CC BY 4.0 (s. <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>) veröffentlicht. Die E-Book-Version ist unter <https://doi.org/10.3790/978-3-428-59638-6> abrufbar.

Die freie Verfügbarkeit des E-Books wurde ermöglicht durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.



© 2025 die Autorinnen und Autoren
Erschienen bei Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Printed in Germany

ISSN 0505-2777
ISBN 978-3-428-19638-8 (Print)
ISBN 978-3-428-59638-6 (E-Book)
DOI 10.3790/978-3-428-59638-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Als der Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften im Juni 2023 beschloss, sich auf seiner Jahrestagung 2024 mit dem Thema *Frauen in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften* zu beschäftigen, war nicht absehbar, dass kurz darauf der Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften an Claudia Goldin verliehen werden würde. Die ehrenvolle Auszeichnung für die Harvard-Ökonomin unterstrich damit noch einmal die Bedeutung des gewählten Tagungsthemas und betont die Aktualität der Beiträge des vorliegenden Sammelbandes, des 43. in der Reihe *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie*. Die Tagung selbst fand Ende Mai/Anfang Juni 2024 in Fulda statt. Dank großzügiger Unterstützung durch das Kulturamt der Stadt unter der Leitung von Dr. Thomas Heiler konnte einer der historischen Säle des Stadtschlusses für die Vorträge und Diskussionen genutzt werden. Zusätzlich konnten die Mitglieder und Gäste des Ausschusses auch noch ein attraktives Rahmenprogramm in Fulda absolvieren.

Claudia Goldin, die Arbeitsökonomin, war gegenüber 90 Männern erst die dritte Frau, die den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften zuerkannt bekam, und die erste Frau, die den Preis alleine erhielt. Erstmals war dieser Preis 2009 mit Elinor Ostrom einer Frau für ihre innovativen institutionenökonomischen Forschungen zuerkannt worden;¹ die Preisträgerin musste ihn sich aber mit einem Mann teilen. Die 46-jährige Esther Duflo, die den Preis 2019 für ihre Arbeiten zur Armutsforschung und Entwicklungsökonomik zusammen mit zwei Kollegen erhielt,² war dann immerhin die jüngste Preisträgerin überhaupt in dieser Kategorie. Das Ungleichgewicht der Geschlechter führt überdeutlich vor Augen, wie stark die wirtschaftswissenschaftliche Forschung bis heute von männlicher Dominanz gekennzeichnet ist, und dies nicht nur im Segment der Spitzenforschung.³

Goldin hat in ihren Arbeiten, wie *Christina Gathmann und Eva Sierminska* (Esch-sur-Alzette/Luxemburg) in dem Beitrag zeigen, der am Beginn dieses

¹ Vgl. die Würdigungen durch *Nutzinger* (2010) und *Stollorz* (2011) anlässlich der Nobelpreisverleihung sowie die Nachrufe von *Wilson* (2012) in *Science* und von *Janssen* (2012) in *Nature*.

² Zu den innovativen Methoden der Feldforschung, die Duflo einsetzt, vgl. *Kucklick* (2019) sowie die Würdigung anlässlich der Nobelpreisverleihung durch *Menkhoff/Seitz* (2020).

³ Vgl. dazu etwa die Beiträge in *Lundberg* (2020).

Sammelbandes steht,⁴ immer wieder die sich verändernde Rolle von Frauen im Wirtschaftsleben seit Beginn der Industrialisierung untersucht. Sie hat dabei den Einfluss von ökonomischen und politischen Entwicklungen, Bildungschancen, gesellschaftlichen Rollenmodellen und institutionellen Möglichkeiten bzw. Beschränkungen betont. Es liegt nahe, vergleichbare Faktoren auch für das Vordringen akademisch tätiger Ökonominen innerhalb des Faches und in die damit verbundene fachinterne und öffentliche Aufmerksamkeit zu berücksichtigen.

Die weiteren Beiträge des vorliegenden Bandes tun dies, indem sie Leben und Werk von acht Frauen beleuchten, die in einem Zeitraum zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Beginn des 21. Jahrhunderts lebten und in unterschiedlicher Weise Beiträge zur Entwicklung der ökonomischen Theorie geliefert haben. Darunter finden sich international bekannte Namen neben solchen, die man nur noch in Fachkreisen erinnert, und auch einigen, die heute fast völlig in Vergessenheit geraten sind. Die Anordnung der Beiträge nach dem Geburtsjahr der behandelten Protagonistin soll es ermöglichen zu erkennen, in welcher Weise sich das professionelle Arbeitsumfeld im Zeitablauf verändert hat. Der Vergleich der fünf behandelten deutschsprachigen mit drei englischsprachigen Frauen enthüllt Unterschiede in den gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Ökonominen. Eine Gemeinsamkeit der drei betrachteten Engländerinnen ist die Ehe mit ebenfalls wissenschaftlich und publizistisch tätigen Männern, was einerseits die intellektuelle Emanzipation erleichtert haben mag, aber andererseits auch dazu führte, dass mindestens bei zweien von ihnen die wissenschaftliche Anerkennung eines eigenständigen Werks erst mit Verzögerung einsetzte. Für vier der fünf aus Deutschland bzw. Österreich stammenden Frauen hatte das Nazi-Regime fatale Auswirkungen, die zur erzwungenen Emigration und in einem Fall, dem von Cläre Tisch, in die Deportation und zur Ermordung führten.

Am Beginn der Fuldaer Tagung wurde im Ausschuss auch die Frage diskutiert, welche Rolle Frauen in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften bereits vor dem 19. Jahrhundert spielten. Aus unterschiedlichen Gründen konnten keine Beiträge zu vormodernen Ökonominen in diesen Sammelband aufgenommen werden, sodass hier auf weiterführende Literatur verwiesen werden muss. *Kerstin Droß-Krüpe* (Kassel/Köln) berichtete über erfolgreiche Unternehmerinnen in der Antike, insbesondere im hellenistischen und römischen Ägypten. Dort widmeten sich mehrere neo-pythagoräische Philosophin-

⁴ Eine frühere Fassung des Beitrags erschien anlässlich der Nobelpreisverleihung an Claudia Goldin und wurde für die Wiederveröffentlichung leicht überarbeitet; vgl. *Gathmann/Sierminska* (2023). Die Verfasserinnen und der Herausgeber danken dem ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft für die Genehmigung zum Nachdruck.

nen – genauso wie ihre männlichen Kollegen – grundlegenden Fragen einer erfolgreichen Lebensführung, die eben auch wirtschaftliches Handeln einschloss.⁵ *Charlotte Backerra* (Göttingen/Klagenfurt) stellte an verschiedenen Beispielen vor, wie sich regierende Fürstinnen in der frühen Neuzeit wirtschaftlich erfolgreich betätigten.⁶ Die Regentinnen entwickelten keine eigenständigen Wirtschaftstheorien, konnten aber, wie etwa das Beispiel von Maria Theresia in Österreich zeigt, kameralistisches Wirtschaftsdenken massiv fördern.⁷

Setzt man den Beginn moderner Wirtschaftstheorie im engeren Sinne mit dem 1776 erschienenen *Wealth of Nations* von Adam Smith an, dann ist es nicht erstaunlich, dass sich auch die ersten modernen Ökonominen an diesem Werk orientierten. *Polkinghorn/Thomson* (1999) verweisen auf Jane Marcet (1769–1858) und Harriet Martineau (1802–1876) als die ersten der *Adam Smith's daughters*, die mit den *Conversations on Political Economy* (Marcet 1816) bzw. den sechsbändigen *Illustrations on Political Economy* (Martineau 1834) zur Verbreitung der Lehren der ökonomischen Klassik beitrugen. Wenig später spielte Harriet Taylor Mill (1807–1858) eine bedeutende Rolle als – allerdings nicht explizit genannte – Ko-Autorin ihres Gatten John Stuart Mill, nicht zuletzt bei einigen Kapiteln der *Principles of Political Economy* (Mill 1848) oder dem großen Werk *On Liberty* (Mill 1859). *Friedrich August von Hayek* (1951) hat durch die Herausgabe des Briefwechsels zwischen beiden viel dazu beigetragen, diese herausragende intellektuelle Partnerschaft transparenter zu machen.⁸

Die Chronologie in diesem Sammelband beginnt mit dem Beitrag von *Christian Kremser* (Frankfurt am Main) über Beatrice Webb (1858–1943). Auch das Werk von Beatrice Webb stand lange im Schatten ihres Gatten Sidney Webb, mit dem sie immerhin eine große Zahl gemeinsamer Schriften veröffentlichte. Gleichwohl wurde ihr eine wissenschaftliche Bedeutung eher für die Entwicklung der Soziologie als für die Wirtschaftswissenschaften zuerkannt. Kremser würdigt Beatrice Webb als Wegbereiterin einer feministischen Ökonomik, die schon früh die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit anmahnte. Er sieht sie aber vor allem als eine herausragende Vertreterin einer kontextualen Ökonomik, die sich mit der Entstehung, der ökonomischen Wirkung und der Veränderung sozialer Institutionen

⁵ Vgl. hierzu die Beiträge in *Pomeroy* (2013) sowie neuerdings *Twomey* (2023).

⁶ Vgl. hierzu etwa die Beiträge in *Tanner* (2019) oder den Überblick von *Woodacre/Rodrigues* (2024).

⁷ Vgl. hierzu etwa *Chaloupek* (2008) und *Stollberg-Rillinger* (2018), S. 534 ff.

⁸ Eine deutsche Übersetzung dieses Briefwechsels findet sich zusammen mit weiteren Beiträgen von Harriet Taylor in *Ackermann* (2021).

nen beschäftigte und damit sowohl auf die Jüngere Historische Schule in Deutschland als auch auf den amerikanischen Institutionalismus ausstrahlte.

Polkinghorn/Thomson (1999) zählen mit Rosa Luxemburg (1871–1919) auch eine Vertreterin marxistischer Ökonomik zu den *Adam Smith's daughters*. *Günther Chaloupek* (Wien) behandelt in seinem Beitrag für den vorliegenden Band mit der gleichaltrigen Helene Bauer (1871–1942) eine Vertreterin des Austro-Marxismus, die in Zürich 1905 promoviert wurde und sich u. a. kritisch mit Luxemburgs Imperialismustheorie auseinandersetzte. Auch sie stand lange im Schatten ihres zweiten Ehemanns Otto Bauer, des führenden Theoretikers der österreichischen Sozialdemokratie vor und nach dem I. Weltkrieg. Helene Bauer publizierte aber zahlreiche Beiträge zu ökonomischen Themen in eigenem Namen, und dies auch noch nach der 1934 erzwungenen Emigration aus Österreich.

Mit Charlotte Leubuscher (1888–1961) widmen sich *Svenja Flechtner*, *Reinhard Schumacher* und *Matthias Störring* (Siegen/Berlin) einer der Pionierinnen der akademischen Nationalökonomie in Deutschland. Sie war eine der ersten Frauen, die das Fach in Deutschland studieren konnten, wiederum eine der ersten, die 1913 darin promoviert wurde, und dann die erste, die sich 1921 in Deutschland für Nationalökonomie habilitierte. Seit 1929 als erste Frau außerordentliche Professorin an der Berliner Universität mit einem Forschungsschwerpunkt in der Sozialpolitik stand sie vor der Berufung auf ein Ordinariat, als sie nach der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 Lehrbefugnis und Anstellung verlor. Noch im selben Jahr emigrierte sie nach England und versuchte dort, ihre akademische Karriere fortzusetzen. Eine universitäre Laufbahn blieb ihr verwehrt; in eher prekären Beschäftigungsverhältnissen an verschiedenen Forschungseinrichtungen arbeitete sie vor allem über ökonomische Probleme der englischen Kolonialpolitik und wurde so zu einer der ersten Entwicklungsökonominnen.

Edith Eucken-Erdsiek (1896–1985), mit der sich der Beitrag von *Uwe Dathe* und *Daniel Nientiedt* (Jena/Freiburg i. Br.) beschäftigt, hatte zwar seit 1914 Volkswirtschaftslehre studiert, legte aber nach der 1920 erfolgten Heirat mit Walter Eucken kein Examen mehr ab. Sie wirkte als Publizistin, war Redakteurin und Herausgeberin der Zeitschrift *Die Tatwelt* und war – selber von Verfolgung bedroht – nach 1933 in die regimekritischen Diskussionen der *Freiburger Kreise* eingebunden. Als *Walter Eucken* (1940) seine *Grundlagen der Nationalökonomie* veröffentlichte, verwies Alexander Rüstow in einem Brief auf Edith Eucken-Erdsiek als die „Mutter des Buches“, womit er auf die intensiven Diskussionen des Ehepaars über zentrale Themen in der Zeit der Entstehung des Werks anspielte. Bedeutsamen Einfluss auf die deutschsprachige Nationalökonomie in der Zeit nach dem II. Weltkrieg gewann Edith Eucken-Erdsiek, nachdem Walter Eucken 1950 in London verstorben war.

Zusammen mit Karl Paul Hensel übernahm sie die Herausgabe der noch unfertigen *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (Eucken 1952) und betrieb die Gründung des Walter-Eucken-Instituts, das seit 1954 die ordnungsökonomische Forschung der Freiburger Schule fortführt.

Joan Robinson (1903–1983) wurde zweifellos zu einer der bedeutendsten Ökonominen des 20. Jahrhunderts. Ihre Beiträge zur Theorie des unvollständigen Wettbewerbs, zur Ausformulierung der keynesianischen Einkommens- und Beschäftigungstheorie, zur Auseinandersetzung mit Marx und zur kapitaltheoretischen Debatte haben wichtige Maßstäbe in der Entwicklung der ökonomischen Theorie gesetzt. *Bertram Schefold* (Frankfurt am Main) verbindet seinen Überblick über das breite wissenschaftliche Werk der Cambridge-Ökonomin mit sehr privaten Eindrücken von der Person und ihrer Arbeitsweise. Er schildert aber auch ihre besondere Position in einem männlich dominierten akademischen Umfeld, die sie sich unter Inkaufnahme hoher persönlicher Risiken erarbeitet hatte.

Hans A. Frambach (Wuppertal) erinnert mit seinem Beitrag über Cläre Tisch (1907–1941) an den tragischsten Fall der hier behandelten Ökonominen. Die Bonner Doktorandin von Joseph Schumpeter, die 1934 noch zwei Aufsätze zur Kartellpolitik in neoklassisch-österreichischer Tradition publizieren konnte, hatte sich aus familiären Rücksichten trotz zunehmender Diskriminierung und Entrechtung zunächst gegen eine Emigration entschieden. Als sie 1938 einen Ausreiseantrag in die USA stellte, für den Schumpeter eine Bürgschaftserklärung ausgestellt hatte, verzögerte sich die Bearbeitung so lange, bis keine Ausreise mehr möglich war. Im November 1941 wurde sie zusammen mit mehreren Familienangehörigen nach Minsk deportiert und dort umgebracht.

Harald Hagemann (Stuttgart-Hohenheim) schildert in seinem Beitrag eine weitere bewegende Emigrationsgeschichte. Fanny Ginor (1911–2007) hatte nach dem Studium der Nationalökonomie in Frankfurt, Heidelberg und München 1934 in Basel bei Edgar Salin über Imperialismustheorien promoviert und war unmittelbar danach nach Palästina ausgewandert. Dort arbeitete sie zunächst als Landarbeiterin, Bankangestellte und Buchhalterin, bevor sie ab 1943 in der Wirtschaftsabteilung der Jewish Agency mit David Horowitz in Kontakt kam, der später Gründungsdirektor der Bank of Israel wurde. Von 1954 bis 1971 war Fanny Ginor in der israelischen Zentralbank tätig und analysierte u. a. die Auswirkungen der deutschen Wiedergutmachungszahlungen auf die israelische Wirtschaft. Parallel dazu hielt sie Vorlesungen an der Universität Tel Aviv, wo sie 1974 zur Professorin ernannt wurde und sich mit entwicklungsökonomischen Themen sowie Problemen der Einkommensverteilung in Israel beschäftigte.

Am Schluss des Sammelbandes widmet sich *Lachezar Grudev* (Zwickau) mit Vera Constance Smith bzw. Lutz (1912–1976) einer heute kaum noch bekannten Ökonomin, in deren Vita aber viele der Themen anklingen, die für die akademische Karriere von Frauen in den Wirtschaftswissenschaften im 20. Jahrhundert Relevanz besaßen. Als Doktorandin von Friedrich August von Hayek an der LSE, dessen spätere Überlegungen zum Währungswettbewerb sie beeinflusste, und als Gattin des Eucken-Schülers Friedrich A. Lutz, dessen Artikel sie übersetzte, war sie ein Bindeglied zwischen der englisch- und deutschsprachigen akademischen Community. Trotz bemerkenswerter eigener Publikationstätigkeit blieb ihr – anders als ihrem Gatten – eine eigene akademische Karriere in den USA, wo sich das Paar zwischen 1937 und 1952 aufhielt, verwehrt. Als sie wieder nach Europa zurückgekehrt waren und Friedrich Lutz einen Lehrstuhl in Zürich übernahm, gelang es Vera Lutz, durch weithin beachtete Arbeiten zur Industriepolitik in Italien und zur Planification in Frankreich ein eigenständiges wissenschaftliches Profil zu entwickeln.

Ein Beitrag, von dem eine vorläufige Fassung in Fulda vorgestellt und diskutiert werden konnte und in den noch eine Fülle weiteren Materials eingearbeitet werden soll, wird erst in einem späteren Band der Schriftenreihe der *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie* erscheinen. Es handelt sich um die Studie von *Elisabeth Allgoewer* (Hamburg) über Frauen im Verein für Socialpolitik im Zeitraum 1919–1936, die ihre früheren Arbeiten (*Allgoewer* 2018; 2022; 2023) zur Rolle von Ökonominen in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert komplementiert. Man kann bedauern, dass damit der breite Überblick über das Wirken deutschsprachiger Ökonominen in einer Zeit, in der sich neue Formen der Mitgestaltung des Faches eröffneten, nicht in den vorliegenden Band aufgenommen werden kann. Immerhin wird mit Charlotte Leubuscher eine der wichtigsten Protagonistinnen aus dieser Zeit in einem Beitrag behandelt. Man kann sich aber auch darüber freuen, dass die Beschäftigung mit der Rolle von Frauen in den Wirtschaftswissenschaften ein dauerhaftes Thema in den Publikationen des theoriegeschichtlichen Ausschusses bleiben wird.

Bei der Vorbereitung der Tagung in Fulda wie auch bei der editorischen Aufbereitung der Beiträge wurde ich in bewährter Weise unterstützt durch Beate Stein, der ich für ihre Umsicht und Gründlichkeit herzlich danke. Ebenso bin ich dem Team des Verlags Duncker & Humblot dankbar für die wie immer ausgezeichnete Zusammenarbeit bei der Herausgabe dieses Bandes.

Frankfurt am Main, im August 2025

Rainer Klump

Literatur

- Ackermann, Ulrike* (Hrsg.) (2021): John Stuart Mill und Harriet Taylor. Freiheit und Gleichberechtigung. John Stuart Mill – Ausgewählte Werke, Band 1, Kiel/Hamburg: Wachholtz.
- Allgoewer, Elisabeth* (2018): Frühe deutsche Nationalökonominen. Eine Spurensuche, Marburg: Metropolis.
- Allgoewer, Elisabeth* (2022): Women Economists and the Changes in the Discipline of Economics in Germany (1895–1961), in: *Economia – History, Methodology, Philosophy* 12 (3), S. 625–661.
- Allgoewer, Elisabeth* (2023): Frauen im Verein für Socialpolitik: Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg, in: Spahn, Peter (Hrsg.), *Zur Geschichte des Vereins für Socialpolitik, Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XLI*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 81–134.
- Chaloupek, Günther* (2008): J. H. G. Justi in Austria: His Writings in the Context of Economic and Industrial Policies of the Habsburg Empire in the 18th Century, in: Backhaus, Jürgen G. (Ed.), *The Beginnings of Political Economy*. Johann Heinrich Gottlob von Justi, Springer: New York, S. 157–166.
- Eucken, Walter* (1940): *Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena: Gustav Fischer.
- Eucken, Walter* (1952): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, hrsg. von Edith Eucken-Erdsiek und Karl Paul Hensel, Bern: Francke, Tübingen: Mohr.
- Gathmann, Christina/Sierminska, Eva* (2023): Claudia Goldin revolutioniert Wissen um Frauen im Arbeitsmarkt, in: *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 103 (12), S. 822–826.
- Hayek, Friedrich August von* (1951): John Stuart Mill and Harriet Taylor: Their Correspondence and Subsequent Marriage, Chicago: University of Chicago Press (wiederabgedruckt in: Peart, Sandra J. (Ed.), *The Collected Works of F. A. Hayek*, Vol. 16, Hayek on Mill. The Mill-Taylor Friendship and Related Writings, Chicago: University of Chicago Press, 2015).
- Janssen, Marco A.* (2012): Elinor Ostrom (1933–2012), in: *Nature* 487, S. 172.
- Kucklick, Christoph* (2019): Was bewirkt Entwicklungshilfe? Esther Duflo und die Revolution der Armutsforschung, in: *Geo* 19 (10), S. 2.
- Lundberg, Shelly* (Ed.) (2020): *Women in Economics*, London: CEPR Press.
- Marcet, Jane* (1816): *Conversations on Political Economy: In Which the Elements of That Science Are Familiarly Explained*, London: Longman, Orme, Brown, Green Longmans.
- Martineau, Harriet* (1834): *Illustrations on Political Economy*, London: Charles Fox.
- Menkhoff, Lukas/Seitz, Heike* (2020): Was die Wirtschaftspolitik vom Nobelpreis des Jahres 2019 lernen kann, in: *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 100 (2), S. 133–137.
- Mill, John Stuart* (1848): *Principles of Political Economy*, 2 Vols., London: John W. Parker.

- Mill*, John Stuart (1859): *On Liberty*, London: John Parker and Son.
- Nutzinger*, Hans G. (2010): Nobelpreis in Wirtschaftswissenschaften für Elinor Ostrom: Ein Überblick über ihr ökonomisches Hauptwerk, MAGKS Joint Discussion Paper Series in Economics 24, Marburg.
- Polkinghorn*, Bette/*Thomson*, Dorothy Lampen (Eds.) (1999): *Adam Smith's Daughters: Eight Prominent Women Economists from the Eighteenth Century to the Present*, Cheltenham: Edgar Elgar Publishing.
- Pomeroy*, Sarah B. (Ed.) (2013): *Pythagorean Women. Their History and Writings*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Stollberg-Rillinger*, Barbara (2018): *Maria Theresia: Die Kaiserin in ihrer Zeit*, München: C.H. Beck.
- Stollorz*, Volker (2011): Elinor Ostrom und die Wiederentdeckung der Allmende, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61 (28–30), S. 3–8.
- Tanner*, Heather J. (Ed.) (2019): *Medieval Elite Women and the Exercise of Power, 1100–1400. Moving Beyond the Exceptionalist Debate*, London: Springer Nature.
- Twomey*, Rosemary (2023): Pythagorean Women and the Domestic as a Philosophical Topic, in: O'Reilly, Katharine R./Pellò, Caterina (Eds.), *Ancient Women Philosophers: Recovered Ideas and New Perspectives*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 134–151.
- Wilson*, Rick K. (2012): Elinor Ostrom (1933–2012), in: *Science* 337 (6095), S. 661.
- Woodacre*, Elena/*Rodrigues*, Ana Maria S.A. (2024): Introduction: The Economic Power of European Queens: Sources, Resources and Expenditure, in: *Journal of Medieval History* 50 (5), S. 573–580.

Inhaltsverzeichnis

Nobelpreis 2023 für Claudia Goldin: Die Erwerbskarriere von Frauen im Fokus Von <i>Christina Gathmann</i> und <i>Eva Sierminska</i> , Esch-sur-Alzette/Luxemburg	15
Vom utopischen Institutionengestalten. Beatrice Webb (1858–1943) und ihre kontextuale Ökonomik Von <i>Christian E. W. Kremser</i> , Frankfurt am Main	25
Helene Bauer (1871–1942) – „bürgerliche und sozialistische Ökonomie“ Von <i>Günther Chaloupek</i> , Wien	59
Charlotte Leubuscher (1888–1961) – Von der Sozialen Frage zur Pionierin der Entwicklungsökonomik Von <i>Svenja Flechtner</i> , Siegen, <i>Reinhard Schumacher</i> , Siegen, und <i>Matthias Störring</i> , Berlin	87
Edith Eucken-Erdsiek (1896–1985) Von <i>Uwe Dathe</i> , Jena, und <i>Daniel Nientiedt</i> , Freiburg	117
Erinnerungen an Joan Robinson (1903–1983). Von den mikroökonomischen Lehr- meinungen zu den kapitaltheoretischen Debatten Von <i>Bertram Schefold</i> , Frankfurt am Main	145
Cläre Tisch (1907–1941) – Leben und Werk Von <i>Hans A. Frambach</i> , Wuppertal	187
Fanny Ginor (1911–2007): „Die Basler Nationalökonomie nach Israel getragen“ Von <i>Harald Hagemann</i> , Stuttgart-Hohenheim	217
Vera Constance Smith (1912–1976). Eine Ökonomin im Spannungsfeld dreier Welten Von <i>Lachezar Grudev</i> , Zwickau	237

Nobelpreis 2023 für Claudia Goldin: Die Erwerbskarriere von Frauen im Fokus

Von *Christina Gathmann* und *Eva Sierminska*,
Esch-sur-Alzette/Luxemburg*

I. Einleitung

Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften im Jahr 2023 ging an Claudia Goldin, die Henry-Lee-Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University. Sie ist sowohl Arbeitsökonomin als auch Wirtschaftshistorikerin und erst die dritte Frau, die den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten hat. Claudia Goldin hat unser Wissen und Verständnis über die Bildungs- und Berufswahl von Frauen, ihre Arbeitsmarktkarrieren und die familiären Verpflichtungen, denen sie sich im Laufe der Jahrhunderte gegenüberübersahen, revolutioniert. Ihre Arbeit ist äußerst breit gefächert und reicht von historischen Studien über die Bildungsentscheidungen von Mädchen im 19. Jahrhundert über die Aufdeckung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung bei der Einstellung von Arbeitskräften bis hin zu den Determinanten des aktuellen geschlechtsspezifischen Lohngefälles.

Ihre Arbeit beleuchtet Entwicklungen, die viele übersehen haben. Anstatt ausgetretenen Pfaden zu folgen, stellt sie neue Fragen und schlägt neue Wege zu wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Phänomenen ein. Viele ihrer Studien bestehen darin, Daten auszugraben, wo es keine gab. In einer Zeit ohne Internet, in der umfangreiche Daten über Arbeitskräfte oder Bildung erst allmählich verfügbar wurden, bedeutete dieses Unterfangen, viel Zeit mit dem Durchsuchen von Bibliothekskatalogen, dem Durchblättern von Büchern und dem Sammeln von Daten aus Archivquellen zu verbringen. Zudem betrachtet Claudia Goldin Daten auf eine andere Art als andere Menschen; sie sieht Muster und Zusammenhänge, die zuvor nicht entdeckt oder benannt worden waren. In ihren Arbeiten sieht man oft eine Grafik, die man nie vergessen wird, weil sie das untersuchte Phänomen so prägnant und klar darstellt. Sie begnügt sich jedoch nicht mit der Identifizierung und Beschreibung von Mus-

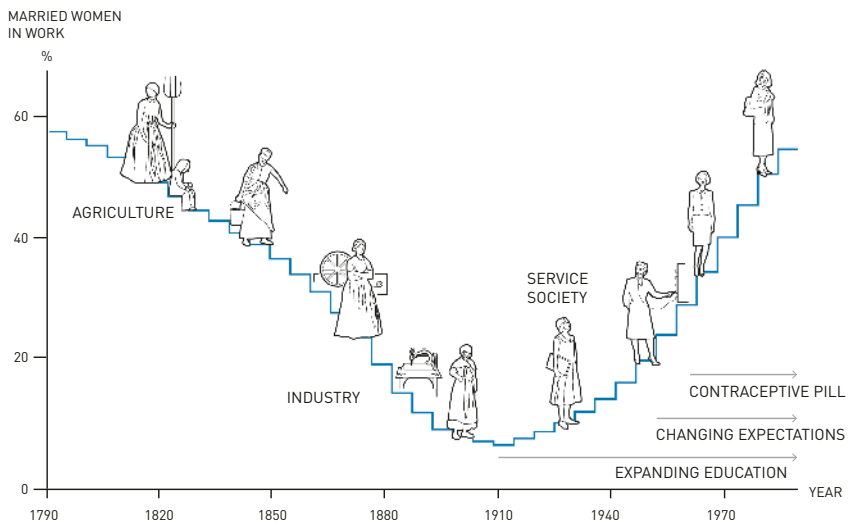
* Der Beitrag ist erstmals erschienen in *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 103/12 (2023), 822–826; er wurde für die Wiederveröffentlichung nur leicht überarbeitet. Die Verfasserinnen danken dem ZBW-Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft für die Genehmigung zum Nachdruck.

tern, sondern zeigt neue kausale Mechanismen für langfristige Veränderungen auf, die empirisch nur schwer zu ermitteln sind.

II. Eine historische Detektivin

Ihre frühen Arbeiten über den Bürgerkrieg und die Industrialisierung in den USA zeigten, dass Frauen in der Geschichtsschreibung kaum vorkommen. Diese Lücke inspirierte sie dazu, die Entwicklung der weiblichen Arbeitskräfte und ihre Rolle für das Wirtschaftswachstum zu untersuchen. Goldins Buch *Understanding the Gender Gap: An Economic History of American Women* (1990) wurde zu einem Klassiker. In diesem Buch setzte Goldin quantitative Methoden und neu erhobene Daten ein, um zu belegen, dass der wirtschaftliche Status amerikanischer Frauen das Ergebnis dauerhafter gesellschaftlicher Muster und nicht eines jüngsten sozialen Wandels ist.

Goldins Forschungen widerlegten die weit verbreitete Annahme, dass Wirtschaftswachstum zwangsläufig zu mehr bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen führt. Im Gegensatz zu dieser vereinfachten Sichtweise, die sich auf Daten aus dem 20. Jahrhundert stützt, zeigten Goldins Ergebnisse komplizierte historische Trends bei der Beschäftigung von Frauen in den Vereinigten Staaten. Ihre bekannte Abbildung der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen zeigt stattdessen eine U-Form (siehe Abb. 1).



Quelle: © Johan Jarnestad/The Royal Swedish Academy of Sciences.

Abb. 1: Der Übergang verheirateter Frauen ins Erwerbsleben im Laufe der Zeit.

Goldin beleuchtete die verborgenen Realitäten der Beschäftigungsmuster von Frauen während des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft im späten 18. Jahrhundert. Mit dem Beginn der weit verbreiteten Industrialisierung ging die Beschäftigung von Frauen deutlich zurück. Dieser Rückgang hielt während der Industriellen Revolution bis ins frühe 20. Jahrhundert an. Der Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit war zum Teil auf die Art der industriellen Arbeit zurückzuführen, wie z.B. die Fabrikarbeit, die eine längere Abwesenheit von zu Hause erforderte. Dies stellte eine Herausforderung dar, da es für verheiratete Frauen schwierig, wenn nicht gar unmöglich war, sowohl ihre Erwerbstätigkeit als auch ihre Pflichten als Hausfrau und Familienbetreuerin zu erfüllen.

Doch mit Beginn des 20. Jahrhunderts begannen Faktoren, die über das reine Wirtschaftswachstum hinausgingen, die Beschäftigungslandschaft für Frauen zu verändern. Das Aufkommen des Dienstleistungssektors führte zu einer Zunahme von Büro- und Verwaltungsstellen. Darüber hinaus trugen auch die erweiterten Bildungsmöglichkeiten für Frauen zum Anstieg ihrer Beschäftigungsquote bei. Trotz dieser positiven Entwicklungen wurden die Fortschritte der Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch verschiedene Hindernisse beeinträchtigt. Gesellschaftliche Vorurteile und diskriminierende Rechtsvorschriften, die häufig auf Vorurteilen beruhen, führten dazu, dass verheiratete weibliche Arbeitnehmer in bestimmten Berufen entlassen wurden. Darüber hinaus veranlassten gesellschaftliche Erwartungen viele junge Frauen dazu, ihre Bildungsanstrengungen einzuschränken, da sie davon ausgingen, dass sie kurz vor der Heirat erwerbstätig sein würden, und die Arbeitgeber bevorzugten häufig alleinstehende Frauen oder Männer gegenüber Frauen, die eine Auszeit von der Arbeit genommen hatten, um Kinder zu erziehen. In den späten 1960er Jahren setzte sich der Übergang fort, und die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen verbesserten sich erheblich. Goldins Forschungen enthüllten die nuancierten historischen Faktoren, die die Beschäftigungsmuster von Frauen beeinflussten, stellten vereinfachende Erzählungen infrage und beleuchteten die Komplexität der Geschlechterdynamik in der Arbeitswelt.

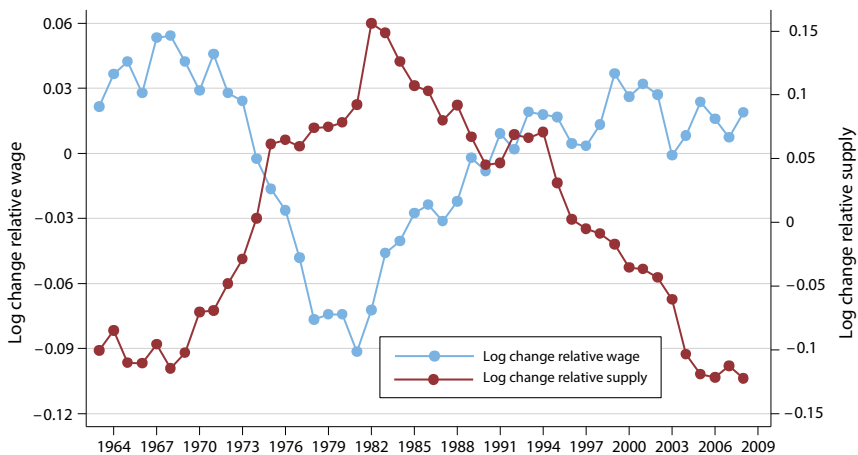
III. Eine neue Sicht auf Ungleichheit

Nach ihrem Buch zur Erwerbstätigkeit von Frauen, begann Goldin mit der Erforschung der Geschichte der amerikanischen Bildung. Sie konzentrierte sich dabei auf die Bedeutung der High-School-Bewegung in der Entwicklung des Bildungswesens und deren Einfluss auf die Gestaltung der Hochschulbildung in den Vereinigten Staaten. Ihre Präsidentschaftsrede vor der Economic History Association im Jahr 2001 mit dem Titel *The Human Capital Century and American Leadership: Virtues of the Past* (Das Jahrhundert des Hu-

mankapitals und die amerikanische Führungsrolle: Tugenden der Vergangenheit) gibt einen anschaulichen Überblick über diese Forschungsarbeiten.

Ihre Arbeit über die Geschichte der Bildungsexpansion führte Claudia Goldin zu der umfassenderen Frage, welche Rolle die Bildung für die Ungleichheit spielte. In einer Studie mit Robert Margo prägte sie den Begriff *Great Compression*, die sich auf eine Periode bezieht, in der sich die Lohnunterschiede in den Vereinigten Staaten zwischen den 1940er und den 1970er Jahren stark verringerten. In diesem Zeitraum schrumpften die Unterschiede in der Vermögens- und Einkommensverteilung zwischen wohlhabenden und weniger privilegierten Personen.

Goldin und Margo (1992) untersuchen mehrere wirtschaftliche und soziale Faktoren, die zu dem beobachteten Rückgang der Lohnungleichheit beigetragen haben könnten. Insbesondere untersuchen sie Verschiebungen im Bildungsniveau, Veränderungen in den Arbeitsmarktinstitutionen und die Auswirkungen des technischen Fortschritts. Ihre wichtigste Schlussfolgerung ist, dass neben dem Zweiten Weltkrieg ein Großteil des Rückgangs durch einen Anstieg der Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften in einer Zeit erklärt werden kann, in der das Angebot an ausgebildeten Arbeitskräften stark zunahm.



Quelle: Acemoglu und Autor (2012).

Abb. 2: Entwicklung des relativen Angebots an Hochschulabsolventen und der relativen Löhne.

Die Frage nach der Rolle der Bildung für die Lohnstruktur und das Wirtschaftswachstum fand später ihren Niederschlag in Goldins bahnbrechendem Buch *The Race between Education and Technology* (2008), das sie zusammen mit Lawrence Katz schrieb. Das Buch liefert einen überzeugenden Bericht darüber, wie wichtig Bildung und Humankapital für das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten und in weiten Teilen der industrialisierten Welt waren. Es liefert auch detaillierte historische Belege für Tinbergens Hypothese über den Wettlauf zwischen Bildung und Technologie als Hauptfaktoren für die Einkommensungleichheit. Sie identifiziert Investitionen in Humankapital als den wichtigsten Gleichmacher auf dem US-Arbeitsmarkt. Unter Tinbergens Annahme, dass die Technologie von den Qualifikationen abhängt, würde der technologische Fortschritt unweigerlich die Ungleichheit zwischen den verschiedenen Qualifikationsgruppen verschärfen, wenn es nicht zu einem entsprechenden Anstieg des Humankapitalangebots kommt. Ihr berühmtes Diagramm (siehe Abb. 2) zeigt, dass die Qualifikationsprämie in umgekehrtem Verhältnis zum relativen Angebot an Hochschulabsolventen steht.

IV. Eine Spurensuche nach komplexen Phänomenen

Claudia Goldin nutzt innovative Methoden, um schwer fassbare Phänomene zu quantifizieren. Ein herausragendes Beispiel ist ihre Arbeit über Geschlechterstereotypen. In *Orchestrating Impartiality: The Impact of Blind Auditions on the Sex Composition of Orchestras* (2000) untersuchte sie gemeinsam mit Cecilia Rouse die Auswirkungen von Blind Auditions auf die Geschlechterzusammensetzung von Orchestern. Unter Blind Auditions versteht man die Durchführung von Probespielen hinter einem Bildschirm, wobei die Identität des Musikers vor den Juroren verborgen wird. Ziel ist es, Vorurteile in Bezug auf das Geschlecht des Musikers zu beseitigen und Fairness während des Probespiels zu gewährleisten. Goldin und Rouse fanden heraus, dass die Einführung von Blind Auditions die Wahrscheinlichkeit, dass Musikerinnen für Orchesterpositionen ausgewählt werden, deutlich erhöht. Die Einführung dieses unparteiischen Probespiels trug dazu bei, geschlechtsspezifische Diskriminierung abzuschwächen, was zu einer vielfältigeren und ausgewogeneren Zusammensetzung von Orchestern führte. Mit anderen Worten: Dadurch, dass das Geschlecht der Kandidaten nicht mehr sichtbar war, wurde die Auswahl der Orchester geschlechtsneutraler, so dass sich die Juroren ausschließlich auf die musikalische Leistung konzentrieren konnten. Ihre Forschung lieferte empirische Belege für die Wirksamkeit von Blind Auditions bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung in der klassischen Musikbranche.

Ein weiteres Beispiel ist ihre Arbeit über die lang anhaltende Wirkung der Antibabypille. In *The Power of the Pill: Oral Contraceptives and Women's*

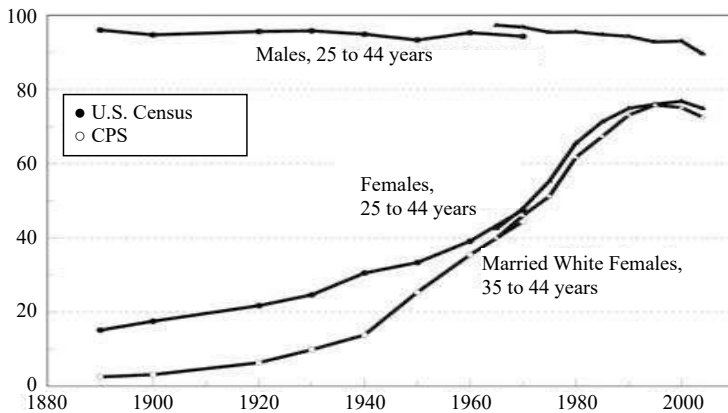
Career and Marriage Decisions (Die Macht der Pille: Orale Verhütungsmittel und die Karriere- und Heiratsentscheidungen von Frauen), die sie gemeinsam mit Larry Katz verfasst hat, zeigt sie den tiefgreifenden Einfluss der oralen Verhütungsmittel auf die Lebensentscheidungen von Frauen. Die Studie konzentriert sich auf die Einführung der Antibabypille in den 1960er Jahren und ihre transformierende Wirkung auf die Entscheidungsfindung von Frauen. Die Arbeit kombiniert deskriptive Zeitreihen mit ökonometrischer Evidenz, die die Unterschiede in der Verfügbarkeit der Pille in den verschiedenen US-Bundesstaaten und Frauenkohorten nutzen.

Die größere Kontrolle der Frauen über ihre reproduktiven Entscheidungen hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Bildungsentscheidungen und die berufliche Laufbahn der Frauen. Dank der Möglichkeit, die Geburt zu planen und hinauszuzögern, konnten Frauen in eine höhere Bildung investieren und ihre Karriere aufbauen, bevor sie eine Familie gründeten. Infolgedessen spielte die Pille eine entscheidende Rolle bei der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Verringerung des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern. Außerdem veränderte sie das Heiratsverhalten. Frauen, die Zugang zu oralen Verhütungsmitteln hatten, neigten dazu, die Heirat hinauszuzögern und ihre Ausbildung und Karriere in den Vordergrund zu stellen. Diese Verschiebung des Heiratszeitpunkts ermöglichte es den Frauen, Humankapital und Berufserfahrung zu sammeln, was zu erfolgreicherem und dauerhafterem Ehen führte, wenn sie sich entschlossen, den Bund der Ehe zu schließen.

Insgesamt zeigte die Studie, dass die Pille Frauen dazu befähigte, eine höhere Bildung anzustreben, Karriere zu machen und bewusstere Entscheidungen über Heirat und Familienplanung zu treffen. Diese transformative Wirkung hatte weitreichende Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt und veränderte die gesellschaftlichen Normen in Bezug auf die Rolle der Frau in Bildung, Beruf und Familie.

V. Eine (nicht so) stille Revolution

In ihrer Richard-T.-Ely-Vorlesung *The Quiet Revolution That Transformed Women's Employment, Education and Family* (2006) kombiniert sie das Handwerkszeug einer Wirtschaftshistorikerin mit ihrem Interesse an der Rolle der Frau in und für die Wirtschaft. Sie identifiziert drei Entwicklungsphasen: Phase I vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1920er Jahre, Phase II von 1930 bis 1950 und Phase III von etwa 1950 bis Mitte der 1970er Jahre. Jede Phase zeichnete sich durch deutliche Veränderungen bei der Erwerbsbeteiligung, dem Heiratsalter, dem Hochschulabschluss, der Einschreibung an Berufsschulen und der beruflichen Neuorientierung aus. Phase IV markiert die „stille Revolution“, die in den späten 1970er Jahren begann und bis in die Gegenwart



Quelle: Goldin (2006).

Abb. 3: Erwerbsquoten für Frauen und Männer nach Alter und Familienstand: 1890 bis 2004.

andauert. In dieser revolutionären Phase formten Frauen ihre Identität als Erwachsene noch vor der Heirat und wurden zu aktiven Teilnehmern im Haushalt und auf dem Arbeitsmarkt (siehe Abb. 3).

Die Revolution beschränkte sich nicht auf hoch gebildete Frauen, sondern war weit verbreitet und betraf Frauen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund. Sie berührte verschiedene Aspekte des Lebens von Frauen, wie das Alter bei der ersten Heirat, die Scheidungsraten, die Anzahl und den Zeitpunkt von Kindern, das relative Einkommen und die Bindung an den Arbeitsmarkt. Dabei war der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Erhöhung der Arbeitszeit eine Voraussetzung für den Übergang von der evolutionären zur revolutionären Phase. Goldin betont jedoch, dass die bloße Erwerbsbeteiligung nicht ausreicht, um von einer Revolution zu sprechen. Zur revolutionären Phase gehören auch Veränderungen des Horizonts (die Vorwegnahme des künftigen Arbeitslebens der Frauen) und der Identität (die Identitätsbildung vor der Ehe).

In *A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter* (2014) nimmt Goldin eine zukunftsorientierte Perspektive ein. Sie stellt die Frage, was notwendig ist, damit Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt eine größere Parität erreichen. Goldin argumentiert, dass es nicht mehr um Unterschiede im Humankapital von Frauen und Männern geht. Stattdessen wird das geschlechtsspezifische Lohngefälle dadurch bestimmt, wie der Arbeitsmarkt lange Arbeitszeiten belohnt und Flexibilität bestraft. Arbeitsplätze mit nichtlinearer Entlohnung belohnen überproportional diejenigen, die besonders lange arbeiten. Bei die-

sen Arbeitsplätzen handelt es sich meist um Arbeitsplätze im oberen Lohnsegment.

Um den Kontext abzustecken, erörtert sie zunächst die konvergierenden Rollen von Männern und Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft und hebt die Fortschritte hervor, die bei der Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in verschiedenen Bereichen wie Erwerbsbeteiligung, bezahlte Arbeitszeit, Bildung und Einkommen erzielt wurden. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt erfordere eine Umstrukturierung und Entlohnung der Arbeitsplätze, um die zeitliche Flexibilität zu erhöhen. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle könnte erheblich verringert werden, wenn die Unternehmen diejenigen, die längere Arbeitszeiten haben, nicht unverhältnismäßig belohnen würden. Goldin verweist auch auf die Notwendigkeit, dass Männer mehr Verantwortung im Haushalt übernehmen. Insgesamt werden in dem Artikel konkrete Maßnahmen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gefordert, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen.

VI. Claudia Goldins Einfluss auf die Disziplin

In jüngster Zeit hat Claudia Goldin die Auswirkungen von Covid-19 und Telearbeit auf die Arbeitsmarktergebnisse von Frauen und Männern untersucht. Sie argumentiert, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede vor allem auf Bildungsunterschiede und nicht auf das Geschlecht an sich zurückzuführen sind (Goldin, 2022). Erst kürzlich hat Claudia Goldin eine Untersuchung über die Geschichte der gesetzlichen Rechte von Frauen in den USA vorgelegt (Goldin, 2023).

Ihr Einfluss auf die Disziplin geht jedoch weit über ihr wissenschaftliches Werk hinaus. Ein Blick auf ihren eigenen beruflichen Werdegang hilft, die Rolle zu verstehen, die Claudia Goldin für das Fach und insbesondere für Frauen in der Wirtschaftswissenschaft gespielt hat. Claudia Goldin begann nicht als Arbeitsökonomin oder Wirtschaftshistorikerin. Sie kam als Doktorandin an die University of Chicago, um bei George Stigler (Nobelpreisträger 1982), Sam Peltzman, Ronald Coase (Nobelpreisträger 1991) und Lester Telser Industrial Organization zu studieren. Es war die Ankunft von Gary S. Becker (Nobelpreisträger 1992) an der University of Chicago, die sie zur Arbeitsökonomie brachte; und es war ein Kurs bei Bob Fogel (Nobelpreisträger 1993), der ihr Interesse an der Wirtschaftsgeschichte weckte, dem Gebiet, in dem sie ihre Dissertation schrieb. Nach Stationen an der University of Wisconsin-Madison, Princeton und der University of Pennsylvania war Claudia Goldin 1990 die erste Frau, die eine ordentliche Professur am Department of Economics in Harvard erhielt.

Sowohl ihre Arbeit als auch ihre eigene Erfahrung, eine – und oft die einzige – Frau unter vielen Männern zu sein, machten sie zu einer starken Befürworterin von Inklusion und Gleichberechtigung in den Wirtschaftswissenschaften. Sie initiierte die *Undergraduate Women in Economics (UWE) Challenge*, um zu verstehen, warum der Anteil der Frauen unter den Studenten der Wirtschaftswissenschaften so niedrig ist (Avilova und Goldin, 2018). Ihre Arbeit und ihre Karriere sind eine Inspiration für Generationen von Frauen in den Wirtschaftswissenschaften – die wenigen, die zur gleichen Zeit ihre Karriere begonnen, die größere Gruppe von Frauen, die Jahre oder Jahrzehnte später angefangen haben, und die hoffentlich vielen Frauen, die die Wirtschaftswissenschaften in Zukunft beleben werden.

Literatur

- Ashenfelter, Orley (Moderator), 2023, Januar, 23: Claudia Goldin auf ihrem Weg von der Bronx nach Harvard – mit bahnbrechender Forschung dazwischen, in: *The Work Goes on: An Oral History of Industrial Relations and Labor Economics* mit Orley Ashenfelter aus Princeton. Abteilung für Arbeitsbeziehungen, Princeton University. Abgerufen von Spotify.
- Avilova, Tatyana/Goldin, Claudia (2018): What Can UWE Do for Economics?, *AEA Papers and Proceedings*, 108: 186–190.
- Goldin, Claudia (1990): *Understanding the Gender Gap: An Economic History of American Women*, Oxford University Press.
- Goldin, Claudia (2001): The Human Capital Century and American Leadership: Virtues of the Past, *Journal of Economic History*, 61: 263–292.
- Goldin, Claudia (2006): The ‘Quiet Revolution’ That Transformed Women’s Employment, Education, and Family, *AEA Papers and Proceedings*, (Ely Lecture), 96: 1–21.
- Goldin, Claudia (2014): A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter, *American Economic Review* 104: 1091–119.
- Goldin, Claudia (2022): Understanding the Economic Impact of COVID-19 on Women, *Brookings Papers on Economic Activity*, 65–110.
- Goldin, Claudia (2023): Why Women Won?, NBER Working Paper 31762.
- Goldin, Claudia/Katz, Lawrence (2002): The Power of the Pill: Oral Contraceptives and Women’s Career and Marriage Decisions, *Journal of Political Economy* 110: 730–70.
- Goldin, Claudia/Katz, Lawrence (2008): *The Race between Education and Technology*, Belknap Press for Harvard University Press, Cambridge MA.
- Goldin, Claudia/Margo, Robert (1992): The Great Compression: The U.S. Wage Structure at Mid-Century, *Quarterly Journal of Economics*, 107: 1–34.
- Goldin, Claudia/Rouse, Cecilia (2000): Orchestrating Impartiality: The Impact of Blind Auditions on the Sex Composition of Orchestras, *American Economic Review*, 90: 715–741.

Vom utopischen Institutionengestalten

Beatrice Webb (1858–1943) und ihre kontextuale Ökonomik

Von *Christian E. W. Kremser*, Frankfurt am Main*

I. Einleitung

Auch wenn sich die Situation merklich gebessert haben mag: Frauen erhalten in der Ideengeschichte weiterhin zu wenig Aufmerksamkeit, die ökonomische bildet an dieser Stelle keine Ausnahme. Dass diesbezüglich ein Nachholbedarf besteht, darüber herrscht weitestgehend Einigkeit.¹ Eindrucksvoll lässt sich am Beispiel von Beatrice Webb zeigen, wie groß dieser Nachholbedarf tatsächlich noch ist.

Beatrice² hat einen kaum zu überschätzenden Beitrag zu den Wirtschaftswissenschaften geleistet, und zwar in doppelter Hinsicht: Einerseits half sie, den öffentlichen Diskurs ihrer Zeit in Großbritannien im Hinblick auf ökonomische Fragestellungen maßgeblich zu beeinflussen, nicht nur durch ihr Mitwirken in der Fabian Society,³ sondern auch durch ihre Unterstützung bei der

* Für den Ratschlag, mich näher mit Beatrice Webb zu beschäftigen, möchte ich mich recht herzlich bei Frau Dr. Sasha Disko-Schmidt, Deutsches Museum, München, bedanken. Herrn Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Universität Siegen, verdanke ich die Anregung zum finalen inhaltlichen Zuschnitt des Beitrags. Für äußerst hilfreiche Literaturhinweise danke ich darüber hinaus Frau Prof.'in Elisabeth Allgoewer, Universität Hamburg, und Herrn Prof. Dr. Dres. h. c. Bertram Schefold, Goethe-Universität Frankfurt am Main.

¹ Vgl. *Gronert* (2001a); *Allgoewer/Lampalzer* (2018).

² Um Verwechslungen zu vermeiden, werden die Eheleute Webb im Folgenden bei ihren Vornamen genannt.

³ Die Fabian Society wurde am 4. Januar 1884 in London gegründet. Sie nannte sich nach dem römischen Feldherrn Quintus Fabius Maximus Verrucosus, der sich während des Zweiten Punischen Krieges einer Hinhalte-Taktik bediente, um durch eine Serie allmählicher Siege die überlegene karthagische Armee unter Hannibal zu schlagen. Unmittelbar nach ihrer Gründung zog die Fabian Society viele prominente Persönlichkeiten an, die sich für die sozialistische Sache einsetzen wollten, darunter beispielsweise auch die Schriftsteller George Bernard Shaw (1856–1950) und H. G. Wells (1866–1946). Alleinstellungsmerkmal der Fabian Society bildete, dass sie zwar sozialistische Ziele verfolgte, diese aber nicht mit einer Revolution, sondern durch schrittweise sozialpolitische Reformen umzusetzen gedachte, eine Strategie, in

Gründung der *London School of Economics* (LSE) und der Zeitschrift *The New Statesman*.⁴ Durch ihr gesellschafts- und wissenschaftspolitisches Engagement trug sie so zu einer weiteren Institutionalisierung der Ökonomik bei. Andererseits hat Beatrice durch eine umfassende Publikationstätigkeit an der Entwicklung der ökonomischen Theorie teilgenommen, und zwar nicht nur durch die Schriften, die sie mit ihrem Ehemann Sidney gemeinsam verfasste. Mit Fug und Recht kann sie beispielsweise als Wegbereiterin feministischer Ökonomik gelten, war sie doch bereits früh dafür eingetreten, dass Frauen für die gleiche Arbeit dasselbe Gehalt wie Männer verdienen.⁵ Mit der Auffas-

deren Zusammenhang häufig das auf Sidney zurückgehende Motto der Vereinigung zitiert wird: „The Inevitability of Gradualness“ (*Webb* (1985 [1931]), S. 261). Zu diesem Zweck bemühte sich die Vereinigung um eine gezielte Einflussnahme politischer Akteure. Heute würde man sie deswegen vermutlich als Thinktank bezeichnen, der vor allem der Labour Party nahestand, vgl. *Middleton* (1949). Das Zentrum der Vereinigung bildete zweifelsohne das Ehepaar Webb. Großer Beliebtheit erfreuten sich die regelmäßigen Abendessen in deren Hause, die zwar einerseits für eine spartanische Küche bekannt waren, andererseits für eine exquisite Gesellschaft, welche Persönlichkeiten des gesamten öffentlichen Lebens in Großbritannien versammelte. Akribisch plante Beatrice zu diesen Anlässen die Sitzordnung, bei denen nicht selten amtierende und zukünftige Premierminister zugegen sein sollten, um sicherzustellen, dass die Ideen der Fabian Society politisches Gehör finden würden. Aufgrund dieser öffentlichen Einflussnahme und der dominanten Rolle, welche das Ehepaar Webb in der Fabian Society spielte, sollte Wells, als er die Vereinigung schließlich im Streit verließ, dieses in seinem Roman *The New Machiavelli* (1911) anhand des intriganten Ehepaars Altiora und Oscar Bailey karikieren.

⁴ Die Geschichte der LSE geht auf das Jahr 1895 zurück, als sie von vier Fabian Society-Mitgliedern – neben Sidney und Beatrice noch Shaw und Graham Wallas gegründet wurde. Die Finanzierung erfolgte durch private Spenden, unter anderem durch ein Vermächtnis in Höhe von 20.000 £ von Henry Hunt Hutchinson an die Fabian Society. Die LSE wurde ursprünglich gegründet, um das Ziel der Fabian Society voranzutreiben, die Gesellschaft zu verbessern, indem auch Angehörigen der Arbeiterklasse Zugang zu akademischer Bildung ermöglicht wird, und um sich auf die Erforschung von Armut, Ungleichheit und damit zusammenhängenden Problemen zu konzentrieren. Später sollte sich die LSE zunehmend von ihren Wurzeln in der Fabian Society lösen. Für den Beitrag der Webbs zur Entstehung der LSE vgl. *Beveridge* (1949).

The New Statesman wurde am 12. April 1913 als wöchentliche Zeitschrift für Politik und Literatur gegründet. Sie stand zunächst in Verbindung mit Sidney und Beatrice sowie anderen führenden Mitgliedern der Fabian Society, wie Shaw, der als einer ihrer Gründungsdirektoren fungierte. 1931 fusionierte sie mit der liberalen Wochenzeitung *The Nation and Athenaeum*, deren verantwortlicher Redakteur zu diesem Zeitpunkt John Maynard Keynes (1883–1946) war, und änderte ihren Namen daraufhin in *New Statesman and Nation*. Zum Beitrag der Webbs bei der Gründung von *The New Statesman* vgl. *Ratcliffe* (1949).

⁵ Vgl. *Webb* (2011 [1919]) und *Chassonnery-Zaïgouche* (2018). Auch wenn sich Beatrice für eine Angleichung der Löhne zwischen den Geschlechtern einsetzte, ist doch umstritten, ob sie als Feministin gelten kann. Der Grund dafür: Im Jahr 1880 hatte sie eine Petition gegen die Einführung des Frauenwahlrechts unterschrieben und sollte sich erst viele Jahre später öffentlich davon distanzieren. Ihre konservative Hal-

sung, der Übergang vom Kapitalismus in den Sozialismus habe friedlich, vermittelt über einen demokratischen Prozess – anstatt durch gewaltsame Revolution – vonstattenzugehen, sollte sie darüber hinaus dabei helfen, eine eigene Form des Sozialismus, den *Fabianischen Sozialismus*, zu begründen.⁶

Trotz dieser Leistungen ist das Ausmaß an ideengeschichtlicher Forschung zu ihr überschaubar.⁷ Um dies zu erklären, wurden in der Vergangenheit vor allem zwei Gründe angeführt. Zum einen habe der Fokus früherer Arbeiten mehrheitlich auf dem Schaffen von Sidney gelegen. Zum anderen sei das Erkenntnisinteresse, sofern es Beatrice direkt betraf, vor allem durch ihr Leben als politische Aktivistin motiviert gewesen, wodurch sich auch die Fülle an biographischen Schriften zu ihrem Leben erklären ließe.⁸ Den krassen Kon-

tung zur politischen Emanzipation der Frau wird in der Literatur häufig mit dem liberalen Geist erklärt, der in ihrem Elternhaus zur Frauenfrage geherrscht habe. So fühlten sich die Töchter von Richard Potter (1817–1892), dem Vater von Beatrice, nie aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt: „Potter war ein homme à femmes besonderer Prägung: er vergötterte seine Frau und liebte seine neun Töchter; er war, wie Beatrice schrieb, der einzige Mann, den sie kannte, der aufrichtig an die Überlegenheit der Frauen über die Männer glaubte – was paradoxerweise zur Folge hatte, daß am Beginn ihres Erwachsenenlebens seine Töchter Anti-Feministinnen waren.“ (*Lepenes* (1998), S. 102). Zur Beziehung von Beatrice und dem Feminismus vgl. auch *Caine* (1982) und *Nyland* (1995).

⁶ Selbstverständlich müsste eine ganzheitliche Perspektive auf die Verdienste von Beatrice für die Ökonomik auch – nur dann eben negativ – berücksichtigen, dass sie gemeinsam mit Sidney, nachdem beide die Sowjetunion bereist hatten, eine Apologetik der sich damals bereits abzeichnenden Schreckensherrschaft verfasste, vgl. *Webb/ Webb* (1935). Eine solche zu verfassen, hatten sich die Webbs bereits vor ihrer Reise vorgenommen. Ausschlaggebend hierfür war die Frustration, die beide angesichts der britischen Unterhauswahl vom 27. Oktober 1931 empfanden. In dieser hatte die Labour Party herbe Verluste hinnehmen müssen, nachdem bereits im vorangegangenen August das zweite Labour-Kabinett des Premierministers Ramsay MacDonald, das bis dahin als Minderheitsregierung hatte regieren können und dem Sidney als Colonial Secretary angehört hatte, zurücktreten musste, vgl. *Shiels* (1949), S. 201. Enttäuscht wandten sich die Webbs von der fabianischen Strategie allmählicher Siege ab und begannen euphorisch auf den sowjetischen Kommunismus zu blicken, dem sie bislang distanziert gegenübergestanden hatten, vgl. *Nasar* (2012), S. 338–340. Für den Wandel der Beziehung der Webbs zum Sowjetkommunismus vgl. auch *Drake* (1949) und *Morgan* (2006).

⁷ Im Grunde genommen existiert nur eine Monographie, die ausschließlich ihrem theoretischen Werk gewidmet ist: *Nolan* (1989). Dort wird Beatrice als politische Theoretikerin behandelt.

⁸ Vgl. *Nolan* (1989), S. 1. Zu den Biographien zu ihr und ihrem familiären Umfeld zählen: *Hamilton* (1932), *Cole* (1946), *Muggeridge/Adam* (1968), *Radice* (1984), *Nord* (1985), *Caine* (1986), *Seymour-Jones* (1992), *Romano* (1998), *Harrison* (1999), *Gahan* (2017), *Channon* (2021) und *Reisman* (2022). Während manche Biographien neben Beatrice auch Sidney behandeln, existiert keine einzige Biographie zu Sidney alleine.

trast zwischen ihrer nicht zu leugnenden Bedeutung für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften einerseits und der verhaltenen Beachtung durch die ökonomische Ideengeschichte andererseits vermag das aber nicht so recht zu erklären. Folglich lässt sich nicht ausschließen – oder muss gar vermutet werden –, dass das mangelnde Interesse mit dem sachgrundlosen Umstand zu tun hat, dass sie eine Frau gewesen ist. Hinzugesellt sich ein weiteres Defizit in der bisherigen ideengeschichtlichen Forschung zu Beatrice. Wird sie behandelt, dann überwiegend als Soziologin, nicht als Ökonomin.⁹ So urteilt beispielsweise Anka Gronert in ihren Porträts zu *Frauen in der Ökonomie*, dass Beatrice „trotz ihrer außerordentlichen Karriere und ihrer ideenreichen theoretischen Beiträge als Nationalökonomin nur Wenigen bekannt“¹⁰ sei. Ihr mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen und sie umfassend als Ökonomin zu würdigen, hat sich deswegen der vorliegende Beitrag vorgenommen.

Worin könnte nun die andauernde Bedeutung von Beatrice als Ökonomin bestehen? Gronert macht hierzu bloß zarte Andeutungen: Sie sieht in dem „Bestreben [von Beatrice], die Bedeutung einer Institutionenlehre für die analytische Kraft der Volkswirtschaftslehre aufzuzeigen, [...] ihre größte Leistung.“¹¹ Diese Einschätzung ist sicherlich richtig. Sie soll im Folgenden zum

⁹ Für die wenigen Ausnahmen vgl. *Cole* (1949), *Polkinghorn/Thomson* (1998, S. 50–68), *Henderson* (2000), *Gronert* (2001b), *Nasar* (2012, S. 91–138) und *Gouverneur* (2018). Dass dem so ist, mag aber auch einfach dem Umstand geschuldet sein, dass die Geschichte des eigenen Fachs in der Soziologie einen ganz anderen Status genießt als in den Wirtschaftswissenschaften.

¹⁰ *Gronert* (2001b), S. 212.

¹¹ *Gronert* (2001b), S. 209. Da in der Forschung zum Ehepaar Webb bislang das Augenmerk hauptsächlich auf Sidney lag, besteht Gronerts erklärter Anspruch darin, in ihrem Porträt zu Beatrice deren eigenständigen, theoretischen Beitrag zu würdigen, indem sie nur von ihr allein verfasste Publikationen bespricht. Dass sie den Beitrag von Beatrice in einer Verbreitung institutionenökonomischen Gedankenguts sieht, erwähnt sie dabei eher beiläufig. Um dieses Urteil zu untermauern, hätte sie nämlich auch auf die gemeinsam mit Sidney verfassten Schriften rekurrieren müssen. Aus diesem Grund belässt sie es bei ein paar wenigen Andeutungen. In dieselbe Richtung argumentiert aber auch Kenneth E. Boulding, der sogar vorschlägt, Beatrice – gemeinsam mit Sidney – zu einer Gruppe von „London School Institutionalists“ zu zählen, deren Zentrum sie beide gebildet hätten, vgl. *Boulding* (1957, S. 3). Neben Gronert und Boulding haben aber auch noch andere die Verbindungen zwischen den Webbs und den institutionellen Ansätzen ihrer Zeit betont, seien es solche mit der *Deutschen Historischen Schule* (vgl. *Rueschemeyer/Van Rossem* (1996)), dem *amerikanischen Institutionalismus* (vgl. *Rutherford* (2007, S. 295; 2011, S. 33; S. 158)) oder mit der *Englischen Historischen Schule* (vgl. *Koot* (1987), S. 160–186), vgl. hierzu auch *Kaufman* (2000; 2013, S. 766–768; 2017). Bei *Polkinghorn/Thomson* (1998, S. 67) heißt es: „[...] her passion for the study of institutions connects her with a goodly company of other intellectuals, including Max Weber, Wesley C. Mitchell, John R. Commons and Thorstein Veblen, to mention just a few.“ Die Auffassung, dass sich die Webbs der Institutionenökonomik zuordnen lassen, findet man auch bei *Eriguchi* (2009).

Anlass genommen werden, erstmals die Stellung von Beatrice zu dem zu bestimmen, was heute vielmals als „kontextuale Ökonomik“ bezeichnet wird. Im Gegensatz zu isolierenden Ansätzen bemüht sich diese, das Grenzgebiet zwischen Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen auszuleuchten. Ihr Anspruch besteht folglich darin, ökonomische Phänomene ganzheitlich, in ihren historischen und geographischen Dimensionen, erfassen zu wollen.

Der Beitrag ist dabei wie folgt aufgebaut: In einem ersten Schritt soll sich zunächst darüber Klarheit verschafft werden, was unter kontextualer Ökonomik zu verstehen ist. Bei deren bloßen Umreißen kann indes nicht stehengeblieben werden. Als unumgänglich wird sich alsbald erweisen, auch historische Ansätze einer kontextualen Ökonomik und ihre Vertreter wenn nicht zu besprechen, so doch zumindest aufzuzählen. Anschließend kann in einem zweiten Schritt das ökonomische Forschungsprogramm von Beatrice in seinen Grundzügen vorgestellt werden. Hierbei soll Gronerts Ratschlag gefolgt werden, nachdem „[e]ine gründliche Würdigung von Beatrice [...] als Vertreterin des ‚alten‘ Institutionalismus [...] auch die mit Syndey [sic] [...] zusammen konzipierten Werke mit ein[zu]beziehen“¹² hat. Das Hauptaugenmerk soll in diesem Zusammenhang darauf liegen, den Begriff der sozialen Institution, der für die theoretischen Überlegungen der Webbs wesentlich ist, zu entwickeln und anschließend ihre methodischen Grundsätze mit den zuvor vorgestellten Prämissen kontextualer Ökonomik abzugleichen. In einem dritten und vierten Schritt kann dann der Frage nachgegangen werden, von wem Beatrice in ihrem Denken beeinflusst wurde und wen sie wiederum beeinflusst hat. Auf diese Weise wird ihre Beziehung zu anderen zeitgenössischen Vertretern kontextualer Ansätze herausgearbeitet werden. Zu guter Letzt können noch ein paar Gedanken zu ihrer Anschlussfähigkeit an die heutige Debatte angestellt werden. Dass eine solche besteht, lässt sich demonstrieren, indem ihre Gedankengänge in Bezug zu drei ausgesuchten, aktuellen Diskursen innerhalb der Ökonomik gesetzt werden, erstens mit der Diskussion um ein mögliches Ende des Kapitalismus, zweitens mit der um die Notwendigkeit einer ökologischen und sozialen Transformation der Wirtschaft und drittens mit der um eine Forderung nach mehr Wirtschaftsdemokratie in der Unternehmenswelt.

II. Was ist kontextuale Ökonomik?

Bevor auf Beatrice und ihr ökonomisches Denken zu sprechen gekommen werden kann, ist es zunächst notwendig, sich darüber zu verständigen, was im Folgenden unter dem Begriff einer „kontextualen Ökonomik“ verstanden werden soll. Er lässt sich auf Neva R. Goodwin zurückführen. In ihren Worten

¹² Gronert (2001b), S. 209.

kann die Grundidee kontextualer Ökonomik folgendermaßen zusammengefasst werden:

„The starting premise for Contextual Economics is that an economic system is embedded within a social context that includes ethics, norms and human motivations, and the culture that expresses them. It also includes politics – that is, the deployment of economic and other kinds of power – as well as institutions, and history. Equally important is the recognition that an economic system is embedded within a physical context that includes the built environment, as well as the natural world from which all the materials we use ultimately derive. The health of any economic system is absolutely dependent on the health of these embracing contexts.“¹³

Analytischer Ausgangspunkt kontextualer Ökonomik ist also die Annahme, dass das Wirtschaftssystem nur ein gesellschaftliches Areal unter vielen bildet und in die übrigen eingebettet ist. Diese bilden nach Goodwin den Kontext für die Wirtschaft. Genau genommen lassen sich dabei zwei Kontexte definieren, vor denen ökonomische Abläufe stattfinden. Goodwin spricht deswegen an einer anderen Stelle von einem ökologischen und einem sozialen Kontext:

„The environmental context for economic activities includes the built environment as well as the natural world, but its fundamental processes are ecological. Economic activity brings natural resources into the economy and transforms them for human use. In the process, pollution and waste materials are generated, and these in turn affect the flow of natural inputs that are available. [...] The economy also operates in a social context, one that is created and operated by human beings, even when they are not consciously designing it as a system. The social context includes history, politics, culture, ethics, and other human motivations. This social context determines what constitutes acceptable economic activity.“¹⁴

Das Verdienst, den Begriff in die deutsche Diskussion zur ökonomischen Ideengeschichte eingeführt zu haben, gebührt, wenn nicht ausschließlich, so doch vor allem Nils Goldschmidt, Joachim Zweynert, Erik Grimmer-Solem und Stefan Kolev.¹⁵ Dass er im Anschluss rasch Anklang finden sollte, lässt sich auf einen offensichtlichen Vorzug zurückführen: Mit seiner Hilfe wird es möglich, in der deutschen Entwicklung der Ökonomik Kontinuitäten genau dort auszuweisen, wo traditionell nur Brüche und Zäsuren fertiggestellt werden konnten. Waren frühere Arbeiten zur Theoriegeschichte geneigt, in der Gesamtschau des über weite Strecken vorherrschenden Sonderwegs der deutschen Ökonomik den Unterschied zwischen Deutscher Historischen Schule und Ordoliberalismus zu betonen, lassen sich beide nun unter dem Begriff der kontextualen Ökonomik vereinen. Warum ist dem so? Wieso können sowohl die Deutsche Historische Schule als auch der Ordoliberalismus als Ansätze einer kontextualen Ökonomik aufgefasst werden?

¹³ Goodwin (2010), S. 21.

¹⁴ Goodwin et al. (2014), S. 63 f.

¹⁵ Vgl. Kolev et al. (2018); Goldschmidt et al. (2016); Zweynert et al. (2016).

Kontextuale Ökonomik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die „engen Interdependenzen zwischen der politischen und der ökonomischen Sphäre“ in Augenschein nimmt und „insbesondere nicht verallgemeinerbare Faktoren wie Kultur und die spezifische Geschichte eines Landes zwingend mit in die ökonomische Analyse“ einbezieht.¹⁶ Es handelt sich also um eine Form von Ökonomik, die „den Dialog mit benachbarten Disziplinen“¹⁷ nicht scheut, sondern gezielt sucht. Während kontextuale Ökonomik zu „den Schnittstellen zwischen der Wirtschaftsordnung und anderen gesellschaftlichen Teilordnungen“ arbeitet, untersucht ihr Pendant – die isolierende Ökonomik – „die Prozesse, die innerhalb der Wirtschaftsordnung ablaufen“, welche zu diesem Zweck „als isoliert vom Rest der Gesellschaft modelliert“ werden.¹⁸ Beide Arten, Ökonomik zu betreiben, haben ihre Existenzberechtigung. Allerdings ist es in den letzten Jahrzehnten zu einer deutlichen Schieflage zugunsten der isolierenden Ökonomik gekommen: Die Wirtschaftswissenschaften heute erschöpfen sich nahezu ausschließlich in isolierenden Ansätzen. Infolgedessen ist eine „immer stärkere Auslagerung der kontextualen Fragestellungen – vor allem in die Soziologie und später die Wirtschaftssoziologie“¹⁹ zu beklagen. Kontextuale Ökonomik nimmt sich dieser sträflich vernachlässigten Randgebiete an. Sie versteht Ökonomik ausdrücklich als eine Sozialwissenschaft,²⁰ die wirtschaftlichen Sachverhalte in ihrer zeitlichen und räumlichen Dimension zu erfassen sucht.

Eine Ökonomik in Raum und Zeit zu formulieren, mit diesem Anspruch treten sowohl die Deutsche Historische Schule als auch der Ordoliberalismus an. Die Vertreter der Deutschen Historischen Schule – man denke an Gustav von Schmoller (1838–1917), Lujo Brentano (1844–1931), Max Weber (1864–1920), Werner Sombart (1863–1941) und Arthur Spiethoff (1873–1957), um nur ein paar Beispiele zu nennen – bedienen sich hierzu unterschiedlicher Konzepte wie den Wirtschaftsstufen, dem Wirtschaftsgeist oder dem Wirtschaftsstil. Die Anhänger des Ordoliberalismus wie Walter Eucken (1891–1950), Alexander Rüstow (1885–1963), Wilhelm Röpke (1899–1966) und Alfred Müller-Armack (1901–1978) wiederum operieren mit Begrifflichkeiten wie etwa der Wirtschaftsordnung und dem Wirtschaftssystem. Im Grunde genommen versuchen sie aber alle dasselbe: außerökonomische Einflussfaktoren in die ökonomische Analyse einzubeziehen, um ein realistisches Bild von wirtschaftlichen Sachverhalten zu gewinnen. Sie lassen sich deswegen ohne Weiteres den kontextualen Ansätzen zurechnen.

¹⁶ Vgl. *Becker et al.* (2015), S. 85.

¹⁷ *Kolev et al.* (2018), S. 647.

¹⁸ Vgl. *Kolev et al.* (2018), S. 648.

¹⁹ *Kolev et al.* (2018), S. 648.

²⁰ Vgl. *Kolev et al.* (2018), S. 655.

Aber auch im englischen Sprachraum haben sich kontextuale Ansätze entwickelt. Obwohl deutlich loser in ihrem Zusammenhalt als ihr deutsches Pendant, so hat sich doch um William Whewell (1794–1866), Richard Jones (1790–1855), Thomas Edward Cliffe Leslie (1825–1882), Walter Bagehot (1826–1877), Thorold Rogers (1823–1890), Arnold Toynbee (1852–1883),²¹ William Cunningham (1849–1919), William Ashley (1860–1927) und William Hewins (1865–1931) auch eine Englische Historische Schule gebildet. In den USA lässt sich der ältere Institutionalismus mit Thorstein Veblen (1857–1929), John Rogers Commons (1862–1945) und Wesley Mitchell (1874–1948) zu den kontextualen Ansätzen zählen. Gleiches gilt heute für die Neue Institutionenökonomik, wie zum Beispiel Douglass C. North (1920–2015).

Man bemerke: Bei den zuvor aufgezählten Ökonomen ist es zum Teil gar nicht so leicht, zu entscheiden, ob sie nicht vielmehr Soziologen als Ökonomen waren. Sicherlich zählen Max Weber, Werner Sombart und Thorstein Veblen zu den Klassikern beider Disziplinen. Bei kontextualen Ökonomen handelt es sich also, das gilt es an dieser Stelle ausdrücklich zu betonen, um interdisziplinäre Grenzgänger. Von welcher Seite kommend nun die Grenze zur Ökonomik überschritten wird, ist dabei unerheblich. Zum Kreis kontextualer Ökonomen zählen deswegen nicht nur diejenigen, welche von der Ökonomik aus den Austausch mit den übrigen Sozialwissenschaften suchen, sondern selbstverständlich auch diejenigen, welche es umgekehrt tun. Beides wird von der ökonomischen Ideengeschichte abgedeckt.²²

III. Beatrice Webbs kontextuale Ökonomik

1. Der Begriff der sozialen Institution

Macht man sich an das Unterfangen, Beatrice als Vertreterin einer kontextualen Ökonomik ausweisen zu wollen, ist es unerlässlich, sich zunächst mit ihrem Institutionenbegriff vertraut zu machen. Fündig wird man diesbezüglich in ihrer gemeinsam mit Sidney verfassten Schrift *Methods of Social Study* aus dem Jahr 1932. Auch wenn die Webbs in dem Vorwort zu dieser ausdrücklich betonen, dass es sich bei ihr um keine wissenschaftstheoretische oder methodologische Schrift im eigentlichen Sinne handelt, legen sie in ihr doch Rechenschaft ab, sowohl über das Forschungsgebiet, das sie der „Sozialwissenschaft“ oder „Soziologie“ zugeschrieben wissen wollen,²³ als auch über die Methoden, mit denen es sich nach ihrem Dafürhalten am besten bearbeiten

²¹ Nicht zu verwechseln mit seinem Neffen, dem Geschichtsphilosophen Arnold J. Toynbee.

²² Im Gegensatz z. B. zu einer bloßen Geschichte der Wirtschaftswissenschaften.

²³ Vgl. *Webb/Webb* (2010 [1932]), S. 1.

lässt. Die Webbs beschreiben dabei nicht einfach ein bloß theoretisch denkbares Vorgehen; sie erheben vielmehr den Anspruch, davon zu berichten, wie sie bei ihren bisherigen Arbeiten praktisch vorgegangen sind.

Die Webbs starten ihre Untersuchung mit der Feststellung, dass die Wissenschaften im Allgemeinen zum Ziel haben, Wissen über das Universum zu sammeln, die Soziologie im Speziellen über menschliche Gruppierungen:

„Science, in any definition, means knowledge of the universe, or of some part of it. Those who apply themselves to social science or sociology seek knowledge about a particular part of the universe, that is to say, the various human groupings that we find existing all round the world. Human society, in fact, is made up of these groupings of men.“²⁴

Bei der Einordnung der Soziologie in den Kanon der Wissenschaften überraschen die Webbs dann aber mit der für heutige Leserinnen und Leser ungewöhnlich anmutenden Behauptung, die Soziologie sei den biologischen Wissenschaften zuzurechnen:

„Sociology accordingly belongs, like botany and zoology, physiology and psychology, to what may be termed the biological group of sciences, as distinguished from the group of physical sciences, which includes astronomy and mechanics, physics and chemistry.“²⁵

Vom Menschen würden in diesem Zusammenhang gleich mehrere biologische Wissenschaften handeln. Deswegen gelte es, die Soziologie insbesondere von der Physiologie und der Psychologie abzugrenzen:

„Like physiology and psychology, sociology has to do with human beings. But unlike physiology and psychology, sociology is concerned not with the individual man, regarded as a living organism having body and mind, but with the relations among men. These relations are manifested [...] in human society in its most primitive forms, and they extend to all its stages of development.“²⁶

Die Soziologie sei mit den Bindungen, Beziehungen und Verhältnissen (relations) befasst, welche die Menschen untereinander eingehen. Diese würden mannigfaltiger Natur sein. Deswegen fokussiere sich das soziologische Forschungsinteresse auch nur auf eine kleine Teilmenge von diesen: „It is these stable and durable relations, together with those that are universal or are obviously enforced, that we think of specially as social institutions.“²⁷ Stabile und andauernde Bindungen, die von universeller Geltung sind und sich durchsetzen lassen, bezeichnen die Webbs als soziale Institutionen. Obwohl soziale Institutionen nur durch das Handeln einer Menschengruppe in Existenz treten

²⁴ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 2.

²⁵ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 2 f.

²⁶ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 3.

²⁷ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 22.

würden, könnten sie im Anschluss eine gewisse ontologische Eigenständigkeit erlangen:

„Such an entity has attributes of its own that can be apprehended and enumerated; it produces effects, directly upon the behaviour of the men and women whom it embraces, and upon other social institutions, and indirectly, through these human beings, also upon their material environment. But each social institution is, as a whole, incorporeal or non-material – much in the same sense as a biological species is incorporeal or non-material – and can be seen or felt only in particular items which are in all cases only partial manifestations of itself.“²⁸

Der Vergleich mit dem biologischen Artbegriff zeigt, dass die Einordnung der Soziologie in die biologischen Wissenschaften kein Zufall gewesen ist. Die Webbs lassen es aber nicht bei dieser einen biologischen Anleihe bewenden. Soziale Institutionen stellen sich nämlich die Webbs ausdrücklich als Organismen vor:

„It is a feature of all social institutions that, in their growth and development, they manifest characteristic diseases, which become known only by prolonged observation of an experience of their operation. We then see emerging new social institutions, more or less consciously designed to counteract or remedy the injurious effects of the older ones.“²⁹

Soziale Institutionen weisen eine Lebensspanne auf, über deren Verlauf sie sich verändern. Sie können Krankheiten entwickeln, zu deren Heilung dann neue soziale Institutionen erdacht werden müssen. Dass soziale Institutionen evolutionär gewachsen sind, die Gewissheit hierüber führt die Webbs nicht nur zur Einsicht um deren Historizität und – damit einhergehenden – Relativität, sondern gibt ihnen zufolge auch den Weg vor, wie sie zu studieren sind: Bei der Erforschung von sozialen Institutionen sei es nämlich unerlässlich, sich mit ihrer Geschichte und ihrer Funktion, die ihnen im institutionellen Arrangement zukommt, vertraut zu machen.³⁰

Anschließend unterteilen die Webbs soziale Institutionen in vier Kategorien. Als Abgrenzungsmerkmal dient dabei ihr Entstehungskontext. In diesem Zusammenhang meinen die Webbs vier „Mentalitäten“ unterscheiden zu können, aus denen soziale Institutionen heraus erwachsen würden: So können diese erstens aus tierischen Instinkten, zweitens aus religiösen Gefühlen, drittens aus ethischen Grundsätzen über das Gute und, viertens aus einer bewussten Planung heraus entstehen.³¹ Besonders ausführlich sprechen die Webbs über die letzte Kategorie – die intentional konstruierten Institutionen. Wie

²⁸ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 18.

²⁹ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 244.

³⁰ Vgl. Webb/Webb (2010 [1932]), S. 20.

³¹ Vgl. Webb/Webb (2010 [1932]), S. 23.

sich noch zeigen wird, nehmen sie eine besondere Stellung im Denken der Webbs ein:

„When we come to the most modern of social institutions, we find that they are, for the most part, of the nature of devices or expedients consciously and deliberately adopted for the purpose of carrying out with greater efficiency, in some particular spheres, predetermined general ideals or purposes, to the nature of which they are themselves indifferent. Thus the purpose falls into the background, and it is on the perfection of the machinery used that the mind of man is concentrated. Efficiency is the sole object, as it is the supreme test, of social institutions of this class, which may be employed in the service of any social ideal or general purpose whatsoever. The special characteristic of social institutions of this class, which may be termed the technical or scientific, is that they are devised and organized according to the teaching of applied science. [...] They were based on the observation of the behaviour of men in particular circumstances, and of the way in which habits are formed, with the object altering habitual behaviour so as to make it correspond to some actual or imagined public convenience. It is because these quite modern social institutions were thus scientifically framed that they have, within a relatively short time, wrought in the lives of men changes positively greater in magnitude than some of the most ancient customs, or than some of the most dogmatic of creeds.“³²

Aber nicht nur soziale Institutionen zählen zum Erkenntnisinteresse der Soziologie, sondern auch alles, was potenziell Einfluss auf ihr Entstehen, ihren Wandel und ihr Vergehen haben kann:

„We have said that the sociologist is concerned not only with the relations between men in association, and with the human groupings in which these relations are manifested, but also with everything that helps to create or modify those relations and groupings of men. These influential factors are manifold. These are the influences upon each population of the physical geography amid which it lives; of the climate and the weather; of the fauna and flora; of the social heritage of race and language, religion and custom; of traditions as to history, national and local, and, by no means least in its effects, of both the past and the contemporaneous economic framework of the community. All this may be regarded as forming a sort of social atmosphere in which every man grows up, and in which, all unconscious of its weight, he lives and moves, and his contemporaneous social institutions have their being. Changing the metaphor, we may say that all these influences, contributing to make up the particular civilisation or ‚Kultur‘ of each community, form, as it were, the matrix in which all its social institutions are embedded. Affecting all the institutions of each generation, this social matrix is itself perpetually influenced by them – the whole creating and maintaining a constantly changing milieu against which individuals may react and even rebel, but from the influence of which no one can escape.“³³

Die Soziologie handelt also von nichts weniger als der Kultur, wobei der Begriff, so wie ihn die Webbs an dieser Stelle verwenden, explizit auch die

³² Webb/Webb (2010 [1932]), S. 29.

³³ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 4.

Beziehung zur Natur umfasst. Das sei also „the province of social science or sociology“.³⁴

Vergleicht man nun die Theorie der Webbs mit anderen institutionellen Ansätzen, so fällt auf: Der Institutionenbegriff der Webbs mutet nicht sonderlich elaboriert an. So scheint dessen Definition, nach der es sich bei einer sozialen Institution um die Bindungen in einer menschlichen Gruppe handelt, nicht sonderlich spezifisch zu sein. Auch kommt man nicht umhin, wichtige Differenzierungen, die etwa aus der Neuen Institutionenökonomik (informelle vs. formelle Institution oder Institution vs. Organisation) bekannt sind, zu vermissen. Zur Frage, wie sich soziale Institutionen intentional ändern lassen, schreiben sie ebenfalls überraschend wenig. Dessen ungeachtet lässt sich aber eine erstaunliche Übereinstimmung mit dem kontextualen Forschungsprogramm feststellen: Die Webbs bemühen sich nämlich über ihren evolutionären Institutionenbegriff die sozialtheoretische Intuition zu fassen, dass es unterschiedliche Einflüsse gibt, denen gesellschaftlicher Wandel unterliegt.

2. Das Verhältnis von Soziologie zu Ökonomik

Der Geltungsanspruch der Soziologie wird von den Webbs absolut formuliert: Ihnen zufolge ist die Soziologie die einzige Wissenschaft von der menschlichen Gesellschaft – deswegen verwenden sie den Begriff der Sozialwissenschaft nur im Singular und synonym zu dem der Soziologie. Andere Disziplinen, die man auch als Sozialwissenschaften zu bezeichnen gewohnt ist, seien nichts anderes als bloße Zweige der Soziologie:

„Particular departments or branches of this study, not always usefully dealt with separately, or wisely parcelled out, have been given special names, such as anthropology, history, linguistics, or philology, jurisprudence, economics, political science, and ethics.“³⁵

Abgesehen hiervon schreiben die Webbs kaum etwas zur Frage, in welcher Beziehung die Soziologie zur Ökonomik steht, allerdings findet sich bereits in dem Vorwort zu *Methods of Social Study* eine Bemerkung, die diesbezüglich interessierte Leserinnen und Leser stutzig werden lässt. Da die Webbs keine wissenschaftstheoretische oder methodologische Schrift im eigentlichen Sinne vorzulegen beabsichtigen, entschuldigen sie sich dort im Vorhinein dafür, dass sie auf bestimmte Fragen keine Antwort formulieren werden. Dazu gehört auch:

„Hence the reader must not look for any discussion of [...] whether or not there can usefully be a ‚pure‘ science of economics, proceeding by logical deduction from

³⁴ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 8.

³⁵ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 8.

theoretical assumptions or postulates as to the universality or predominance of particular human motives – such, for instance, as the pecuniary self-interest of freely competing wealth producers, on the one hand, or, on the other, the class antagonisms of profit-making capitalists and proletarian wage-earners.“³⁶

Kann es eine reine Ökonomik geben? Auf diese Frage will die Schrift bewusst keine Antwort geben; dass sie aber überhaupt aufgeworfen wird – und dann auch noch auf diese überraschend ausführliche Weise –, scheint bereits ein untrügliches Indiz dafür zu sein, dass die Webbs diesbezüglich eine klare Haltung haben und vermutlich geneigt sind, die Frage zu verneinen. Dass dem tatsächlich so ist, bestätigt sich, wenn man ein kurzes Essay zurate zieht, dass Beatrice als Anhang ihrer autobiographischen Schrift *My Apprenticeship* 1926 veröffentlicht hat.³⁷ Dieses trägt den Titel *On the Nature of Economic Science*. Dort beantwortet sie die Frage, und das recht eindeutig:

„I see few advantages, and many disadvantages, in collecting together all the activities concerned with the production and consumption of wealth, in all the various stages of social evolution, and in all the different varieties of social organization by which this function is performed; and in making this object or purpose the subject of a self-contained science styled Political Economy, apart from the study of human behaviour in society – that is to say, of social institutions, or Sociology.“³⁸

Im weiteren Verlauf legt Beatrice dar, warum sie sich gegen „a self-contained, separate, abstract political economy“³⁹ ausspricht. Ihr Einwand lautet, dass die „orthodoxe“⁴⁰ Ökonomik – sie denkt da an David Ricardo, aber auch an Alfred Marshall – zu einer beklagenswerten Engführung geführt habe. Obwohl sich die Ökonomik als eine Wissenschaft von der Wohlstandsmehrung verstünde, würde sie sich auf nur eine bestimmte Produktionsweise kaprizieren und dabei soziale Institutionen außer Acht lassen, die für die Produktion des nationalen Reichtums offensichtlich ebenfalls unerlässlich seien:

„Thus, the Ricardian economics [...] has no right to the position of the science of wealth production. Political Economy, as professed and taught, deals with only one of many social institutions engaged in or concerned with wealth production; and it is misleading to ignore those other social institutions by which wealth has been, and is now being produced among hundreds of millions of people unacquainted with the ‚big business‘ or profit-making capitalism, for which Ricardo sought to formulate

³⁶ Webb/Webb (2010 [1932]), S. xliii f.

³⁷ *My Apprenticeship* handelt von den Lehrjahren von Beatrice, bevor sie Sidney kennenlernte. In *Our Partnership*, ihrer zweiten autobiographischen Schrift, berichtet sie dann von ihrer gemeinsamen Zusammenarbeit mit Sidney. Diese Schrift wurde erst posthum veröffentlicht.

³⁸ Webb (2022 [1926a]), S. 373.

³⁹ Webb (2022 [1926a]), S. 373.

⁴⁰ Webb (2022 [1926a]), S. 373.

the ‚laws‘ that his successors have been, during the past century, so diligently refining and elaborating.“⁴¹

Was folgt hieraus für Beatrice? Selbstbewusst – vielleicht aber auch ein bisschen anmaßend – urteilt sie: Einer eigenständigen Ökonomik bedarf es nicht. Ihr Verdikt lautet:

„Why not drop, once and for all, the whole notion of a science of Political Economy? The term itself is a foolish one, which confuses the political with the industrial organization of the community. Even when the modern term Economics is substituted, the ‚science‘ inherits a misleading delimitation of content and a faulty method of reasoning. What needs to be studied are social institutions themselves, as they actually exist or have existed, whatever may be the motive attributed to the men and women concerned; and whatever may be the assumed object or purpose with which these institutions are established or maintained. The organisation of ‚big business‘, or profit-making capitalism, is, at the present time, one of the most important of social institutions; and it deserves a whole study to itself, which may or may not yet warrant the name of science, but for which an appropriate description should be found. This study of profit-making capitalism or modern business organization would take its place alongside the separate studies of other social institutions, such as the family; consumers’s co-operation; the vocational organisations of the various kinds of producers; local government; the state (or political organization); international relations; the intellectual, aesthetic and religious interests of man; and possibly a host of other departments of what can only be regarded (and may one day be unified) as Sociology.“⁴²

Die von Beatrice monierte Engführung der Ökonomik – auf „big business“ und „profit-making capitalism“ – dient freilich der Entdeckung wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten. Indem von der Komplexität der Realität bewusst abstrahiert wird, soll es möglich werden, unter Rückgriff auf den homo oeconomicus deduktiv Gesetzmäßigkeiten abzuleiten. Dieses Gegenargument vermag Beatrice indes nicht zu überzeugen; nicht zu wenigen Teilen rührt ihre Ablehnung gerade von der Nutzung dieser Methode her:

„It would almost necessarily involve the abandonment of the abstract, or purely deductive method. [sic] without the possibility of precise verification of its inferences, which Ricardo’s authority imposed on successive generations of British economists. Now, one of the many mischievous results of the abstract and deductive method has been the underlying assumption, used as a premise for its deductive reasoning, the pecuniary self-interest is, in fact, the basis of modern business enterprise, all else being ignored as merely ‚frictions‘. Thus it is assumed that all the activities of profit-makers are inspired solely and exclusively by pecuniary self-interest. That is, to my thinking, to do them injustice. Public spirit and personal vanity, delight in technical efficiency and desire for power, political and social ambition, the spirit of adventure and scientific curiosity, not to mention parental love and

⁴¹ Webb (2022 [1926a]), S. 374.

⁴² Webb (2022 [1926a]), S. 374.

pride of family, and even racial prestige, all contribute to the make-up of the dominant personalities of the business world.“⁴³

Dass das Verfolgen des Selbstinteresses als zeitloses Charakteristikum des Menschen dargestellt wird, stößt Beatrice unangenehm auf. Darüber hinaus stört sie, dass andere Handlungsmotive außer Acht gelassen werden. Zu guter Letzt müsste nach ihrer Meinung die Frage gestellt werden, ob das Vorherrschen des Selbstinteresses nicht selbst Ergebnis eines bestimmten institutionellen Arrangements ist.⁴⁴

Angenommen man würde die Idee einer eigenständigen Ökonomik aufgeben, was wäre dadurch gewonnen? Die Antwort von Beatrice lautet: Einerseits könnten dann bislang gebundene Kräfte freigemacht werden, um den sozialen Institutionen nachzuforschen, welche bei der Wohlstandsmehrung keinesfalls unwichtig seien, bislang aber vernachlässigt worden wären. Andererseits könnte der Fehlglauben abgestellt werden, es wäre möglich, ökonomische Gesetzmäßigkeiten aufzustellen, die für alle Zeiten und alle Orte Gültigkeit beanspruchen könnten:

„Assuming that we give up the conception of a separate abstract science of Political Economy or Economics, the adjective ‚economic‘ might then be reserved to define the relations between men arising out of their means of livelihood or subsistence; or, to put it in another way, which can be weighed and measured in terms of money – whatever may be the social institution in which these relations occur [...]. A necessary implication of this new classification would be that what would have to be investigated, described and analysed are the social institutions themselves, as they exist or have existed, not any assumed ‚laws‘, unchanging and ubiquitous, comparable with the law of gravity, any failure of correspondence with the facts being dismissed as friction. A second corollary is that these social institutions, like other organic structure, have to be studied, not in any assumed perfection of development, but in all the changing phases of growing social tissue, from embryo to corpse, in health and perversion, in short, as the birth, growth, disease and death of actual social relationships. And their diseases may even be the most interesting part of the study.“⁴⁵

Beatrice bleibt also nicht bei einer Fundamentalkritik stehen, sondern formuliert auch einen konstruktiven Verbesserungsvorschlag.⁴⁶ Allerdings lässt sich nicht leugnen: Beatrice hat sich keineswegs als Ökonomin verstanden.⁴⁷

⁴³ Webb (2022 [1926a]), S. 374 f.

⁴⁴ Gronert (2001b, S. 191) meint, dass das „nur heißen [kann], daß Beatrice [...] in der ihr vor Augen stehenden – ricardianischen – Ökonomik die Orientierung auf nur eine – kapitalistische – sozio-ökonomische Welt kritisiert, und das Fehlen expliziter Verhaltensanalysen und eine konsequente Historisierung aller Analysen (Prämissen und Ergebnisse) einklagt.“

⁴⁵ Webb (2022 [1926a]), S. 375 f.

⁴⁶ Vgl. Cole (1949), S. 268.

⁴⁷ Vgl. Cole (1949), S. 267.

Ihre Meinung in dieser Angelegenheit bildete sie auch schon heraus, bevor sie Sidney traf.⁴⁸ Natürlich kann sie aber trotzdem als eine Ökonomin aufgefasst werden – zumindest als kontextuale –, ihr Argument gegen eine eigenständige Wirtschaftswissenschaft lautet schließlich, dass ökonomische Fragestellungen in der Soziologie besser aufgehoben wären.

Ihre Argumentation ähnelt dabei erstaunlich dem, was Gustav von Schmoller im Methodenstreit gegen Carl Menger vorbrachte. Seine Ablehnung gegenüber universellen Wirtschaftsgesetzen und der Deduktion als Methode, um solche ausfindig zu machen, finden ihre Parallelen in den Ausführungen von Beatrice. Es lässt sich also auch an dieser Stelle eine inhaltliche Nähe zu anderen kontextualen Ansätzen konstatieren.

3. Das utopische Erdenken neuer Institutionen

Wozu sollte man sich aber überhaupt mit Soziologie beschäftigen? Die Frage nach deren praktischen Nutzen beantworten die Webbs in *Methods of Social Study* unter Rückgriff auf die vierte Kategorie von Institutionen, die der absichtsvoll konstruierten:

„Those who doubt the practical utility of sociological study and sociological inferences have in mind, perhaps, only the social institutions belonging to the first three of the four classes into which [...] the subject-matter of the science may be divided. Not unnaturally they are skeptical of the practical utility for everyday life of an exploration of the origins, in animal instinct, religious emotion, or humanistic ideals, of social relations that they prefer to take for granted. But even such critics should realise that is not out of these, but out of the vast array of social institutions of the fourth class – those deliberately devised with a view to increasing social efficiency – that an applied science of sociology might be expected to be (and indubitably is being) constructed.“⁴⁹

Dass der Entwurf neuer Institutionen das originäre Motiv der Webbs darstellt, wird besonders deutlich, wenn man sich ihre Beschäftigung mit dem Kapitalismus und dem Sozialismus vor Augen führt. In *Decay of Capitalist Civilisation* aus dem Jahr 1923 legen die Webbs dar, warum sie der Auffassung sind, dass ein Ende des Kapitalismus unausweichlich sei. Untergehen werde dieser keineswegs aus systemimmanenten Gründen. Stattdessen vermuten die Webbs, dass er der Konkurrenz mit anderen Wirtschaftssystemen nicht mehr lange wird standhalten können. Der Grund dafür: Er versage bei der ureigenen Aufgabe eines Wirtschaftssystems, nämlich die Mitglieder einer Gesellschaft mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Seine mangelnde Konkurrenzfähigkeit erkläre sich aus seinem Angewiesensein auf Privateigen-

⁴⁸ Vgl. Cole (1949), S. 269.

⁴⁹ Webb/Webb (2010 [1932]), S. 242.

tum. Dessen Existenz leiste nämlich großer Ungleichheit unter der Bevölkerung Vorschub. Diese wiederum stünde einer bedürfnisbefriedigenden Verteilung der Güter derselben Bevölkerung im Wege. Während manche Gesellschaftsmitglieder im Überfluss leben, haben andere nicht einmal das Nötigste. Andere wirtschaftliche Organisationsweisen – allen voran der Sozialismus – wären hier deutlich überlegen. In *The Prevention of Destitution* aus dem Jahr 1916 legten die Webbs bereits einen politischen Aktionsplan dafür vor, wie sich gesellschaftliche Armut ausmerzen ließe, um dann 1920 mit *A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain* sogar einen utopischen Verfassungsentwurf vorzulegen. Blickt man auf dessen Bestandteile, lassen sich erstaunliche Übereinstimmungen mit den Forschungsvorlieben der Webbs feststellen. Deren Interesse an Genossenschaften, Gewerkschaften und kommunaler Verwaltung lässt sich nämlich dadurch erklären, dass sie in diesen die Keimzellen für eine mögliche Demokratisierung der Wirtschaft erblickten. Das theoretische Erkenntnisinteresse ist insofern durch und durch praktisch motiviert:

„Wissenschaftliche Ergebnisse sollten – dies war [die] [...] Überzeugung [von Beatrice] – in den Dienst einer politischen Sache gestellt werden. Der Erkenntnisgewinn aber wurde dadurch kein kalter, maschinenmäßiger Vorgang. Er war, ganz im Gegenteil, eher ein religiöser Akt. Die Entdeckung von Naturgesetzen war ein Ausdruck der Pietät, eines der Mittel, wodurch sich das Reich Gottes seiner Verwirklichung auf Erden näherbringen ließ.“⁵⁰

Intentional auf das institutionelle Arrangement einer Gesellschaft einzuwirken, das bezeichnet man in der *Neuen Institutionenökonomik* als „Institutional Design“. Tatsächlich spricht Beatrice selbst davon, dass sie eine Pionierin des „Social Engineering“ zu sein beabsichtigt.⁵¹ Auch hier lassen sich also wieder Gemeinsamkeiten mit kontextualen Ansätzen feststellen.

IV. Der Weg von Beatrice zur Soziologie

Die bisherigen Ausführungen legen nahe, dass es sich bei Beatrice um eine kontextuale Ökonomin handelte. Um diesen Eindruck zu festigen, soll es im Folgenden darum gehen, Verbindungslinien zwischen ihr und anderen Vertretern kontextualer Ökonomik ihrer Zeit herauszuarbeiten. Zunächst soll aber der Frage nachgegangen werden, wie Beatrice überhaupt zur Soziologie gefunden hat und wer sie auf diesem Weg maßgeblich beeinflusste.

Auch wenn der Vater von Beatrice, Richard Potter, politisch progressiv war, so war er sicherlich nicht progressiv genug, um seine Töchter auf die Universität zu schicken. Beatrice kam deswegen nicht in den Genuss einer akademi-

⁵⁰ Lepenies (1998), S. 110.

⁵¹ Vgl. Simey (1961), S. 108.

schen Bildung, auch ihre schulische fällt recht knapp aus. Sie wurde – für eine Dame ihres Standes zu dieser Zeit keineswegs unüblich – vornehmlich zu Hause unterrichtet. Zu diesem Zweck stand ihr die umfangreiche Bibliothek der Familie Potter zur Verfügung, in der sie sich ihr Wissen größtenteils autodidaktisch aneignete. Ihr Weg zur Soziologie ist insofern – das lässt sich bereits an dieser Stelle absehen – ein ungewöhnlicher, als er durch persönliche Bekanntschaften bereitet wurde. In Berührungen mit soziologischen Fragestellungen kam sie nämlich das erste Mal über den Philosophen und Soziologen Herbert Spencer (1820–1903), einem guten Freund der Familie Potter.

Spencer gilt als Erfinder des Evolutionismus, d.h. der Übertragung der Evolutionstheorie auf den Bereich der Gesellschaft. Dabei war es Spencer – nicht Charles Darwin (1809–1882) –, der den Begriff des „Survival of the Fittest“ ersann und prägte. Den sozialdarwinistischen Gedanken, dass sich stets das Bestgeeigneteste durchsetzt, sollte er verwenden, um eine geschichtsphilosophische Fortschrittstheorie menschlicher Gesellschaftsformationen zu entwerfen. In diesem Zusammenhang half Spencer die Vorstellung Eingang in die Soziologie finden zu lassen, dass sich soziale Institutionen wie Tier- und Pflanzenarten entwickeln würden und sich deswegen ähnlich beobachten, klassifizieren und untersuchen ließen.⁵²

Seinen Beitrag zur späteren Entscheidung von Beatrice, Sozialforscherin werden zu wollen, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.⁵³ Er trug nicht nur zu ihrer Ausbildung bei, indem er für ihr Selbststudium Bücherlisten aufstellte – zu ihren Lieblingsautoren zählte beispielsweise der französische Philosoph Auguste Comte, der heute als Pionier der Soziologie gilt –, sondern er ermutigte sie auch dazu, ihren wissenschaftlichen Ambitionen nachzugehen. Um diese zu ermöglichen, hat er immer wieder unterstützend eingegriffen. In *My Apprenticeship*, wo Beatrice den Weg beschreibt, der sie zur Soziologie führen sollte – ihre Lehrjahre, wie sie sie auch nennt –, setzt sie dem Freund ein Denkmal, indem sie öffentlich bekennt:

„Here I express the debt I owe to the loyal friendship and mutual helpfulness which grew up between the child and the thinker; and which endured, undimmed by growing divergence in opinion, to the day of his death in 1903. It was the philosopher on the hearth who [...] was concerned about my chronic ill-health, [...] who encouraged me in my lonely studies; who heard patiently and criticised kindly my untutored scribbles about Greek, and who delighted and simulated me with the remark that I was a ‚born metaphysician‘.“⁵⁴

⁵² Vgl. Nasar (2012), S. 97 f.

⁵³ Sie übernahm aber von ihm nicht nur die Vorstellung, dass Institutionen evolutionär wachsen, sondern auch dass es nur eine Sozialwissenschaft gibt.

⁵⁴ Webb (2022 [1926b]), S. 25.

So ist es auch Spencer, der auf die Idee kommt, Beatrice könne doch als freiwillige Mietkassiererin im East End, dem Elendsviertel von London, arbeiten.⁵⁵ Auf diese Weise wäre es ihr möglich, erste Erfahrung mit empirischer Sozialforschung zu machen und das aus erster Hand. Auf sein Anraten hin ging sie deswegen zu einem Treffen der Charity Organisation Society, einer privaten Wohltätigkeitsgruppe, die sich bemühte, den Armen der Stadt auf – wie man heute sagen würde – evidenzbasierte Weise Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Solchen Formen der organisierten Mildtätigkeit nachzugehen, fiel im viktorianischen England überwiegend Frauen zu. Beatrice schätzte an dieser Tätigkeit, dass sie ihr einen unverstellten Einblick in das Leben – und damit einhergehend – in die Probleme der Angehörigen der Arbeiterklasse bot.⁵⁶

Diese Erfahrung zu machen, sollte in ihr die Begeisterung für empirische Sozialforschung wecken. Um den Entschluss für ihren Wunschberuf auf die Probe zu stellen, reifte in Beatrice die Idee, auf eigene Faust Sozialstudien zu betreiben, indem sie weitentfernten Verwandten aus der Arbeiterklasse in Bacup einen Besuch abstattete, einer kleinen Fabrikstadt in Lancashire, einem Landstrich, der vor allem durch die Baumwolle verarbeitende Industrie geprägt war. Um einerseits ihre Familie nicht zu konsternieren und andererseits sicherzustellen, dass ihre Interviewpartner in Bacup sich ihr gegenüber ganz freimütig äußern würden, reiste sie inkognito und gab sich zu diesem Zweck den Decknamen „Miss Jones“. Diesen Ausflug möglich machte ihr das Kindermädchen der Familie Potter, das selbst diesem weitentfernt verwandten Familienast mütterlicherseits entsprang und das den Butler der Potters geheiratet hatte. Kurzerhand entschloss sich Beatrice dazu, ihre Eindrücke zu verschriftlichen. Wieder war es Spencer, der vorschlug, Beatrice könne doch diese veröffentlichen. Hierfür stellte er sogar den Kontakt zu dem Herausgeber der Zeitschrift *The Nineteenth Century* her, in der diese dann auch als Aufsatz als die erste Veröffentlichung von Beatrice erschienen.⁵⁷

Das sollte ihr Selbstbewusstsein ungemein stärken und sie in der Überzeugung bekräftigen, dass es ihre Meinung verdient hatte, gehört zu werden. Als es am 8. Februar 1886 in West End, dem traditionellen Wohnort der Londoner

⁵⁵ Gronert (2001b, S. 174) schreibt hierzu: „In der C.O.S. übernahm sie [...] zunächst – noch ganz der viktorianischen Armenpolitik folgend – Kontrollfunktionen in bezug auf die Bedürftigkeit von Almosenempfängern in den Slums von London und lernte in dieser Funktion sowohl den Geist wie die Verhältnisse dieser Form der sozialpolitischen Organisation von Armut kennen. Sogar bis in das Jahr 1885 arbeitete sie in den Slums als Mieteinzieherin in den sog. Katharinen-Blöcken, eine Aktivität, die sie abschließend ebenfalls wie die Arbeit in der C.O.S. als vollständigen Mißerfolg wertete.“

⁵⁶ Vgl. Nasar (2012), S. 100 f.

⁵⁷ Vgl. Nasar (2012), S. 104 f.

Oberschicht, zu von Arbeitslosen verursachten Unruhen kam und eine öffentliche Diskussion zu deren Ursachen entbrannte, schrieb Beatrice einen Leserbrief an die Herausgeber der *Pall Mall Gazette*, in der sie den diskutierten Erklärungsansätzen zu den Gründen des Aufstandes entschieden widersprach. Dieser Leserbrief wurde unter dem Titel *A Lady's View of the Unemployed* veröffentlicht. Ihr Expertentum sollte Joseph Chamberlain (1836–1914) zum Anlass nehmen, sie als Präsident des Local Government Board um Rat zu bitten.⁵⁸

Ab April 1886 beteiligte sich Beatrice an dem monumentalen Vorhaben ihres angeheirateten Cousins Charlie Booth (1840–1916), eine Art Armutslandkarte von London zu zeichnen. Zu diesem Zweck sollten die Lebensumstände aller viereinhalb Millionen Einwohner Londons in Erfahrung gebracht werden. Zur Vorbereitung dieser Mammutaufgabe holte Booth den Rat seines Freundes Marshall ein. Auf dessen Vorschlag hin stellte er eine Forschungsgruppe zusammen, an der mitzuwirken er auch Beatrice einlud. Ihre Aufgabe sollte vornehmlich darin bestehen, Beobachtungen anzustellen und Befragungen durchzuführen. Ihr war es zgedacht, die Lebensverhältnisse der Londoner Hafenarbeiter zu untersuchen.⁵⁹ Diese Feldforschung beanspruchte sie ungefähr ein Jahr. Am Ende sollte sie nicht nur ein Kapitel zu Booths Übersichtswerk *Inquiry into the Life and the Labour of the People in London* beitragen, sondern auch einen eigenen Aufsatz zu dem Thema mit dem Titel *Dock Life in the East End of London* publizieren. In diese Zeit fällt auch ihre ausgiebige Lektüre wirtschaftswissenschaftlicher Literatur. Ergebnis von diesem Studium war der bereits angesprochene Aufsatz zur möglichen Eigenständigkeit der Ökonomik.⁶⁰

Ihr nächstes Projekt – eine Untersuchung der Ausbeutungsbetriebe im Schneiderhandwerk – unternahm sie wieder undercover. Zu diesem Zweck bereitete sie sich Monate vor, um als Arbeiterin glaubhaft zu wirken. Ihre Beobachtungen veröffentlichte sie in *Pages of a Workgirl's Diary* ebenfalls in *The Nineteenth Century*. Diese Veröffentlichung bescherte ihr sogleich eine Einladung, vor einem Ausschuss des House of Lords auszusagen.⁶¹

Beatrice fühlte sich nun ermutigt, ein großes Projekt in Angriff zu nehmen. Sie fasste deswegen den Entschluss, eine Geschichte der britischen Genossenschaftsbewegung zu schreiben. Marshall, den sie zwischenzeitlich selbst kennengelernt hatte und der ihr gegenüber äußerte, er würde ihre *Pages of a Workgirl's Diary* sehr schätzen, riet ihr davon ab, stattdessen solle sie doch

⁵⁸ Vgl. Nasar (2012), S. 110.

⁵⁹ Vgl. Nasar (2012), S. 113–115.

⁶⁰ Vgl. Nasar (2012), S. 116.

⁶¹ Vgl. Nasar (2012), S. 116–118.

über Frauen in der Arbeitswelt schreiben.⁶² Beatrice sollte diesem Ratschlag nicht folgen. Hätte sie das getan, wäre ihr Leben sicherlich gänzlich anders verlaufen. Auf der Suche nach einem Experten auf dem Feld der Genossenschaften, der ihr als intellektueller Ansprechpartner dienen kann, machte sie Erkundigungen in ihrem Bekanntenkreis. Eine Cousine, die in Bloomsbury wohnte, verwies sie an Sidney Webb, ihren späteren Ehemann, mit dem sie fortan im Rahmen einer Partnerschaft auf Augenhöhe ein Schreibkollektiv bilden sollte. Als sie Sidney kennenlernte, war Beatrice aber bereits eines – das gilt es, an dieser Stelle ausdrücklich zu betonen –: eine gestandene Soziologin.⁶³

V. Beatrice im Austausch mit der kontextualen Ökonomik ihrer Zeit

1. Beatrice und die Deutsche Historische Schule

Gerade die Studie über die Geschichte der britischen Genossenschaftsbewegung, die Beatrice – noch ohne Sidney wohlgermerkt – entgegen dem ausdrücklichen Rat Marshalls schreiben und noch unter ihrem Mädchennamen veröffentlichen sollte, brachte ihr ausgerechnet unter den Vertretern der Deutschen Historischen Schule „viel Beifall“⁶⁴ ein. Brentano war derart von der Arbeit angetan, dass er nur zwei Jahre nach deren Erscheinen 1891 eine deutsche Übersetzung besorgte. Auch wenn er sich nicht viel von einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens versprach und sich deswegen auch nicht mit der politischen Stoßrichtung der Schrift einverstanden erklären konnte, so zollte er doch insbesondere den ersten Kapiteln des Buches Anerkennung. In dem von ihm verfassten Vorwort sagte er nach ein paar einführenden Worten zur „interessante[n] Persönlichkeit unserer Verfasserin“ voraus, dass niemand diese Kapitel „ohne Bewunderung“ würde lesen können, schließlich sei dort die Geschichte der britischen Genossenschaftsbewegung „in ausgezeichneter Weise skizziert“.⁶⁵

Es war wiederum Schmoller, unangefochtener Führer der *Jüngeren Historischen Schule*, der noch im Erscheinungsjahr der Übersetzung 1893 eine Rezension zu dieser in dem von ihm herausgegebenen *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* veröffentlichen sollte, welche in der Sekundärliteratur bereits als „euphorisch“ bezeichnet

⁶² Vgl. Nasar (2012), S. 116–118.

⁶³ Fun Fact in diesem Zusammenhang: Dass das Wort „Soziologin“ überhaupt erstmals im Deutschen verwendet wurde, geschah im Zusammenhang mit Beatrice, vgl. Holzhauser (2014), S. 130.

⁶⁴ Schmoller (1893), S. 575.

⁶⁵ Brentano (1893), S. V.

wurde.⁶⁶ Und wirklich, wirft man einen Blick in die immerhin 21 Seiten umfassende Besprechung, kann man sich selbst davon überzeugen, dass es Schmoller nicht so recht gelingen mag, das Schwärmen für Mrs. Sidney Webb zu beenden, „eine[r] Dame von seltenem Charakter und reicher Begabung“⁶⁷. Über den innovativen Beitrag ihrer Abhandlung hält er beispielsweise fest:

„[...] aber es ist eine Studie ganz aus der Wirklichkeit, nach eigener Bedeutung gezeichnet, so voll Leben, voll Anschaulichkeit, von vollendeter Kunst der Darstellung, und trotz aller demokratisch-radikalen, sozialistischen Weltanschauung der Verfasserin so maßvoll, so reich an psychologischfeinen und wahren Bemerkungen, so beherrscht von hoher Bildung und gesundem Menschenverstand, daß ich von der ersten Lektüre ganz hingerissen war. Und auch bei wiederholtem Studium hat sich mir der Eindruck befestigt, daß es sich dabei um eine ganz hervorragende Leistung handelt, und daß das Buch trotz des ganz einseitigen, ja kindlichen Glaubens der Autorin an ihre Ideale nicht bloß das Erheblichste sei, was je über die englischen Genossenschaften gesagt wurde, sondern auch für unsere Erkenntnis der sozialen Umbildungen der Gegenwart einen der wertvollsten Beiträge gebe.“⁶⁸

Dabei ist es gerade die bereits angesprochene Verbindung von theoretischem Erkenntnisinteresse und praktischem Reformwillen, die Schmoller zufolge die Schrift so lesenswert macht:

„Nach dieser absichtlich durch kein Wort der Kritik unterbrochenen und wie ich hoffe, ganz objektiven Inhaltsangabe wird kein einsichtsvoller Leser im Zweifel darüber sein, in welche Klasse von Schriften das Buch von Frau S. Webb gehört. Es handelt sich um jene Mischform, die einerseits die Darstellung und die wissenschaftliche Untersuchung einer bestehenden sozialen Organisationsform bezweckt und erreicht, wie sie andererseits energische Propaganda für gewisse praktische Einrichtungen, ja darüber hinaus für ein bestimmtes Glaubensbekenntnis, eine soziale Weltanschauung machen will. Beides ist sehr geschickt verbunden und macht gerade den Reiz der Lektüre aus. Bei aller Diskretion, mit der der radikal-demokratische und sozialistische Standpunkt vertreten ist, versetzt er den Leser in eine einheitliche, narkotisierende oder begeisternde Atmosphäre und wirft ästhetisch auf einheitliche Wirkung, giebt allen Ausführungen eine scheinbare Sicherheit und logische Geschlossenheit.“⁶⁹

Insbesondere „die stets anklingende Einsicht, daß aller Fortschritt der sozialen Organisation auf moralischer Veredelung und Besserung beruhe“ wie auch „die Verknüpfung volkswirtschaftlicher Probleme mit den allgemeinen Fragen der Sociologie und der Politik“⁷⁰ hält Schmoller für wert, herausgestellt zu werden.

⁶⁶ Vgl. Gerhard (2013), S. 80.

⁶⁷ Schmoller (1893), S. 576.

⁶⁸ Schmoller (1893), S. 576.

⁶⁹ Schmoller (1893), S. 586.

⁷⁰ Schmoller (1893), S. 586.

So unkritisch ist die Rezension dann aber am Ende auch nicht. Es ist – ähnlich wie bei Brentano – die unbekümmerte Übertragung der Erkenntnisse aus dem Bereich der Genossenschaften auf die gesamte Volkswirtschaft, die bei Schmoller auf Ablehnung stößt.⁷¹

Auch wenn sich Schmoller also nicht mit allem anfreunden konnte, was Beatrice argumentativ ausführte, sollte die Begeisterung zumindest groß genug sein, um fortan ihre – und Sidneys – Publikationstätigkeit zu verfolgen. Auch deren erstes gemeinsam verfasstes Werk *The History of Trade Unionism* rezensierte Schmoller in dessen Erscheinungsjahr 1894, erneut äußerst wohlwollend, zumindest was Beatrice betrifft:

„Da Herr Webb überwiegend als geschäftiger Agitator geschildert wird, seine früheren Arbeiten auch nicht auf dieser Höhe stehen, so sind die Vorzüge des Buches wohl mehr auf Frau, als Herrn Webb zurückzuführen. Ich kann es in seinen Einzelheiten zwar nicht prüfen; ich stehe nicht auf demselben radikalen und socialistischen Standpunkt, aber es ist eines der besten und lehrreichsten Bücher, das ich je gelesen habe; es scheint mir so viel psychologische und historische Wahrheit zu enthalten, auf so breiten und zuverlässigen Studien zu beruhen, so wenig von dogmatischen und andern Vorurteilen beherrscht zu sein; – es dokumentiert eine solche Meisterschaft des Sehens und Erzählens, daß ich nicht bezweifle, es werde in den nächsten 25 Jahren das Urteil über die englischen Gewerkvereine [...] beherrschen.“⁷²

Den Eindruck, zu dem Schmoller durch die Lektüre der Werke der Webbs gelangte, sollte sogar Niederschlag in seinem *Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre* finden. Dort würdigt er sie auf ihre Bedeutung angesprochen wie folgt:

„In England spielt neuerdings eine sozialistische Literatengesellschaft (Fabian society, fabian essays in socialism) eine gewisse Rolle, die ihr größtes Talent in Frau Sidney Webb zu haben scheint. Wenn in den Essays noch der alte naturrechtliche Sozialismus vorherrscht, so tritt in anderen Erzeugnissen der Schule der praktisch und theoretisch bedeutsame Gedanke in den Vordergrund, daß ein Sieg sozialistischer Gesellschaftseinrichtungen abhängt von einer vorausgehenden demokratischen Schulung, Erziehung und Organisation der Arbeiter in Vereinen und Genossenschaften, in Gemeinde und Grafschaft. Als die wichtigsten Erzeugnisse der Schule sind zu nennen: Frau Sidney Webb, Die britische Genossenschaftsbewegung, 1891, deutsch herausg. von Brentano, 1893; Sidney und Beatrice Webb, The history of trade unionism, 1894; dieselben, Industrial democracy, 2 Bde., 1897. Das sind

⁷¹ Schmoller (1893), S. 586f.: „Man hat die Empfindung, den sicheren festen Boden der Mutter Erde zu verlassen und an einem Ikarusflug teilzunehmen, man kommt in das Gebiet der Möglichkeiten, der einseitigen Ideale, der subjektiven Weltanschauung, des Glaubens, den nur der zu teilen vermag, der von ganz gleichen Voraussetzungen, von ganz gleicher Gemütsverfassung, von gleichen Kenntnissen und Erfahrungen ausgeht.“

⁷² Schmoller (1894), S. 1329.

Leistungen, welche weit über denen von Marx stehen, aber auch nur in beschränkter Weise dem Sozialismus zuzuzählen sind.“⁷³

Besonders erhellend in diesem Zusammenhang ist, wie Schmoller die Webbs in der Entwicklung der englischsprachigen Ökonomik verortet. So berichtet er von „einer großartigen sozial-empirischen Literatur, als deren Spitze man heute das Werk von Booth über die Armen und Arbeiter Londons [...] und die schon erwähnten Werke der Eheleute Webb bezeichnen könnte“⁷⁴. Er ordnet die Webbs dabei in eine Reihe mit Autoren wie Rogers, Leslie, Ashley, Toynbee und Cunningham ein,⁷⁵ also mit den Autoren, die heute ausnahmslos als Vertreter der Englischen Historischen Schule bekannt sind.

Diese äußerst wohlwollende Aufnahme durch bedeutende Vertreter der Deutschen Historischen Schule sollten dazu führen, dass sich viele deutschsprachige Forschungsarbeiten in den folgenden Jahren Beatrice zum Vorbild nehmen sollten, nicht zuletzt solche, die von Frauen unternommen wurden.⁷⁶ Die Zuneigung war aber durchaus gegenseitig, auch die Webbs orientierten sich in ihren Arbeiten an der *Deutschen Historischen Schule*.⁷⁷ Sidney beispielsweise hatte bereits von Schmoller und Brentano während seiner Schulzeit gelesen.⁷⁸ In *The Decay of Capitalist Civilisation* zitieren sie auch ausgiebig Sombart. Die Webbs können insofern als Sympathisanten der Deutschen Historischen Schule gelten.⁷⁹

2. Beatrice und der amerikanische Institutionalismus

So wie zwischen der Deutschen Historischen Schule und dem amerikanischen Institutionalismus auf der einen und der Deutschen Historischen Schule und Beatrice auf der anderen Seite Beziehungen bestehen, so auch zwischen Beatrice und dem amerikanischen Institutionalismus. So zählen gerade zu den Einflüssen von Commons insbesondere die Webbs.⁸⁰ Auch er hat die Werke

⁷³ Schmoller (1923 [1900]), S. 99.

⁷⁴ Schmoller (1923 [1900]), S. 121.

⁷⁵ Vgl. Schmoller (1923 [1900]), S. 121 f.

⁷⁶ Vgl. Gerhard (2013), S. 80; Allgoewer (2023), S. 87.

⁷⁷ Vgl. Kaufman (2013), S. 768.

⁷⁸ Vgl. Reisman (2022), S. 82. In diesem Zusammenhang ist eine Anekdote Joseph A. Schumpeters (1883–1950) besonders aufschlussreich, die er in seiner *History of Economic Analysis* erzählt: „In 1906 or 1907 Sidney Webb gave a course of lectures on method at the London School, one of which I attended. If it be safe to generalize from this lecture and its tone, he must have presented in that course just about what a German Kathedersozialist would have done“ (Schumpeter 2009 [1954], S. 833). Mitchell vergleicht auch die Webbs mit Schmoller (vgl. Kaufman 2017, S. 305).

⁷⁹ Vgl. Hodgson (2006), S. 171.

⁸⁰ Vgl. Kaufman (1998), S. 352.

der Webbs nicht nur gelesen, sondern auch regelmäßig Buchnotizen zu diesen verfasst.⁸¹ Ähnlich wie auch schon bei Brentano und Schmoller mischt sich einerseits Bewunderung für die historische Analyse ökonomischer Sachverhalte mit gewissen Vorbehalten bezüglich der politischen Implikationen. Beispielsweise urteilt Commons über *A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain*:

„If looked at from the standpoint of the ultimate goal, the Webb’s plan for a constitution for the socialist commonwealth of Great Britain, while economically sound, is politically and humanly impossible. If looked at from the standpoint of the immediate situation, it is a masterpiece of analysis, criticism, and construction.“⁸²

In seiner Monografie *Legal Foundations of Capitalism* aus dem Jahr 1924 lässt Commons ihnen sogar die Ehre zukommen, das Fach der Industriellen Beziehungen begründet zu haben, zu dem er selbst arbeitet:

„Labor organizations arise with very different rules in many respects, and it is a significant fact that, out of the peculiar rules of labor unions the modern concept of working rules was introduced into economic theory by the great historians and theorists of the British labor unions, Mr. and Mrs. Webb.“⁸³

In seiner Biografie berichtet schließlich Commons davon, wie er die Webbs bei einer Englandreise außerhalb von London traf,⁸⁴ und welchen Einfluss sie auf ihn hatten:⁸⁵

„I took along with me, for reading on the train, Webb’s new book on Industrial Democracy with its remarkable analysis of the ‘common rule,’ which afterwards I generalized as the ‘working rules’ of all collective action, including the state.“⁸⁶

Aber auch hier gilt wiederum: Nicht nur war es so, dass Vertreter des amerikanischen Institutionalismus sich von den Webbs haben beeinflussen lassen, sondern auch umgekehrt: Auch die Webbs konnten viel vom amerikanischen Institutionalismus zehren. Insbesondere in *The Decay of Capitalist Civilization* borgt die Vorhersage der Webbs zu einem nahenden Ende des Kapitalismus viel von Veblens Theorie der feinen Leute.

3. Beatrice und die Englische Historische Schule

Die größten Verbindungen zwischen Beatrice und den kontextualen Ansätzen ihrer Zeit bestehen aber sicherlich zu den Vertretern der Englischen Histo-

⁸¹ Vgl. z. B. Commons (1923).

⁸² Commons (1921), S. 82.

⁸³ Commons (1924), S. 139.

⁸⁴ Vgl. Commons (2018 [1934]), S. 120.

⁸⁵ Vgl. Kaufman (2013), S. 768.

⁸⁶ Commons (2018 [1934]), S. 77.

rischen Schule, welche die Webbs zum Teil auch persönlich kannten. Die Kritik von Beatrice an dem deduktiven Charakter der ricardianischen Ökonomik scheint beispielsweise durch Bagehot inspiriert zu sein, zumindest zitiert sie ihn in diesem Zusammenhang in *On the Nature of Economic Science*.

Die Verbindungen an dieser Stelle lassen sich aber nicht einfach auf die Frage reduzieren, von wem Beatrice beeinflusst wurde und wen sie beeinflusst hat, denn an dieser Stelle wird auch ihr wissenschaftspolitisches Engagement bedeutend. Die LSE zu gründen war durchaus auch durch das Ansinnen motiviert gewesen, ein historisch orientiertes Gegengewicht zu den deduktiv arbeitenden Vertretern der akademischen Ökonomik in Cambridge und Oxford zu bilden.⁸⁷ Der erste Rektor der LSE, handverlesen von den Webbs, war auch ein Vertreter der Englischen Historischen Schule: Hewins. Dieser fühlte sich wiederum den Doktrinen der Deutschen Historischen Schule verpflichtet.⁸⁸ Insofern kann nicht überraschen, dass Beatrice große Übereinstimmungen mit Hewins protokollierte.

„First, our common dislike of the so-called Manchester School, of its unverified inductive reasoning and abstract generalizations, of its apotheosis of the ‚economic man,‘ exclusively inspired by the motive of pecuniary self-interest and of the passionate defense of the rights of property as against the need of humanity. And, secondly, our common faith in the practicability and urgent necessity of a concrete science of society implemented through historical research, personal observation and statistical verification.“⁸⁹

Deswegen werden die Webbs gelegentlich selbst der Englischen Historischen Schule zugerechnet.⁹⁰

VI. Die Aktualität von Beatrice

Auch wenn es im Vorangegangenen fast ausschließlich um die Frage ging, ob Beatrice der kontextualen Ökonomik zugeordnet werden kann, und sich die Überlegungen vor allem auf die wissenschaftstheoretischen und methodologischen Überlegungen der Webbs beschränkten, soll zum Abschluss doch noch die Frage nach der Aktualität von Beatrice aufgeworfen werden. Dabei soll die Auffassung vertreten werden, dass die andauernde Relevanz eines Autors sich dabei nach seiner Aktualität bemessen lässt, d. h. nach dem Grade, zu dem er in der Lage ist, zum Verständnis aktueller Problemlagen beizutragen.

⁸⁷ Vgl. Rueschemeyer/Van Rossem (1996), S. 128; Rutherford (2007), S. 305; Kaufman (2013), S. 766.

⁸⁸ Vgl. Perlman/McCaann Jr. (1998), S. 375.

⁸⁹ Webb (1948), S. 87f.

⁹⁰ Vgl. Koot (1987), S. 178–186.

gen. Die Anschlussfähigkeit von Beatrice an aktuelle ökonomische Debatten soll an drei Beispielen illustriert werden.

1. Das Ende des Kapitalismus

Es ist noch nicht so lange her, dass Werner Plumpe eine vielbeachtete Geschichte über die Genese des Kapitalismus vorgelegt hat. Wie jede Historie bedient auch sie sich eines Narratives. Die historische Entwicklung des Kapitalismus interpretiert Plumpe dabei anerkennend als eine „andauernde Revolution“. Motivation, eine solche Geschichte zu schreiben, ist für ihn eine anti-kapitalistische Stimmung gewesen, von der er meint, sie habe derzeit um sich gegriffen: „Der Kapitalismus, so der fast einhellige Tenor, hat ohnehin keine Zukunft: Entweder er führt in die Katastrophe, oder es gelingt der Menschheit, sich rechtzeitig von ihm zu befreien.“⁹¹ Dieser antikapitalistischen Stimmung entgegenzutreten, nimmt sich Plumpe mit seiner wohlwollenden Darstellung der Historie des Kapitalismus als Erfolgsgeschichte vor. Auch wenn sich vortrefflich darüber streiten ließe, ob es tatsächlich einen „fast einhellige[n] Tenor“ gibt, ist Plumpe in seiner Zeitdiagnose insofern zuzustimmen, als Kapitalismuskritik heute wieder in einem Maße verbreitet ist, wie es lange Zeit undenkbar schien. Nachdem der Realsozialismus untergegangen war und damit der Systemkonflikt endete, schien mit dem Kapitalismus die Fahnenstange der ideologischen Entwicklung in wirtschaftlichen Dingen erreicht zu sein. Bekanntlich meinte Francis Fukuyama in diesem Zusammenhang das „Ende der Geschichte“ proklamieren zu können. Der Kapitalismus erschien in den darauffolgenden Jahrzehnten weitestgehend alternativlos. Das hat sich mittlerweile geändert. Immer lauter werden die Stimmen, welche sein baldiges Ende voraussagen. Trat die hiermit einhergehende Kritik am Kapitalismus zunächst nur vereinzelt auf, hat sie spätestens seit der Weltfinanzkrise ab 2007 regen Zulauf erhalten. Im Zuge dieser Untergangserwartungen werden regelmäßig auch alternative Wirtschaften skizziert, welche dem Kapitalismus nachfolgen sollen. Plumpe bezeichnet diese als „postkapitalistische Utopien“⁹². Damit spielt er bewusst auf Paul Masons umfassend rezipierte Schrift *Postcapitalismus* an, in der dieser – nach dem Untertitel zu urteilen – mit dem Anspruch auftritt, die „Grundrisse einer kommenden Ökonomie“ nachzuzeichnen. Dieses Buch scheint nun einer ganzen Diskussion das Stichwort gegeben zu haben. Hierzulande hat Ulrike Herrmann einen vielbeachteten Beitrag zur Diskussion geleistet. Die Webbs wiederum können mit *Decay of Capitalistic Civilisation* als ideenhistorische Vorläufer dieser Debatte gelten.

⁹¹ Plumpe (2019), S. 11.

⁹² Plumpe (2019), S. 24.

2. Sozial-ökologische Transformation

In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation diskutiert. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu beantworten, wie diese gelingen kann. In der Postwachstumsdebatte werden daher beispielsweise unterschiedliche Transformationsstrategien besprochen, mit denen das Ziel einer stationären Wirtschaft erreicht werden soll. Diese lassen sich grob in zwei Arten von Lösungsansätzen einteilen, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinanderstehen:

„Einerseits ist Postwachstum charakterisiert durch eine Reihe von relativ konkreten Politikvorschlägen für radikale Reformen wie beispielsweise Erwerbsarbeitszeitverkürzungen, Grund- und Maximaleinkommen oder Obergrenzen für Ressourcenverbrauch. Auch wenn es manchmal Einstiegsprojekte [...] gibt, die von Organisationen oder Kommunen durchgeführt werden können, sollen diese Reformen der Idee nach im Endeffekt ‚von oben‘ durch den Staat durchgesetzt oder durch soziale Bewegungen und Parteien vermittelt über den Staat erkämpft werden. Andererseits aber ist Postwachstum mindestens ebenso geprägt durch einen starken Fokus auf kleinteilige Alternativen und auf selbstorganisierte Projekte in den gesellschaftlichen Nischen, die ohne oder gegen den Staat etabliert werden und von Gemeinschaften oder Kollektiven getragen sind. Auch wenn staatliche Politiken deren Ausbreitung unterstützen können, sind diese Nowtopias tendenziell Projekte ‚von unten‘.“⁹³

Das Spannungsverhältnis, das zwischen den beiden, dichotomen Lösungsansätzen besteht, lässt sich nicht ohne Weiteres auflösen. Grund hierfür ist ein „Henne-Ei-Problem“⁹⁴,

„das die wachstumskritische Bewegung in zwei Lager zu trennen scheint, nämlich in die System- und die Lebensstilkritiker. Was also nun: Setzt eine Transformation in Richtung Degrowth voraus, dass zuerst auf politisch-institutioneller Ebene entsprechende Bedingungen für sie geschaffen werden? Oder kommt es eher auf den sozio-kulturellen Wandel der Lebensstile an, sind also zuerst hinreichend viele autonom eingeübte Suffizienz-Praktiken vonnöten?“⁹⁵

Diese Unterscheidung lässt sich grundsätzlich auf die Frage reduzieren, ob es die Gesellschaft ist, die sich zu ändern hat, oder ob es der Mensch ist, der sich wandeln muss. Hierbei handelt es sich um eine Debatte, die auch in sozialistischen Kreisen diskutiert wurde, was die Webbs einschließt. Sie hätten dabei vermutlich einen Top Down-Ansatz befürwortet.

⁹³ Schmelzer/Vetter (2019), S. 207.

⁹⁴ Paech (2015), S. 9.

⁹⁵ Paech (2015), S. 9.

3. Wirtschaftsdemokratie

Viel wird aktuell zur „Zukunft der Arbeit“⁹⁶ geschrieben. Auslöser hierfür dürfte wohl eine „Krise der Arbeit“⁹⁷ sein, die allenthalben beklagt wird. Auf der einen Seite mehren sich die Stimmen derjenigen, die ein „Ende der Arbeit“⁹⁸ oder ein „Ende der Arbeitsgesellschaft“⁹⁹ prophezeien. Der technische Fortschritt – so die Hoffnung – ermögliche in absehbarer Zeit eine „Null-Grenzkosten-Gesellschaft“¹⁰⁰. Diese eröffne der Menschheit ungeahnte Möglichkeiten:

„Wir stehen heute [...] vor einem Epochenumbruch. Die ‚Automation‘, lang ersehnt, könnte nun zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit tatsächlich ein erfülltes Leben ohne Lohnarbeit [...] ermöglichen. Die alte Arbeitswelt [...] bröckelt dahin [...]. Was lockt, ist ein Leben in selbstbestimmtem Tun ohne Entfremdung, ohne Konditionierung und Eintönigkeit.“¹⁰¹

Auf der anderen Seite mahnen viele Stimmen zur Vorsicht. Anstatt von einem Ende der Arbeit auszugehen, warnen diese vielmehr vor dem Aufkommen neuer, prekärer Formen von informeller Arbeit, die keinesfalls besser seien als die klassische Form der vergesellschafteten Arbeit, d. h. der Lohnarbeit. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum auch schon die ersten Rufe nach einer „Rettung der Arbeit“¹⁰² laut werden. Viel Hoffnung wird dabei auf ein Mehr an Wirtschaftsdemokratie gesetzt.¹⁰³ Auch hier können natürlich die Webbs als Vordenker gelten.

Literatur

Allgoewer, Elisabeth: Frauen im Verein für Socialpolitik: Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg, in: Peter Spahn (Hrsg.), *Zur Geschichte des Vereins für Socialpolitik. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie* XLI, Berlin 2023, S. 81–134.

Allgoewer, Elisabeth/Lampalzer, Ute: Von der Gasthörerin zur ordentlichen Professorin. Zur Einordnung der Beiträge dieses Bandes, in: Elisabeth Allgoewer (Hrsg.), *Frühe deutsche Nationalökonominen. Eine Spurensuche*, Marburg 2018, S. 15–50.

⁹⁶ *Cholbi/Weber* (2019).

⁹⁷ *Castel* (2011).

⁹⁸ *Rifkin* (2005).

⁹⁹ *Gorz* (2010).

¹⁰⁰ *Rifkin* (2016).

¹⁰¹ *Precht* (2018), S. 9.

¹⁰² *Herzog* (2019).

¹⁰³ Vgl. *Herzog* (2019); *Kuch* (2023).

- Becker, Pia/Goldschmidt, Nils/Lenger, Alexander*: Politische Ökonomie als kontextuale Ökonomik: Institutionen und Entwicklung zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 62/Nr. 1 2015, S. 84–102.
- Beveridge, William H.*: The London School of Economics and the University of London, in: Margaret Cole (Hrsg.), *The Webbs and their Work*, London 1949, S. 41–53.
- Booth, Charles*: *Inquiry into the Life and the Labour of the People*, London 1892–97.
- Boulding, Kenneth E.*: A New Look at Institutionalism, in: *American Economic Review*, Jg. 47/Nr. 2 1957, S. 1–12.
- Brentano, Lujo*: Vorwort des Herausgebers, in: Lujo Brentano (Hrsg.), *Beatrice Potter – Die britische Genossenschaftsbewegung*, Leipzig 1893.
- Caine, Barbara*: Beatrice Webb and the ‚Woman Question‘, in: *History Workshop Journal*, Jg. 14/Nr. 1 1982, S. 23–44.
- Caine, Barbara*: *Destined to be Wives: The Sisters of Beatrice Webb*, Oxford/New York 1986.
- Castel, Robert*: *Die Krise der Arbeit: Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*, Hamburg 2011.
- Channon, Geoffrey*: *Richard Potter, Beatrice Webb’s Father and Corporate Capitalist*, Newcastle upon Tyne 2021.
- Chassonnery-Zaïgouche, Cléo*: Is equal pay worth it? Beatrice Potter Webb’s, Millicent Garrett Fawcett’s and Eleanor Rathbone’s changing arguments, in: Kirsten Madden/Robert W. Dimand (Hrsg.), *Routledge Handbook of the History of Women’s Economic Thought*, London 2018, S. 129–149.
- Cholbi, Michael/Weber, Michael*: *The Future of Work, Technology, and Basic Income*, London 2019.
- Cole, George Douglas Howard*: Beatrice Webb as an Economist, in: Margaret Cole (Hrsg.), *The Webbs and Their Work*, London 1949, S. 267–284.
- Cole, Margaret*: *Beatrice Webb. Biography of a Co-Founder of the Fabian Society*, New York 1946.
- Commons, John R.*: The Webbs’ Constitution for the Socialist Commonwealth, in: *American Economic Review*, Jg. 11/Nr. 1 1921, S. 82–90.
- Commons, John R.*: The Decay of Capitalist Civilization, by Sidney Webb, Beatrice Webb, in: *Political Science Quarterly*, Jg. 38/Nr. 4 1923, S. 674–676.
- Commons, John R.*: *Legal Foundations of Capitalism*, New York 1924.
- Commons, John R.*: *Myself*, Papamoa Press 2018 [1934].
- Drake, Barbara*: The Webbs and Soviet Communism, in: Margaret Cole (Hrsg.), *The Webbs and their Work*, London 1949, S. 221–232.
- Eriguchi, Taku*: The Webbs, Public Administration and the LSE: The Origin of Public Governance and Institutional Economics in Britain, in: *History of Economics Review*, Jg. 50/Nr. 1 2009, S. 17–30.
- Gahan, Peter*: *Bernard Shaw and Beatrice Webb on Poverty and Equality in the Modern World, 1905–1914*, Cham 2017.

- Gerhard, Ute*: Feministische Perspektiven in der Soziologie. Verschüttete Traditionen und kritische Interventionen, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, Jg. 24/Nr. 1 2013, S. 73–91.
- Goldschmidt, Nils/Grimmer-Solem, Erik/Zweynert, Joachim*: On the purpose and aims of the journal of contextual economics, in: *Schmollers Jahrbuch. Journal of Contextual Economics*, Jg. 136/Nr. 1 2016, S. 1–14.
- Goodwin, Neva R.*: A New Economics for the Twenty-First Century, in: *World Futures Review*, Jg. 2/Nr. 3 2010, S. 19–23.
- Goodwin, Neva R./Harris, Jonathan/Nelson, Julie A./Roach, Brian/Torras, Mariano*: *Principles of Economics in Context*, London 2014.
- Gorz, André*: *Kritik der ökonomischen Vernunft: Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*, Zürich 2010.
- Gouverneur, Virginie*: Harriet Taylor Mill, Mary Paley Marshall and Beatrice Potter Webb: Women Economists and Economists' Wives, in: Kirsten Madden/Robert W. Dimand (Hrsg.), *Routledge Handbook of the History of Women's Economic Thought*, London 2018, S. 73–89.
- Gronert, Anka*: Frauen in der Ökonomie – gibts die?, in: Anka Gronert (Hrsg.), *Frauen in der Ökonomie. Die Anfänge in England*, Marburg 2001a, S. 7–14.
- Gronert, Anka*: Beatrice Potter Webb (1858–1943), in: Anka Gronert (Hrsg.), *Frauen in der Ökonomie. Die Anfänge in England*, Marburg 2001b, S. 167–220.
- Hamilton, Mary Agnes*: *Sidney and Beatrice Webb. A Study in Contemporary Biography*, London 1932.
- Harrison, Royden*: *The Life and Times of Sidney and Beatrice Webb: 1858–1905. The Formative Years*, Basingstoke 1999.
- Henderson, James P.*: Beatrice Potter Webb (1858–1943), in: Robert Dimand/Ann Dimand/Evelyn Forget (Hrsg.), *A Biographical Dictionary of Women Economists*, Cheltenham 2000, S. 464–470.
- Herzog, Lisa*: *Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf*. München 2019.
- Hodgson, Geoffrey M.*: Schmolter's Impact on the Anglophone Literature in Economics, in: *Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Journal of Applied Social Science Studies*, Jg. 126/Nr. 2 2006, S. 163–176.
- Holzhauser, Nicole*: Zur Geschlechterungleichheit soziologischer Berufsbezeichnungen im deutschsprachigen Buchdiskurs des 20. Jahrhunderts – eine Culturomics-Analyse, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Jg. 6/Nr. 1 2014, S. 127–137.
- Kaufman, Bruce E.*: Regulation of the Employment Relationship: The 'Old' Institutional Perspective, in: *Journal of Economic Behavior & Organization*, Jg. 34/Nr. 3 1998, S. 349–385.
- Kaufman, Bruce E.*: The Early Institutionalists on Industrial Democracy and Union Democracy, in: *Journal of Labor Research*, Jg. 21/Nr. 2 2000, S. 189–209.

- Kaufman*, Bruce E.: Sidney and Beatrice Webb's Institutional Theory of Labor Markets and Wage Determination, in: *Industrial Relations*, Jg. 52/Nr. 3 2013, S. 765–791.
- Kaufman*, Bruce E.: The Origins and Theoretical Foundation of Original Institutional Economics reconsidered, in: *Journal of the History of Economic Thought*, Jg. 39/Nr. 3 2017, S. 293–322.
- Kolev*, Stefan/*Goldschmidt*, Nils/*Zweynert*, Joachim: Neue Ordnungsökonomik. Zur Aktualität eines kontextualen Forschungsprogramms, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Jg. 44/Nr. 4 2018, S. 645–660.
- Koot*, Gerard M.: *English Historical Economics, 1870–1926: The Rise of Economic History and Neomercantilism*, Cambridge 1987.
- Kuch*, Hannes: *Wirtschaft, Demokratie und liberaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2023.
- Lepenies*, Wolf: Beatrice Webb (1858–1943). Meine Lehrjahre – ein Klassiker der englischen Literatur, ein Klassiker der Sozialforschung, in: Claudia Honegger/Theresa Wobbe (Hrsg.), *Frauen in der Soziologie. Neun Portraits*, München 1998, S. 99–129.
- Morgan*, Kevin: *The Webbs and Soviet Communism. Bolshevism and the British Left Part II*, London 2006.
- Middleton*, James S.: Webb and the Labour Party, in: Margaret Cole (Hrsg.), *The Webbs and their Work*, London 1949, S. 167–184.
- Muggeridge*, Kitty/*Adam*, Ruth: *Beatrice Webb: A Life, 1858–1943*, New York 1968.
- Nasar*, Sylvia: *Grand Pursuit. The Story of Economic Genius*, New York 2012.
- Nolan*, Sister Barbara E.: *The Political Theory of Beatrice Webb*, New York 1989.
- Nord*, Deborah Epstein: *The Apprenticeship of Beatrice Webb*, London 1985.
- Nyland*, Chris: Beatrice Webb as Feminist, in: *Labour and Industry. A Journal of the Social and Economic Relations of Work*, Jg. 6/Nr. 2 1995, S. 67–85.
- Paech*, Niko: Vorwort zur deutschen Auflage, in: Serge Latouche (Hrsg.), *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*, München 2015, S. 7–14.
- Perlman*, Mark/*McCann Jr.*, Charles R.: *The Pillars of Economic Understanding. Ideas and Traditions*, Ann Arbor 1998.
- Plumpe*, Werner: *Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution*, Berlin 2019.
- Polkinghorn*, Bette/*Thomson*, Dorothy Lampen: *Adam Smith's Daughters: Eight Prominent Women Economists from the Eighteenth Century to the Present*, Cheltenham 1998.
- Precht*, Richard D.: *Jäger, Hirten, Kritiker. Eine Utopie für die digitale Gesellschaft*, München 2018.
- Radice*, Lisanne: *Beatrice and Sidney Webb: Fabian Socialists*, London 1984.

- Ratcliffe*, Samuel K.: *The New Statesman*, in: Margaret Cole (Hrsg.), *The Webbs and their Work*, London 1949, S. 131–144.
- Reisman*, David: *Sidney and Beatrice Webb. An Academic Biography*, Cham 2022.
- Rifkin*, Jeremy: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt a. M. 2005.
- Rifkin*, Jeremy: *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft: Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 2016.
- Romano*, Mary Ann: *Beatrice Webb (1858–1943). The Socialist with a Sociological Imagination*, Lewiston 1998.
- Rueschemeyer*, Dietrich/*Van Rossem*, Ronan: *The Verein für Sozialpolitik and the Fabian Society*, in: Dietrich Rueschemeyer/Theda Skocpol (Hrsg.), *States, Social Knowledge, and the Origins of Modern Social Policies*, New York 1996, S. 117–162.
- Rutherford*, Malcolm: *American Institutionalism and Its British Connections*, in: *European Journal of the History of Economic Thought*, Jg. 14/Nr. 2 2007, S. 291–323.
- Rutherford*, Malcolm: *The Institutional Movement in American Economics, 1918–1947*, Cambridge 2011.
- Schmelzer*, Matthias/*Vetter*, Andrea: *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Hamburg 2019.
- Schmoller*, Gustav von: *Frau Sidney Webb und die britische Genossenschaftsbewegung*, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Jg. 17 1893, S. 575–595.
- Schmoller*, Gustav von: *Webb, Sidney and Beatrice: The history of trade unionism*, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Jg. 18 1894, S. 1328–1334.
- Schmoller*, Gustav von: *Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, Bd. 1, München/Leipzig 1923 [1900].
- Schumpeter*, Joseph A.: *History of Economic Analysis*, New York 2009 [1954].
- Seymour-Jones*, Carole: *Beatrice Webb: Woman of Conflict*, London 1992.
- Shiels*, Drummond: *Sidney Webb as a Minister*, in: Margaret Cole (Hrsg.), *The Webbs and their Work*, London 1949, S. 201–218.
- Simey*, Thomas S.: *The Contribution of Sidney and Beatrice Webb to Sociology*, in: *The British Journal of Sociology*, Jg. 12/Nr. 2 1961, S. 106–123.
- Webb*, Beatrice: *The Dock Life of East London*, in: *The Nineteenth Century*, Nr. 22 1887, S. 483–499.
- Webb*, Beatrice: *Pages of a Workgirl's Diary*, in: *The Nineteenth Century*, Nr. 25 1888, S. 301–314.
- Webb*, Beatrice: *The Wages of Men and Women: Should They Be Equal? A reprint of the Minority Report, with an introduction by Mrs. Webb*, in: *Historical Studies in Industrial Relations*, Jg. 31–32 2011 [1919], S. 201–282.
- Webb*, Beatrice: *On the Nature of Economic Science*, in: *Beatrice Webb (Hrsg.), My Apprenticeship. Two Volumes in One*. New York 2022 [1926a], S. 373–378.

- Webb, Beatrice: My Apprenticeship. Two Volumes in One. New York 2022 [1926b].*
- Webb, Beatrice: The Diary of Beatrice Webb. Volume Four. 1924–1943. ‚The Wheel of Life‘, London 1985 [1931].*
- Webb, Beatrice: Our Partnership, New York 1948.*
- Webb, Sidney/Webb, Beatrice: The History of Trade Unionism, London 1894.*
- Webb, Sidney/Webb, Beatrice: The Prevention of Destitution, London 1916.*
- Webb, Sidney/Webb, Beatrice: A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain, London 1920.*
- Webb, Sidney/Webb, Beatrice: Decay of Capitalist Civilisation, London 1923.*
- Webb, Sidney/Webb, Beatrice: Methods of Social Study, Cambridge 2010 [1932].*
- Webb, Sidney/Webb, Beatrice: Soviet Communism: A New Civilisation?, London 1935.*
- Zweynert, Joachim/Kolev, Stefan/Goldschmidt, Nils: Neue Ordnungsökonomik. Zur Aktualität eines kontextualen Forschungsprogramms, in: Joachim Zweynert/Stefan Kolev/Nils Goldschmidt (Hrsg.), Neue Ordnungsökonomik, Tübingen 2016, S. 1–17.*

Helene Bauer (1871–1942) – „bürgerliche und sozialistische Ökonomie“

Von Günther Chaloupek, Wien

I. Zur Biographie

Helene Bauers Beiträge und Aufsätze nehmen im wissenschaftlichen Schrifttum des Austromarxismus einen wichtigen Platz ein, als Ökonomin ist sie zu dessen wichtigsten Repräsentanten zu rechnen. Als Ehefrau Otto Bauers stand sie allerdings immer im Schatten dieser politischen und geistigen Leitgestalt der österreichischen Sozialdemokratie (SDAP) zwischen den Weltkriegen. Auch war es ihr durch die herrschenden Verhältnisse im akademischen Bereich nicht möglich, eine Position an einer Universität zu erlangen – das scheint sie auch nicht versucht zu haben. Erst in der jüngsten Zeit wird ihre Bedeutung als austromarxistische Ökonomin nach und nach erkannt.¹

Sie wurde 1871 als Helene Gumpłowicz in Krakau, damals Hauptstadt des österreichischen Kronlandes Galizien, geboren.² Ihr Vater betrieb dort eine Buchhandlung und Leihbücherei, ihr Onkel war der berühmte Soziologe Ludwig Gumpłowicz³. Sie studierte Staatswissenschaften an den Universitäten Zürich und Wien, promovierte mit einer Arbeit zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte (*Landau* 1906a) in Zürich 1905, da zu dieser Zeit den Frauen ein Studium an der Wiener juristischen Fakultät noch verwehrt war. 1905 heiratete sie in Wien den Juristen Max Landau, mit dem sie drei Kinder hatte. Ihr Haus wurde „ein intellektuelles sozialistisches Zentrum“, in dem die Führer der galizisch-polnischen Sozialdemokratie ebenso verkehrten wie die deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Intellektuellen Karl Renner und Rudolf Hilferding. Hier lernte sie den um zehn Jahre jüngeren Otto Bauer kennen, den sie nach ihrer Trennung von Landau kurz vor Kriegsbeginn 1914 heiratete.⁴

¹ Dvořák (2002, 2014); King (2019); Mozetic (1987).

² Wichtigste Quelle für Lebensdaten ist die Biographie Otto Bauers von *Otto Leichter* (1970). Die lebendigste Schilderung von Helene Bauers Persönlichkeit findet sich im ersten Band der Autobiographie *Bruno Kreiskys* (1986).

³ Ludwig Gumpłowicz, 1838–1909, geboren in Krakau, Jurist und Soziologe, Professor an der juristischen Fakultät der Universität Graz 1882–1908.

⁴ *Leichter* (1970), S. 25 f.

Helene Bauer war – wie Bruno Kreisky in seinen Erinnerungen schreibt – „eine elegante, äußerst gepflegte Polin, nicht hübsch, aber eine eindrucksvolle alte Dame“. Ihre Ehe mit Otto lebte „stark vom Intellektualismus beider, sie ergänzten einander in idealer Weise. Wenn Otto Bauer über ökonomische Fragen arbeitete und zusätzliche Fakten benötigte, vertiefte sie sich in die Literatur und hielt ihn sozusagen auf dem Laufenden; das tägliche Gespräch war die Quelle vieler Bücher [Ottos].“ (Kreisky 1986, S. 336 f.).

Helene Bauer bekleidete außer ihrer Mitgliedschaft in der Wiener Schulbehörde (Stadtschulrat) keine öffentlichen Funktionen. Bis zum Verbot der Partei 1934 war sie Redaktionsmitglied des theoretischen Organs der SDAP *Der Kampf*, unterrichtete Statistik an der parteieigenen Arbeiterhochschule, wo Otto die Vorlesungen über Nationalökonomie hielt. Nach ihrer einzigen größeren Publikation zur Wirtschaftsgeschichte (Landau 1906a) schrieb sie nach Ende des Weltkriegs eine große Zahl von Aufsätzen zu ökonomischen, gelegentlich auch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die überwiegend im *Kampf* erschienen sind, auch noch in der Zeit der Emigration, in der der *Kampf* weiterbestand – seit 1938 unter dem Namen *Der sozialistische Kampf*. Nach dem Februaraufstand 1934 flüchtete Helene Bauer mit ihrem Mann in die Tschechoslowakei, von dort 1938 weiter nach Paris, wo Otto 1938 starb. 1939 fand sie Zuflucht bei ihrer Tochter Wanda Lanzer in Schweden, das ihr als Exil bald zu unsicher erschien, sodass sie 1941 in die USA gelangte, wo sie 1942 in Berkeley, Kalifornien, gestorben ist.

Obwohl sich Helene schon in Polen in der Sozialdemokratie politisch und publizistisch betätigte, steht ihre erste Arbeit zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte ganz im Einflussbereich der Historischen Schule und weist sie noch nicht als marxistische Denkerin aus.

II. „Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich“

Diese einzige Buchpublikation Helene Bauers erschien als erweiterter Sonderabdruck ihres Artikels in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung (Landau 1906a, 1906b). Aus dem Vorwort geht hervor, dass die Arbeit, die in Zürich als Dissertation angenommen wurde, in Wien entstanden und offenbar von Carl Grünberg, dem Hauptvertreter der Historischen Schule in Österreich, betreut wurde, dem sich die Autorin „zu großem Dank verpflichtet“ fühlt.

Auf Basis von Archivmaterial und umfassender Kenntnis der Sekundärliteratur wird in der Schrift die Entwicklung des Binnenhandels in der Habsburgermonarchie in den deutschen Kronländern, mit Schwerpunkt auf Wien, dargestellt. Ausgehend vom Handel in seiner frühneuzeitlichen Form mit seinen zahlreichen Bindungen und engen Regulierungen wird gezeigt, wie in der

Ära des Merkantilismus (17./18. Jahrhundert) der Staat den Handel als Instrument benützte, um die industrielle Warenproduktion zu fördern und dadurch die Wirtschaftskraft der Monarchie zu steigern, wie dies die herrschende Wohlfahrtsdoktrin des absolutistischen Staates gebot, nicht zuletzt als ökonomische Bedingung einer Festigung des Status Österreichs als europäische Großmacht. Dabei wurden zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Wege beschritten, mit denen die Regelung des Verhältnisses zwischen Handel einerseits und der industriellen und gewerblichen Warenproduktion andererseits im 18. Jahrhundert mehrmaligen Änderungen unterzogen wurde. So etwa wurden zeitweise die exklusiven Vorrechte des Handels gegenüber der Industrie verstärkt, um den Handel zu vermehrtem Engagement in Warenproduktionsaktivitäten im Wege des Verlagssystems zu veranlassen, während später die eigenen Handelsbefugnisse von Industrieunternehmungen zu Lasten des Handels erweitert wurden. In dieser langen Periode des Experimentierens, des Schwankens zwischen mehr Freiheit und mehr Regulierung behielt schließlich eine Tendenz zur Liberalisierung von immer mehr Bereichen des Handels bzw. zur Beseitigung von Beschränkungen und exklusiven Bevorrechtungen die Oberhand. Dennoch blieb in Österreich eine unübersichtliche, auch von Widersprüchen gekennzeichnete Rechtslage bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen, ehe der Liberalismus in Handel, Handwerk und Gewerbe mit der Gewerbeordnung 1859 voll zum Durchbruch kam – diese starke Form der Gewerbe-freiheit hatte allerdings nur kurzen Bestand.

Bauers Darstellung der Entwicklung des Handels stellt ab auf eine differenzierte Analyse der unterschiedlichen Interessen von Händlern, auch untereinander, und Warenproduzenten sowie der Wirkungsweise der verschiedenen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, mit denen der Staat die industrielle Entwicklung zu fördern trachtete. Treibende Kraft hinter der industriellen Entwicklung ist der Staat, der an der Steigerung der Steuerkraft seiner Wirtschaft interessiert ist, und damit die Entstehung großer Kapitalien in der Industrie begünstigt. Es ist der Staat, der in erster Linie die Dynamik der Entwicklung vorantreibt, auch indem er die Marktkonkurrenz an die Stelle von Regulierungen setzt, während „das Kapital“, welches in dieser abstrakten Form in Bauers Analyse nicht vorkommt, erst an zweiter Stelle eine Rolle spielt.

Die Schrift Bauers enthält keine Bezüge auf Marx' fragmentarisch gebliebenen Äußerungen zur historischen Entwicklung des Kapitalismus, noch werden allgemeine Marxsche Kategorien in der Analyse verwendet. Wenn überhaupt nur selten allgemeine theoretische Überlegungen angestellt werden – vereinzelt bei Bezugnahmen auf die merkantilistischen Autoren Becher und Sonnenfels –, so folgt doch die Analyse einem klar erkennbaren Muster. Explizite Wertungen werden streng vermieden, die grundlegende Perspektive der Schrift ist ein langfristiger Liberalisierungs- und Vermarktlichungstrend, ohne affirmative Betonungen. Einige wenige Male werden Schriften Grün-

bergs und Gustav Schmollers zitiert, womit offenbar eine Affinität zur Historischen Schule angedeutet werden soll. Der einzige sozialistisch motivierte Gegenwartsbezug von Bauers Schrift findet sich im Anschluss an ein Sonnenfels-Zitat: Auch für eine als gegeben angenommene Menge einer bestimmten Ware, deren „Verzehrung innerhalb einer gewissen Summe stille steht und sich berechnen lässt, wie bei allen unmittelbaren ersten Bedürfnissen, kann die Vermehrung der Händler nur eine Preiserhöhung bewirken“ – Worte, die auch heute noch von den Gegnern der Konsumvereinsbewegung zu beherzigen wären.“ (Landau 1906a, S. 62). Helene Bauers Schrift über den Warenhandel fügt sich ganz in die Tradition der österreichischen historischen Richtung⁵ (Grünberg, Karl Pribram) ein. Ihre Hinwendung zum Marxismus erfolgte offensichtlich später unter dem Einfluss Ottos.

Mit dem Jahr 1919 beginnt die intensive Publikationstätigkeit Helene Bauers in *Der Kampf*, einer von der SDAP herausgegebenen Zeitschrift, deren Erscheinungsweise zwischen wöchentlich und monatlich wechselte⁶. Die Aufsätze Helene Bauers behandeln eine Vielzahl von wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Themen auf der Grundlage der marxistischen Theorie. Der vorliegende Beitrag geht primär auf jene Aufsätze Bauers ein, bei denen theoretische Aspekte behandelt werden

III. Sozialisierung, Planwirtschaft, Wirtschaftsrechnung

Als 1918 die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und im neuentstandenen (Deutsch-)Österreich an die Macht kamen und für kurze Perioden Regierung und Parlament dominierten, stand die Idee der Sozialisierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Die zahlreichen Vorschläge und Konzepte, wie die Wirtschaft zu sozialisieren bzw. nach der Sozialisierung zu organisieren sei, kamen nicht nur von sozialistischen Politikern und Theoretikern, vorgestellt nicht selten als „Patentrezepte“, in welchen weder Voraussetzungen noch Konsequenzen einer kritischen Überprüfung unterzogen wurden.⁷

⁵ Siehe dazu Chaloupek (2015).

⁶ Die Zeitschrift war 1907 von Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner als theoretisches Publikationsorgan der Partei gegründet worden. Nach dem Februaraufstand 1934 erschien die Zeitschrift weiter bis zum Jahr 1940, zuerst in Brünn, ab 1938 in Paris unter dem Namen *Der sozialistische Kampf*. Das Vorbild für *Der Kampf* war die von Karl Kautsky herausgegebene *Neue Zeit*, führendes Theorie-Organ der deutschen Sozialdemokraten, an deren Stelle 1924 die von Rudolf Hilferding herausgegebene Zeitschrift *Die Gesellschaft* trat.

⁷ Eine umfassende Darstellung der Sozialisierungsdebatte in Österreich gibt Erwin Weissels Buch „Die Ohnmacht des Sieges“ (1976), für nicht-sozialistische Sozialisierungskonzepte siehe auch Chaloupek (2019).

Diese theoretische Debatte stand in grellem Gegensatz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Österreich. Nach dem Zerfall der Monarchie war das Land plötzlich abgeschnitten von den Rohstoffquellen seiner Industrie ebenso wie von der Versorgung mit Nahrungsmitteln aus dem Osten. Eine notdürftige Versorgung der Bevölkerung konnte in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nur durch Notkredite und Hilfslieferungen der Entente-Länder, vor allem der USA, aufrechterhalten werden. Dazu kam eine sich beschleunigende Nachkriegsinflation, die 1921 in einer Hyperinflation kulminierte.

Das von den österreichischen Sozialdemokraten popagierte Sozialisierungskonzept war Otto Bauers *Weg zum Sozialismus* (Bauer 1919), das 1919 sogar von der Regierung beschlossen wurde. Es hat hauptsächlich Fragen des institutionellen Aufbaus der sozialisierten Wirtschaft zum Gegenstand. Diese Institutionen waren nach Auffassung Bauers Schritt für Schritt im Prozess der Sozialisierung zu entwickeln. Otto Bauer lehnte eine *uno actu* vorgenommene Vollsozialisierung ausdrücklich ab. Sozialisierung erschien ihm nur sinnvoll, wenn eine Industrie einen gewissen Reifegrad erreicht hat, sie war daher für ihn nur vorstellbar als Prozess der langsam voranschreitenden Transformation der kapitalistischen Wirtschaft.

Auf der Grundlage von Ottos Sozialisierungskonzept setzte sich Helene in mehreren Beiträgen mit anderen Sozialisierungsvorschlägen kritisch auseinander. Vor allem aber mahnte sie zum Realismus angesichts der extrem schwierigen Wirtschaftslage. Oberste Priorität für die Regierung, in der die Sozialdemokraten den Staatskanzler stellten und politisch den Ton angaben, war der „Kampf um die auskömmliche Nahrung“ (1920). Eine politische Diskussion, wie sie Otto Neuraths „harmloses Büchlein über ‚Wesen und Weg der Sozialisierung‘“ angestoßen hatte, hielt sie für völlig fehl am Platz, denn „vorläufig fehlen uns alle objektiven Bedingungen eines Produktions- und Verteilungsplanes – also auch alle objektiven Bedingungen einer ‚Vollsozialisierung‘“ (1919c, S. 341 f.). Mit aller polemischen Entschiedenheit wendet sie sich gegen eine Position, welche „die Sozialisierungsentwürfe der Sozialdemokratie nur gering einschätzt und dafür ... als Voraussetzung der Sozialisierung die Errichtung eines statistischen Amtes erklärt“, das den Bedarf an Verbrauchs- und Gebrauchsgütern ermittelt, ohne im Entferntesten über die Mittel zu deren Befriedigung zu verfügen.

Rudolf Goldscheids Sozialisierungskonzept (Goldscheid 1919) beruhte auf einer „Naturalabgabe“, gedacht als einmalige Vermögensabgabe, progressiv gestaffelt von 5 Prozent bis zu 80 Prozent. Ziel ist nicht die Vollsozialisierung, sondern eine Verstaatlichung gegen Entschädigung jener Vermögen, an denen der Staat Alleineigentum anstrebt, die Sicherung von Mitbestimmung an anderen Vermögen, die Ablösung der staatlichen Miteigentumsanteile beim Großteil der Kleinvermögen. Helene Bauer verwirft dieses Konzept, teils

aufgrund seiner praktisch-administrativen Schwierigkeiten, hauptsächlich aber, weil es zu viel von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestehen lässt: dadurch „wird die Naturalabgabe aus einem Mittel zur schnellen und schmerzlosen Sozialisierung zu einem Mittel der Befestigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise“ (1919a, S. 272).

Einen eigenen Problemkomplex im Rahmen der Sozialisierungsdebatte nimmt die Diskussion über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus ein, die von Österreich ihren Ausgang genommen hat (Chaloupek 1990). In Otto Bauers Sozialisierungskonzept blieb sie ausgeklammert, in der Annahme, dass Methoden der Planung und der Wirtschaftsrechnung entsprechend dem jeweiligen Stadium der Sozialisierung im Zuge des Transformationsprozesses entwickelt werden können. Es war Otto Neurath, der als erster die Frage nach der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus stellte. In seinem System einer zentralen Planung legte er eine völlig neue Art der Wirtschaftsrechnung, genannt „Naturalrechnung“, zugrunde. Für Geld war nach seiner Auffassung in einer sozialistischen Wirtschaft kein Platz. Für Ludwig Mises (1922) war Neuraths Naturalrechnung Ausgangspunkt zu seiner These von der Unmöglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung im Sozialismus.

Die Theoretiker des Mainstream der österreichischen Sozialdemokratie lehnten sowohl Neuraths Forderung nach einer Naturalrechnung als auch Mises' Unmöglichkeitsthese ab. Neurath, der kein Marxist war, versuchte seine Argumentation durch Zitate von Marx und Engels zu stützen (Neurath 1923). Helene Bauer hielt ihm Zitate aus dem *Kapital*⁸, aus Marx' Kritik des Gothaer Programms und aus dem Anti-Düring entgegen. Sie bestand mit Nachdruck auf der Notwendigkeit einer genauen Bestimmung der Arbeitsmengen, welche für die Produktion jedes Gutes aufgewendet werden müssen, die dem Gebrauchswert gegenüberzustellen wären. Beide wären essentielle Elemente eines Wirtschaftsplanes, welcher ohne eine einzige, einheitliche Einheit der Verrechnung nicht möglich ist. Durch den Verzicht auf eine Rechnungseinheit wirft Neurath „Sümpfe, Straßen, Tiere und Menschen in einen Topf ... und sieht hier nicht die Gemeinschaft der Werktätigen, die ihre Arbeit organisieren“ (1923c, S. 200). Dies erfordert, dass der Preis der Güter ein direkter Ausdruck der gesellschaftlich dafür notwendigen Arbeitszeit ist (S. 199).

In ihrer Rezension von Mises' *Gemeinwirtschaft* (1923d, S. 322f.) geht Helene Bauer nicht auf die darin enthaltenen Argumente, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftsrechnung, im Einzelnen ein. Für sie bedeutet Mises'

⁸ „... es bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung der der gesellschaftlichen Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinne, dass die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber wesentlicher den je wird.“ (MEW 25, S. 859, zitiert in 1923, S. 201).

Behauptung, der Kapitalismus sei „die einzig denkbare und mögliche Gestalt gesellschaftlicher Wirtschaft“ (*Mises* 1922, S. 210), nur einen ungeheuren Zynismus angesichts der wirtschaftlichen Krise Europas, des weitverbreiteten Elends und sogar Hungers, der Hyperinflation, der Arbeitslosigkeit und des Wirrwarrs der ökonomischen Verhältnisse innerhalb der Volkswirtschaften ebenso wie in den internationalen Beziehungen, welcher eine ernsthafte Auseinandersetzung nicht verdiene. Fraglos macht sie es sich damit zu leicht, doch legt der Hinweis auf die Misere der realen wirtschaftlichen Verhältnisse den Finger auf einen wunden Punkt von Mises' Analyse: nämlich seine stillschweigende Annahme, dass Kapitalismus gleichbedeutend ist mit optimaler Ressourcenallokation auch im Sinne von vollem Gebrauch aller verfügbaren Ressourcen, und dass dieses theoretische Idealbild des Kapitalismus sich auch in der realen Welt wiederfindet.

Als Erster legte Otto Leichter in seinem Buch *Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft* ein System der Rechnung in Arbeitswerten mit der Arbeitsstunde als Recheneinheit vor (*Leichter* 1923). Auch Leichter kritisiert Neuraths Naturalrechnung scharf, da diese zu einer Zuteilungswirtschaft führen müsse. Jedenfalls sei eine sozialistische Gesellschaftsordnung anders vorzustellen „als eine Allerweltskaserne ..., in der jedem einzelnen Bücher zugewogen und in der die Bewohner eines jeden Hauses zeitweise ins Kino geführt werden“ (ibidem, S. 48). Leichter geht vom Postulat der Konsumentensouveränität aus und skizziert ein Modell, das eine Mischung von Gildensozialismus und zentraler Planung darstellt. Konsumgüter werden verteilt im Austausch gegen „Arbeitsstundenscheine“, in denen die Löhne ausbezahlt werden. Der Güteraustausch zwischen Produktionsunternehmen wird durch zentrale Planung reguliert. Die Preise der Fertigprodukte enthalten nicht nur die Kosten für Löhne und Vorleistungen, sondern auch Zurechnungen für Amortisation, Neuinvestitionen und Beiträge für die Erhaltung der Nicht-Arbeitsfähigen⁹.

Das von Leichter entwickelte System der Wirtschaftsrechnung ermöglicht die von Helene Bauer für unabdingbar gehaltene „Bildung von Preisen, in denen die zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ausgedrückt wird. ... Die individuelle Verbrauchsfreiheit ist hier gegeben, zum Unterschied zu den geldlosen Konstruktionen Neuraths, aber bloß im Rahmen des angenommenen Wirtschaftsplanes.“ (1923d, S. 324). Bei genereller Zustimmung wirft sie Leichter „eine allzu starke Rücksicht auf bürgerliches

⁹ In seiner Kritik an Leichters Traktat weist Mises auf die enormen Schwierigkeiten einer „demokratischen“ Lohnfestsetzung hin, die ohne willkürliche Fixierung von Unterschieden nicht auskommt angesichts des Fehlens objektiver Kriterien (*Mises* 1924, S. 497 f.).

Denken“ vor, indem er sich bemüht, die Rationalität seines Systems auch nach kapitalistischen Kriterien plausibel erscheinen zu lassen.

Markt und Sozialismus waren im marxistischen Denken Helene Bauers nicht vereinbar. Ebenso wie *Leichter* (1923, S. 44 f.) lehnte sie das marktsozialistische Modell Eduard Heimanns ab, das in zentralen Elementen – Autonomie der sozialisierten Betriebe, Wettbewerb zwischen Warenverkäufern, Steuerung über eine zentrale „Verkaufs- und Abrechnungsstelle“ – *Oskar Langes* (1936/37) Modell antizipiert.¹⁰ Sie hält es für unmöglich, durch eine schnelle marktmäßige Anpassung des ganzen Wirtschaftskörpers ein reibungsloses Funktionieren der Gemeinwirtschaft zu gewährleisten. Vielmehr würde als Folge eine schnelle Anpassung an die „Wünsche und Launen des Marktes“ die Wirtschaft „von einer Krise zur andern torkeln lassen“ (1923b, S. 119) – eben dieses Argument wurde später gegen Langes Marktsozialismus eingewendet.

IV. Ehe, Familie und Erwerbstätigkeit der Frau

Helene Bauers Aufsatz *Ehe und soziale Schichtung* (1927b) ist ein Beitrag zur Gesellschaftstheorie, der wesentlich auf einer ökonomischen Argumentation aufbaut. Nahezu ohne Bezugnahme auf soziologische und psychologische Literatur entwickelt sie darin eine soziale Typologie der Ehen, vornehmlich aus der Perspektive der Frau, für die gegenwärtige Gesellschaft.¹¹ Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sind dabei die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der von Bauer unterschiedenen sechs verschiedenen Typen von Ehe und Familie. Die „bäuerliche Ehe“ ist durch die ländlich-agrarische Wirtschaftsweise geprägt, „Haus und Hof sind Lebens- und Erwerbsgrundlage der Ehe und halten in gleicher Weise Mann und Frau gefangen“ (S. 319). Nahe verwandt der bäuerlichen Ehe ist die Ehe im städtisch-kleinbürgerlichen Selbstständigenmilieu des Handwerks und Kleinhandels. Die großbürgerliche „Ehe der oberen Zehntausend ... verbürgt dem Mann die legitimen Erben und der Frau zu dem ererbten Besitz den entsprechenden sozialen Rahmen“, in dem die Frau ein „Luxusdasein“ führt und den Haushalt leitet, während die Arbeit für Haushalt und Kindererziehung von Dienstboten geleistet wird.

Während die Frau in diesen drei Typen auf die eine oder andere Weise zum Familieneinkommen beiträgt, beginnt die „Problematik der Ehe bei den „neuen städtischen Schichten“ Beamten (und Angestellten) und freien Berufen, wo der Erwerb vom Haushalt getrennt wird und die auf den Haushalt

¹⁰ Oppenheimers Version des Sozialismus wird aus demselben Grund verworfen (1929a).

¹¹ Siehe dazu ausführlicher *Dvořák* (2014), S. 212 ff.

beschränkte Frau „in materielle Abhängigkeit vom Manne zurückgedrängt“ wird. Aus diesem Milieu der nicht erwerbstätigen bürgerlichen Frauen entsteht die (bürgerliche) Frauenbewegung, die dafür eintritt, der Frau „all die Mittel zugänglich zu machen, die innerhalb ihrer sozialen Schicht als ein Zeichen der Vollwertigkeit gelten“. Dadurch eröffnen sich für breiter Kreise bürgerlicher Frauen die Zugänge zu höherer Bildung, „die Frau wurde Lehrerin, Ärztin, jetzt steht ihr der Weg zu allen freien Berufen offen“. Zusätzlich zu den bestehenden entsteht ein neuer Ehetypus: „Die geistig und ökonomisch unabhängige Frau wurzelt schon unmittelbar in der Gesellschaft und übernimmt ihr gegenüber Verpflichtungen, an denen der Mann keinen Anteil mehr hat.“ (S. 321 f.).

Während in allen diesen Eheformen Motive für die Beschränkung der Kinderzahl gegeben sind, waren diese in der proletarischen Ehe in der Frühzeit des Kapitalismus, in der kein Besitz zu teilen und zu vererben war, kaum vorhanden. Daher war die Industriearbeiterschaft, solange sich ihre Lebensbedingungen nur wenig über die des Lumpenproletariats erheben „.... die fruchtbarste Gesellschaftsklasse.“ (1930a, S. 368). Als Heimarbeiterin oder durch Fabriksarbeit unter elenden Bedingungen suchte die Frau zum Familieneinkommen beizutragen, unter Inkaufnahme „furchtbarer Belastungen“, die später durch Sozialgesetze wie Arbeiterinnenschutzmaßnahmen, Achtstundentag, etc. gemildert wurden, aber sie immer noch betreffen, „wo die erwerbende Hausfrau auch Mutter ist ... Nichts als Hausfrau und Mutter sein zu dürfen, ist hier für die Frau oft der Inhalt kühnster, unerfüllbarer Träume.“ (1927b, S. 323).

In ihrem Beitrag zu dem von Käthe Leichter¹² herausgegebenen *Handbuch der Frauenarbeit*¹³ kritisiert Bauer die auf Malthus zurückgehende Bevölke-

¹² Käthe Leichter (1895–1942) leitete das Frauenreferat in der 1920 gegründeten Arbeiterkammer. Nach der Okkupation Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland verhaftet, wurde sie 1942 im Konzentrationslager ermordet. Ihr Ehemann Otto Leichter, Redakteur bei der Arbeiter-Zeitung, konnte in die Schweiz flüchten und emigrierte später in die USA.

¹³ Ebenfalls 1930 erschien ein Handbuch *Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich*, herausgegeben von Martha Stephanie Braun (1930), einer Schülerin von Ludwig Mises und Teilnehmerin des „Mises-Seminars“. Sozialdemokratische Autorinnen, die zur Mitarbeit an diesem Handbuch eingeladen waren, lehnten diese wegen der Mitarbeit einer für die faschistische Heimwehr tätigen Autorin am Handbuch ab. Eine anonyme Rezension des Handbuchs in der Gewerkschaftszeitung *Arbeit und Wirtschaft* bewertet den Abschnitt über Frauenbildung positiv, den Abschnitt über Frauenbewegung „ganz der Vergangenheit zugewendet“, wo eine Frauenbewegung dargestellt wird „in ihrer Vergangenheit, die keine mehr ist, sich in Verneinung auflösend. ... Das Kapitel über die industrielle Arbeit (verfasst von Ilse Mintz, G.Ch.) enthält wenigstens insofern Material, als es den Veröffentlichungen von ‚Arbeit und Wirtschaft‘ und – wenn auch unter unrichtiger Angabe – denen der Arbei-

rungstheorie, die einerseits die Aussichtslosigkeit der Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensumstände der proletarischen Klasse behauptete, die umgehend von einem beschleunigten Bevölkerungswachstum zunichte gemacht würden, andererseits im Verharren der großen Masse der Bevölkerung in Armut eine Bedingung für die Erhaltung von Arbeitsamkeit und Fleiß erblickte. Beides wurde durch die Entwicklung von Bevölkerung und Lebensstandard der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert widerlegt.

Nach der Jahrhundertwende, und deutlicher nach dem Weltkrieg ist in West- und Mitteleuropa die Fertilität signifikant zurückgegangen. Ursache dafür ist primär der Geburtenrückgang in der „fruchtbarsten Gesellschaftsklasse“, der Arbeiterschaft. „In dem Maße, als das Proletariat aus dem dumpfen Tragen seines Schicksals zu einem Sammeln seiner Kräfte für den Kampf um eine bewusste Lebensgestaltung übergeht und sich einen Anteil an den Kulturgütern seiner Nation ringend aneignet, wird auch für den Arbeiter die Einschränkung der Fruchtbarkeit zu einem wichtigen Mittel, die Bedingungen, unter denen seine Lebenszeit verläuft, zu ordnen und zu verbessern“ durch die „Kleinhaltung der Familie“ (1930a, S. 368). Gefördert wird diese Tendenz in anderen sozialen Schichten durch das Eindringen der Frau in den Lehrberuf und die freien Berufe. In Zeiten eines höheren Arbeitsloskeitsrisikos bietet die Erwerbstätigkeit der Frau einen „Schutz vor Verelendung“. Der selbstständige Erwerb der Frau wird so in breiten Schichten der städtischen Bevölkerung mehr und mehr zur Normalität.

Wenn die Frau nach ihrer Verheiratung „binahe so selbstverständlich wie der Mann“ ihren Beruf weiter ausübt, so bleiben ihr auf der anderen Seite „leider auch alle ihre häuslichen Verpflichtungen. Sie muss trachten, den Haushalt klein zu halten, und das wichtigste Mittel dazu ist wieder die Kleinhaltung der Familie.“ (S. 370). Die gewollte Kleinhaltung der Familie, „die der Kapitalismus selber hat reifen lassen“ hat in der bürgerlichen Welt Anlass zur Sorge wegen der Folgen des Geburtenrückgangs gegeben, der als „Egoismus, Materialismus und als Pflichtverletzung, welche die Zukunft der Nation und der Wirtschaft gefährdeten, beklagt wird“. Bauer weist die Sorge um die Bevölkerungsentwicklung nicht a priori ab. Nicht durch „pathetische Phrasen“ oder Abtreibungsverbote kann den Besorgnissen Rechnung getragen werden, vielmehr gehe es darum, „die Lebensbedingungen der werden-

terkammer entnommen ist. Aber auch hier nirgendwo ein Zeichen wirklichen Zusammenhangs mit dem Leben, den Sorgen, den wahren Forderungen der arbeitenden Frauen. ... (Diese) werden aber das richtige Gefühl haben, dass die Zeiten vorüber sind, wo für sie die Patronanz, das Entgegenkommen der bürgerlichen Frauenbewegung Unterstützung bedeuten konnte. Aus eigener Kraft ist heute die Arbeiterinnenbewegung imstande, ihre Probleme zu lösen, und – wie das ‚Handbuch der Frauenarbeit‘ beweist – auch in ihrer wahren Form darzustellen.“ (Frauenbildung etc., 1930, Spalte 543 f.).

den Mütter günstiger zu gestalten und für die Aufzucht der Neugeborenen bessere Möglichkeiten zu sichern“ (S. 371). Konkret plädiert sie für Maßnahmen zur Senkung der in Österreich überdurchschnittlich hohen Säuglingssterblichkeit, einen staatlichen „Erhaltungsbeitrag für Mütter, die einen Säugling ernähren“, Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge, Bekämpfung von Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus u. a., die „... vielleicht noch auf Jahre hinaus den europäischen Industrieländern auch bei einer sparsamen Geburtenzahl eine Erhaltung der bereits erlangten Bevölkerungsgröße ermöglichen“ (S. 371).

V. Krise und Kapitalismus

Die Bemühungen von sozialdemokratischer Seite um eine Antwort auf die Frage der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus waren 1923, dem Erscheinungsjahr von Otto Leichters Buch, nur noch von theoretischem Interesse, da die Sozialisierung kein Thema der politischen Agenda mehr war, nachdem die Christlichsozialen bei den Parlamentswahlen 1920 zur stärksten Partei geworden waren. Auf die Währungsstabilisierung 1922 folgte eine Periode der wirtschaftlichen Konsolidierung und des Konjunkturaufschwungs bis zum Jahr 1929. Die Weltwirtschaftskrise traf Österreich überdurchschnittlich stark.

Die Artikel Helene Bauers zur Weltwirtschaftskrise befassen sich kaum mit der Situation in Österreich, sondern analysieren diese aus einer allgemein-theoretischen bzw. weltwirtschaftlichen Perspektive. Ausgangspunkt ist die von bürgerlichen und auch manchen sozialistischen Ökonomen vertretene These einer geringeren Krisenanfälligkeit des „organisierten Kapitalismus“ in der Folge eines „Strukturwandels der Wirtschaft, in der mit der Wandlung vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus auch ‚die Wirtschafts-anarchie durch Planwirtschaft‘ und scharfe akute Krisen durch milde chronische Depressionen verdrängt werden“ (1931, S. 123). Die Wiederherstellung des kapitalistischen Weltmarktes in der Phase der Stabilisierung nach dem Weltkrieg brachte eine Steigerung des Organisationsgrades durch die Schaffung einer „kapitalistischen Weltorganisation“ in Form von internationalen Kartellen und Finanzinstitutionen (BIZ Basel). Es entstand der Anschein einer „aufbauenden Wirtschaftsordnung, mit der der „Spätkapitalismus“ seine historische Mission, Vorarbeit für die sozialistische Weltwirtschaft zu leisten, zu Ende erfüllt. Der Ausbruch der Krise zerstörte all diese Illusionen“ (1932b, S. 478).

Die Strukturveränderungen mildern nicht, sondern verschärfen die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus durch die mangelnde Flexibilität der Preise in den monopolistischen bzw. kartellierten Industrien, die ihre Profite hochhalten, sodass Produktivitätssteigerungen nicht zu Preissenkungen und damit zu

einer Stärkung der Kaufkraft der Massen führen. Verschärft wird die Krise durch den internationalen Preisverfall für landwirtschaftliche Rohstoffe, die zu Absatzverlusten der Industrieländer führen und dort durch Beschäftigungsabbau die Krise verschärfen. „Das organisierte Kapital zögert mit dem Abbau der Warenpreise und geht zum Generalangriff auf die Löhne ... über. Seine Preispolitik verkürzt den Aufschwung und verlängert die Krise und die Depression.“ (1931, S. 124).

Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit der (bürgerlichen) These der „Fehlleitung“ des Kapitals, welche die Krise nicht wie üblich mit Disproportionalitäten erklärt, sondern mit Überakkumulation (1932a). Bauer geht einen Schritt weiter, nennt die Unterkonsumtion der Massen als Hauptgrund, die wiederum ein Resultat der Preisstarrheit ist. Dadurch steigen die Profite und werde weiter investiert, sodass Überkapazitäten entstehen. Wie durch ein möglichst gleichmäßiges bzw. planmäßig abgestimmtes Wachstum von Löhnen und Profiten ein krisenfreies Wachstum des Gesamtprodukts möglich wäre, wird in einem Vergleich mit der Planwirtschaft¹⁴ gezeigt.

„Die Planwirtschaft kennt keine Absatzstockung bei Konsumgütern, weil mit wachsender Gütermenge die Preise niedriger gestellt oder die Löhne erhöht werden können, ohne dass dem Privatinteressen von Privatbesitzern entgegenstehen“ (1932a, S. 161). Die Möglichkeit von Fehldispositionen wird eingeräumt, etwa durch „zu starke Akkumulation“. Eine Korrektur kann aber anders als im Kapitalismus ohne die Begleiterscheinung von Betriebsstilllegungen und Arbeitslosigkeit erfolgen. Wenn die Reallöhne zu hoch, die Verbrauchsquoten zu üppig bemessen werden und die notwendigen Ersatzinvestitionen nicht getätigt werden können, kann dies in den Folgejahren durch entsprechende Umschichtung der Arbeitskräfte korrigiert werden. Bauer ist aber optimistisch, dass eine „ruckweise Ausdehnung des technischen Apparates und die damit verbundenen Schwankungen bloß in die Kinderjahre der sozialistischen Planwirtschaft“ gehören. Der Wirtschaftsplan gibt dafür die notwendige Orientierung, welche den kapitalistischen Wirtschaftsführern, die nur die Profitabilität im Auge haben, fehlt. Die Fehlleitung des Kapitals ist „kein Unfall und keine Fehlleistung, sondern eine normale Lebensäußerung des kapitalistischen Systems“ (S. 163). Interventionen auf Makroebene, wie sie in den USA durch Maßnahmen der Geldpolitik unter Präsident Hoover, bzw. zur Belebung der Investitionsneigung unter Präsident Roosevelt gesetzt wurden, haben keinen Erfolg, weil sie den Krisenmechanismus des Kapitalismus nicht durchbrechen können (1932c, S. 496).

¹⁴ Es wird nicht ganz klar, inwieweit sich diese Aussagen über das planwirtschaftliche System auf die Realität der damaligen Sowjetunion bezieht, wo sich gerade der erste Fünfjahresplan (1928–1932) in der Umsetzung befand.

Besonders kleine Länder wie Österreich setzten große Erwartungen in internationale Handelskonferenzen mit dem Ziel, der wachsenden Tendenz zum Protektionismus zur „Stärkung des inneren Marktes“ entgegenzuwirken. Weil aber der „Automatismus des Weltmarktes versagt hat“, kann nach Ansicht Bauers seine Neuorganisation „nicht kommen durch Freihandel ... Seine Fundamente können nur gelegt werden in mühsamer Arbeit von Volk zu Volk, in Einzelverträgen und Einzelbindungen.“ Weder Freihandel und Schutzzoll eröffnen einen Ausweg aus der internationalen Misere, sondern „staatliche Großhandelsmonopole für alle wichtigen Warengruppen“. „Die Erfolge der Großhandelsmonopole, der Inhalt der von ihnen abgeschlossenen Kontingentverträge kann erst die richtige Stellung eines Landes auf dem Weltmarkt klären und bestimmen, eine bewusste und gewollte Anpassung mit sich bringen.“ (1932b, S. 481 f.).

In zweifacher Hinsicht unterscheidet sich diese Konzeption vom Modell des „organisierten Kapitalismus“. Nicht die auf privatkapitalistischer Initiative beruhenden Kartelle sollen als Ansatzpunkt für planwirtschaftliche Elemente dienen, sondern staatliche Institutionen; und nicht die nationale Industrie als ganze soll reguliert werden – wie z. B. nach dem Modell des Gildensozialismus, sondern ein vom Bereich des Außenhandels ausgehender „Einbau eines breiten Sektors staatlicher Planwirtschaft in das kapitalistische System“ soll den Weg zu dessen Überwindung eröffnen. Dieser Ansatz erscheint aus heutiger Sicht etwas abseitig, fand jedoch nicht nur in der Großen Depression Befürworter, etwa in der britischen Labour Party, wie Bauer selbst vermerkt, sondern auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg.¹⁵

VI. Imperialismus

Die Imperialismusdebatte wurde in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg intensiv geführt¹⁶, während in Österreich, das keine überseeischen Kolonien hatte, ihre politische Brisanz geringer war und primär ihre theoretischen Aspekte interessierten. Die in Deutschland und Österreich dominante Position Karl Kautskys war lange Zeit schwankend, bis er 1898 in einem Artikel zur Kolonialpolitik die These aufstellte, dass das imperialistische Expansionsstreben der entwickelten kapitalistischen Länder nicht den ökonomischen Interessen der industriellen Kapitalistenklasse entspringe, „für die ökonomische Entwicklung durchaus nicht notwendig, vielfach sogar schädlich“ sei (zitiert bei *Schröder* 1973, S. 119). Getragen werden die impe-

¹⁵ *Gunnar Myrdal* (1951, S. 24 f.) sah die Notwendigkeit kommen, den Außenhandel zentral zu regulieren, um eine ausgeglichene Zahlungsbilanz zu erreichen, in der Folge immer größere Teile der Binnenwirtschaft.

¹⁶ Siehe dazu *Schröder* (1973).

rialistischen Bestrebungen vor allem von den reaktionären, chauvinistischen, feudal-aristokratischen Oligarchien. Diese Position antizipiert in bemerkenswerter Weise die spätere These Joseph Schumpeters, der Imperialismus sei „ein Atavismus. Er fällt in die große Gruppe von Überbleibseln früherer Epochen, ... die nicht aus den Lebensbedingungen der jeweiligen Gegenwart, sondern der jeweiligen Vergangenheit zu erklären sind, ... nicht aus den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen.“ (Schumpeter 1919/1953, S. 119).¹⁷ Wenn kapitalistische Interessen – die Rüstungsindustrie, das Finanzkapital als Vermittler von Direktinvestitionen in den Kolonien, in die Infrastruktur abhängiger Staaten – von imperialistischer Politik profitieren, so geht doch die Initiative für territoriale Expansionen nicht von ihnen aus.

Dieser Sichtweise widersprach diametral Rosa Luxemburg mit ihrem Buch *Die Akkumulation des Kapitals*, in dem sie die These aufstellte, dass der Kapitalismus ein Entwicklungsstadium erreicht habe, in dem es für den Mehrwert keine ausreichende Verwertung mehr gebe und das System vor dem Zusammenbruch stehe, wenn nicht durch Erschließung neuer, vom Kapitalismus noch wenig erschlossener Territorien neue Verwertungsmöglichkeiten geschaffen werden. Sie versuchte dies anhand von abstrakten Marxschen Reproduktions-schemata analytisch-logisch als zwingendes Resultat der kapitalistischen Entwicklung zu beweisen, untermauert durch eine weitläufige historische Argumentation. Luxemburgs These hatte in der deutschen Sozialdemokratie überwiegend Ablehnung gefunden, wenn auch nicht alle Kritiker Kautskys Sichtweise teilten. Auch Otto Bauer hatte Luxemburgs Imperialismustheorie aus theoretischen Gründen verworfen (siehe dazu Abschnitt VII. 2.).

Die Kritik an Luxemburgs Imperialismustheorie setzte an drei unterschiedlichen Punkten ihrer Argumentation an: theoretisch an der Fehlerhaftigkeit ihrer Reproduktionsschemata (Otto Bauer), an ihrer mangelnden empirisch-faktischen Plausibilität, an der Frage ihrer polit-strategischen Konsequenzen. Der erste Beitrag Helene Bauers zu diesem Thema ist eine eindringliche Kritik an die in linken, d. h. kommunistischen, aber auch in sozialdemokratischen Kreisen verbreitete Erklärung des Weltkrieges als Folge wirtschaftlicher Konflikte, nach der „die Handelsinteressen die eigentlichen, die letzten Ursachen des Krieges bildeten. ... Dieser Glaube, dem Kautsky schon bei Kriegsausbruch entgegentrat, bildet jetzt eine Art marxistisch-revolutionär sein wollende Kriegsideologie, die, ohne die Verschiebungen der sozialen Kräfteverhältnisse und die politischen Umwälzungen der Nachkriegszeit mit in Rechnung zu ziehen, dem Kapital in unserer Zeit dieselben Wirkungsrichtungen und -möglichkeiten zuschreibt, die es in der Umwelt der Vorkriegszeit hatte.“ (1924b, S. 16). In ihrer historischen Argumentation führt Bauer die Gründe

¹⁷ Schumpeter erwähnt darin Kautskys Artikel nicht. Bauer (1924) zitiert Schumpeters Aufsatz, aber nicht mit seiner zentralen These.

dafür an, dass sich „der Krieg an der Tatsache der gegenwärtigen Mobilisierung, nicht [aber] an ökonomischen oder kolonialen Konflikten entzündete“. „Die herrschende Stellung der Politik der Wirtschaft gegenüber in den Ländern, deren Regierungen Schuld und Mitschuld an dem Weltbrand tragen, ... war verkörpert in den Dynastien, ... in dem mächtigen Kriegsapparat ... Hof, Generalität, Adel, Diplomatie, Gruppen, die nicht in der bürgerlich-rationalistischen Umwelt lebten, waren in den scheinstitutionellen Monarchien der Vorkriegszeit die verantwortlichen Lenker der Politik.“ (S. 22).

Weiters führt Bauer wirtschaftsstatistische Daten an, die auf eine krasse Überschätzung der Bedeutung des Kolonialhandels für die beherrschenden Staaten durch die Imperialismustheorie hindeuten. Nur etwa 1,5 Prozent der deutschen Exporte gingen 1913 in die afrikanischen Kolonien, Daten für England weisen in die gleiche Richtung. Im Kapitalverkehr „spielten, gemessen an den gewaltigen Größen des Waren- und Kapitalumsatzes innerhalb der europäischen Länder, innerhalb Europas und Amerikas vor dem Kriegsausbruch ... die kolonialen Erwerbungen ... eine lächerlich geringe Rolle“ (S. 22).

Die Imperialismustheorie *Fritz Sternbergs* (1926) beruht auf einer Abwandlung des Grundgedankens eines nicht-realisierten Mehrwerts bei Rosa Luxemburg. Fallengelassen wird aber u. a. die Annahme eines konstanten Reallohnes, vielmehr erlaubt die imperialistische Expansion der Verwertungsmöglichkeiten durch zurückfließende Kapitalerträge einen höheren Standard der Arbeiterschaft. Letztendlich führt aber der fortdauernde Druck zur Erschließung zusätzlicher Verwertungsmöglichkeiten notwendig zum Krieg und zum Zusammenbruch des Kapitalismus. Sternbergs Theorie folgt in wichtigen Punkten der Imperialismustheorie Lenins. Wie bei Lenin führt der Imperialismus über den finalen Showdown zum Sozialismus; Teile des Proletariats in den imperialistischen Staaten erreichen einen höheren Lebensstandard und bilden eine „Arbeiteraristokratie“.

Helene Bauer bestreitet vehement die Unausweichlichkeit eines solchen Showdowns. Weder ist die Katastrophe des Weltkriegs mit der Imperialismustheorie erklärbar, noch weisen die aktuell – d. h. Mitte der 20er Jahre – erkennbaren Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems in diese Richtung. Vielmehr sieht sie Anzeichen für die Entstehung eines Systems des organisierten Kapitalismus, wie es sich vor dem Weltkrieg auf nationalstaatlicher Ebene herausgebildet hatte, nun in der Dimension des Weltmarktes. „Dieselbe Rolle, die die nationalen Finanzgruppen bei den nationalen Kartellierungen spielten, musste jetzt den internationalen Finanzgruppen im internationalen Ausmaß zufallen. ... In der Phase des Hochkapitalismus durchbricht die Konzentration des Kapitals die geopolitisch meist unsinnigen Grenzen der Staaten, wird zur Hochkonzentration, die die historische Aufgabe des Kapitalismus, die Herstellung des Weltmarktes, vollendet“ (1928, S. 392 f.).

Nicht der Zwang zur Erschließung von Verwertungsmöglichkeiten unrealisierbarer Mehrwertteile in nichtkapitalistischen Ländern, sondern Verwertungsmöglichkeiten durch Intensivierung der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung sind die Ursache für das Wachstum des internationalen Handels und Kapitalverkehrs (1927a, S. 8 f.). Der Kapitalismus ist kein Garant friedlicher Beziehungen unter den Staaten, wie die liberale Theorie postuliert, er „kann kriegerisch sein im Bündnis mit feudalen Mächten ... Er kann jedoch auch friedlich sein und statt unter Waffendeckung mit staatlicher Kreditgarantie für Geschäfte mit Ländern, deren Rechtszustand ihm Misstrauen einflößt, neue Absatzmärkte gewinnen kann, durch internationale Kartelle, Quotenverteilung die Sicherung der Profite erstreben“ (S. 11). Eine krisenfreie Entwicklung der Weltwirtschaft darf dabei nicht erwartet werden, zufolge der Anarchie des kapitalistischen Weltmarktes kommt es immer wieder zu Absatzkrisen.

Der letzte Beitrag Helene Bauers (1940) zur Imperialismusdebatte resümiert ihre bisherigen Positionen. In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, der sich damals im Anfangsstadium befand, stellt sie mit Nachdruck fest, dass auch in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise „weder ein theoretisches noch ein praktisches Interesse am Imperialismus bestand. Es gab in den kapitalistischen Staaten viele Pläne der Krisenbekämpfung, aber nicht die leiseste Neigung, zur Überbrückung der Krise irgendwelche Absatzmärkte, Rohstoffmärkte oder dergleichen militärisch zu besetzen“ (1940, S. 176). Es waren die neuen Diktaturstaaten, die die militärische Auseinandersetzung suchten, weil sie intern Erfolge brauchten zu ihrer Legitimation, wobei sich das nationale Kapital „den Diktaturen in die Arme geworfen hat, während die kapitalistischen Kreise der modernen Demokratien zum Bedürfnis nach Ruhe und internationaler Sicherung herangereift sind. ... Der Kapitalismus auf demokratischer Grundlage ist ohne Kriege durchaus denkbar.“ Bauer bekämpft unnachgiebig die politische Imperialismustheorie der Kommunisten, die nur „unser Interesse an der Herstellung einer Welt mit größtmöglichen Friedensgarantien schwächen würde“ (S. 179).

VII. Bürgerliche und sozialistische Theorie

1. Werttheorie

Helene Bauer sah in der subjektiven Wertlehre der Österreichischen Schule eine „ideologische Verklärung des Bestehenden“ (1924a, S. 65), was aber ihrer Ansicht nach der sozialistischen Wissenschaft nicht ersparte, sich immanent mit deren Inhalten auseinanderzusetzen. In ihrer Kritik der Zurechnungslehre Böhm-Bawerks und Wiesers setzte sie sich vor allem mit der Verteilungstheorie der Österreichischen Schule auseinander. Für die simultane Ermittlung des „produktiven Beitrages“ der einzelnen Produktivmittel zum

Endprodukt unterscheidet Wieser zwischen der „gemeinen“ Zurechnung bei solchen Produkten, die nur aus Produktivmitteln mit vielfacher Verwendbarkeit („Kostenproduktivmitteln“) hergestellt werden, und der sog. „spezifischen“ Zurechnung. Letztere findet dort statt, wo ein spezifisches, d. h. nur für die Erzeugung einer einzigen oder einiger weniger Produktarten verwendbares Produktivmittel in Kombination mit anderen Kostenproduktivmitteln zum Einsatz kommt. Der Wert des spezifischen Produktivmittels ergibt sich als Restgröße nach Abzug der Kostenproduktivmittelwerte vom Erlös.

Dagegen hatte *Schumpeter* (1909/1952) eingewendet, dass der Arbeitslohn als häufigster Produktionsfaktor vom Typ des gemeinen Produktivmittels „nicht aus dem Wert des Endprodukts abgeleitet, sondern als gegebene Größe bei der Produktion bereits vorausgesetzt“ werde. Damit bleibt aber Wiesers eigenes Postulat für eine Lösung des Zurechnungsproblems unerfüllt. In ähnlicher Weise wird gegen Böhm-Bawerks Methode der Heranziehung von „Substitutionswerten“ eingewendet, dass damit das Problem der Wertermittlung der sog. „ersetzlichen“ Produktionsmittel in andere Verwendungsbereiche verschoben sei, ohne dass dort eine Ableitung des Wertes der ersetzlichen Produktionsmittel aus einem Endprodukt möglich sei. Schumpeters Feststellung, dass „der produktive Erfolg von allen drei Kategorien (Arbeit, Kapital, Grund und Boden, G. Ch.) abhängt und dass es kein Kriterium gibt, den einen Produktionsfaktor vor dem anderen in dieser Beziehung auszuzeichnen“ (*Schumpeter* 1908, S. 248) stimmt Helene Bauer dann zu, wenn der Gebrauchswert den Ausgangspunkt der Werttheorie bilde. Mit dem Scheitern der Wertzurechnung habe „der Grenznutzen seine Rolle einer ökonomischen Theorie, die die wirtschaftlichen Erscheinungen nicht aus der jeweils gegebenen sozialen Struktur der Wirtschaft, sondern aus einer immer gleichbleibenden Logik jeder Wirtschaft ableitet, ausgespielt“ (1924a, S. 111). Schumpeters Feststellung, dass die theoretische Unlösbarkeit des Zurechnungsproblems angesichts der Tatsache, „dass Werte und Preise der Produktivgüter sich durch nichts von denen der Genussgüter unterscheiden, namentlich vom praktischen Wert mit der gleichen Sicherheit gehandhabt werden“, demnach die Praxis das Problem gelöst und dessen „Lösbarkeit durch die Tat“ bewiesen sei, deutet Bauer als Eingeständnis der Richtigkeit einer Ausbeutungstheorie. „Denn um Einkommensarten, die aus der Arbeit, also aus einer produktiven Funktion, und alle anderen Einkommensarten, die aus dem Rechtstitel des Besitzes fließen, quantitativ zu bestimmen, muss man sie zuerst qualitativ, also in ihrer Wesensverschiedenheit unterscheiden. Aber dies bedeutet erkennen und bekennen wollen, dass ihre Höhe nicht durch ökonomische, sondern durch soziale Faktoren, nicht durch ‚produktive Beiträge‘, sondern durch Kräfteverhältnisse der Klassen, nicht durch ‚Leistung‘, sondern durch Macht bestimmt wird“ (S. 112).

Aus den Fehlschlägen der Versuche Wiesers und Böhm-Bawerks, die von Menger aufgeworfene Frage nach der quantitativen Bestimmbarkeit der Wertanteile der „Güter höherer Ordnung“, also der einzelnen Produktionsfaktoren aus dem Wert des genussreifen Endprodukts schlüssig zu beantworten, schließt Helene Bauer auf den „Bankerott der Grenzwerttheorie“. Bauer insistiert auf einer Art „Wesensverschiedenheit“ der Arbeit als Produktionsmittel, die sie normativ von den sachlichen Produktionsmitteln unterscheidet. In der entwickelten arbeitsteiligen Wirtschaft, in der alle Güter Ergebnisse von Produktionsprozessen sind, erscheint „nur Arbeit gegen Arbeit als ein Tausch artgleicher und deswegen überhaupt vergleichbarer Werte ... Wer diesem Kreise nicht angehört, der verfügt über ein ebenbürtiges Tauschgut überhaupt nicht“. Wenn er seinen Anteil als Zins, Profit oder Rente erhält, so bleibt er „in der Gemeinschaft der Arbeitenden“ doch „bloß ein Outsider, der dem Werte der Persönlichkeit seine Besitztitel entgegenstellt“ (1926, S. 64). Daher erscheinen ihr auch alle neueren Theorien, welche den Zins nicht als Belohnung des Opfers des als Person vorgestellten Kapitalisten erklärt, sondern als kollektives „Warteopfer“, das „getragen werden muss, damit das zur Gütererzeugung notwendige Kapital gespart werde“ (Marshall), oder dessen Zurechnung auf „eine Funktion“ (Cassel, Schumpeter) als „ideologische Verklärung des Bestehenden“ (1926, S. 66 f.).

Die Abhandlung Helene Bauers zur Marxschen Preis- und Verteilungstheorie (1925b) versucht zunächst anhand mehrerer Zitate aus dem *Kapital* zu zeigen, dass für eine adäquate Berücksichtigung der Nachfrageseite ein Rekurs auf den nutzentheoretischen Ansatz nicht erforderlich sei.¹⁸ Unklar bleibt dabei, in welchem Zusammenhang damit das sog. Transformationsproblem des 3. Bandes des *Kapital* steht bzw. die für die Arbeitswertlehre grundlegende Behauptung, dass bei der Umrechnung von in Zeiteinheiten gemessenen Arbeitswerten in Geld ausgedrückte Produktionspreise dem Verhältnis von Profit- und Lohnsumme der Mehrwerttrate entspreche. Bauer zitiert Marx' eigene Bemerkung, „dass der durchschnittliche Arbeitslohn zwar stets gleich dem Wertprodukt der Stundenzahl (ist), die der Arbeiter arbeiten muss, um die notwendigen Lebensmittel zu produzieren, aber diese Stundenzahl selbst wieder verfälscht ist durch die Abweichung der Produktionspreise von ihren Werten“ (MEW 25, S. 171), die anzeigt, dass er Zweifel an seiner Lösung des Problems der Transformation von Arbeitswerten in Produktionspreise hatte. Sie schließt daraus, dass „durch das Verhältnis der Geldprofite zu den Geld-

¹⁸ Darin besteht auch der Hauptkritikpunkt der Rezension Bauers (1930b) an Alfred Braunthals Lehrbuch *Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze* (1930). Auch Otto Bauer war in diesem Punkt anderer Ansicht als Helene: „Für das Verständnis der Nachfrage ist die Kenntnis der Grenznutzentheorie sehr wichtig.“ (Bauer, O. 1956, S. 288).

löhnen das Verhältnis der Mehrarbeit zur notwendigen Arbeitszeit nur ungenau ausgedrückt wird“ (1925b, S. 224), das heißt aber, dass die beiden Relationen nicht identisch sind. Sie zieht daraus freilich nicht den Schluss, dass die Transformation „sich so nicht lösen lässt, wie Marx sie vorzeichnet“ (Schefold 2014, S. 201), dass die Preise also nicht aus den Arbeitswerten abgeleitet werden können. Das Marxsche ökonomische System behält für Bauer dennoch seine Gültigkeit, denn „Kauf und Verkauf auf dem kapitalistischen Markt sind für Marx sowohl ein Mittel des wirklichen Tausches wie der Ausbeutung, deren Größe nur festgestellt werden kann, ... wenn die Arbeitswerte der Waren den Preisen entgegengestellt werden. Die Preisgestaltung ist für Marx deswegen kein Problem ‚an sich‘ wie für die bürgerlichen Theoretiker, ... sondern bloß ein Problem, das auf dem Wege liegt zu der für ihn entscheidenden Frage nach ... der Verteilung des jährlichen Arbeitsproduktes zwischen den wirklich Arbeitenden und den kapitalistischen Produktionsagenten und ihrem Anhang“ (1925b, S. 224).¹⁹

2. Entwicklungstheorie

Die zentrale Frage der marxistischen Entwicklungstheorie ist die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Vision einer allmählichen Transformation des Kapitalismus, in der wesentliche Voraussetzungen für die neue Gesellschaftsform entstehen, stehen die Zusammenbruchstheorien gegenüber. Helene Bauers Kritik richtete sich nicht nur gegen die Imperialismustheorien (Abschnitt VI.), sondern auch gegen Henryk Großmanns 1929 veröffentlichtes Buch *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*.²⁰

Großmann stützte sich darin auf eine 1910 in der *Neuen Zeit* erschienene Rezension Otto Bauers von Rosa Luxemburgs *Die Akkumulation des Kapitals*. Darin hatte Otto Bauer anhand eines fiktiven Schemas der erweiterten Reproduktion gezeigt, dass der für neue Akkumulation zur Verfügung stehende Mehrwertteil im Kreislauf des Systems verwertet werden kann, es also zu seiner Verwertung keiner Erschließung externer Sphären bedarf (Bauer, O.

¹⁹ Ähnlich in dem Aufsatz 1926, S. 65.

²⁰ Großmanns Buch erschien als Band I der Schriftenreihe des damals von Carl Grünberg geleiteten Frankfurter Instituts für Sozialforschung. So wie Helene Bauer stammte Großmann aus Galizien, 1881 in Krakau geboren, studierte er an der Universität Wien bei Carl Grünberg, der ihn 1925 nach Frankfurt an das Institut holte. Das Zusammenfallen des Erscheinungsjahrs seines Buches mit dem Beginn der Großen Depression verstärkte das Interesse an dessen Thesen, z.B. die Behauptung, dass die USA „einer schweren Krise entgegengehen“ (zitiert bei Bauer 1929b, S. 277). Nach der Emigration in die DDR zurückgekehrt, starb Großmann 1950 in Leipzig, wo er seit 1949 an der Universität eine Professur für Politische Ökonomie innehatte.

1912/13/1970).²¹ Es handelt sich dabei um ein willkürlich gewähltes Zahlenbeispiel mit den Annahmen einer Mehrwertrate von 100 Prozent, wobei 25 Prozent des Mehrwerts akkumuliert werden, und eines jährlichen Bevölkerungs- bzw. Arbeitskräftezuwachses von 5 Prozent und eines Wachstums des konstanten Kapitals von 10 Prozent pro Jahr. Otto Bauer hatte die Ergebnisse dieses Schemas über 4 Jahre dargestellt. Der begrenzte Demonstrationszweck des Zahlenbeispiels hielt Großmann allerdings nicht davon ab, es „nicht bloß viermal, sondern 35mal und über mehrere Krisen hindurch zu kurbeln“ (1929b, S. 275), und damit den unausweichlichen Zusammenbruch des Kapitalismus zu beweisen, der aber ein bloßes Ergebnis der aus langfristiger Sicht grob unrealistischen Annahmen ist. Denn „es ist klar, dass dieses Schema zu seltsamen Resultaten führen muss, wenn man es lang genug fortsetzt, denn die Zuwächse des konstanten Kapitals wachsen gemäß Annahme schneller als der Mehrwert“, da ein immer geringerer Teil des Mehrwerts für den Konsum der Kapitalisten zur Verfügung steht bzw. später der gesamte Mehrwert für die angenommene Akkumulationsrate nicht mehr ausreicht, „das Schema aus Mangel an Mehrwert zusammenbricht“ (Sweezy 1970, S. 248 f.).

In Bauers Worten: „Die Kapitalisten verrecken, weil sich alles was sie berühren, in Produktionsmittel ... verwandelt ... Doch da das Schema nur ein Scheinschema ist, ist auch ihr Hungertod nicht wirklich“ (1929b, S. 280). Der Fehler einer solchen mechanischen Anwendung des Schemas liegt nach Helene Bauer darin, dass „in Wirklichkeit durch die technischen Errungenschaften, die den Prozess der Akkumulation begleiten ..., der Wert des konstanten Kapitals und der Wert der Arbeitskraft ständig gesenkt wird. ... Die Bewegung der einen unabhängigen Variablen der Technik (Erfindung und Entdeckung) bringt periodisch in verschiedenen, in der Praxis exakt bestimmten Abstufungen die Änderungen aller Verhältniszahlen mit sich. Die Theorie kann nur die allgemeine Richtung dieser Veränderung feststellen, sie kennt aber nicht das quantitative Verhältnis zwischen der Bewegung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der mit ihr parallel gehenden Bewegung der Mehrwertrate“ (S. 275). Unter Berufung auf Zitate aus dem *Kapital* verweist Bauer gegen Großmann auf die „Logik der kapitalistischen Konkurrenz“, welche die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft bestimmt, die aber in Großmanns Analyse nicht vorkommt. Die Überakkumulation von Kapital wird auch bei Marx behandelt, für ihn ist sie „keine notwendige oder gar endgültige, sondern eine mögliche und momentane Phase des Akkumulationsprozesses“ (S. 279). In der Krise kommt es zu Anpassungen, es „entsteht ein neues Gleichgewichtssystem ... das durch ein neues Schema illustriert werden müsste.“ (S. 276). Gegen „die Zusammenbruchsfanatiker in unserer

²¹ Ein Großteil der Antikritik *Luxemburgs* (1921/1981) war gegen Otto Bauer gerichtet.

Partei“ insistiert Bauer darauf, dass „die letzte Schranke des Kapitalismus für Marx nicht die gesamtkapitalistische Pleite (ist), sondern der gesamte Kampf-wille des Proletariats“ (S. 280).

Für Helene Bauer bildete Rudolf Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus die Grundlage für eine langfristige Entwicklungsperspektive der kapitalistischen Wirtschaft. Hilferdings Hauptwerk *Das Finanzkapital* (1910) war ein Versuch, die Theorie von Karl Marx an die veränderte Realität der neuen Formen der organisierten Konkurrenz heranzuführen. Eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Konzentrations- und Monopolisierungstendenz schrieb er dabei den Banken zu. Gleichzeitig „erleichtert“ die Organisation der Produktion durch das Finanzkapital „die Überwindung des Kapitalismus außerordentlich“. Der Kapitalismus erreicht eine Entwicklungsstufe, auf der schließlich „die Diktatur der Kapitalmagnaten in die Diktatur des Proletariats umschlägt“ (Hilferding 1910/1973, 503 ff.). Nach dem Weltkrieg nahm Hilferding mehr und mehr eine reformistische Position ein. Seine Theorie des Organisierten Kapitalismus wurde als wirtschaftspolitisches Programm konkretisiert in Fritz Naphtalis Buch *Wirtschaftsdemokratie* (1928). Die branchenmäßige Organisation der überwiegend privatkapitalistischen Unternehmungen war ein Grundelement dieses Konzepts, in dessen Rahmen eine Kontrolle von Kartellen unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorgesehen war.

Weniger im nationalstaatlichen Rahmen, sondern in seinem Ausgreifen auf die Ebene des Weltmarktes sah Helene Bauer die neue Entwicklungstendenz des Organisierten Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg. Als Folge der immer weiter voranschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals treten an die Stelle der nationalen nun internationale Organisationsformen (1928, S. 392 f.; siehe Abschnitt V.) Sozialismus im nationalstaatlichen Rahmen hielt Bauer für möglich, aber er war nur die zweite Wahl (1919d, S. 412). So utopisch es erscheint – „die internationalen Voraussetzungen des Sozialismus entstehen, indem „im Hochkapitalismus die Konzentration des Kapitals die geopolitisch meist unsinnigen Grenzen der Staaten (durchbricht), zur Hochkonzentration wird, die die historische Aufgabe des Kapitalismus, die Herstellung des Weltmarktes, vollendet“ (1928, S. 392 f.).

VIII. Conclusio

Helene Bauers Verständnis von Ökonomie war im Kern politisch. Im Zentrum steht die Arbeitswertlehre, mit der der Kapitalismus als System der Ausbeutung der Arbeitenden dargestellt wird, sowie als selbsttätiger Mechanismus, der wegen des Fehlens planmäßiger Koordination in periodische Krisenzustände fällt, gleichzeitig aber als resilientes System, das sich nicht auf einen Zusammenbruch zubewegt. Dem entspricht auch eine konsequent marxisti-

sche Diktion: die Profitorientierung zwingt die Kapitalisten, mehr Mehrwert aus den Arbeitenden herauszupressen, Akkumulation dient der Steigerung des Mehrwerts etc. Langfristig strebt der Kapitalismus seiner Überwindung durch den Sozialismus zu, entwickelt aus sich heraus wesentliche Institutionen dieser Gesellschaftsform, allerdings ohne „automatisch“ in diese überzugehen. Dazu braucht es den Anstoß von der politischen Ebene her, idealiter durch Mehrheitsentscheid in einem parlamentarisch-demokratischen System. Dem entspricht eine kritische Haltung gegenüber dem Bolschewismus, die am stärksten zum Ausdruck kommt in Helene Bauers Ablehnung der Imperialismustheorie, besonders in deren Leninscher Variante: keine gewaltsame Revolution im Gefolge einer Weltkatastrophe.²²

Ebenso ist für Helene Bauer wissenschaftliche Wahrheit nicht definiert durch einen a priori festgelegten „Klassenstandpunkt“. Marxistische Theoreme müssen nach logisch-wissenschaftlichen Kriterien bewiesen werden, wovon sie allerdings überzeugt war; daher keine Annäherung an die „bürgerliche“ Ökonomie, auch keine Übernahme einzelner Elemente derselben, Festhalten an der Dichotomie Markt/Konkurrenz versus zentrale Planung/gesamtschellschaftliche Solidarität. Ihre Abhandlungen zur Theorie ebenso wie ihre Analysen aktueller Probleme des Kapitalismus bewegen sich immer in diesem Rahmen.

Die auf Friedrich Engels und Karl Kautsky fußende politische Strategie der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich war für eine Konstellation gedacht, in der die politische Macht zwischen feudalem Adel und Bürgertum geteilt und die Vertreter des Proletariats davon ausgeschlossen waren. Die sozio-ökonomische Entwicklung garantierte die stetige Steigerung des Anteils der Partei an Wählerstimmen und Parlamentsmandaten. Die Durchsetzung von schon im Kommunistischen Manifest genannten Kernforderungen wie Begrenzung der täglichen Arbeitszeit, Verbot von Kinderarbeit etc. soll der Arbeiterschaft das Bewusstsein ihres Machtpotenzials vermitteln und so die Kampfbereitschaft steigern, immer gerichtet auf das näher rückende Endziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Generell sollten die Sozialdemokraten im Parlament alle Maßnahmen unterstützen, oder wenigstens nicht behindern, die geeignet sind, die Liquidierung feudaler Strukturen und die Verminderung der selbstständigen kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Bevölkerungsschichten zu beschleunigen, also z. B. Abschaffung von agrarischen Schutzzöllen, keine Unterstützungsmaßnahmen für Handwerk und Bauern etc. Je schneller sich der Kapitalismus zu seiner reinen Form, wie sie im *Kommunis-*

²² Der Begriff „Revolution“ wird im sozialdemokratischen Schrifttum in einem sehr differenzierten Sinn verwendet bei *Otto Bauer* (1923) in seiner umfassenden Analyse der „österreichischen Revolution“. In Helene Bauers Aufsätzen kommt er kaum vor.

tischen Manifest und im *Kapital* erscheint, entwickelt, umso rascher wächst der Bevölkerungsanteil des Proletariats, und damit die politische Machtbasis der Sozialdemokratie.

Diese Strategie funktionierte recht und schlecht, solange die Arbeiterpartei keinen Anteil an der Staatsmacht hatte. Dies änderte sich mit dem politischen Umbruch bei Kriegsende grundlegend, als die Partei plötzlich in die politische Führungsrolle katapultiert wurde. In der kurzen Phase nach dem Weltkrieg, in der ein Einstieg in den Sozialismus durch Maßnahmen der Sozialisierung als realistische Möglichkeit erschienen war, schien sich die Perspektive einer mit demokratischen Mitteln geförderten Transformation des Kapitalismus zu bewahrheiten. Nach der Stabilisierung des kapitalistischen Systems resultierte daraus für die sozialdemokratische Politik ein Dilemma von zunehmender Intensität.

In Österreich war die Sozialdemokratie knapp zwei Jahre an der Regierung beteiligt (1918–1920). In dieser kurzen Periode, in der die bürgerlichen Parteien angesichts der revolutionären Stimmung in großen Teilen der Arbeiterschaft zu Konzessionen gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bereit waren, wurde eine ganze Serie von grundlegenden Sozialgesetzen beschlossen: Einführung des Achtstundentags, einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, das Kollektivvertragsgesetz, das Betriebsrätegesetz, das Arbeiterkammergesetz und zahlreiche weitere kleinere Sozialgesetze.²³ Nach den Parlamentswahlen 1920, aus denen die Christlichsozialen als stärkste Partei hervorgingen, entschieden sich die Sozialdemokraten für die Opposition. Aber auch in ihrer Oppositionsrolle kamen sie nicht darum herum, zu schwierigen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung zu beziehen und auch an Entscheidungen mitzuwirken (z. B. Währungssanierung 1922, Budgetsanierung, Bankensanierung). Dabei war die Partei immer wieder zu Kompromissen mit der Regierung bereit.

Zur wichtigsten Aufgabe der Partei wurde die Verteidigung der nach dem Krieg erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften, die von den bürgerlichen Parteien zunehmend wieder infrage gestellt wurden („Wegräumen des revolutionären Schutts“). Den „reformistisch“ punzierten Fragen der Sozialpolitik und ihren wirtschaftspolitischen Aspekten, welche für die Partei in der politischen Auseinandersetzung einen hohen Stellenwert hatten, widmete Helene Bauer nur geringe Aufmerksamkeit. Eingehend beschäftigte sie sich nur mit der Frage der Erwerbstätigkeit der Frau, mit deren Recht, „trotz der Erwerbsarbeit noch Raum für eigenes Leben und eigene Fortentwicklung zu gewinnen“ (1930b, S. 372).

²³ Siehe dazu *Pribram* (1921). Karl Pribram war im sozialdemokratisch geführten Sozialministerium als leitender Beamter mit der Vorbereitung dieser Gesetze betraut.

Die wenigen Analysen Helene Bauers zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik nach dem Schwinden der Hoffnung auf die Sozialisierung machen den Eindruck von Hilflosigkeit. In ihrem Kommentar zur Frage der Vermögensabgabe hatte sie diese als „Protest gegen die Herrschaft des Kapitals“, sowie als Folgemaßnahme der Sozialisierung gesehen, um „langsam, aber sicher mit den Müßigen aufzuräumen“ (1919a, S. 293). Dass die Vermögensabgabe das entscheidende Instrument für eine Stabilisierung der Währung aus eigener Kraft gewesen wäre, war hier kein Thema. Das permanent hohe Defizit der österreichischen Handelsbilanz versuchte sie zu verharmlosen, ihr einziger, ironisch gemeinter Vorschlag zu einer Lösung des Problems ist, „den Konsum der Prasser und Genießer zu drosseln“ (1923a, S. 31).

Erst nach dem Beginn der Großen Depression nimmt Helene Bauer wieder mit Analysen zu Krise und Krisenpolitik zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung. Aus marxistischer Sicht war die Erkenntnis, dass die veränderten Strukturen des Organisierten Kapitalismus dessen Krisenanfälligkeit nicht gemildert, sondern verschärft haben (siehe Abschnitt V.), eine Bekräftigung der Sozialisierung als Alternative. Die an der Regierung beteiligten sozialdemokratischen Parteien in England und in Deutschland mussten jedoch die gegenteilige Erfahrung machen, dass sie „in den Augen der Massen als mitverantwortlich“ erschienen „für alles, was zu verhindern sie zu schwach waren. Die Krise brachte ihnen Wahniederlagen, den Verlust der bisherigen parlamentarischen Stellung und machte sie bald bar jeder Stoßkraft dem System gegenüber, das sie noch vor kurzem kritisierten, verneinten, aber doch mit dem Namen ihrer Führer zu beschützen und zu decken schienen. ... Arbeitslosigkeit und Krise haben nicht die Kräfte auslösen können, die die kapitalistische Krise in eine Krise des Kapitalismus umschlagen lassen würden“ (1932c, S. 494).

In der Analyse der Krisenursachen bleibt die marxistische Ökonomie der altliberalen Sichtweise verhaftet, in der die mangelnde Flexibilität von Preisen und Löhnen als Ursache identifiziert wird²⁴. Die von den Kapitalisten daraus abgeleiteten Forderungen für die Krisenpolitik nach Lohnsenkung und Abbau von Sozialschutz ist allerdings nicht akzeptabel aus Sicht der Arbeiterklasse, die aber ihre Forderungen nach neuen „anti-kapitalistischen Maßnahmen“ ebenso wenig durchsetzen kann, mit der Konsequenz einer unauflösbaren Patt-Stellung, die auf der politischen Ebene in Österreich und Deutschland zur autoritären Wende beitrug.

Dass es jenseits des polaren Gegensatzes zwischen altliberalem Antiinterventionismus und planwirtschaftlichem Sozialismus auch noch andere Sicht-

²⁴ Ähnlich wie Helene Bauers Sicht ist diejenige *Otto Leichters* (1933) in seinem Artikel über das „Versagen des kapitalistischen Krisenmechanismus“.

weisen gab für Auswege aus der Krise, war mit einer marxistischen Ökonomie, wie Helene Bauer sie vertrat, nicht vereinbar, ebenso wenig, wie Ludwig Mises sich eine Kompatibilität von wohlfahrtsstaatlicher Sozialpolitik mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft vorstellen konnte. Als Zukunftsperspektive hielt Helene Bauer an einer abgewandelten Form des Organisierten Kapitalismus fest, auch wenn diese um 1940 kaum realistisch erscheinen konnte. Eine Politik der „kapitalistischen Krisenbekämpfung“ vom Typ des Roosevelt’schen *New Deal* tut sie polemisch ab (1932c, S. 496), das Modell des skandinavischen Wohlfahrtsstaates, das Anfang der 30er-Jahre schon existierte, kommt in ihren Analysen nicht vor. Es ist nicht bekannt, ob sie Keynes’ Aufsatz vom *Ende des Laissez-Faire* (1926) gekannt hat, mit seiner zwar nicht altliberalen, aber doch bürgerlichen Grundhaltung passte er einfach nicht zu ihrer Denkweise.

Außerdem darf nicht übersehen werden, dass die äußeren Verhältnisse für Versuche frühkeynesianischer Wirtschaftspolitik in Österreich (wie auch in Deutschland) denkbar ungünstig waren. Österreich hatte zwar keine Reparationslasten zu tragen wie Deutschland, war aber nach der Währungsstabilisierung 1922 abhängig von internationalen Kapitalgebern, dazu kam das anhaltend hohe Defizit der Handels- und Leistungsbilanz, und die Erinnerung an die Hyperinflation nach dem Weltkrieg war noch lebendig. Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg mussten noch Jahre vergehen, bis die Konzeption einer makroökonomisch gesteuerten mixed economy ihre institutionellen Formen gefunden hatte.

Literatur

Aufsätze *Helene Bauers in Der Kampf*²⁵ (im Text nur mit Jahreszahl zitiert)

1919a Rudolf Goldscheids Naturalabgabe, XII S. 270–272.

1919b Vermögensabgabe und Sozialisierung, XII S. 291–293.

1919c Der Wirtschaftsplan, XII S. 341 f.

1919d Internationale Voraussetzungen des Sozialismus, XII S. 409–413.

1920 Der Kampf um die auskömmliche Nahrung, XIII S. 126–128.

1923a Theoretisches zur österreichischen Handelsbilanz XVI S. 22–31.

1923b (Rezension von) Eduard Heimann, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, XVI S. 117–119.

1923c Geld, Sozialismus und Otto Neurath XVI S. 195–202.

²⁵ Im Exil erschienene Folgen Brünn (Brno) 1934, ab 1938 als *Der sozialistische Kampf* (Paris), bis 1940.

- 1923d Sozialistische Wirtschaftsrechnung XVI S. 321–325.
- 1924a Bankerott der Grenzwerttheorie XVII S. 105–113.
- 1925a Cassels „wert“freie Sozialökonomie XVIII S. 89–95.
- 1925b Zur Theorie der Marktpreise bei Marx XVIII S. 219–225.
- 1926 Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie XIX S. 63–68.
- 1927a Der Imperialismus XX S. 8–12.
- 1927b Ehe und soziale Schichtung XX S. 319–326.
- 1928 Internationale Kapitalkonzentration und leninistische Katastrophentheorie des Imperialismus XXI S. 392–400.
- 1929a Franz Oppenheimers Kritik des Marxismus XXII S. 36–42.
- 1929b Ein neuer Zusammenbruchstheoretiker XXII S. 270–280.
- 1930b Ein sozialistisches Lehrbuch XXIII S. 425–428.
- 1931 Zur Weltwirtschaftskrise, XXIV S. 117–124.
- 1932a Die „Fehlleitung“ des Kapitals, XXV S. 158–163.
- 1932b Sozialismus in einem Lande, XXV S. 475–482.
- 1932c Im vierten Krisenjahr XXV, S. 493–499.
- 1940 Was ist Imperialismus III, S. 176–179.

Andere Publikationen *Helene Bauers*

- 1924b Der imperialistische Krieg, in: Karl Kautsky, der Denker und Kämpfer, Festgabe zu seinem 70. Geburtstag, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- 1930a Frauenarbeit und Bevölkerungspolitik, in: Käthe Leichter (Hrsg.), Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Landau*, Helene (1906a): Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich, Wilhelm Braumüller, Wien/Leipzig.
- Landau*, Helene (1906b): Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XV (1906).

Sonstige Literatur

- Bauer*, Otto (1912/13): Die Akkumulation des Kapitals, in: Die Neue Zeit, 31:1, wiederabgedruckt in: Karl Marx, Das Kapital Zweiter Band, hrsg. von Rudolf Hickel, Ullstein Taschenbuch, Berlin 1970, S. 772–793.
- Bauer*, Otto (1919): Der Weg zum Sozialismus, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- Bauer*, Otto (1923): Die österreichische Revolution, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.

- Bauer, Otto* (1956): Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- Braun, Martha Stephanie* (Hrsg.) (1930): Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, Selbstverlag des Bundes österreichischer Frauenvereine, Wien.
- Braunthal, Alfred* (1930): Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze, E. Laub-sche Verlagsbuchhandlung, Berlin.
- Chaloupek, Günther* (1990): The Austrian debate on economic calculation in a socialist economy, *History of Political Economy* 22:4, S. 659–675.
- Chaloupek, Günther* (2015): The impact of the German Historical School on the evolution of economic thought in Austria, in: José Louís Cardoso/Michalis Psalidopoulos (Hrsg.), *The German Historical School and European Economic Thought*, Routledge, London/New York, 1–21.
- Chaloupek, Günther* (2019): Socialization Concepts of Non-socialist Economists in Austria: Karl Pribram, Gustav Stolper, Joseph Schumpeter, in: J. Backhaus/G. Chaloupek/H. Frambach (Hrsg.), *The First Socialization Debate (1918) and Early Efforts Towards Socialization*, Springer, Cham Switzerland, S. 99–110.
- Dvořák, Johann* (2002): Helene Bauer, geb. Gumpłowicz. In: Brigitta Keintzel, Ilse Korotin (Hrsg.): *Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar, S. 42–48.
- Dvořák, Johann* (2014): Helene Bauer Analyse und politische Gestaltung der Gesellschaft, in: ders., *Über Theorien des Politischen in der europäischen Neuzeit*, facultas Verlag, Wien 2014, S. 206–225.
- Goldscheid, Rudolf* (1919): *Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott*, Anzen-gruber-Verlag, Wien/Leipzig
- Großmann, Henryk* (1929): *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig.
- Hilferding, Rudolf* (1910/1973): *Das Finanzkapital*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.
- Keynes, John M.* (1926): *Das Ende des Laissez-Faire*, Verlag Duncker & Humblot, Berlin.
- King, John E.* (2019): *The Alternative Austrian Economics A Brief History*, Edward Elgar, Cheltenham, UK.
- Kreisky, Bruno* (1986): *Zwischen den Zeiten*, Siedler Verlag, Berlin.
- Lange, Oskar* (1936/37): On the Economic Theory of Socialism, in: *Review of Economic Studies* Vol. 3.
- Leichter, Käthe* (Hrsg.) (1930): *Handbuch der Frauenarbeit*, Arbeiterkammer Wien.
- Leichter, Otto* (1923): *Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft*, Bd. 5/1 der Marx Studien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.
- Leichter, Otto* (1933): Die Automatik des Kapitalismus und die Arbeiterklasse, in: *Der Kampf* XXVI, S. 130–138.

- Leichter*, Otto (1970): Otto Bauer, Europaverlag, Wien 1970.
- Luxemburg*, Rosa (1910/1981): Die Akkumulation des Kapitals, in: dies., Gesammelte Werke Band 5, Dietz Verlag Berlin (Ost).
- Luxemburg*, Rosa (1921/1981): Antikritik, in: dies., Gesammelte Werke Band 5, Dietz Verlag Berlin (Ost).
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich (1966): MEW, Band 25, Dietz Verlag, Berlin (Ost).
- Mises*, Ludwig (1922): Die Gemeinwirtschaft, Verlag Gustav Fischer, Jena.
- Mises*, Ludwig (1924): Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 51, S. 488–500.
- Mozetic*, Gerald (1987): Die Gesellschaftstheorie des Austromarxismus, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Myrdal*, Gunnar (1951): The Trend Towards Economic Planning, in: The Manchester School for Economic and Social Studies 19, S. 1–42.
- Naphtali*, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie, Verlag des ADGB, Berlin.
- Neurath*, Otto (1919): Wesen und Weg der Sozialisierung, München.
- Neurath*, Otto (1923): Geld und Sozialismus, in: Der Kampf XVI, S. 145–157.
- Pribram*, Karl (1907): Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik 1740–1860. Erster Band: 1740–1798, Duncker & Humblot, Leipzig 1907 (unveränderter Nachdruck Promedia Verlag, Wien 2007).
- Pribram*, Karl (1921): Die Sozialpolitik im neuen Österreich, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 48, S. 615–680.
- Schefold*, Bertram (2014): Nachworte, in: Sraffa, Piero, Warenproduktion mittels Waren, Metropolis Verlag, Marburg, S. 131–226.
- Schröder*, Hans-Christoph (1973): Sozialistische Imperialismusdeutung, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Schumpeter*, Joseph (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der Nationalökonomie, Duncker & Humblot, Berlin.
- Schumpeter*, Joseph (1909/1952): Bemerkungen über das Zurechnungsproblem, in: ders., Aufsätze zur ökonomischen Theorie, J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen, S. 72–146.
- Schumpeter*, Joseph (1919/1953): Zur Soziologie der Imperialismen, in: ders., Aufsätze zur Soziologie, J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen, S. 72–146.
- Sternberg*, Fritz (1926): Der Imperialismus, Verlag Malik, Berlin.
- Sweezy*, Paul (1970): Theorie der kapitalistischen Entwicklung, edition suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Weissel*, Erwin (1976): Die Ohnmacht des Sieges, Europaverlag, Wien.

Charlotte Leubuscher (1888–1961) – Von der Sozialen Frage zur Pionierin der Entwicklungsökonomik

Von *Svenja Flechtner*, Siegen, *Reinhard Schumacher*, Siegen,
und *Matthias Störring*, Berlin*

I. Einleitung

Charlotte Leubuscher (1888–1961) war eine Pionierin der Wirtschaftswissenschaften. Als eine der ersten Frauen in Deutschland studierte sie Nationalökonomie bzw. Staatswissenschaften und promovierte 1913 in diesem Fach. 1921 habilitierte sie sich als erste Nationalökonomin und wurde 1929 – nach Jahren befristeter Anstellungen als Privatdozentin – zur außerordentlichen Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ernannt.

Mit einem speziellen Fokus auf England gelang es Leubuscher, sich einen Namen als Expertin für Sozialpolitik im europäischen Vergleich zu machen. Honoriert wurde dies nicht zuletzt mit ihrer Aufnahme in den Hauptausschuss des *Vereins für Socialpolitik* (VfS) im Jahr 1922 (*Allgoewer* 2023, S. 124). Ab Mitte der 1920er Jahre wandte sich Leubuscher zunehmend dem Thema Handelspolitik zu. Mit einer siebenmonatigen Forschungsreise nach Südafrika verschob sich ihr Forschungsinteresse zu Beginn der 1930er Jahre nachhaltig. Die Verzahnung der Themenkomplexe Sozial- und Handelspolitik mündete in der Folgezeit in zahlreiche einschlägige Arbeiten, die Leubuscher – und in diesem Fall ganz unabhängig von ihrem Geschlecht – zu einer Pionierin der Entwicklungsökonomik machen.

* Wir danken unseren ehemaligen wissenschaftlichen Hilfskräften Julia Cremer, Anne Lödige und Kevin Rösch von der Universität Siegen sowie Tobias Scheib von der Humboldt-Universität zu Berlin für ihre wertvolle Unterstützung bei der Recherche. Weiterhin gilt unser Dank den vielen Menschen in Bibliotheken und Archiven, die uns sehr wohlwollend unterstützt haben. Für Kommentare zum Manuskript danken wir Rainer Klump und Teilnehmern der Jahrestagungen des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften 2025, der European Society for the History of Economic Thought (ESHET) 2025 sowie der European Association for Evolutionary Political Economy (EAEPE) 2024.

Ungeachtet ihres aus heutiger Sicht eindrücklichen Erfolges sind das Werk und Wirken, aber auch die Person Charlotte Leubuscher wenig bekannt. Das trifft selbst für einschlägige Fachkreise zu – ganz gleich, ob im Bereich der Sozial- und Handelspolitik, in der Entwicklungsökonomik oder in der ökonomischen Theoriegeschichte. Ein wesentlicher Grund hierfür besteht darin, dass der wissenschaftliche Aufstieg Leubuschers nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ein jähes Ende fand. Aufgrund der jüdischen Abstammung ihrer Großeltern väterlicherseits verlor sie 1933 im Zuge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ihre Lehrbefugnis wie auch ihre Anstellung an der Universität. Die sich abzeichnende Perspektivlosigkeit veranlasste sie, noch im selben Jahr nach England zu emigrieren, wo sie unter widrigen Bedingungen ihre wissenschaftliche Arbeit fortsetzte. Die zuvor aussichtsreiche Karriere Leubuschers sollte sich im Exil nie vollständig erholen.

Nach Ende des Krieges lebte Leubuscher weiter in England. 1946 nahm sie die britische Staatsbürgerschaft an. Nach mehreren zunächst abgelehnten Anträgen auf Wiedergutmachung verlieh ihr die Bundesregierung 1956 in Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen den Titel eines „Professor Emeritus“. Sowohl die nachträgliche Würdigung ihrer Arbeit als auch die mit der Anerkennung einhergehenden Pensionsansprüche erschienen überfällig. An der Bekanntheit ihres Werkes änderte dies allerdings nichts. Charlotte Leubuscher starb am 02. Juni 1961 in London. Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung ihres Werks und Wirkens blieb aus.¹ Warum dies ein Verlust für die ökonomische Theoriegeschichte im Allgemeinen und für die Entwicklungsökonomik im Speziellen ist, zeigen wir mit diesem Beitrag.

¹ Arbeiten zur Biografie Leubuschers sind rar. Eine nennenswerte Ausnahme bildet die umfangreiche Magisterarbeit von *Philine Scholze* (1999), die auf zahlreiche Archivquellen rekurriert. Darüber hinaus wurden ein knapp zweiseitiger Handbuchbeitrag von *Theresa Wobbe* (1999) sowie im Folgejahr ein von *Scholze* und *Wobbe* (2000) gemeinsam in englischer Sprache verfasster Handbuchbeitrag veröffentlicht. Angelika Timm stellt Leubuschers Werdegang in ihrer Untersuchung jüdischer Hochschullehrerinnen in Berlin vor 1933 etwas ausführlicher dar (*Timm* 1992; siehe auch *Timm* 1996). *Marynel Ryan Van Zee* (2006) geht in ihrer Dissertation *Between Essence and Expertise: German Women Economists, 1890–1933, and the Shifting Ground of Social Reform* auch auf Leubuschers Leben und Werk ein. Eine vollständige Biographie zu Leubuscher existiert bislang nicht. Auch mangelt es an einer vollständigen Bibliographie ihrer mindestens zehn Monographien, acht Lehrbuchkapitel, 57 Aufsätze und 74 Besprechungen (nach eigener Recherche Flechtner/Schumacher/Störring; Stand: Juli 2025).

II. Die akademische Karriere einer Frau im Umbruch des 20. Jahrhunderts

Charlotte Anna Pauline Leubuscher wurde am 24. Juli 1888 in Jena geboren. Sie war das einzige Kind von Georg (1858–1916) und Else Leubuscher, geborene Vermehren (1862–1945). Die Familien ihrer Eltern entstammten dem etablierten und gut vernetzten protestantischen Bildungsbürgertum. Charlotte Leubuschers Urgroßvater mütterlicherseits war der bekannte Theologe Karl August von Hase (1800–1890), über den sie unter anderem mit Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) verwandt war. Ihr Großvater väterlicherseits war der habilitierte Mediziner und Psychologe Rudolf Leubuscher (1821–1861), der 1848 vom jüdischen zum christlichen Glauben konvertierte. Auch Charlottes Vater, Georg Leubuscher, war habilitierter Mediziner. 1897 wurde er als Medizinalreferent in das herzogliche Staatsministerium Meiningen berufen, wo er u. a. mit der Direktion des Georgenkrankenhauses betraut wurde sowie grundlegende Aufbauarbeit für das Schularztsystem und die Gemeindekrankenpflege leistete. Charlotte Leubuscher selbst blieb zeitlebens unverheiratet und kinderlos.

Der Bildungsweg von Charlotte Leubuscher verlief im Rahmen der institutionellen Möglichkeiten ihrer Zeit erstklassig. In einer Phase des Umbruchs speziell auch im Bildungswesen gehörte sie auf vielen Qualifikations- und Karrierepfaden zu den Vorreiterinnen ihrer Generation. Von 1898 bis 1903 besuchte sie die private Höhere Töchterschule in Meiningen. Obgleich ihre akademische Ausbildung familiär unterstützt wurde, gab es zu dieser Zeit keine Möglichkeit für junge Frauen, die obere Sekundarstufe zu beenden und mit einem Abitur die Hochschulzulassung zu erwerben. Im Anschluss an die Höhere Töchterschule besuchte Leubuscher daher zunächst ein Lehrerinnenseminar, welches sie jedoch 1905 bereits wieder abbrach, um sich privat auf das Abitur an einem Knabengymnasium vorzubereiten² – ein Weg, der ihr ab 1907 offenstehen sollte. Hier war sie *die* Pionierin, was sogar der Zeitschrift *Die Frau* (1907, S. 502) eine Meldung wert war: „Am herzoglichen Gymnasium Bernhardinum zu Meiningen wurde Frl. Charlotte Leubuscher als erstes junges Mädchen nach privater Vorbildung Ostern 1907 unter die Schüler der Prima aufgenommen.“

Bis zu ihrem Abschluss im Frühjahr 1909 blieb sie die einzige Schülerin des Meininger Gymnasiums. Sie bestand die Reifeprüfung, wobei sie aufgrund ihrer guten Leistungen von den mündlichen Prüfungen befreit wurde (*Scholze* 1999, S. 18). Nach ihrem Abitur 1909 verbrachte Leubuscher drei

² Die private Vorbereitung war für junge Frauen, die Abitur machen wollten, ein häufig gewählter Weg, auch mangels Alternativen (*Huerkamp* 1996, S. 45–49).

Monate am Girton College, dem Frauencollege der Universität Cambridge, mit anschließender Bildungsreise durch Großbritannien. Der biografische Stellenwert dieses Studienaufenthaltes ist sicher kaum zu unterschätzen: Zum einen dürfte er prägend wie auch wegbereitend für ihr späteres Forschungsinteresse an englischer Sozial- und Handelspolitik gewesen sein. Zum anderen knüpfte die zwanzigjährige Lebuscher dabei früh ein akademisches Netzwerk in England, auf das sie nicht zuletzt bei ihrer Emigration 1933 zurückgreifen konnte.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland schrieb sich Lebuscher zum Wintersemester 1909/1910 an der Universität Gießen als Studentin der Staatswissenschaften ein. In Hessen wurden Frauen regulär seit Mai 1908 zum Studium zugelassen (*Boedeker* 1939, S. xl). An der Universität Gießen, an der ihr Onkel Gustav Krüger (1862–1940) Theologieprofessor war, verbrachte sie allerdings nur kurze Zeit. Bereits nach dem ersten Semester wechselte sie an die Ludwig-Maximilians-Universität nach München. Zu ihren Förderern dort zählte vor allem Lujo Brentano (1844–1931), der ihr Interesse an englischer Sozialpolitik bestärkte und sie für einen weiteren Forschungsaufenthalt in England empfahl (*Lebuscher* 1913a, S. vii). Trotz der guten Studienbedingungen in München zog es Lebuscher 1911 an die Friedrich-Wilhelms-Universität nach Berlin, dem damaligen Epizentrum der deutschen Nationalökonomie. In Preußen hatten Frauen seit August 1908 das Recht auf Immatrikulation (*Jank* 1990). Somit gehörte Lebuscher nach Hessen, Bayern, wo das Frauenstudium bereits 1903 eingeführt wurde (*Boedeker* 1939, S. xxix), auch in Berlin zu den ersten weiblichen Studierenden.³

In Berlin traf Lebuscher auf Heinrich Herkner (1863–1932), der zur Zeit ihrer Ankunft Professor an der Königlich Technischen Hochschule zu Berlin (auch TH Charlottenburg genannt) war. Zum Sommersemester 1913 trat Herkner die Lehrstuhlnachfolge von Gustav Schmoller (1838–1917) an sowie ab 1917 dessen Nachfolge als Vorsitzender des *Vereins für Socialpolitik* (Backhaus und Hanel 1994). Herkner gehörte – wie auch Schmoller und Brentano – zu den frühen Förderern des Frauenstudiums (siehe dazu *Schöck-Quinteros* 1996; *Schmidt* 2008; *Keller* 2018). Bereits 1898 hielt er seine An-

³ Vor 1908 war es Frauen in Preußen möglich unter bestimmten Bedingungen als Gasthörerin an Lehrveranstaltungen teilzunehmen. Zudem promovierten bis 1908 22 Frauen an der Berliner Universität. Andererseits konnten Frauen auch nach 1908 von Lehrveranstaltungen ausgeschlossen werden (*Jank* 1990, S. 7–8). Die Gesamtzahl der immatrikulierten Frauen war bereits in den ersten Jahren nach Zulassung recht hoch. Im Sommersemester 1911 waren es 770 Frauen, die damit knapp 10% der Studierendenschaft ausmachten (*Reinsch* und *Lehnert* 1996, S. 24–25). Am staatswissenschaftlich-statistischen Seminar war Lebuscher im Sommersemester 1911 eine von 26 Studentinnen (*Zschaler* 1997, S. 87). Zum Frauenstudium in Preußen siehe auch *Lehnert* (1999).

trittsvorlesung an der Universität Zürich über „Das Frauenstudium der Nationalökonomie“ (1899), welche über Jahrzehnte hinaus zum Thema „Frauen in Akademia“ zu einer vielzitierten Referenz wurde (*Schöck-Quinteros* 1996, S. 109). Dabei zielte die Unterstützung des Frauenstudiums nicht allein auf Gleichberechtigung. In der Historischen Schule versprach man sich davon vor allem auch eine Erweiterung der ökonomischen Untersuchungen, basierend auf der Annahme, „dass bestimmte Themen publizistisch, wissenschaftlich und praktisch am besten von Frauen bearbeitet werden konnten, insbesondere die seit dem Kaiserreich virulente ‚Soziale Frage‘“ (*Schmidt* 2008, S. 97; siehe auch *Ryan Van Zee* 2009; *Allgoewer und Lampalzer* 2018; *Keller* 2018).

Zwischen Herkner und Leubuscher entwickelte sich über viele Jahre ein enges Mentoren- und Arbeitsverhältnis.⁴ Herkner betreute die Fertigstellung ihrer Dissertation. Anders als heute war die Promotion zu dieser Zeit der einzige Abschluss für das Fach Nationalökonomie – staatliche Abschlussprüfungen wurden erst 1923 eingeführt (*Huerkamp* 1996, S. 109). Es war allerdings zu dieser Zeit auch der höchste akademische Grad, der Frauen offenstand, denn Habilitationen waren Frauen im Kaiserreich untersagt (*Vögt* 2007, S. 99). Leubuscher reichte ihre Dissertation mit dem Titel *Der Arbeiterkampf der englischen Eisenbahner* im Jahre 1911 mit einem einleitenden Überblick über die allgemeinen Entwicklungstendenzen in der heutigen englischen Arbeiterbewegung“ im Mai 1913 ein (HU UA, Phil.Fak. Nr. 537, Bl. 455). Zur Vorbereitung dieser Arbeit reiste Leubuscher im Sommer 1912 zu einem zehnwöchigen Studienaufenthalt nach England. Sie sammelte dort Material, traf sich mit verschiedenen Vertretern der Arbeiterbewegung, der Arbeitgeberkreise und der Wissenschaft und nahm zudem an einem Kongress der britischen Gewerkschaften teil (*Leubuscher* 1913a, S. vii).

Herkner und Max Sering (1857–1939) gaben der Arbeit als Erst- und Zweitgutachter das Prädikat *valde laudabile* (HU UA, Phil.Fak. Nr. 537, Bl. 457–458). Am 3. Juli 1913 fand die Promotionsprüfung im Hauptfach Staatswissenschaften und in den Nebenfächern Philosophie und Geschichte statt, wobei neben Herkner und Sering der Historiker Hans Delbrück (1848–1929) sowie der Philosoph Carl Stumpf (1848–1936) als Prüfer fungierten. Leubuscher bestand diese Prüfung mit *magna cum laude* (HU UA, Phil.Fak. Nr. 537, Bl. 459). Im August erhielt Leubuscher die Druckfreigabe für ihre Dissertation. Am 25. September 1913 wurde sie mit der Benotung *magna cum laude*

⁴ Die große Verbundenheit Leubuscher zu Herkner zeigt sich deutlich in den zwei Nachrufen, die sie jeweils zur Würdigung ihres Förderers (*Leubuscher* 1932) und Lehrers (*Leubuscher* 1933) nach dessen Tod verfasste. „[Herkner], dem bedeutenden Gelehrten, dem mutigen Sozialreformer, dem vornehmen, gütigen Menschen ist der Dank seiner Schülerinnen und eines großen weiteren Kreises von Akademikerinnen über das Grab hinaus gewiß“ (*Leubuscher* 1932, S. 644).

promoviert (HU UA, Phil.Fak. Nr. 537, Bl. 461–462). Ihre Doktorarbeit wurde auch international rezensiert.⁵

Für ihre Arbeit wählte Leubuscher tatsächlich kein frauenspezifisches Thema, sondern wandte sich der „Arbeiterfrage“ zu, die ihrer Ansicht nach das „wichtigste [und] brennende Problem im inneren Leben der modernen Industrievölker“ (Leubuscher 1913a, S. 3) war. Sie behandelte somit das Thema soziale Bewegung mit einer empirischen Studie, in dem sie viel deskriptive Statistik nutzte und Primärquellen auswertete. Wie auch ihre späteren Studien unternahm sie keine rein ökonomische Untersuchung, sondern ging auch auf soziale, politische, soziologische, psychologische und andere Faktoren ein. Eine weitere Charakteristik ihrer Arbeiten ist, dass sie ganz in der Tradition der Historischen Schule selten simplifizierende Verallgemeinerungen vornimmt, da sie den konkreten Kontext, in dem eine Entwicklung stattfindet, entscheidend für dessen Beurteilung ansieht. In einem ihrer frühen Artikel zur Nationalisierung des Kapitals brachte sie diesen Ansatz prägnant auf den Punkt: „Wie bei den meisten Erscheinungen des Wirtschaftslebens ist ein absolutes Werturteil über den Nutzen oder Schaden der ausländischen Kapitalbeteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen nicht angängig, diese erfordert vielmehr von Fall zu Fall erneute Prüfung und Betrachtung im Zusammenhang mit den besonderen und allgemeinen konkreten Verhältnissen“ (Leubuscher 1916a, S. 533).

Damit hatte Leubuscher die höchste akademische Karrierestufe, die ihr offiziell offenstand, erreicht. Sie war weiterhin wissenschaftlich interessiert. In einem Lebenslauf schrieb sie, dass sie im Anschluss an die Promotion ein weiteres Jahr ihrer „wissenschaftlichen Ausbildung, namentlich in den juristischen Fächern“ widmete (HU UA, Phil.Fak. Nr. 1238, Bl. 15–16). Sie veröffentlichte in der Zeit einige Artikel, in denen sie sich weiterhin mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in England, insbesondere mit der Strömung des Syndikalismus, auseinandersetzte (Leubuscher 1913b; Leubuscher 1913c; Leubuscher 1914) und reiste für ihre Forschung erneut nach England (HU UA, Phil.Fak. Nr. 1238, Bl. 16). Während des Ersten Weltkriegs verließ Leubuscher die Universität und arbeitete zunächst in

⁵ Hans Köppe (1915) lobte in seiner sehr positiven Rezension in den *Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik* sowohl den Inhalt als auch den Stil von Leubuschers Buch. Eine weitere positive Rezension erschien auf Französisch in der *Revue d'Économie Politique*, dessen Autor sich wohl nicht bewusst war, dass es sich um eine Doktorarbeit handelte, da er die Rezension mit den Worten „Cette courte étude, qui pourrait bien être une thèse de doctorat“ beginnt (Lescure 1914). Weitere, rein beschreibende Rezensionen erschienen auf Englisch im *American Economic Review* (McCabe 1914) sowie auf Italienisch in den Zeitschriften *Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie* (Grilli 1914) und *Giornale degli Economisti e Rivista di Statistica* (A. C. 1914).

der Abteilung für Statistik und Berichterstattung der Zentral-Einkaufsgesellschaft GmbH Berlin. Danach war sie in der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes sowie anschließend bei der Kriegshilfe Württemberg in Stuttgart tätig. Im Winter 1918/1919 kehrte sie zurück zum Kaiserlichen Statistischen Amt, das Ende November 1918 in Statistisches Reichsamts umbenannt wurde (HU UA, Phil.Fak. Nr. 1238, Bl. 16). Während dieser Zeit veröffentlichte sie verschiedene Artikel zu wirtschaftspolitischen Themen mit Kriegsbezug, die zum Teil mit ihren praktischen Tätigkeiten in Verbindung standen – z.B. über die wirtschaftliche Kriegshilfe (*Leubuscher* 1916b; *Leubuscher* 1916c; *Leubuscher* 1918a; *Leubuscher* 1918b; *Leubuscher* 1918c; *Leubuscher* 1919a) –, zum Teil aber auch von ihrer praktischen Tätigkeit unabhängig waren – z.B. über die Nationalisierung des Kapitals (*Leubuscher* 1916a) und ausländische Kapitalbeteiligungen (*Leubuscher* 1917). Es hat den Anschein, als sei sie auch während ihrer außeruniversitären Berufstätigkeit möglichst nah an der Wissenschaft geblieben, um sich eine Rückkehr offenzuhalten. Jedenfalls kehrte sie nach den wechselnden Anstellungen außerhalb der Wissenschaft im November 1919 an die Friedrich-Wilhelms-Universität zurück, um dort als Assistentin ihres Doktorvaters, Herkner, zu arbeiten. So betrat Leubuscher auch als Assistentin in Berlin Neuland für Frauen. Mit Lise Meitner wurde 1913 die erste Assistentin an der Berliner Universität angestellt und in den folgenden Jahren sollte es dort „nur ganz wenige Assistentinnen“ (*Vogt* 1999, S. 24) geben.

Leubuschers Weg zurück in die Wissenschaft 1919 ist insofern bemerkenswert, als dass sich ihre finanzielle Lage mit dem Tod ihres Vaters im Februar 1916 vollständig verkehrt hatte. Nicht nur, dass die zuvor umfängliche finanzielle Absicherung mit einem Male entfiel: Nach weiteren Verlusten durch Kriegsanleihen und infolge der Inflation verarmte die Familie, und Leubuscher musste mit ihrer Anstellung als Assistentin nicht nur ihren eigenen Unterhalt, sondern in weiten Teilen auch den ihrer Mutter und einer weiteren Verwandten bestreiten (*Scholze* 1999, S. 36). Allerdings scheint Leubuscher konsequent ihr akademisches Ziel verfolgt zu haben. Bereits 1917 war sie kurzzeitig an der Frauenhochschule Leipzig als Dozentin tätig, doch diese Stelle sagte ihr wohl nicht zu (*Scholze* 1999, S. 36). Hinzu kam, dass eine weitere universitäre Karriere, die ihr zuvor verwehrt gewesen war, nun für Frauen offenstand. Die in der Weimarer Verfassung enthaltene Gleichstellung von Frau und Mann führte dazu, dass Frauen ab 1919/1920 das Recht auf Habilitation erhielten (*Marggraf* 2002), wenngleich ihnen die ordentliche Professur dennoch weiterhin verwehrt blieb. Somit war die „beamtete außerordentliche Professur [...] Endstation der akademischen Karriere“ (*Marggraf* 2001, S. 39) für Frauen; verglichen mit dem Kaiserreich stellte dies jedoch eine deutliche Verbesserung für Wissenschaftlerinnen dar. Für Leubuscher schien eine Rückkehr in die Wissenschaft entsprechend attraktiv, auch in An-

betracht der allgemeinen Berufsaussichten für Ökonominen, mit denen sie sich zu dieser Zeit auch publizistisch auseinandersetzte.

In ihrem Artikel *Berufsfragen der Nationalökonomin* erörterte sie, dass es für Ökonominen bisher keine vorgezeichneten Karrierewege gab, sodass „[d]er Beruf der Nationalökonomin heute noch auf sehr vielen Gebieten Pionierarbeit [ist]“ (Leubuscher 1919b, S. 88), was aus Leubuschers Sicht Vor- und Nachteile mit sich brachte. Leubuscher forderte die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, was neben gleichem Lohn auch „die gleichen Zugangs- und Aufstiegsmöglichkeiten“ beinhaltete. Sie nahm zwar an, dass Frauen für soziale Berufe eher geeignet seien, warnte aber „vor einer Selbstbeschränkung der Volkswirtschaftlerinnen auf das soziale Arbeitsgebiet“ (Leubuscher 1919b, S. 94). Insgesamt schätzte sie 1919/1920 den Arbeitsmarkt für Ökonominen als schwierig ein. Sie erwartete eher eine Verschlechterung durch steigende Absolventenzahlen und Kriegsrückkehrer, während gleichzeitig die Arbeitsmöglichkeiten für Ökonominen geringer würden, da Tätigkeitsfelder, die in der Kriegswirtschaft entstanden waren, nach Abkehr von der Kriegswirtschaft wegbrächen. Leubuscher schlussfolgerte recht pessimistisch, dass „[m]it Nachdruck jedoch der Ansicht entgegengetreten werden [muss], daß es aus wirtschaftlichen Gründen heute zweckmäßig sei, Nationalökonomie zu studieren“, wobei sie auch anmerkt: „Wer sein Studium nicht mit Rücksicht auf die späteren Ertrags- und Erfolgsmöglichkeiten, sondern aus innerem Drang erwählt, wird selten ganz enttäuscht werden“ (Leubuscher 1919b, S. 94). Die pessimistische Einschätzung spiegelt sich in Leubuschers Artikel *Die gegenwärtige Berufslage der Nationalökonomin* aus dem darauffolgenden Jahr (Leubuscher 1920). Es liegt nahe, dass Leubuscher auch für ihre eigene Karriere außerhalb der Universität nicht die besten Aussichten sah und für sie eine Rückkehr in die akademische Welt vergleichsweise vielversprechend erschien, zumal ihr die Weimarer Republik neue Aufstiegschancen ermöglichte.

Fünf Jahre später, im Jahr 1925, zeigte sich Leubuscher weiterhin verhalten bezüglich der Berufsaussichten für Ökonominen und empfahl eine „ernste Selbstprüfung hinsichtlich Neigung, Fähigkeiten und Bereitwilligkeit, auch Kämpfe und Opfer für den Beruf auf sich zu nehmen“ vor der Aufnahme eines nationalökonomischen Studiums (Leubuscher 1925a, S. 220). In dieser Zeit war sie aktiv in der *Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands*, die 1916 gegründet wurde und sich als Berufsorganisation unter anderem um die Berufslage, Berufsberatung und Stellenvermittlung kümmerte (Lohschelder 1994, S. 177–178; Oertzen 2012, S. 144–145).⁶ Gleichzeitig war Leu-

⁶ Wann genau Leubuscher Mitglied der *Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands* wurde, konnten wir bislang nicht nachvollziehen. Auch ihre genauen Tätigkeiten innerhalb der Vereinigung sind unserer Kenntnis nach nicht dokumentiert.

buscher Mitglied im *Verband der Hochschullehrerinnen Deutschlands*, der sich 1925 gründete (Oertzen 2012, S. 161–165). Als Vertreterin dieses Verbands trug Leubuscher im Mai 1926 bei der Gründungsversammlung des *Deutschen Akademikerinnenbundes* über die Berufslage der deutschen Hochschuldozentinnen vor, worüber sie in einem Artikel in der Zeitschrift *Die Frau* berichtete (Leubuscher 1926a).

Als Assistentin bei Herkner arbeitete sie vor allem an der siebten Neuaufgabe von dessen zweibändigem Opus Magnum „Die Arbeiterfrage“ (Herkner 1921). Die hohe Wertschätzung, welche Herkner für Leubuschers Arbeit hegte, zeigt sich im Vorwort des über 1.200 Seiten umfassenden Werkes:

„[Bei der Umformung und Ergänzung] hat mir meine Assistentin Fräulein Charlotte Leubuscher die wertvollste Unterstützung gewährt, für die ich auch an dieser Stelle den herzlichsten Dank aussprechen möchte. Sie hat überdies die Ausführungen, die sich auf die neueste Entwicklung der Arbeiterverhältnisse und des Sozialismus in England und Rußland beziehen, verfaßt.“ (Herkner 1921, S. iii).⁷

Das Zitat ist eine in dieser Form und zu dieser Zeit außergewöhnliche Referenz des arrivierten Ordinarius für seine Assistentin.⁸

Neben der Assistententätigkeit für Herkner konnte Leubuscher ihre eigene Forschung vertiefen und ihre Habilitation verfolgen. In ihrer Zeit als Assistentin entstanden mehrere Veröffentlichungen zur vergleichenden Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt England und in weniger als eineinhalb Jahren nicht zuletzt auch ihre Habilitationsschrift: *Sozialismus und Sozialisierung in England. Ein Überblick über die neuere Entwicklung der sozialistischen Theorien und über die Probleme der Industrieverfassung in England* (Leubuscher 1921). Die Arbeit wurde von Herkner und Ludwig Bernhard (1875–1935) positiv beurteilt und Leubuschers Habilitationsantrag vom Habilitationsausschuss der Philosophischen Fakultät einstimmig angenommen

Leubuscher selbst war zeitweise Vorsitzende. Christine von Oertzen (2012, S. 184) erwähnt, dass Leubuscher 1923 als Vorsitzende von Marie Elisabeth Lüders abgelöst wurde, basierend auf Archivmaterial zu Lüders. In einem von Leubuscher im April 1925 veröffentlichten Kommentar in der Zeitschrift *Die Frau* wird Leubuscher als „1. Vorsitzende der Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands“ ausgewiesen (Leubuscher 1925a, S. 220), sodass eine spätere Übergabe des Vorsizes an Lüders wahrscheinlich erscheint.

⁷ Auch in einer zeitgenössischen Rezension wurden die in der siebten Auflage neu hinzugefügten Beiträge Leubuschers als „ausgezeichnete Abhandlungen“ beschrieben (Quante 1921, S. 162). Leubuscher steuerte zu dieser Auflage vier Kapitel zur englischen Arbeiterbewegung und zum Bolschewismus bei, die sie für die achte und letzte Auflage 1922 leicht überarbeitete.

⁸ Weitere exponierte Verweise Herknens auf die Arbeiten Leubuschers sollten folgen, siehe z. B. Herkner (1921, S. 278) oder Herkner (1925, S. 47).

(HU UA, Phil.Fak. Nr. 1238, Bl. 22).⁹ In dem von ihm verfassten Gutachten schrieb Herkner:

„Es gibt vermutlich zur Zeit keinen Gelehrten in Deutschland, der über diese Entwicklungen so genau wie die Verfasserin Bescheid weiß [...]. Auch beschränkt sie sich keineswegs auf die nationalökonomischen und sozialpolitischen Probleme, sondern bekundet auch für die soziologischen und politischen Fragestellungen volles Verständnis.“ (HU UA, Phil.Fak. Nr. 1238, Bl. 21)

Leubuscher selbst sah ihre Arbeit im Kontext des Wiederaufbaus der Wissenschaft und der praktischen Sozialpolitik in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg:

„Diese Arbeit ist entstanden aus der Überzeugung heraus, daß es zu den wichtigsten Gegenwartsaufgaben der deutschen sozialwissenschaftlichen Forschung gehört, wieder Verständnis für die Vorgänge und geistigen Kräfte des Auslandes selbst zu gewinnen und vor allem weiteren Kreisen zu vermitteln, denn nur auf diesem Wege werden sich allmählich die Folgen der geistigen Blockade überwinden lassen, die sich mehr und mehr zu einer ernsten Gefahr für den wissenschaftlichen Fortschritt und für die praktische Politik bei uns auszuwachsen droht.“ (Leubuscher 1921, ix)

Mit der Habilitation erwarb Leubuscher als erste Frau an einer deutschen Universität die *Venia legendi* für Staatswissenschaften. Bis 1933 gab es in der Weimarer Republik nur neun Habilitationen von Frauen im Fach Volkswirtschaftslehre (Knapp 2008, S. 139–140, 158–162). An der Friedrich-Wilhelms-Universität habilitierten sich insgesamt vierzehn Frauen in diesem Zeitraum (Vogt 1999, S. 38–39).¹⁰ Ab dem Sommersemester 1922 lehrte Leubuscher als Privatdozentin an der Berliner Universität, ihre erste Vorlesung trug den Titel *Die Arbeiterbewegung im Ausland*. Es gelang ihr, sich zunehmend in der Wissenschaft zu etablieren: 1922 wurde sie als dritte Frau in den Hauptausschuss des *Vereins für Socialpolitik* (VfS) aufgenommen (Allgoewer 2023, S. 124–125). Wie oben bereits erwähnt, war sie aktiv in der Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands, dem Verband der Hochschullehrerinnen Deutschlands und dem Deutschen Akademierinnenbund. Zudem war sie für einige Zeit bis März 1923 Teil der Schriftleitung der *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* (Leubuscher 1923, S. 340).

⁹ Auch die von uns identifizierten Rezensionen ihres Buches waren durchweg positiv (Hashagen 1922; Sombart 1922; Schuster 1923).

¹⁰ Die Friedrich-Wilhelms-Universität war diesbezüglich eine Ausnahme in der Weimarer Republik, an der fast 30 % der insgesamt 48 Habilitationen von Frauen vollzogen wurden (Vogt 2009, S. 149). Ein Grund, warum die Berliner Universität eine vergleichsweise „weniger frauenfeindliche“ Universität war (Vogt 2009, S. 152), ist, dass es dort „eine vergleichsweise hohe Zahl von liberalen Gelehrten“ (Marggraf 2001, S. 34) gab, die das Frauenstudium und die Habilitation von Frauen, wie Herkner, unterstützen oder zumindest nicht ablehnten (siehe auch Marggraf 2002, S. 43–45; Vogt 2007, S. 169–172).

Den ersten Lehrauftrag außerhalb Berlins erhielt Leubuscher ein Jahr später an der Universität Göttingen – „zur Ergänzung der Lehrtätigkeit der ordentlichen Fachvertreter, insbesondere auf den Gebieten der Sozialpolitik, des Sozialismus und der sozialen Bewegung“ (HU UA, Phil.Fak. Nr. 1474, Bl. 39). Nach zwei weiteren Lehraufträgen in den Folgesemestern setzte sich die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Göttingen 1924 für eine unbefristete Verlängerung des Lehrauftrages ein, doch Leubuscher zog es unter anderem aus finanziellen Erwägungen zurück nach Berlin (Scholze 1999, S. 50). Dort hatte sich einmal mehr Herkner für ihre Anstellung eingesetzt. Ab dem Wintersemester 1924/1925 erhielt sie an der Berliner Universität einen Lehrauftrag für „Ausländische Sozialpolitik“. Tatsächlich sollte ihre Lehrtätigkeit jedoch weit darüber hinausgehen.¹¹

Gemessen an der Zahl ihrer Veröffentlichungen folgten Leubuschers produktivste Jahre. Bis 1928 unternahm sie vier weitere Studienreisen nach England sowie eine Studienreise nach Genf „zwecks Studien beim Internationalen Arbeitsamt und beim Völkerbund über Fragen der internationalen Wanderung und der Eingeborenenarbeit in Kolonien“ (HU UA, Nr. 1474, Bl. 39). Nach insgesamt 14 Lehrsemestern, davon drei an der Universität Göttingen, wurde Charlotte Leubuscher schließlich auf Antrag der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (u. a. unterzeichnet von Heinrich Herkner, Hermann Schumacher [1868–1952], Max Sering, Werner Sombart [1863–1941]) im April 1929 „zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor“ (HU UA, Nr. 1474, Bl. 42) ernannt.

Obleich die Professur „nichtbeamtet“ und „außerordentlich“ war und zunächst auch keine Auswirkungen auf ihre finanzielle Situation hatte, stellt die Ernennung aus heutiger Sicht dennoch eine Zäsur für die Nationalökonomie in Deutschland dar: Sie ist unbestreitbar der formelle Beginn einer Professorinnenkarriere. Wie ausgeprägt in diesem Zusammenhang die wissenschaftliche Reputation Leubuschers spätestens von da an war, zeigt sich bei der Nachbesetzung von Herknerts Lehrstuhl nach dessen Tod 1932. Auch wenn Leubuscher im Auswahlverfahren letztlich chancenlos blieb, wurde ihr Name in den Berufungslisten unter den Nichtordinarien zweimal vorgeschlagen (Scholze 1999, S. 46). Im Zuge ihrer Emigration nach England bescheinigte ihr so auch Walter Eucken (1891–1950) in einem Empfehlungsschreiben vom 31. Dezember 1934:

„Für eine Frau war es in Deutschland fast unmöglich, an einer Universität eine beamtete Stellung zu erhalten, sonst wäre Frau Leubuscher aller Wahrscheinlichkeit nach auf einen Lehrstuhl berufen worden, den sie ihrer wissenschaftlichen Leistung

¹¹ Siehe historisches Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Universität zu Berlin von Charlotte Leubuscher (online): hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/start.php?type=person&id=103608 (aufgerufen am 31.06.2025).

nach verdient. Trotz dieser Schwierigkeiten war sie übrigens – wie ich weiß – im Jahre 1931 bei Besetzung eines Ordinariats ernsthaft in Erwägung gezogen worden.“ (SPSL 234/1, Bl. 9)

Richard Passow (1880–1949), der Leubuscher während ihres Lehrauftrages in Göttingen kennenlernte, teilte die Einschätzung Euckens und schrieb in einer ähnlich gelagerten Empfehlung:

„Frau Leubuscher ist eine besonders gründliche und gediegene wissenschaftliche Arbeiterin. Ihre Veröffentlichungen beweisen ein so hohes Niveau und sind auch so vielseitig, dass sie, wenn sie männlichen Geschlechts wäre, sicher schon vor längerer Zeit eine beamtete Professur verdient und erhalten hätte“ (SPSL 234/1, Bl. 17).

III. Von der Sozialpolitik in England zur Industrialisierung Afrikas

Zu Beginn ihrer akademischen Laufbahn galt Leubuschers Forschungsinteresse in erster Linie der Sozialpolitik im internationalen Vergleich mit einem Fokus auf England und englische Wirtschaftsgeschichte. Nach ihrer Habilitation veröffentlichte sie vermehrt auch Texte zu aktuellen Problemfeldern der deutschen Sozialpolitik, so zum Beispiel zur „Agrarfrage im deutschen Sozialismus der Gegenwart“ (Leubuscher 1922) oder „zum gegenwärtigen deutschen Lohnproblem“ (Leubuscher 1924). Als gefragte Expertin nahm sie in einem dreiteiligen Aufsatz für die Zeitschrift *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* Stellung zur damaligen „Krise der Sozialpolitik“, mit welcher sich die junge, sozioökonomisch fragile Weimarer Republik in den 1920er Jahren konfrontiert sah. Leubuscher beschrieb die Situation als eine Polykrise, bestehend aus: (1) einer „Krise für die Sozialpolitik“ insofern, als diese vor dem Hintergrund der fiskalischen Engpässe grundsätzlich in Frage gestellt wurde; (2) einer „Krise innerhalb der Sozialpolitik“, da die Wirksamkeit ihres traditionellen Instrumentariums inzwischen umstritten war; sowie (3) einer „Krise der Sozialwissenschaft“ hinsichtlich ihrer Positionierung zu sozialpolitischen Problem- und Zielstellungen (Leubuscher 1923).

Leubuscher plädierte für eine Neuausrichtung der Sozialpolitik jenseits der traditionellen Arbeiter- und Armenfürsorge, welche der „modernen sozialen Frage“ nicht länger gerecht würden (Leubuscher 1923, S. 388). Die Ziele und Maßnahmen einer zeitgemäßen Sozialpolitik seien vielmehr ganzheitlich, im Rahmen guter Wirtschaftspolitik, zu denken. Angesichts der in der Weimarer Republik für weite Teile der Bevölkerung wirtschaftlich angespannten Lage, insbesondere aufgrund des inflationsbedingten Kaufkraftverlustes, von dem sie selbst auch stark betroffen war, bedeutete dies für Leubuscher vor allem Konsumentenpolitik:

„[Die akuten Problemfelder lassen] erkennen, daß bei uns heute nicht zu viel, sondern zu wenig „soziale Politik“ getrieben wird; allerdings nicht in dem Sinne der

Sozialpolitik älteren Stiles als Schutzgesetzgebung für einen bestimmten Berufsstand, sondern im Sinne einer Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte im Rahmen unserer gesamten Politik. Aus den angeführten Beispielen dürfte ferner hervorgehen, daß ein wesentlicher Teil dieser Sozialpolitik Konsumentenpolitik sein muß. Auch die so aufgefasste Sozialpolitik wird ihr Objekt zu einem großen Teil in der Arbeiterschaft finden.“ (Leubuscher 1923, S. 389)

Mit der Aufsatzreihe beteiligte sich Leubuscher aktiv an der Debatte um die sozialpolitische Neuordnung der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Die von ihr dabei vertretenen Positionen lassen sich im weitesten Sinne als sozialliberal mit einer konservativen Note umschreiben. Sie verstand Sozialpolitik nicht allein als moralisches Gebot, sondern vor allem als systemische Notwendigkeit für eine stabile und funktionsfähige Volkswirtschaft. Gleichwohl sollten sozialpolitische Maßnahmen möglichst marktkonform gestaltet sein, Reformen weniger der Umverteilung als der wirtschaftlichen Produktivität dienen (Leubuscher 1923, S. 342). Im Hinblick auf die Weimarer Republik betonte sie mehrfach die fiskalischen Grenzen von Sozialpolitik und die Gefahr einer wirtschaftlichen Überforderung des Systems.

Wie stark Leubuschers Positionen und auch ihr Verständnis von Sozialpolitik als Gegenstand ökonomischer Forschung von Herkner geprägt waren, zeigt sich eindrücklich in dem von ihr verfassten Nachruf auf ihren langjährigen Mentor (Leubuscher 1933). In Bezug auf ihre eigene Arbeit erscheint der Text nicht nur als Würdigung Herknens, sondern liest sich zugleich als eine Selbstverortung. Wenn Leubuscher Herkner als einen Anhänger der empirisch-deskriptiven Methode beschreibt, der im Gegensatz zu den Vertretern der Historischen Schule im engeren Sinn die „kausale Ergründung gegenwärtiger Wirtschaftsverhältnisse in den Vordergrund gestellt“ habe (Leubuscher 1933, S. 14), dann charakterisiert sie damit ebenso ihre eigene Arbeitsweise. Gleiches gilt für die ethisch-normative Begründung sozialpolitischer Argumente und das humanistische Verständnis von liberaler Wirtschaftspolitik, welche sie mit ihrem Mentor teilte (Leubuscher 1933, S. 18–19). Hinsichtlich der praktischen Umsetzung von Sozialpolitik zeichneten sich beide durch eine undogmatische, theorieoffene Denkweise aus (siehe auch Scholze und Wobbe 2000, S. 258). Leubuscher betonte die kontextuale „Bedingtheit der verschiedenen sozialpolitischen Methoden“ (Leubuscher 1933, S. 19). Damit hatte Herkner, der in diesem Zusammenhang großen Wert bei seinen Schülern auf ländervergleichende Studien gelegt habe (Leubuscher 1933, S. 16), sie nachhaltig geprägt.¹²

¹² Ein weiterer zentraler Aspekt, den Leubuscher in Herknens Forschungsprogramm hervorhob, war dessen explizite Berücksichtigung von Agrarpolitik als sozialpolitischem Faktor und struktureller Ergänzung zur Industriepolitik (Leubuscher 1933, S. 24–25). Leubuscher übernahm diese Perspektive, besonders in ihren späteren Arbei-

Mitte der 1920er Jahre – Leubuscher gehörte inzwischen zum etablierten Lehrapparat der Friedrich-Wilhelms-Universität sowie zum Hauptausschuss des Vereins für Socialpolitik – verschob sich ihr Forschungsinteresse hin zu außenwirtschaftlichen Fragestellungen, insbesondere der Handelspolitik. Was auf den ersten Blick wie ein thematischer Bruch wirkt, erscheint bei genauerer Betrachtung durchaus schlüssig. Zum einen behielt Leubuscher ungeachtet der thematischen Neuausrichtung ihre länderspezifische Spezialisierung auf die englische Wirtschaft bei, womit sie als Nationalökonomin in Deutschland eben auch ihren komparativen Vorteil aufrechterhielt, diesen jedoch auf ein weiteres wichtiges Gebiet der ökonomischen Forschung ausweitete. Zum anderen vollzog Leubuscher ihre Hinwendung zur Handelspolitik nicht disruptiv, sondern indem sie auf die politischen und gesamtwirtschaftlichen Interdependenzen zur Sozialpolitik abstellte. Was sie darunter auch programmatisch verstand, arbeitete sie explizit in ihrem Aufsatz *Handelspolitik und Sozialpolitik* heraus:

„Handelspolitik und Sozialpolitik sind Maßnahmen an demselben Objekt, am Körper einer Volkswirtschaft. Es ist deswegen mit Sicherheit anzunehmen, daß ihre Ergebnisse nicht unbeeinflußt voneinander bleiben werden. Eine sinnvolle Wirtschaftspolitik wird infolgedessen darauf bedacht sein, diese Wechselwirkung sich in Richtung einer Förderung der beiderseitigen Bestrebungen, nicht einer Erschwerung oder Durchkreuzung vollziehen zu lassen.“ (Leubuscher 1925b, S. 713)

Mit der Verzahnung der zwei Themenkomplexe übertrug Leubuscher ihre sozialliberalen Einsichten zur Sozialpolitik auf Fragestellungen der Handelspolitik. Das methodische Vorgehen wie auch die Argumentation zeugen dabei von ihrer wissenschaftlichen Sozialisierung in der Historischen Schule. Doch war Leubuschers Blick auf das Wirtschaftsgeschehen weit weniger auf die Vergangenheit gerichtet. Ihre Hinwendung zu Fragen der Außenwirtschaft ist zumindest mit Blick auf die heimische Volkswirtschaft nicht allein karriere- oder wissenschaftsstrategisch zu erklären. Vielmehr erkannte sie in der zunehmend globalisierten Nachkriegswirtschaft eine wesentliche Facette der Sozialen Frage ihrer Gegenwart:

„Die beherrschende Tatsache für die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik ist die, daß Deutschland durch wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten unwiderruflich in die Bahn zum gesteigerten Industrieexport hineingezwungen worden ist.“ (Leubuscher 1925b, S. 715)

In diesem Zusammenhang erkannte sie ebenso, dass sich die Soziale Frage, das heißt Fragen der nationalen Umverteilung, nicht (länger) isolationistisch verstehen oder gar lösen ließen, womit sie heute hoch aktuell wirkt:

ten zur Kolonial- und Entwicklungspolitik rückte der Agrarsektor zunehmend ins Zentrum ihrer Analysen.

„Schließlich ist zu beachten, daß ein Staat seine Handelspolitik weder im luftleeren Raum, d.h. ohne Rücksichtnahme auf die handelspolitische Einstellung anderer Länder, noch unter Nichtachtung seiner eigenen wirtschaftspolitischen Tradition treiben kann. Ein scharfer Bruch mit letzterer kann auch sozialpolitisch, wenigstens für eine geraume Zeit, sehr unerwünschte Wirkungen haben.“ (*Leubuscher* 1925b, S. 715)

Vom theoriegeschichtlichen Standpunkt aus stellt sich die Frage, welche inneren und äußeren Einflüsse letztlich im Detail auf die veränderte thematische Ausrichtung Leubuschers eingewirkt haben. Von Bedeutung war hierbei sicherlich die bereits bestehende Schwerpunktsetzung auf die Wirtschaftspolitik Englands, wo zeitgleich im Zuge der Wirtschaftskrise die Themen Handels- und Kolonialpolitik an Aufmerksamkeit gewannen. Vor diesem Hintergrund setzte sich Leubuscher mit der wirtschaftlichen Rolle der Dominions und Kolonien des britischen Empires auseinander, so z. B. in einem Gutachten für den *Verein für Socialpolitik* zu *Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominions* (*Leubuscher* 1926b). Die inhaltliche Verschiebung bzw. Erweiterung ihres Forschungsinteresses bildete sich ab 1925 auch erkennbar in ihrem Publikationsverzeichnis ab. So entstand in dieser Phase unter anderem Leubuschers dritte Monographie: *Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik seit dem Kriege* (*Leubuscher* 1927a).

Im Rahmen ihrer Forschung zur englischen Handelspolitik befasste sich Leubuscher schließlich mit der ökonomischen Situation in den Dominions selbst. Zur näheren Auseinandersetzung mit der Materie vor Ort schlug Herkner sie 1927 ohne Erfolg für ein Forschungsstipendium in Australien vor.¹³ Er begründete seine Empfehlung mit ihrer besonderen Eignung, da sie „nicht nur allen angegebenen Bedingungen in vollem Maße entspricht, sondern auch deswegen besonders berücksichtigenswert erscheint, weil sie die Beziehungen Englands zu den Dominions schon seit längerer Zeit zum Gegenstande ihrer Spezialstudien gemacht hat und infolge ihrer wiederholten längeren Studienaufenthalte in England die englische Sprache so vollkommen beherrscht, daß auf wertvolle wissenschaftliche Ergebnisse bei ihr mit Sicherheit gerechnet werden kann“ (HU UA, Phil.Fak. Nr. 190, Bl. 379).

Im Frühjahr 1928 stellte Leubuscher bei der Notgemeinschaft deutsche Wissenschaft, der Vorläuferorganisation der Deutschen Forschungsgemeinschaft, einen ersten, erfolglosen Antrag auf Förderung ihrer angedachten Feldforschung in Südafrika. Im Rahmen ihrer Studien zum britischen Imperialismus hatte sich Leubuscher seit 1925 mit afrikanischen Gebieten im Allge-

¹³ Das Stipendium wurde vom *Internationalen Akademikerinnenbund* (IFUW) ausgeschrieben und richtete sich allgemein an Frauen mit akademischen Abschlüssen. Gestiftet wurde die Förderung vom Australischen Akademikerinnenbund. Die Auswahl fiel letztlich auf die Leipziger Meteorologin Luise Lammert (1887–1946).

meinen und Südafrika im Besonderen beschäftigt und auch die Konflikte und Interessen in den afrikanischen Kolonien beschrieben (*Leubuscher* 1925c; *Leubuscher* 1926b; *Leubuscher* 1927a; *Leubuscher* 1927b; *Leubuscher* 1928; *Leubuscher* 1929). Insofern kam ihre Hinwendung zur Wirtschaft und wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas nicht so plötzlich, wie die Veröffentlichung ihrer Monographie *Der südafrikanische Eingeborene als Industriearbeiter und als Stadtbewohner* (*Leubuscher* 1931) allein mit Blick auf das Publikationsverzeichnis Leubuschers vermuten ließe. Auch war ihr Forschungsinteresse an afrikanischen Volkswirtschaften, das nach ihrer Emigration das bestimmende Thema ihrer Arbeit darstellen sollte, kein Bruch mit ihrem bisherigen Werk und Wirken. Es war vielmehr eine logische Fortsetzung dessen und im weiteren Verlauf auch eine Anpassung an die Erfordernisse ihrer persönlichen Umstände in England.

Für die deutsche Nationalökonomie war die Erforschung einer afrikanischen Volkswirtschaft, zumal in dieser Ausrichtung, unüblich. Das ökonomische Interesse an außereuropäischen Ländern mit Ausnahme Nordamerikas fiel zu dieser Zeit eher gering aus. Die deutsche Kolonialwissenschaft der 1920er Jahre kreiste vielmehr um ethnologische Fragestellungen. Bei Leubuschers Feldstudie in Südafrika handelte es sich hingegen um eine ausführliche (sozio-)ökonomische Analyse der südafrikanischen Industrie unter Berücksichtigung der Eingeborenen, sowohl als Arbeitskräfte als auch als Konsumenten. Methodisch blieb sich Leubuscher treu: Eine hohe Materialdichte und eigene Feldforschung wurden in einer detaillierten Analyse der sozioökonomischen Verhältnisse und deren Entwicklung verarbeitet. Dabei bezog sie – ob bewusst oder unbewusst – Stellung gegen jede Form von Rassismus und „Segregation“ und untersuchte, wie eine weitere Proletarisierung der schwarzen Bevölkerung verhindert und wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung erreicht werden könnten. Das Buch wurde vielfach, gerade auch in englischsprachigen Fachzeitschriften, besprochen (siehe z. *Werner* 1932).

Leubuschers Werdegang in der deutschen Wirtschaftswissenschaft bis zu ihrer Emigration lässt sich als konsequente Ausweitung ihres sozialpolitischen Denkens auf internationale Fragen beschreiben. Aus der inhaltlichen Synthese von Sozial- und Handelspolitik erschloss sie sich ein Forschungsfeld, das aus heutiger Perspektive als Vorläufer der modernen Entwicklungsökonomik gelten kann (siehe dazu *Leubuscher* 1951a). Hierfür boten ihr der *Verein für Socialpolitik* sowie die akademischen Ausläufer der Historischen Schule das geeignete Umfeld. Für beide war die institutionelle Verknüpfung von wirtschaftlicher Entwicklung und der Sozialen Frage geradezu konstituierend (*Reinert* 2005; *Drechsler* 2016). Anders als viele ihrer Zeitgenossen begann Leubuscher soziale Ungleichheit nicht mehr ausschließlich als binnengesellschaftliches Problem zu betrachten, sondern als Folge globaler wirtschaftlicher Machtverhältnisse und Handelsstrukturen. Ihre späteren Arbeiten im

Exil – etwa zu Kolonialwirtschaft, Rohstoffpolitik und Arbeitsmigration – erscheinen in diesem Licht als folgerichtige Weiterentwicklung ihres sozialpolitischen Forschungsprogramms, das zunehmend auf die Analyse und Gestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung ausgerichtet war.

IV. Emigration und Prekariat: Wissenschaftlicher Neubeginn im britischen Exil

Mit Inkrafttreten des sogenannten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 7. April 1933 verloren zahlreiche Professoren an deutschen Hochschulen aufgrund ihrer jüdischen Herkunft oder politischen Haltung die Lehrbefugnis. Auch Charlotte Leubuschers akademische Laufbahn fand mit einem Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 5. September 1933 auf diese Weise im nationalsozialistischen Deutschland ein jähes Ende (HU UA, Phil.Fak. Nr. 126, Bl. 14). Mit einem persönlichen Brief an den Dekan, in dem sie ihre verzweifelte Situation schilderte, hatte sie die Entlassung noch abzuwenden versucht (HU UA, Phil.Fak. Nr. 1477, Bl. 86–87). Wie vielen anderen Betroffenen blieb ihr jedoch nur die Emigration, um ihre wissenschaftliche Arbeit fortsetzen zu können (Scherer 2000). Für Leubuscher war außerdem der Erwerb des eigenen Lebensunterhalts sowie der ihrer Mutter ein zentrales Motiv (SPSL 234/1, Bl. 21). Während die Mehrzahl der geflüchteten Ökonomen in die USA emigrierte, war auch Großbritannien ein häufig gewähltes Ziel (Hagemann und Krohn 1999). Zwar fehlte in England eine vergleichbare institutionelle Unterstützung wie die der Rockefeller Foundation in den USA, doch William Beveridge (1879–1963) gründete im Mai 1933 an der London School of Economics and Political Science (LSE) den *Academic Assistance Council* (AAC; ab 1936 *Society for the Protection of Science and Learning* [SPSL]), der Geflüchtete finanziell und bei der Stellensuche unterstützte (Hagemann 2005; Cox 2021). Entsprechend traf Leubuscher in England auf zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in ähnlicher Lage – aber auch auf Konkurrenz. Leubuscher kontaktierte den AAC im Mai 1933 (SPSL 234/1, Bl. 25); zu diesem Zeitpunkt war sie bereits suspendiert.

Unterstützung fand Leubuscher in einem akademischen Netzwerk, das sie zum Teil bereits vor ihrer Emigration in England hatte aufbauen können. Von besonderer Bedeutung dabei war der LSE-Professor Arnold Plant (1898–1978), den sie bereits in Kapstadt im Rahmen ihrer Forschungsreise in Südafrika kennengelernt hatte. Plant und seine Frau entwickelten sich mit der Zeit zu familiären Freunden. Nach dem Tod Leubuschers verfasste Plant für die Tageszeitung *The Times* einen Nachruf auf sie:

„To the wider public Charlotte Leubuscher will also be remembered as a vigorous opponent of economics privilege and a formidable enemy of repression and tyranny.

A more intimate circle will cherish the memory of a widely cultured and intensely loyal friend. She was a sincere admirer of English institutions and ways of life, and at the same time a proud German scholar who never lost her faith in the ultimate triumph of German culture and civilisation over the evils that had befallen her country. Her faith had vindicated, to her personal gratification, by the action of the German Federal Government when, in 1956, it conferred upon Charlotte Leubuscher the title of Professor Emeritus, in recognition of her outstanding academic teaching and valuable publication'.“ (*Plant* 1961)

Plant war es auch, der Marjorie Tappan Hollond (1895–1977) – damals Studiendirektorin und Dozentin am Girton College – von Leubuschers Situation in Deutschland unterrichtete. Tappan Hollond wurde in Cambridge aktiv, um Leubuscher dort eine Möglichkeit zu eröffnen, und tatsächlich beschloss der Council des Girton College im Juni 1933, Leubuscher für ein Jahr bei freier Unterkunft und Verpflegung und einem Stipendium von 15 Pfund pro Term einzuladen (Archiv des Girton College: Personalakte Leubuscher).

Im weiteren Verlauf finanzierte Leubuscher ihren Lebensunterhalt und Verbleib in der Wissenschaft in England vor allem über Forschungsstipendien und eher prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Ihre institutionellen Anbindungen wechselten häufig: So war sie unter anderem in der Zeit von 1933 bis 1934 am Girton College; von 1934 bis 1935 am Royal Institute of International Affairs (Chatham House), für das sie am African Research Survey, einer großangelegten Studie zur britischen Kolonialpolitik in Afrika, mitwirkte; von 1936 bis 1942 mit einem Fellowship am Frauencollege der University of Oxford, Lady Margaret Hall; von 1942 bis 1944 als Senior Researcher an der LSE; von 1947 (bis Ende unbekannt) an der Kriegsgefangenenhochschule Wilton Park; und von 1951 bis 1955 als Research Fellow an der Universität Manchester, wo sie unter anderem mit und für W. Arthur Lewis (1915–1991) arbeitete.

Ihre Versuche, in England beruflich Fuß zu fassen, sind durch Korrespondenzen, Bewerbungsunterlagen (z.B. SPSL 234/1, Bl. 1–3; 7; 12–13) und eingeholte Empfehlungsschreiben (SPSL 234/1, Bl. 17) umfassend dokumentiert.¹⁴ Während Leubuscher zu Beginn ihrer Zeit in England mit persönlichen

¹⁴ Ebenso geht aus diesen Dokumenten die prekäre Situation von Leubuschers wechselnden Anstellungen und Fellowships hervor. Ihr erstes Jahr am Girton College wurde teils durch das Girton College finanziert sowie durch die London School of Economics mit 100 Pfund bezuschusst. Ihr Fellowship für ihre Arbeit am African Research Survey von 1934 bis 1935 war mit 50 Pfund pro Monat seitens des AAC gesponsort (SPSL 234/1, Bl. 19; 34; 37). An der LSE war sie im Jahr 1942 zunächst für drei Monate beschäftigt, bevor sie jeweils um weitere neun, drei und sechs Monate verlängert wurde. Ihr Gehalt betrug 300 Pfund pro Jahr. In einem Schreiben wies Leubuscher darauf hin, dass dies das niedrigste Gehalt seit ihrer Ankunft in England sei und erkundigte sich, ob es ihr erlaubt sei, nebenbei andere Tätigkeiten wie Lehraufträge anzunehmen (LSE Staff Files, Bl. 28–29).

Referenzschreiben etwa von Walter Eucken, Richard Passow, Moritz Bonn (1873–1965) oder Hermann Schumacher aufwarten konnte, die sich sehr positiv über ihre Fähigkeiten, Motivation und Eignung als Wissenschaftlerin äußerten (wenngleich ihre Stimmen in England weniger Gewicht gehabt haben dürften), wurde es im weiteren Verlauf zunehmend schwieriger für sie, entsprechende Befürwortungen zu erhalten. In England wurden nach kurzzeitigen Anstellungen jeweils Personen zu Referenzgebern, die sie – mit Ausnahme von Arnold Plant – vermutlich nicht annähernd so gut kannten und die sich zudem weit weniger ausführlich und enthusiastisch äußerten. So wurde etwa in Korrespondenzen zwischen dem Girton College und dem AAC Leubuschers weiterer Verbleib noch während ihres einjährigen Fellowships und ohne jeglichen Bezug zu ihren akademischen Fähigkeiten diskutiert (SPSL 234/1, Bl. 34–37). Wie aus Leubuschers eigenen Schreiben hervorgeht, musste sie immer wieder Personen und Organisationen um Unterstützung bitten, die ihre Arbeit nicht persönlich kannten und für die sie eine Wissenschaftlerin unter zahlreichen gewesen sein dürfte (z.B. SPSL 234/1, Bl. 38). Bereits 1935 wurde in Leubuschers Akte des AAC notiert, dass der Council „could see no possibility at all of L finding a position in England, even in a provincial university. [...] Skepper [Assistant Secretary des AAC] suggested that best hope lay in finding position in a women’s college in America“ (SPSL 234/1, Bl. 41).

Wenngleich Leubuschers Arbeits- und Lebensverhältnisse während der Kriegszeit und darüber hinaus prekär blieben, konnte sie durch ihre Arbeitsweise mit der Zeit auch in England wieder Fürsprecher gewinnen. Das dreijährige Fellowship an der Lady Margaret Hall, das Leubuscher 1936 erhielt, verdankte sie nach eigener Darstellung unter anderem der positiven Empfehlung von Helen Wodehouse (1880–1964), die damals Chairman des Council des Girton College war (Archiv des Girton College). 1945 setzte sich der damalige Sekretär der SPSL, Joseph Skemp (1910–1992), noch einmal nachdrücklicher für Leubuscher ein, indem er Beveridge aufforderte, Leubuschers Fall bekannt zu machen oder ihren Namen gegenüber verschiedenen Personen zu erwähnen. Er bezeichnet sie als „first-rate scholar“, die zu etabliert sei, um von kleinen Stipendien zu leben (SPSL 234/1, Bl. 69). Beveridge reagierte sehr zurückhaltend und kam der Bitte erst nach mehrmaliger Aufforderung nach (SPSL 234/1, Bl. 70–73).

Während Leubuscher mit der thematischen Ausrichtung in der deutschen Nationalökonomie eindeutig ein Nischenthema besetzte, geriet ihre Erfahrung und Expertise zur Handels- und Kolonialwirtschaft im englischen Exil zum Glücksfall. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit sollte dort auch nachfragebedingt auf der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas und der britischen Kolonien liegen. Ihre Studien aus dieser Zeit zeugen weiterhin vom Einfluss der Historischen Schule und ihrer sozialliberalen, reformerischen Grundhaltung.

Gleichzeitig wird Leubuschers Prägung durch die Historische Schule auch ein Hindernis für ihre Anschlussfähigkeit an die Nationalökonomie in England dargestellt haben. So argumentiert *Hagemann* (2007), dass jüngere Ökonomen aus Deutschland, die zur gleichen Zeit wie Leubuscher ins Ausland gingen, dort deutlich leichter Fuß fassen und als innovativ wahrgenommen werden konnten, weil sie nicht mehr in der Tradition der Historischen Schule ausgebildet worden waren.

Obleich Leubuschers Expertise in der Kolonialverwaltung außerordentlich geschätzt wurde, geriet sie wissenschaftlich weitgehend in Vergessenheit. Wenn von den Pionieren der modernen Entwicklungsökonomik die Rede ist, von denen zahlreiche aus Deutschland und Österreich stammten – etwa Alexander Gerschenkron (1904–1978), Albert O. Hirschman (1915–2012), Paul N. Rosenstein-Rodan (1902–1985) oder Kurt Mandelbaum (1904–1995) –, fällt Leubuschers Name nicht (siehe z. B. *Hagemann* 2007; *Meier und Bauer* 1985). Dies ist um so bemerkenswerter, als dass thematisch eine starke Anschlussfähigkeit bestand: Zu den grundlegenden Werken der modernen Entwicklungsökonomik gehören beispielsweise Mandelbaums *Industrialisation of Backward Areas* (1945), Rosenstein-Rodans Arbeiten zur Industrialisierung armer Länder (1943; 1944) und Hirschmans *The Strategy of Economic Development* (1958). Dass Leubuschers Werk über die Industrialisierung Südafrikas in deutscher Sprache verfasst wurde, hätte für die deutschsprachigen Ökonomen kein Hindernis dargestellt. Vielmehr stellt sich die Frage, ob sie überhaupt Kenntnis von Leubuschers Werk hatten, als sie in den 1940er Jahren über die Industrialisierung (ehemaliger) Kolonien zu publizieren begannen.

Leubuschers einflussreichstes Wirken besteht möglicherweise in ihrem nicht unerheblichen Beitrag zum *African Survey* (1938), veröffentlicht unter dem Namen von Lord Hailey (1872–1969), durch das Royal Institute of International Affairs. Der Survey stellt durch die formale Ablehnung rassistischer Unterschiede und die Verpflichtung der britischen Regierung auf eine Politik zum Wohl aller Bewohner der British Empire einen Wendepunkt der britischen Kolonialpolitik dar. Die Verabschiedung des Colonial Welfare and Development Act von 1940 wurde entscheidend durch den African Survey beeinflusst. Auch die überarbeitete zweite Auflage des Survey entstand unter wesentlicher Mitwirkung von Leubuscher. In einem Brief aus dem Jahr 1940 beschrieb Alan Pim (1871–1958) vom British Colonial Office Leubuschers Arbeit für den African Survey wie folgt:

„As proof of her feelings [about the Nazi regime] she threw herself with energy into the work she did for Lord Hailey and his editorial staff. Like a true German scholar she wanted to provide more detail than Lord Hailey could digest. But she assembled a series of memoranda and economic tables which are, so far as we know, unique and on which Lord Hailey based many of his economic chapters. (...) He explained

the sort of material he wanted and left it very much to her to find out the best presentation of the material, and she herself had to discover all the sources available in Oxford, Cambridge, London, etc. It seems to me absurd that her great academic abilities should not be put to use during the war, when she could be of great use in her own role of scholar. I know perfectly well that Lord Hailey would say that she was a wonderful scholar, absolutely reliable“ (SPSL 234/1, Bl. 64).

Leubuschers Tätigkeit beim Royal Institute während der Kriegsjahre unterlag leichten Einschränkungen durch ihre ausländische Staatsangehörigkeit. Der Prozess ihrer Einbürgerung in England sollte sich bis 1946 hinziehen. Dementsprechend setzten sich Personen des Royal Institute zwischenzeitlich immer wieder für Leubuscher ein, um Anschlussbeschäftigungen außerhalb des Royal Institute für sie zu finden. In diesem Zusammenhang schrieb Heather Harvey etwa an LSE-Präsident Alexander Carr-Saunders (1886–1966), um ihn auf Leubuschers Verfügbarkeit nach Ablauf eines Fellowships beim Royal Institute hinzuweisen: „I think she is such a capable and reliable person that I thought it might be worth while mentioning this to you“ (LSE Staff Files, Bl. 2).

Inhaltlich war es Leubuschers Wunsch, sich nach Jahren der Beschäftigung mit Kolonialökonomik wieder breiter mit ökonomischen und sozialen Entwicklungen zu befassen. Mit ihrer Anstellung an der LSE von 1942–1944 gelang dies zwar, aber auch dort war sie für konkrete Forschungsaufträge eingestellt und konnte die Ausrichtung ihrer Forschung nicht frei bestimmen. Sie wurde mit einer Untersuchung der sozialwissenschaftlichen Lehre an englischen Universitäten in Vergangenheit und Gegenwart beauftragt und ausschließlich hierfür eingesetzt. Fortlaufend erstattete sie an Carr-Saunders Bericht über ihre Forschungsaktivitäten zum vorgegebenen Thema und holte sich die Zustimmung für die jeweils nächsten Schritte ein. Auch führte sie immer wieder Diskussionen über die Übernahme von Reisekosten, die im Zusammenhang mit kürzeren Forschungsaufenthalten zu anderen Universitäten standen, sowie die nur geringfügig gewährte Unterstützung durch Maschinenschreibkräfte.

Im Mai 1943 reichte Leubuscher einen Bericht ihrer Arbeit ein, mit dem sie ihr Interesse an einer Verlängerung der Tätigkeit zum Ausdruck brachte und um eine Erhöhung ihres Gehalts auf eine Summe bat, „more in accordance with the position of a senior research worker, particularly in view of the high cost of living“ (LSE Staff Files, Bl. 87). Sie erreichte eine Verlängerung zunächst um drei und anschließend um weitere sechs Monate, um das Manuskript zu finalisieren, jedoch bei gleichbleibender Entlohnung. Carr-Saunders drängte währenddessen auf die Abgabe eines Manuskripts. In den folgenden Wochen lieferte Leubuscher einen Entwurf, obwohl sie es für notwendig gehalten hätte, zunächst noch weitere Informationen einzuholen. Auf Kritik an ihrem Entwurf entgegnete sie in einem Schreiben: „I quite realised in drafting

the chapters that there is a danger of a too historical approach to the subject. This is, I think, partly due to the fact that I began drafting before I had collected sufficient material on the present position to have a clear idea of the problems involved“ (LSE Staff Files, Bl. 108). Ihr Aufenthalt an der LSE zeugt beispielhaft vom Prekariat ihres wissenschaftlichen und privaten Daseins sowie von wiederkehrenden Konfliktsituationen, die für Lebuscher als erfahrene Wissenschaftlerin in Arbeitskontexten entstanden, in denen sie nicht frei forschen konnte. Während sie in ihrer Korrespondenz stets höflich und die Form wahren blieb, so äußerte sie in der Sache jedoch bisweilen ihre Meinung (LSE Staff Files).

Als die Förderung der Rockefeller Foundation, der Lebuschers Anstellung an der LSE zugrunde lag, im Juni 1944 auslief, befand sich Lebuscher – wieder einmal – auf Arbeitssuche. Bis 1956 sollte es bei zeitlich befristeten Anstellungsverhältnissen bleiben und Lebuscher damit in ihrer wissenschaftlichen Freiheit durch thematische Vorgaben in unterschiedlichem Maße eingeschränkt. Nach zwei abgelehnten Anträgen auf Wiedergutmachung verließ ihr die Bundesregierung im April 1956 schließlich den Titel eines „Professor Emeritus“ (BArch, B 106/67642, Bl. 551–686). Damit einhergehend bekam sie rückwirkend ab 1954 Pensionsansprüche als ordentliche Professorin zugesprochen sowie eine Entschädigung für die Zeit von 1951 bis 1954. 23 Jahre nach ihrer Emigration, im Alter von 67 Jahren, lebte Lebuscher erstmals wieder in finanziell gesicherten Verhältnissen.

In der Zeit von 1944 bis 1963 veröffentlichte Lebuscher fünf Monographien zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas, mit speziellem Fokus auf die britischen Kolonien (*Lebuscher* 1944; *Lebuscher* 1949; *Lebuscher* 1951b; *Lebuscher* 1956; *Lebuscher* 1963). Ihr letztes Buch wurde postum herausgegeben von ihrer Freundin Kate Liepmann (geboren als Käthe Karoline Liepmann; 1898–1983), ebenfalls eine aus Deutschland emigrierte Ökonomin.

V. Schlussbemerkung und Ausblick

Charlotte Lebuscher war eine Ausnahmefigur der deutschsprachigen Nationalökonomie des zwanzigsten Jahrhunderts. Ihre akademische Laufbahn, zunächst im Kaiserreich, danach in der Weimarer Republik, wie auch ihr späteres Wirken im britischen Exil stehen exemplarisch für die Brüche und Umbrüche, die Wissenschaftskarrieren in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts prägen konnten. Zugleich verweisen sie auf die strukturellen Hürden, mit denen Frauen in den Wirtschaftswissenschaften konfrontiert waren.

Lebuschers Arbeiten zeichnen sich durch eine besondere Verbindung von Sozialpolitik, Handels- und Kolonialökonomik aus. Sie betrachtete wirtschaftliche Prozesse im Kontext sozialer, politischer und kultureller Zusammen-

hänge – eine Perspektive, die sie von der Historischen Schule übernahm, aber zugleich an die globalen Realitäten der Zwischen- und Nachkriegszeit anpasste. Insbesondere ihre Studien zur Industrialisierung Südafrikas und zur wirtschaftlichen Entwicklung afrikanischer Kolonien markieren eine frühe Form kritischer Entwicklungsökonomik, die auf soziale Teilhabe und politische Gleichberechtigung zielte, anstatt bloß wirtschaftliche Kennzahlen zu betrachten. Damit lieferte Leubuscher eine für ihre Zeit und darüber hinaus ungewöhnliche Perspektive auf die wirtschaftliche Entwicklung afrikanischer (Post-)Kolonien.

Dass Leubuscher in der Wirtschaftswissenschaft kaum Beachtung fand, wirft aus theoriegeschichtlicher Sicht Fragen auf, die über ihre Person hinausreichen. Es zeigt, wie bestimmte Ansätze und Theorien in der Disziplin reproduziert werden, während andere in Vergessenheit geraten. Vor diesem Hintergrund erscheint es gewinnbringend, ihr Werk (neu) zu erschließen und es als Anknüpfungspunkt für eine ökonomische Forschung zu verstehen, die soziale Fragen nicht von wirtschaftlichen trennt. In dieser Hinsicht sind Leubuschers Schriften zur Handels- und Entwicklungspolitik nach fast 100 Jahren aktueller denn je.

Archivquellen

Bodleian Libraries, Oxford

- Archive of the Society for the Protection of Science and Learning (SPSL), MSS. S.P.S.L. 234/1, Bl. 1–88: Personalakte Leubuscher.

Bundesarchiv Koblenz

- BAArch, B 106/67642, Bl. 551–686: Akte zum Antrag auf Wiedergutmachung, Leubuscher.

Girton College, Cambridge

- Archive Girton College: Personalakte Leubuscher

Humboldt-Universität Berlin

- HU UA, Phil.Fak. Nr. 126, Bl. 1–15: Personalakte Leubuscher.
- HU UA, Phil.Fak. Nr. 190, Bl. 379–382: Privatdozenten-Stipendien (1897–1927).
- HU UA, Phil.Fak. Nr. 537, Bl. 454–499: Promotionsakte Leubuscher.
- HU UA, Phil.Fak. Nr. 1238, Bl. 14–24: Habilitationsakte Leubuscher.
- HU UA, Phil.Fak. Nr. 1474, Bl. 32–42: Ernennung Leubuschers zur außerordentlichen Professorin.
- HU UA, Phil.Fak. Nr. 1477, Bl. 32–42: Brief Leubuscher an Dekan 1933 (29.04.1933)

London School of Economics and Political Science

- LSE Staff Files: Personalakte Leubuscher.

Literatur

- A. C. (1914): *Recenti Pubblicazioni*: Leubuscher Charlotte: Der Arbeits-Kampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911. Hg. von Charlotte Leubuscher. *Giornale degli Economisti e Rivista di Statistica* 48, Nr. 2: 161–163.
- Allgoewer, Elisabeth (2023): Frauen im Verein für Socialpolitik: Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg. In: *Zur Geschichte des Vereins für Socialpolitik*, hg. von Peter Spahn, 115:81–134. *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie* XLI. Duncker und Humblot.
- Allgoewer, Elisabeth/Lampalzer, Ute (2018): Von der GasthörerIn zur ordentlichen Professorin: Zur Einordnung der Beiträge dieses Bandes. In: *Frühe deutsche Nationalökonominen: Eine Spurensuche*, hg. von Elisabeth Allgoewer, 15–50. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Backhaus, Jürgen/Hanel, Johannes (1994): Die Nachfolge: Ein Versuch über Heinrich Herkner, den Volkswirt: mit einer Bibliographie und einem Porträt Herkners. Bd. 6. *Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie*. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Boedeker, Elisabeth (1939): 25 Jahre Frauenstudium in Deutschland: Verzeichnis der Doktorarbeiten von Frauen 1908–1933, Heft I. 25 Jahre Frauenstudium in Deutschland. Hannover: Trute.
- Cox, Michael (2021): His finest hour’: William Beveridge and the Academic Assistance Council. London School of Economics and Political Science (LSE) History Blog. <https://blogs.lse.ac.uk/lsehistory/2021/04/28/his-finest-hour-william-beveridge-and-academic-assistance-council/> (zugegriffen: 10. Juli 2025).
- Die Frau (1907): Coeducation im Herzogtum Sachsen-Meiningen. *Die Frau: Monatschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit* 14, Nr. 8: 502.
- Drechsler, Wolfgang (2016): Kathedersozialismus and the German historical school. In: *Handbook of alternative theories of economic development*, hg. von Erik S. Reinert, Jayati Ghosh, und Rainer Kattel, 109–123. Cheltenham: Edward Elgar.
- Grilli, C. (1914): *Esame d’opere*: Dott. Charlotte Leubuscher: Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911. *Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie* 64, Nr. 253: 125–126.
- Hagemann, Harald (2005): Dismissal, expulsion, and emigration of German-speaking economists after 1933. *Journal of the History of Economic Thought* 27, Nr. 4: 405–420.
- Hagemann, Harald (2007): German-speaking economists in British exile 1933–1945. *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 242, Nr. 60: 323–363.
- Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.) (1999): *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*. Berlin: K. G. Saur.
- Hailey, William Malcolm (1938): *An African Survey: A Study of Problems arising in Africa South of the Sahara*. London/New York/Toronto: Oxford University Press.

- Hashagen, J.* (1922): Rezension von Charlotte Leubuscher: Sozialismus und Sozialisierung in England. Technik und Wirtschaft: Monatsschrift des Vereines Deutscher Ingenieure 12, Nr. 12, S. 570.
- Herkner, Heinrich* (1899): Über das Frauenstudium der Nationalökonomie. Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 13: 227–254.
- Herkner, Heinrich* (1921): Die Arbeiterfrage: Eine Einführung, 2 Vols., 7. Aufl., Berlin/Leipzig: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger.
- Herkner, Heinrich* (1925): Sozialpolitischer Liberalismus. In: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag, hg. von Moritz Julius Bonn und Melchior Palyi, 31–52. München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Hirschman, Albert O.* (1958): The strategy of economic development. New Haven: Yale Univ. Pr.
- Huerkamp, Claudia* (1996): Bildungsbürgerinnen Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945. Bürgertum. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jank, Dagmar* (1990): Studierende, lehrende und forschende Frauen an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1908–1945. In: Studierende, lehrende und forschende Frauen in Berlin: 1908–1945 Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, 1948–1990, Freie Universität Berlin, hg. von Ulla Bock und Dagmar Jank, 7–26. Berlin: Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin.
- Keller, Marion* (2018): Pionierinnen der empirischen Sozialforschung im Wilhelminischen Kaiserreich. Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Knapp, Ulla* (2008): Nullpunkt: Volkswirtinnen an deutschen Hochschulen vor 1965. In: Verfestigte Schiefagen: Ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis, hg. von Friederike Maier und Angela Fiedler, 123–168. Berlin: Ed. Sigma.
- Köppe, Hans* (1915): Rezension von Leubuscher, Charlotte: Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 104, Nr. 1: 129–132.
- Lehnert, Elke* (1999): Ausschluß – Aufbruch – Zulassung: Von der geduldeten Gasthörerinnen zur Studentin. In: Frauen an der Humboldt-Universität 1908–1998: Vorträge anlässlich der Festveranstaltung 90 Jahre Frauen an der Berliner Universität, 9. Dezember 1998, hg. von Gudrun Kramer, 7–19. Berlin: Humboldt-Universität.
- Lescure, Jean* (1914): Bulletin bibliographique: Charlotte Leubuscher: Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911. Revue d'économie politique 28, Nr. 2: 253–254.
- Leubuscher, Charlotte* (1913a): Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911: Mit einem einleitenden Überblick über die allgemeinen Entwicklungstendenzen in der heutigen englischen Arbeiterbewegung. München: Duncker & Humblot.
- Leubuscher, Charlotte* (1913b): Die jüngsten Arbeitskämpfe in England. Preussische Jahrbücher 154: 312–326.

- Leubuscher*, Charlotte (1913c): Die politische Betätigung der englischen Gewerkvereine. *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 23, Nr. 5: 113–118.
- Leubuscher*, Charlotte (1914): Der Syndikalismus in England. *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 23, Nr. 18: 514–518.
- Leubuscher*, Charlotte (1916a): Die Nationalisierung des Kapitals. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 42: 505–534.
- Leubuscher*, Charlotte (1916b): Die Zahl der Zwangskonsumenten im Deutschen Reich. *Deutsches Statistisches Zentralblatt* 8/9: 243–246.
- Leubuscher*, Charlotte (1916c): Die Fürsorge für die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern. *Reichs-Arbeitsblatt* 14, Nr. 6: 489–497.
- Leubuscher*, Charlotte (1917): Die ausländische Kapitalbeteiligung an den deutschen Industrien. *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung: Verwaltung und Volkswirtschaft im deutschen Reich* 41: 329–347.
- Leubuscher*, Charlotte (1918a): Wirtschaftliche Kriegshilfe in Württemberg. *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 27, Nr. 33: 497–501.
- Leubuscher*, Charlotte (1918b): Die Beschaffung von Wohnungseinrichtungen für minderbemittelte Kriegsteilnehmer. *Concordia: Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen* 25, Nr. 9: 95–97.
- Leubuscher*, Charlotte (1918c): Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise in den Jahren 1916 und 1917. *Reichs-Arbeitsblatt, Sonderbeilage* 16, Nr. 12: 1–43.
- Leubuscher*, Charlotte (1919a): Wirtschaftliche Kriegshilfe in den deutschen Bundesstaaten. *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 28, Nr. 16: 256–260.
- Leubuscher*, Charlotte (1919b): Berufsfragen der Nationalökonomin. *Die Frauenfrage* 21, Nr. 11 & 12: 87–89, 93–94.
- Leubuscher*, Charlotte (1920): Die gegenwärtige Berufslage der Nationalökonomin. *Die Frauenfrage* 22, Nr. 13: 101–102.
- Leubuscher*, Charlotte (1921): Sozialismus und Sozialisierung in England: Ein Überblick über die neuere Entwicklung der sozialistischen Theorien und über die Probleme der Industrieverfassung in England. Jena: Gustav Fischer.
- Leubuscher*, Charlotte (1922): Die Agrarfrage im deutschen Sozialismus der Gegenwart. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 118, Nr. 4: 289–302.
- Leubuscher*, Charlotte (1923): Die Krise der Sozialpolitik. *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 32, Nr. 15–17: 339–343, 363–366, 387–390.
- Leubuscher*, Charlotte (1924): Bemerkungen zum gegenwaertigen deutschen Lohnproblem. *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 33, Nr. 26: 513–517.
- Leubuscher*, Charlotte (1925a): Aussprache: Die Nationalökonomin. *Die Frau* 32: 219–20.
- Leubuscher*, Charlotte (1925b): Handelspolitik und Sozialpolitik. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 34, Nr. 33: 713–717.
- Leubuscher*, Charlotte (1925c): Die britische Reichswanderungs- und -siedlungspolitik seit dem Kriege. *Weltwirtschaftliches Archiv* 22: 105–129.

- Leubuscher, Charlotte* (1926a): Die Berufslage der deutschen Hochschuldozentinnen. *Die Frau* 33: 669–673.
- Leubuscher, Charlotte* (1926b): Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominions. In: *Neue Grundlagen der Handelspolitik, Dritter Teil: Weltwirtschaft I*, hg. von Franz Eulenburg, 55–99. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 171. München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Leubuscher, Charlotte* (1927a): Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik seit dem Kriege. Jena: Gustav Fischer.
- Leubuscher, Charlotte* (1927b): Englischer Protektionismus und britischer Imperialismus. *Magazin der Wirtschaft* 3, Nr. 5: 164–167.
- Leubuscher, Charlotte* (1928): Arbeitslosigkeit und Auswanderung in England. *Soziale Praxis* 37, Nr. 8: 180–184.
- Leubuscher, Charlotte* (1929): Neuere Tendenzen in der britischen Imperial- und Kolonialpolitik. *Weltwirtschaftliches Archiv* 30: 513–527.
- Leubuscher, Charlotte* (1931): Der südafrikanische Eingeborene als Industriearbeiter und als Stadtbewohner: Mit einem einleitenden Überblick über die afrikanische Eingeborenenfrage im allgemeinen. Jena: Gustav Fischer.
- Leubuscher, Charlotte* (1932): Heinrich Herkner zum Gedächtnis. *Die Frau* 39, Nr. 10: 641–644.
- Leubuscher, Charlotte* (1933): Heinrich Herkner als Sozialpolitiker. *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche* 57, Nr. 1: 13–25.
- Leubuscher, Charlotte* (1944): *Tanganyika Territory: A Study of Economic Policy under the Mandate*. London/New York/Toronto: Oxford University Press.
- Leubuscher, Charlotte* (1949): *The Processing of Copra, Oil Palm Products, and Groundnuts*. London: Imperial Institute.
- Leubuscher, Charlotte* (1951a): Under-Developed Countries. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 163, Nr. 1: 22–36.
- Leubuscher, Charlotte* (1951b): *The Processing of Colonial Raw Materials: A Study in Location*. London: His Majesty's Stationery Office.
- Leubuscher, Charlotte* (1956): *Bulk Buying from the Colonies: A Study of the Bulk Purchase of Colonial Commodities by the United Kingdom Government*. London/New York/Toronto: Oxford University Press.
- Leubuscher, Charlotte* (1963): *The West African Shipping Trade 1909–1959*. Leyden: A. W. Sythoff.
- Lohschelder, Britta* (1994): Die Knäbin mit dem Dokortitel: Akademikerinnen in der Weimarer Republik. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Mandelbaum, Kurt* (1945): *The Industrialisation of Backward Areas*. Oxford: Blackwell.
- Marggraf, Stefanie* (2001): Eine Ausnahmeuniversität? Habilitationen und Karrierewege von Wissenschaftlerinnen an der Friedrich-Wilhelms-Universität vor 1945. *Bulletin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung* 23, Nr. 2001: 32–47.

- Marggraf*, Stefanie (2002): Sonderkonditionen: Habilitationen von Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus an den Universitäten Berlin und Jena. Feministische Studien.
- McCabe*, D. A. (1914): Review of C. Leubuscher: Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner. The American Economic Review 4, Nr. 4: 925.
- Meier*, Gerald M./*Bauer*, Péter T. (Hrsg.) (1985): Pioneers in development. 1. paperback ed. A World Bank publication. New York: Oxford Univ. Pr.
- Oertzen*, Christine von (2012): Strategie Verständigung: Zur transnationalen Vernetzung von Akademikerinnen 1917–1955. Göttingen: Wallstein.
- Plant*, Arnold (1961): Professor Charlotte Leubuscher: Obituary. The Times, 12.06.1961 Auflage.
- Quante*, P. (1921): Rezension von H. Herkner ‚Die Arbeiterfrage‘, 7. Auflage. Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes 61: 161–162.
- Reinert*, Erik S. (2005): German Economics as Development Economics: From the Thirty Years’ War to World War II. In: The Origins of Development Economics. How Schools of Economic Thought Have Addressed Development, hg. von Jomo Kwame Sundaram und Erik S. Reinert, 48–68. London/New York: Zed Books.
- Reinsch*, Heide/*Lehnert*, Elke (1996): Zu den noch nicht gehobenen Schätzen des Berliner Universitätsarchivs – dargestellt am Beispiel der Anfänge des Frauenstudiums. In: Zur Geschichte des Frauenstudiums und weiblicher Berufskarrieren an der Berliner Universität, hg. von Gabriele Jähnert, 18–33. Berlin: Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität.
- Rosenstein-Rodan*, Paul N. (1943): Problems of Industrialisation of Eastern and South-Eastern Europe. The Economic Journal 53, Nr. 210/211: 202–211.
- Rosenstein-Rodan*, Paul N. (1944): The International Development of Economically Backward Areas. International Affairs 20, Nr. 2: 157–165.
- Ryan Van Zee*, Marynel (2006): Between essence and expertise: German women economists, 1890–1933, and the shifting ground of social reform. Nicht veröffentlichte Dissertation an der University of Minnesota.
- Ryan Van Zee*, Marynel (2009): Shifting Foundations: women economists in the Weimar Republic. Women’s History Review 18, Nr. 1: 97–119.
- Scherer*, Frederic M. (2000): The emigration of German-speaking economists after 1933. Journal of Economic Literature 38, Nr. 3: 614–626.
- Schmidt*, Dorothea (2008): Die Lehre von der Wirtschaft und ihre Studierenden. Berlin 1900–2000. In: Verfestigte Schief lagen: Ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis, hg. von Friederike Maier und Angela Fiedler, 95–122. Berlin: Ed. Sigma.
- Schöck-Quinteros*, Eva (1996): „Sie waren schon in reiferen Jahren“: Nationalökonominnen im wilhelminischen Deutschland. In: Politik und Profession Frauen in Arbeitswelt und Wissenschaft um 1900, hg. von Elisabeth Dickmann und Eva Schöck-Quinteros, 83–120. Bremen: AK Historische Frauenforschung.

- Scholze, Philine* (1999): Charlotte Leubuscher (1888–1961): Eine Staatswissenschaftlerin der ersten Wissenschaftlerinnengeneration, Magisterarbeit. Philosophische Fakultät I, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Scholze, Philine/Wobbe, Theresa* (2000): Charlotte Leubuscher. In: A Biographical Dictionary of Women Economists, hg. von Robert Dimand, Mary Ann Dimand, und Evelyn Forget, 256–258. Cheltenham: Edward Elgar.
- Schuster, Ernst* (1923): Literatur: Leubuscher, Charlotte: Sozialismus und Sozialisierung in England. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 120, Nr. 3: 155–158.
- Sombart, Werner* (1922): Neuester Sozialismus im Auslande. Literaturbericht über einige Erscheinungen der Jahre 1919–1921. Weltwirtschaftliches Archiv 18: 163–183.
- Timm, Angelika* (1992): Zur Biografie jüdischer Hochschullehrerinnen in Berlin bis 1933. Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 21: 243–258.
- Timm, Angelika* (1996): Zwischen Emanzipation und Emigration: Jüdische Hochschullehrerinnen an der Berliner Universität bis 1933. In: Zur Geschichte des Frauenstudiums und weiblicher Berufskarrieren an der Berliner Universität, hg. von Gabriele Jähnert, 79–99. Berlin: Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität.
- Vogt, Annette* (1999): Aubruch und Verdrängung: Wissenschaftlerinnen an der Berliner Universität zwischen 1918 und 1945/46. In: Frauen an der Humboldt-Universität 1908–1998: Vorträge anlässlich der Festveranstaltung 90 Jahre Frauen an der Berliner Universität, 9. Dezember 1998, hg. von Gudrun Kramer, 21–48. Berlin: Humboldt-Universität.
- Vogt, Annette* (2007): Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Pallas Athene. Stuttgart: Steiner.
- Vogt, Annette* (2009): Schwestern und Freundinnen: Zur Kommunikations- und Beziehungskultur unter Berliner Privatdozentinnen. In: Schwestern und Freundinnen: Zur Kulturgeschichte weiblicher Kommunikation, hg. von Eva Labouvie, 143–173. Köln/Weimar/Wien: Böhlau-Verlag.
- Werner, Alice* (1932): African Economics and African Administration. Journal of the Royal African Society 31, Nr. 124: 245–254.
- Wobbe, Theresa* (1999): Leubuscher, Charlotte Anna Pauline. In: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Band 2, hg. von Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn, 376–378. München: K. B. Saur.
- Zschaler, Frank* (1997): Vom Heilig-Geist-Spital zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät: 110 Jahre Staatswissenschaftlich-Statistisches Seminar an der vormals königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität, 90 Jahre Handels-Hochschule Berlin. Schriften der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin.

Edith Eucken-Erdsiek (1896–1985)

Von Uwe Dathe, Jena, und Daniel Nientiedt, Freiburg*

Edith Eucken-Erdsiek war keine Wirtschaftswissenschaftlerin. Unter ihren vielen Veröffentlichungen befindet sich kein Text, den man als wissenschaftlichen Beitrag zur Entwicklung der ökonomischen Theorie bezeichnen könnte. Dennoch gibt es Gründe, sie in diesem Band in einem Aufsatz vorzustellen. Sie studierte Volkswirtschaftslehre in einer Zeit, in der Studieren fast ausschließlich Männern vorbehalten war, und sie hat für die Wirtschaftswissenschaft Wichtiges geleistet: durch ihre Arbeit für die Herausgabe der *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (Walter Eucken 1952) und für die Gründung des Walter Eucken Instituts. Auch gehörte sie mehr als 30 Jahre in der Bundesrepublik, aber auch international, hier vor allem im Rahmen der Mont Pèlerin Society, zu den wichtigsten Multiplikatoren ordoliberalen Ideen.

Edith Erdsiek wurde am 2. April 1896 in Smolensk (Russland) geboren und lebte bis Ende 1903 in Kursk, wo ihr Vater Gustav Erdsiek (1866–1926) Leiter einer deutschen Bankstelle war. In Kursk wurden ihre Brüder Gerhard (1897–1975) und Heinrich, später meistens Heinz genannt, (1903–1961) geboren. Im Jahr 1904 kehrte die Familie nach Deutschland zurück, wo Gustav Erdsiek sich als selbständiger Exportkaufmann niederließ. Nach einem kurzen Aufenthalt in Düsseldorf wohnte die Familie ab 1905 in Berlin-Schöneberg.¹ Der Vater stammte aus einem alten westfälischen Pastorengeschlecht, wuchs aber in Ostpreußen auf. Sein Vater hatte 1870 eine Pfarrstelle in Caymen übernommen. Die Mutter, Marie Erdsiek, geborene Belkin (1871–1948), Tochter eines jüdischen Kantors aus Minsk, lebte als Kind und Jugendliche in Ostpreußen und Schlesien. Sie konvertierte als junge Frau zum Protestantismus, verinnerlichte protestantische Werte und preußisch-deutsche Ordnungsvorstellungen.² Ob-

* Wir danken den Teilnehmenden an der Sitzung des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften in Fulda vom 30. Mai bis zum 1. Juni 2024 für ihre Anregungen und Kommentare. Weitere wertvolle Hinweise erhielten wir von Wendula von Klinckowstroem. Für die Unterstützung bei der Recherche danken wir Jan Berg und Paul Adrian Meyer.

¹ Die biographischen Angaben zur frühen Kindheit entnehmen wir *Klinckowstroem* (2008, S. 397) und *Klinckowstroem* (2023, S. 54 f.).

² Vgl. dazu Acta der Synagogen-Gemeinde zu Königsberg in Pr. betr. Louis Belkin (The Central Archives for the History of Jewish People Jerusalem D-KO 1-155 Kö-Duncker & Humblot · Berlin | <https://doi.org/10.3790/978-3-428-59638-6.2025.1463406>

wohl sie ihre jüdische Herkunft verschwieg und bei Nachfragen energisch bestritt, vermutete ihre Tochter, dass sie jüdische Vorfahren habe. Das teilte sie ihrem künftigen Mann in der Stunde der Verlobung mit.³

Edith Erdsiek besuchte bis 1914 die realgymnasiale Richtung der Städtischen höheren Mädchenschule in Berlin-Schöneberg (ab 1908 Städtische Chamisso-Schule).⁴ Unter ihren Mitschülerinnen waren Lotte Ollendorf, die als Althistorikerin später Artikel für „Paulys Realenzyklopädie“ schrieb, und Elisabeth Sering, die Tochter des Ökonomen Max Sering. Das Zeugnis der 1. Realgymnasiums-Klasse vom 27. September 1913 und die vielen Theater- und Konzertzettel im Nachlass deuten an, dass sich Edith Erdsiek ein halbes Jahr vor ihren Abiturprüfungen mehr für die Berliner Kultur als für die Arbeit am vorgeschriebenen Schulstoff interessiert hat. Nur in Deutsch erhielt sie die Note „gut“, in allen anderen Fächern „genügend“, in Chemie und Turnen „mangelhaft“.⁵ Zu den Lebensdokumenten aus ihrer Schulzeit gehören auch erste schriftstellerische Versuche – mehrere kurze Texte zu Motiven aus dem Schulleben.

Vom Sommersemester 1914 bis zum Sommersemester 1920 studierte Edith Erdsiek an der Universität Berlin Volkswirtschaftslehre (u. a. bei Ignaz Jastrow, Max Sering, Heinrich Herkner und Hermann Schumacher), Literaturgeschichte (u. a. bei Gustav Roethe und Alexander Brückner), Kunstgeschichte (vor allem bei Adolf Goldschmidt und Edmund Hildebrand)⁶ und Philosophie (bei Max Dessoir, Max Frischeisen-Köhler, Ernst Cassirer und Ernst Troeltsch), besuchte aber auch einzelne Vorlesungen zur griechischen Literatur (bei Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf), Soziologie (bei Franz Oppenheimer), Musikgeschichte (bei Max Friedländer) und Botanik.⁷ Sie studierte gegen den Widerstand ihrer Familie. Ihre Mutter, die in der Familie das Sagen hatte, wollte

nigsberg i. Pr. – Jewish Community). Den Hinweis auf die Quelle verdanken wir Prof. Philipp Oswalt, einem Enkel von Edith und Walter Eucken.

³ Wir danken Prof. Christoph Eucken, dem Sohn von Edith und Walter Eucken, für diese biographische Mitteilung.

⁴ Diese Schule wurde von ihrer Gründung im Jahr 1900 bis 1933 von sehr vielen jüdischen Schülerinnen besucht. Für ca. ein Drittel der Schülerinnen wurde „jüdisch“ als „Religionsangehörigkeit“ in die Akten eingetragen. Vgl. die handschriftlichen Berichte der Chamisso-Schule Berlin-Schöneberg für die Jahre 1914/15 und 1920/21 (Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin). Schulberichte für die Zeit bis 1914 konnten bislang nicht nachgewiesen werden.

⁵ Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB), NL Edith Eucken, Lebensdokumente/Schulzeit.

⁶ Für eine Lehrveranstaltung zur Kunstgeschichte hat Edith Erdsiek die Studie „Typisierung oder Individualisierung“ (Typoskript, 21 S.) ausgearbeitet (ThULB, NL Edith Eucken, Werkmanuskripte).

⁷ Insgesamt besuchte sie 57 Lehrveranstaltungen, davon behandelten 22 wirtschaftswissenschaftliche Themen. Zum Besuch der Lehrveranstaltungen vgl. die An-

nicht zulassen, dass ihre Tochter studiere. Sie begründete das Verbot: „Wenn Du studierst, wird kein Mann Dich heiraten wollen, Du wirst als Gouvernante leben müssen.“ Doch es gelang ihr nicht, Edith vom Studium abzuhalten.⁸

Im Proseminar von Max Sering hielt sie drei Referate.⁹ Im Wintersemester 1916/17 sprach sie über Kartelle und Trusts.¹⁰ Sie gab einen historischen Abriss der Kartellbildung in Deutschland und der Bildung von Trusts in den USA und schlug eine Typisierung der in Deutschland tätigen Kartelle vor. In den Kartellen sah sie Machtgebilde, deren wirtschaftliche Tätigkeit für Wirtschaft und Politik positive Folgen hat. Durch sie werde „der Konkurrenzkampf im Keime erstickt“, „die Produzenten zu einem wirklich solidarischen volkswirtschaftlichen rationellen Verhalten“ veranlasst, den Arbeitern eine sichere Lebensgrundlage ermöglicht und der technische und wirtschaftliche Fortschritt befördert. Dem Staat obliege es, Kartellbildungen grundsätzlich zu ermöglichen. Im Sommersemester 1917 sprach Edith Erdsiek über die Entwicklung der Bevölkerungslehre nach Robert Malthus.¹¹ Im Seminar über Finanzwissenschaft im Sommer 1918 erstattete sie ein Referat „über die Deckung der außerordentlichen Aufgaben“.¹² Das Referat mit dem Titel „Das Problem der Abbüderung unserer Kriegsschuld“¹³ begann mit einer schonungslosen Beschreibung der Lage und der künftigen finanziellen Herausforderungen:

„Der gegenwärtige Krieg, in dem Europa sich zerfleischt, kann als die ungeheuerste und sinnloseste Verschwendung aufgefasst werden, die sich die Menschheit jemals geleistet hat. Alle Völker Europas scheinen nur darum ein Jahrhundert lang mit aller Energie ohnegleichen gearbeitet und gespart zu haben, um die Früchte ihres Fleisses in diesen einen grossen Hexenkessel zu werfen. Wie arm die Völker als Ganzes geworden sind, das weiss jeder. Aber noch weiss der Einzelne nicht, daß diese Armut der Völker seine persönliche Armut ist, daß es sein Geld ist, aus dem die Uniformen, die Munition und die Panzerplatten gemacht werden und daß er eines Tages dafür wird aufkommen müssen. Die Riesensumme unserer Anleihen – an deren fa-

meldebücher der Universität Berlin für Edith Erdsiek (ThULB, NL Edith Eucken, Lebensdokumente/Studienzeit).

⁸ Wir danken Frau Dr. Irene Oswalt, einer Tochter von Edith Eucken-Erdsiek, für diese biographische Information.

⁹ Es lässt sich nicht mehr feststellen, ob es nur ein Zufall ist, dass im Nachlass von einer Ausnahme abgesehen (vgl. Anm. 6) nur die Manuskripte der nationalökonomischen Referate aus den Seminaren von Sering und Schumacher überliefert sind.

¹⁰ Vgl. dazu die eigenhändigen Notizen und die von Sering unterzeichnete Seminarbescheinigung (ThULB, NL Edith Eucken, Lebensdokumente/Studienzeit) sowie das Typoskript „Kartelle und Trusts“ (ebd., Werkmanuskripte).

¹¹ Entwicklung der Bevölkerungslehre. Typoskript mit eigenhändigen Korrekturen (ThULB, NL Edith Eucken, Werkmanuskripte).

¹² Seminarbescheinigung von Max Sering vom 12. August 1918 (ThULB, NL Edith Eucken, Lebensdokumente/Studienzeit).

¹³ Typoskript, 15 S. (ThULB, NL Edith Eucken, Werkmanuskripte).

belhafte Ziffern man sich um so eher gewöhnt hat, als man keinerlei Begriff damit verband – ist grundsätzlich nicht etwas, was auf den breiten Rücken des Staates geschoben werden kann, wo es neben anderen ruhen mag; sondern es ist die persönliche Angelegenheit von jedermann. Keine Kriegsentschädigung kann uns darüber hinweghelfen. Um es noch einmal mit aller Schärfe zu sagen: Die Notwendigkeit einer Riesensteuer nach dem Kriege ist heute kein Problem mehr für uns, sondern eine Tatsache. Und nicht das ‚ob überhaupt‘, sondern das ‚wie‘ steht heute zur Diskussion.“

Um die Frage nach dem „wie“ zu beantworten, wirft die Autorin die Alternative auf: „Sollen wir versuchen, unsere Kriegsschuld durch eine einmalige grosse Vermögensabgabe wenigstens teilweise abzubürnen, oder sollen wir uns mit der Verzinsung und langsamen Amortisation der aufgenommenen Anleihen begnügen?“ Edith Erdsiek plädiert mit David Ricardo und Karl Diehl für eine einmalige große Vermögensabgabe (Tilgungssteuer) zur Begleichung der Schulden. Sie stellt deren Positionen ausführlich dar, geht aber auch gründlich auf die Gegenposition und hier besonders auf die Argumente von Heinrich Dietzel ein. Aufgabe einer künftigen Wirtschaftspolitik müsse es sein, „unvermeidliche Härten der Tilgungssteuer auf ein erträgliches Mass herabzudrücken“. Da „unsere Zukunftsrechnung eine zu grosse Zahl von Unbekannten“ enthalte, könne sie jedoch keine konkrete Maßnahmen zur Milderung der Härten anführen.

In ihren letzten vier Semestern konzentrierte sich Edith Erdsiek auf das Studium der Nationalökonomie. Vom Herbst 1918 bis zum Ende des Sommersemesters 1920 gehörte sie zum Seminar von Hermann Schumacher. Hier wurde in jenen Jahren intensiv über die deutsche und internationale Wirtschaftsordnung diskutiert. Die Referate hatten zum einen Themen wie die Zukunft des Privateigentums, die Möglichkeiten und Gefahren der Sozialisierung sowie die Funktion des Staates im Wirtschaftsleben zum Gegenstand, setzten sich zum anderen aber auch mit der Geschichte des Sozialismus und des Liberalismus auseinander.¹⁴ Edith Erdsiek hielt im Seminar ein Referat über den Anarchismus.¹⁵

„Ich [...] habe geschlossen mit dem Zitat von Christian Morgenstern ‚Der Bürger und nichts als der Bürger ist ein trister Anblick, aber die aus jeder Bürgerlichkeit herausfindenden Menschen, das wäre der Untergang.‘ [...] Nachher kam mein Mann, den ich noch nicht kannte, auf mich zu und sagte: ‚Woher haben Sie das Zitat?‘ Das war der Anfang unserer Bekanntschaft.“¹⁶

¹⁴ Vgl. dazu die von Walter Eucken geführten „Kalender über die Volkswirtschaftlichen Übungen“ (Landesbibliothek Oldenburg, HS 231 und HS 232 a).

¹⁵ Vgl. die eigenhändigen Notizen zu diesem Referat (ThULB, NL Edith Eucken, Lebensdokumente/Studienzeit).

¹⁶ Edith Eucken: Radiointerview vom 3. März 1974, auszugsweise Abschrift (Walter Eucken Institut Freiburg/Institutsarchiv).

Edith Erdsiek und Walter Eucken verlobten sich bald darauf und heirateten am 9. Dezember 1920 in Berlin. Während Walter Eucken im Jahr 1920 intensiv an seiner Habilitationsschrift arbeitete und sich auf eine akademische Laufbahn vorbereitete, entschied sich Edith Erdsiek, kein Examen anzustreben, also nicht Nationalökonomin zu werden. „Ich hatte auch gar nicht den Wunsch, einen Beruf zu haben. Ich hatte nur den Wunsch, mich zu entwickeln, mir einen geistigen Standpunkt zu erwerben und zu schreiben.“¹⁷

Bis Mitte der 1920er Jahre schrieb sie Theaterstücke, Erzählungen, Essays, Feuilletons und versuchte als Schriftstellerin zu reüssieren. Der Erfolg blieb aus. Zum Nachlass gehören die Belegexemplare von zwei kleineren Veröffentlichungen¹⁸ sowie die Manuskripte mehrerer Versuche, für die bislang keine Veröffentlichung nachgewiesen werden konnte.¹⁹

Edith und Walter Eucken gehörten in Berlin der „Gesellschaft der Kammerkunstabende Brandt-Jacoby“ an. Diese von dem Schriftsteller, Schauspieler und Regisseur Oscar Ludwig Brandt und seiner Frau Margarete Ludwig Brandt-Jacoby²⁰ gegründete Gesellschaft „verfolgte das Ziel, neuzeitliche Dichter, die der breiteren Öffentlichkeit unbekannt sind, durch einen Kammerkunstabend weitere Beachtung zu erschließen“²¹. Neben heute längst vergessenen Dichtern widmeten sich die Abende und die von Oscar Ludwig Brandt herausgegebene Zeitschrift „Diogenes“ auch Autoren wie Gerrit Engelke, Berta Lask, Ernst Lissauer, Anselm Ruest, Albert Talhoff und Paul Westheim. Während einige der Autoren expressionistische Gedichte oder Dramenfragmente vortrugen oder publizierten, warnten andere vor den „dekadenten und unfruchtbaren Erscheinungen der Zeit“ und meinten damit den Expressionismus. In Vorträgen und in der Zeitschrift wurden zudem zeitgenössische Künstler, u. a. Oskar Kokoschka und Max Thalmann, vorgestellt.²²

¹⁷ Ebd.

¹⁸ *Edith Eucken* (1923) und *Edith Eucken* (1924). In den Anmerkungen verweisen wir auf alle Arbeiten Edith Euckens mit der Namensform *Edith Eucken*. Im Literaturverzeichnis weisen wir dann nach, unter welchem Namen bzw. Pseudonym die betreffende Arbeit erschienen ist.

¹⁹ Deutsche, die in Italien waren (Typoskript, 3 S.), Studentinnen (Typoskript, 2 S.), Vor Italien (Typoskript, 3 S.), Im Zeichen der Kostümfeste (Typoskript, 3 S.), Die Ehesterferin (Typoskript, 9 S., mit handschriftlichen Korrekturen von Walter Eucken), Quartett (Typoskript, 44 S.), Thomas, der Gläubige. Satirische Komödie in 3 Akten (Typoskript, 70 S.).

²⁰ Beide sind 1943 in deutschen Vernichtungslagern ermordet worden.

²¹ Auszug aus der Satzung, mehrfach abgedruckt in: *Diogenes*. Veröffentlichungen für Dichtung der Gegenwart. Die Volltexte aller Ausgaben dieser Zeitschrift (sie erschien von 1918 bis 1921) sind zu finden unter: <https://ezb.ur.de/?2518811-2> (Zugriff am 8. Januar 2025).

²² Vgl. dazu *Raabe* (1964, S. 84).

In Berlin wohnten Euckens in der Potsdamer Privatstraße 121. Einer ihrer Nachbarn war Heinrich von Gleichen-Rußwurm, der Gründer des national-konservativen Juni-Klubs.²³ Walter Eucken war zu Beginn der 1920er Jahre stimmberechtigtes Mitglied des Klubs²⁴ und kam dabei mit einigen Protagonisten der später so genannten „Konservativen Revolution“ zusammen. Edith Eucken nahm an mehreren dieser Treffen teil und diskutierte dabei u. a. mit Max Hildebert Boehm, Albert Dietrich, Heinrich von Gleichen, Arthur Moeller van den Bruck und Alexander Ringleb. Erfahrungen aus diesen Gesprächen verarbeitete sie mehr als 40 Jahre später in dem Radioessay „Umstrittenes Kapitel deutscher Geschichte. Die Neukonservativen in Weimar – Wegbereiter des Nationalsozialismus?“.²⁵ Ohne den Nationalsozialismus und dessen Mordprogramm gewollt zu haben, hätten die Neukonservativen mit ihrer radikalen Ablehnung aller liberalen Ideen doch die Widerstandskräfte gegen Hitlers Weg zur Macht stark geschwächt. Edith Eucken geht besonders auf Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck und Ernst Jünger ein. Ihr Portrait Moeller van den Brucks und ihre Bemerkungen zum Juni-Klub und zu Heinrich von Gleichen-Rußwurm sind einfühlsamer als die Portraits Spenglers und Jüngers und die Bemerkungen zu Ernst Niekisch. Ganz klar benennt sie den Grund, der sie und ihren Mann vom Juni-Klub wegführte – „die Verdammung des Kapitalismus“, die Ablehnung des Marktes und der uneingeschränkte, sich auf alle gesellschaftlichen Sphären beziehende Antiliberalismus.

Aus den verschiedenen Korrespondenzen von Edith und Walter Eucken²⁶ geht hervor, dass sie von 1921 bis 1925 in Berlin oft gemeinsam mit Ökonomen, Philosophen, Theologen und Historikern zusammenkamen. Dem Theologen Theodor Kappstein, einem Schüler Rudolf Euckens, verdankten sie Einblicke in die Kulturbedeutung des Christentums und den Zusammenhang von religiösen und sozialen Fragen. Religiöse Fragen aus einer ganz anderen Perspektive besprachen sie mit dem aus Indien stammenden islamischen

²³ Zum Juni-Klub vgl. *Petzinna* (2000, S. 118–42).

²⁴ Vgl. den Abdruck der Liste der stimmberechtigten Mitglieder in: *Mauersberger* (1971, S. 328–30).

²⁵ Gesendet am 3. März 1967 im Westdeutschen Rundfunk. Typoskript, 29 S. (ThULB, NL Edith Eucken, Werkmanuskripte). Eine gekürzte Fassung wurde später publiziert *Edith Eucken* (1970, S. 34–49).

²⁶ Wir beziehen uns hier vor allem auf den Briefwechsel zwischen Edith und Walter Eucken (ThULB, NL Walter Eucken), die Briefwechsel zwischen Edith Eucken und ihren Brüdern (ThULB, NL Edith Eucken), den Briefwechsel von Edith und Walter Eucken mit Irene Eucken (ThULB, NL Walter Eucken, NL Edith Eucken, NL Rudolf Eucken) und die Korrespondenz des Euckenbundes mit Edith und Walter Eucken (ThULB, NL Rudolf Eucken) sowie auf Briefe von Isaak Benrubi, Hans Gestrich und Alexander Rüstow an Walter Eucken (ThULB, NL Walter Eucken).

Theologen Jabbar Kheiri.²⁷ Euckens profitierten von Isaak Benrubis Wissen über Frankreich und die französische Philosophie und stritten mit ihm über die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen.²⁸ Oft trafen sie sich mit Hans Gestrich und Alexander Rüstow und diskutierten mit ihnen über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Der Historiker Dietrich Gerhard machte sie mit den geistesgeschichtlichen Ideen und politischen Vorstellungen der Weimarer Vernunftrepublikaner aus dem Umfeld seines Lehrers Friedrich Meinecke bekannt. In dem Bildhauer und Grafiker Gerhard Marcks fanden sie einen Gesprächspartner, mit dem sie über moderne Kunst diskutierten.

Zu Beginn der 1920er Jahre trat Edith Eucken in den Euckenbund ein, eine der vielen weltanschaulich ausgerichteten Vereinigungen, in denen und mit denen das deutsche Bildungsbürgertum auf die sich nach dem Ersten Weltkrieg verstärkende kulturelle und politische Orientierungslosigkeit reagierte. Von anderen Gruppierungen aus dem breiten Spektrum weltanschaulicher Vereine unterschied sich der Euckenbund durch seinen geistigen Bezug auf den deutschen Idealismus. Das war kaum noch der Idealismus der klassischen Epoche, sondern ein vor allem von Rudolf Eucken hergestelltes Konstrukt aus abgeschliffenen Versatzstücken von Martin Luther, Immanuel Kant, Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Johann Gottlieb Fichte und Johann Wolfgang von Goethe; es war aber doch ein Idealismus des geistigen Lebens und keine irrationalistische Lebensphilosophie. In Rudolf Euckens Ideengemenge glaubten seine Anhänger ein Reich idealer Wahrheiten und Normen zu besitzen, auf deren Basis die Erneuerung des Lebens gelingen könnte. Rudolf Euckens Wort war das Gesetz des Bundes. Die stärkste Anziehungskraft übte der Euckenbund in den frühen 1920er Jahren aus. Auf dem Gipfelpunkt der Inflation erreichte er seinen höchsten Mitgliederstand.²⁹

Der Bund und die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Der Euckenbund“ gerieten 1924/25 in eine ernste Krise. In jenen Jahren begannen sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, und so fanden immer mehr Mitglieder weltanschaulicher Vereinigungen, die in krisenhaften Zeiten im Werk von Weltanschauungsautoren innere Orientierung suchten, Halt in der äußeren Realität. Bünde, die inneren Halt und weltanschauliche Sinngebung versprachen, büßten an Bedeutung ein. Der Euckenbund verlor Mitglieder, die Zeitschrift Leser. Für die Krise des Bundes machte Walter

²⁷ Vgl. dazu den Brief der Geschäftsstelle des Euckenbundes an Jabbar Kheiri vom 26. März 1924 (ThULB, NL Rudolf Eucken VI/4 b).

²⁸ Vgl. dazu Rudolf Eucken an Walter Eucken. Jena, 3. Dezember 1922 (ThULB, NL Walter Eucken) sowie Isaak Benrubi an Rudolf Eucken. Genf, 4. Januar 1924 und Genf, 3. Januar 1925 (ThULB, NL Rudolf Eucken I/2, Bl. 275–78).

²⁹ Zum Euckenbund sowie zu der im Folgenden etwas genauer dargestellten Neuausrichtung der Zeitschrift vgl. *Schäfer* (2020, S. 218–321).

Eucken nicht nur die politische und wirtschaftliche Stabilisierung verantwortlich, sondern vor allem die Bundesleitung. Die Zeitschrift sei zu einseitig, als bloßes Nachrichtenblatt für die Mitglieder erreiche sie weder die geistigen noch die wirtschaftlichen Eliten. Und der Bund habe eine völlig falsche Richtung eingeschlagen.

„Er hat ja eine völlig ethische Richtung. Ich habe das immer und immer bekämpft, ohne bei Euch Verständnis zu finden. Was ist die Folge? Einige Leute setzen sich zusammen, die sich gegenseitig erzählen, man solle anständig sein. [...] Solange der Bund nicht eine *metaphysisch-religiöse* Bewegung wird, wird nichts daraus, schadet nur der Verbreitung von Vaters Ideen.“³⁰

Eucken musste bald einsehen, dass eine Reform des Bundes am Widerstand seiner Mitglieder scheitern würde. Er, der von seiner Mutter am 3. Dezember 1924 flehentlich gebeten wurde, sich der Zeitschrift anzunehmen³¹, konzentrierte sich mit seinen Reformbestrebungen innerhalb der Eucken-Bewegung ganz auf die Zeitschrift. Um Ideen einer geistig-kulturellen Erneuerung in intellektuell anspruchsvolle Debatten einfließen zu lassen und sie von Vereinsvorschriften und der Rücksicht auf das kleinbürgerliche, mediokre Niveau der Euckenbündler³² zu befreien, übernahmen Edith und Walter Eucken 1925 die inhaltliche Verantwortung für die Zeitschrift. Als Herausgeber ohne größeren Einfluss auf den Inhalt fungierte bis Anfang 1928 Curt Hacker, ein Oberlehrer aus Berlin-Lichterfelde, dem Eucken in Briefen an seine Mutter „menschliche Kleinheit“ und „Unwahrhaftigkeit“ attestierte.

Walter Euckens Bereitschaft, sich intensiv um die Zeitschrift zu kümmern, war daran gebunden, im Titel die Distanz zum Bund zu markieren. So erschien sie ab April als „Die Tatwelt“. Die Redaktion lag bei Edith Eucken. Vom 2. Heft des Jahrgangs 1928 zeichnete sie auch als Herausgeberin. Auf dem Titelblatt stand fortan „Herausgegeben von E. Erdsiek, Freiburg i. Br.“.³³ Da seine Frau nun eigenverantwortlich handeln konnte, zog sich Walter Eucken nach und nach aus der Redaktionsarbeit zurück. Edith und Walter Eucken konnten für die „Tatwelt“ bedeutende Autoren gewinnen: Ludwig Aschoff, Erich Becher, Isaak Benrubi, Nikolaj Berdjajew, Friedrich Brie, Ju-

³⁰ Walter Eucken an Irene Eucken. Berlin, 27. Januar 1925 (ThULB, NL Rudolf Eucken VI/1), veröffentlicht in: *Walter Eucken* (2023, S. 159 f.).

³¹ Irene Eucken an Walter Eucken. Jena, 3. Dezember 1924 (ThULB, NL Walter Eucken, Korrespondenz).

³² So empfand Walter Eucken das Niveau der meisten Diskussionen und Veranstaltungen im Euckenbund. Belege dafür finden sich in zahlreichen Briefen, die teils in: *Walter Eucken* (2023) ediert sind, teils zur Einsicht in der ThULB (NL Rudolf Eucken V/11 und VI/1) liegen.

³³ Den meisten, die ab 1928 in der „Tatwelt“ veröffentlichten oder veröffentlichen wollten, war es unbekannt, wer E. Erdsiek war – sie schrieben an den „verehrten Herrn Dr. Erdsiek“. Vgl. dazu die zahlreichen Schreiben im NL Edith Eucken.

lius Ebbinghaus, Eugen Fink, Simon Frank, Dietrich Gerhard, Theodor Haering, Franz Himstedt, Ernst von Hippel, Günther Holstein, Hanns Horkheimer, Edmund Husserl, Karl Joël, Edgar Julius Jung, Arthur Liebert, Hans Liermann, Fritz Marschall von Bieberstein, Otto Most, Erich Przywara, Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Oscar A. H. Schmitz, Theodor Siegfried, Paul Simon, Fedor Stepun, Emil Utitz, Georg Wehrung und Erik Wolf.³⁴

Edith Eucken veröffentlichte von 1925 bis 1934 27 eigene Beiträge (zehn längere Aufsätze, 16 „Kritische Zeitglossen“, eine Rezension) und zwei Übersetzungen in der „Tatwelt“.³⁵ Im zweiten Heft der neuen Zeitschrift erläuterte sie die Grundzüge der Philosophie ihres Schwiegervaters für die Mitglieder des Bundes, denen die meisten der Originalwerke zu kompliziert waren und betonte in großer Übereinstimmung mit den Forderungen ihres Mannes: „Unsere Ethik wird entweder durch und durch Metaphysik sein müssen, oder sie wird unweigerlich herabsinken zur Bedeutung eines engen Predigertums einzelner Sittlichkeitsregeln, das die große Sache herabzieht anstatt sie zu fördern.“ (*Edith Eucken* 1925). Für das Rudolf-Eucken-Gedächtnisheft steuerte sie eine gute Einführung in Rudolf Euckens Philosophie des Geisteslebens bei (*Edith Eucken* 1927). In der Philosophie Rudolf Euckens, im Werk von Platon, Leibniz, Kant und Goethe findet Edith Eucken die Maßstäbe, um in ihren Aufsätzen und Glossen kulturelle Leistungen der Gegenwart zu beurteilen. Skeptizismus, Subjektivismus und Relativismus, fehlendes Gespür für die „Werte der geistigen Welt“, für „das Transzendente“ und für „das Reich der Ideen“ wirft sie so unterschiedlichen Autoren wie Bert Brecht und Stefan George, José Ortega y Gasset und Friedrich Sieburg vor. Sie kritisiert kulturelle Phänomene der Moderne – das Theater von Erwin Piscator, die Feuilletons von Alfred Kerr, die Gedichte Gottfried Benns, den *Ulysses* und die Stuttgarter Bauausstellung – als Modeströmungen, die keinen Beitrag zur Überwindung des Chaos und der Disharmonien leisten könnten. Bei aller Kritik – von den sprachlichen Leistungen Alfred Polgars, Klaus Manns, Karl Sternheims, Stefan Georges, Bert Brechts ist sie beeindruckt. Ihre konservative Kulturkritik führt sie nicht dazu, den Kapitalismus als Wirtschaftsform abzulehnen. Mit Worten, die ihr Mann 1926 in dem Aufsatz „Die geistige Krise

³⁴ Zu Edith Euckens Korrespondenz als Tatwelt-Herausgeberin vgl. die Übersicht Bibliographie und Nachlassverzeichnis Edith Eucken, veröffentlicht als *Freiburger Diskussionspapier zur Ordnungsökonomik* unter <https://www.eucken.de/publikationen/diskussionspapiere-ab-1998/>.

³⁵ Die Aufsätze und Übersetzungen erschienen unter dem Namen „E. Erdsiek“, die „Kritischen Zeitglossen“ unter dem Pseudonym „Janus“. Vor allem Walter Eucken wollte durch die Verwendung von Pseudonymen (auch er veröffentlichte die meisten seiner Tatwelt-Beiträge unter einem Pseudonym) verhindern, dass in der Zeitschrift nur ein Familienunternehmen gesehen wurde. Wir weisen in diesem Aufsatz nur die Tatwelt-Beiträge Edith Euckens nach, auf die wir direkt eingehen. Eine vollständige Bibliographie findet man in der in der Anm. 34 erwähnten Arbeit.

und der Kapitalismus“ (*Walter Eucken* 1926) verwendet, betont sie, dass es kein Zurück in vormoderne Zeiten gebe, wenn ein großer Teil der Weltbevölkerung nicht verhungern soll.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mussten sich der Euckenbund und die Redaktion der Zeitschrift „Die Tatwelt“ mit der Gleichschaltungspolitik auseinandersetzen. Die Jenaer Bundesleitung, prominente Mitglieder und mehrere Ortgruppenvorsitzende rangen um eine klare Stellung zum Nationalsozialismus. Einige führende Mitglieder forderten die Unterordnung des Bundes unter die Partei, andere plädierten für die Erhaltung der Eigenständigkeit, soweit sie unter den neuen Machthabern möglich war. Zu dieser Gruppe zählten im Herbst 1933 auch Edith und Walter Eucken.³⁶ Im Herbst 1933 publizierte er in der „Tatwelt“ ein klares Bekenntnis gegen die nationalsozialistische Wissenschaftsauffassung. In dem Aufsatz „Denken – Warum?“ kritisierte er „die öffentliche Meinung der Gegenwart“, der „Wille, Tatkraft, Blut, Natur“ wichtiger sind als Denken und die Suche nach der Wahrheit (*Walter Eucken* 1933). Friedrich Lutz setzte sich im gleichen Heft mit dem „Tat-Kreis“ auseinander, in dem er eine „für die Gegenwart typische Geisteshaltung“ repräsentiert sah, die im Relativismus und Subjektivismus und der Ablehnung der Wahrheitsidee ihren Grund habe. In der Wissenschaft und Kultur komme es aber gerade auf die objektive Erforschung von Zusammenhängen an (*Lutz* 1933).³⁷ Der „Tat-Kreis“ spielte zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Kritik schon keine Rolle mehr. Lutz’ Kritik richtete sich im Kern gegen eine Ideologie, die „ein den einzelnen Lebensgebieten immanentes Schwergewicht nicht anerkennt“, mithin alles den Zielen einer Partei unterwirft. In zwei Heften des Jahrgangs 1934 setzte sich Franz Böhm in systematischer Weise mit dem Verhältnis von Recht und Macht (*Böhm* 1934) auseinander. „Die Abhandlung enthält zwar keine explizite Stellungnahme zum Nationalsozialismus. Doch die Grundzüge der Staatsrechtslehre, die er hier entwickelt, widersprechen den Prinzipien und der Praxis des nationalsozialistischen Staates in zahlreichen Aspekten diametral.“³⁸

Während Paul Junker, der Verleger der „Tatwelt“, die theoretisch-grundsätzliche Kritik wichtiger Elemente der nationalsozialistischen Ideologie noch hinnahm³⁹, verlangte er, Aufsätze jüdischer Autoren abzulehnen. Diesen Ein-

³⁶ Zu diesen Diskussionen vgl. *Schäfer* (2020, S. 388–400). In diesem Kapitel „Der Euckenbund zwischen Gleichschaltung und Eigenständigkeit“ wertet Schäfer alle relevanten Quellen aus den Jenaer Eucken-Nachlässen aus.

³⁷ Zu diesem Aufsatz vgl. *Schäfer* (2020, S. 404).

³⁸ Zu Böhms Aufsatz vgl. *Schäfer* (2020, S. 406–08, Zitat S. 406).

³⁹ Dass Walter Euckens Aufsatz „Denken – Warum?“ nicht beanstandet und ohne Probleme veröffentlicht werden konnte, verwunderte Irene Eucken. Irene Eucken an Edith Eucken. Jena, 11. November 1933 (ThULB, NL Edith Eucken, Familienkorres-

griff in die Redaktionsarbeit akzeptierte Edith Eucken nicht. Sie stellte klar, dass die zugesagte juristische Freiheit in der Auswahl aller Beiträge obsolet sei, „wenn uns gleichzeitig eine Rücksichtnahme auf die Wünsche des Verla- ges nahegelegt wird, die diese Freiheit im Grunde wieder illusorisch macht?“⁴⁰ In der Auseinandersetzung zwischen ihr und Paul Junker kündigt sich der Konflikt an, der schließlich zum Rückzug der Herausgeberin führt und in dem Walter Eucken in mehreren Briefen⁴¹ an seine Mutter und seinen Bruder Par- tei ergreift.⁴²

Um den Euckenbund, die Zeitschrift und das dem internationalen Wissen- schaftler- und Studentenaustausch dienende Rudolf-Eucken-Haus finanziell abzusichern und dem Zugriff der NSDAP weitgehend zu entziehen, nahmen Irene und Ida Eucken Kontakt zum Auswärtigen Amt auf. Vor allem die Zeit- schrift und das Eucken-Haus könnten, so die beiden Damen, der kulturellen Auslandspropaganda dienen. Die Freiburger Euckens – Edith und Walter – wurden in diese Absprachen nicht einbezogen. Den Freiburgern wurde im Mai 1934 mitgeteilt, dass für die neuen Aufgaben auch ein neuer Mitarbeiter als Herausgeber zeichnen solle. Irene Eucken dachte an Hans Buchner, Han- delskammer-Syndikus in München und NS-Funktionär.⁴³ Buchner, und auch darüber wurden die Freiburger nur brieflich informiert, sollte schon auf der Euckenbund-Tagung des Jahres 1934 eine führende Rolle spielen. Vor allem Otto Most, ein alter Freund der Familie und früheres Mitglied des Reichstages für die DVP, sah darin die Chance gekommen, dem Bund größeren politischen Einfluss im Sinne der neuen Bewegung zu verschaffen. Diesem Vorhaben widersetzte sich Walter Eucken vehement. Most bat Irene Eucken, ihren Sohn für die Sache zu gewinnen und schrieb am 18. Mai 1934, dass er betrübt sei, zu sehen, wie sich Walter dem Ansinnen, die neue Macht mit dem Bund in Verbindung zu bringen, entgegenstellt.⁴⁴ Edith Eucken interpretierte den Vor- schlag, Buchner als Herausgeber einzusetzen, als den Versuch der Jenaer Bundesleitung, „eine Art Gleichschaltung“ anzustreben. Darauf könne sie

pondenz). Es muss offen bleiben, ob der Tatwelt-Verleger das Theoretisch-grundsätz- liche dieser Kritik erkannt hat.

⁴⁰ Zitiert nach *Schäfer* (2020, S. 412). Schäfer listet in den Anmerkungen 73 und 74 alle relevanten Briefe zu diesem Konflikt aus den Nachlässen von Edith Eucken, Irene Eucken und Walter Eucken auf.

⁴¹ Walter Eucken an Irene bzw. Arnold Eucken. Briefe vom 30. Mai, 9. Juni, 16. Juni, 9. August und 22. August 1934 (ThULB, NL Walter Eucken/Material zum Euckenbund).

⁴² Ausführlich dargestellt hat diesen Konflikt *Schäfer* (2020, S. 408–14).

⁴³ Irene Eucken an Walter Eucken. Jena, 6. Mai 1934 und Jena, 14. Mai 1934; Irene Eucken an Edith Eucken. Jena, 16. Mai 1934 (ThULB, NL Walter Eucken/Dokumente zum Euckenbund).

⁴⁴ Otto Most an Irene Eucken. Duisburg, 18. Mai 1934 (ThULB, NL Rudolf Eu- cken V/4, Bl. 1080).

„selbstverständlich niemals“ eingehen.⁴⁵ Dem Bestreben, Unterstützung vom Auswärtigen Amt zu erhalten, stand auch Edith Euckens Herkunft entgegen. Den neuen Gesetzen entsprechend, galt sie als „Halb-Jüdin“. Um hier nicht in Schwierigkeiten zu geraten, schlug Irene Eucken vor, dass Walter offiziell als Herausgeber fungiere, Edith aber im Hintergrund weiter die Geschäfte führe. Diesen Vorschlag lehnten beide ab. Edith Eucken trat als Herausgeberin zurück. Sie wird in der Zeitschrift, die sie, so ihr Mann, „von einem kleinen Hausblättchen zu einem Blatt von internationalem Namen entwickelte“⁴⁶, nur noch einen Beitrag publizieren: einen Nachruf auf ihre Schwiegermutter (*Edith Eucken* 1941)⁴⁷. Walter Eucken zog sich ganz von der Arbeit an der Zeitschrift zurück. Um einen „dauernden Familienkontrast“ zu vermeiden⁴⁸, begründete er seine Ablehnung des Vorschlages mit dem Verweis auf seine wissenschaftliche Arbeit. Als Nationalökonom werde er unglaublich, wenn er eine Zeitschrift mit Abhandlungen zur Philosophie, Kulturgeschichte, Kunst und Psychotherapie herausgebe.⁴⁹

Edith Eucken redigierte und leitete die „Tatwelt“ von Tübingen und Freiburg aus. Zum Sommersemester 1925 war Walter Eucken nach Tübingen und zum Wintersemester 1927/28 nach Freiburg berufen worden. In Tübingen lernte Edith Eucken Joseph Schumpeter kennen, der auf Einladung ihres Mannes einen Vortrag an der Universität hielt und bei ihnen wohnte. Sie diskutierte zu Hause mit, wenn Studenten kamen, um über ihre Arbeiten zu sprechen. Zwei dieser Studenten wurde später enge Kollegen Walter Euckens und gute Freunde der Familie – Friedrich Lutz und Leonhard Miksch.

Eine menschlich wie wissenschaftlich wichtige und dauernde Beziehung knüpften Edith und Walter Eucken zu Beginn ihrer Freiburger Zeit mit dem Philosophen Edmund Husserl. Er war ihnen kein Unbekannter. Als Edith Eucken im Rückblick auf den Wechsel von Tübingen nach Freiburg schrieb, „zu sehr hatte ich mich auf die Begegnung mit dem großen Denker gefreut“ (*Edith Eucken* 1981, S. 57), konnte sie daran anknüpfen, dass ihr Mann gerade zu der Zeit in Jena studiert hatte, als Rudolf Eucken sich intensiv mit Husserl befasste und diesen sogar für die Jenaer Universität gewinnen wollte⁵⁰, aber

⁴⁵ Edith Eucken an Irene Eucken. Freiburg, 29. Mai 1934 (ThULB, NL Walter Eucken/Dokumente zum Euckenbund).

⁴⁶ So Walter Eucken im Brief vom 9. Juni 1934.

⁴⁷ Dieser Nachruf blieb neben dem unten erwähnten Artikel zu Rudolf Eucken ihre einzige Veröffentlichung von 1935 bis 1945.

⁴⁸ Es war vor allem Arnold Euckens Anliegen, den Konflikt zwischen den Jenaer und Freiburger Familienangehörigen nicht zu verschärfen. Vgl. dazu Arnold Eucken an Walter Eucken. Göttingen, 10. Juni 1934 (ThULB, NL Walter Eucken/Material zum Euckenbund) sowie ebd. Walter Euckens Brief vom 16. Juni 1934.

⁴⁹ Ebd., Brief vom 9. August 1934.

⁵⁰ Vgl. dazu *Graf* (1996).

auch daran, dass sie Ende 1926 für die „Tatwelt“ einen Beitrag Husserls über ihren Schwiegervater (*Husserl* 1927) eingeworben hatte. Husserl hatte im Bestreben, auf streng wissenschaftlichem Wege zum Wesen der natürlichen und kulturellen Sachen vorzudringen, die neue Erkenntnismethode der Phänomenologie geschaffen, die weltweit für Philosophie und Einzelwissenschaften fruchtbar wurde. Als Eucken daran ging, seine Ideen einer methodologischen Neufundierung der theoretischen Nationalökonomie auszuarbeiten, übernahm er auch Anregungen Husserls. Mit Malvine und Edmund Husserl kamen Euckens alle 14 Tage zusammen. Dabei trafen sie Philosophen aus aller Welt. An den philosophischen Gesprächen beteiligte sich Edith Eucken meistens intensiver als ihr Mann. Husserl bezeichnete sie in Widmungen als „philosophische Freundin“. Edith Eucken war es, die Husserl, der um 1930 noch annahm, in Heidegger seinen philosophischen Nachfolger gefunden zu haben, darauf hinwies, dass *Sein und Zeit* (*Heidegger* 1927) ein ganz anderes Anliegen habe. Hans Jonas, Schüler von Husserl und Heidegger, erinnerte sich:

„Es war eine Dame in Freiburg, Frau Eucken, die Schwiegertochter des bekannten Philosophen und die Gattin eines Professors, des Sohnes Euckens, an der Universität in Freiburg, die befreundet war mit Husserl und ihm auch die Treue hielt, als andere ihn einsam ließen in Freiburg. Es war sie, die Ende der zwanziger Jahre oder Anfang der dreißiger Jahre zu Husserl sagte: ‚Aber Herr Husserl, der Mann ist doch völlig gegen sie, ist doch völlig entgegengesetzt zu all dem, was sie wollen.‘ Darauf setzte Husserl sich hin und nahm sich die Mühe, ‚Sein und Zeit‘ zu studieren.“ (*Jonas* 2013, S. 219)

Nach 1933 vermied Heidegger jeden Kontakt mit Husserl, der Jude war, und jedes Bekenntnis zu ihm. Dies ist bekannt und muss hier nicht weiter behandelt werden. Euckens hingegen vertieften die Freundschaft. Husserl wurde 1933, als die Judenverfolgung voll im Gang war, der Pate ihrer Tochter Irene. Beide halfen Husserls in praktischen Fragen, suchten aber auch immer wieder das philosophische Gespräch.⁵¹ Für Edith Eucken war es eine besondere Freude, dass Husserl sie nach der Veröffentlichung eines Artikels über Rudolf Eucken (*Edith Eucken* 1936) anrief und erklärte „wie lebendig die Gestalt von Vater ihm geworden wäre und wie sehr er sich an das Zusammentreffen mit ihm erinnerte, als er diesen Aufsatz gelesen hatte“.⁵²

In der Freiburger Goethestraße setzten Edith und Walter Eucken die Jenaer Familientradition fort, Freunde und Bekannte einzuladen, um mit ihnen über Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Kunst und Literatur zu reden. Es kamen Fakultätskollegen und Kollegen anderer Fakultäten, Doktoranden und Studenten, Wissenschaftler anderer Universitäten (u. a. Erwin von Beckerath, Hans

⁵¹ Zu den wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Husserl und Eucken und zur Freundschaft zwischen den Familien vgl. *Vongehr* (2009) und *Dathe* (2009).

⁵² Walter Eucken an Irene Eucken. Freiburg, 5. Dezember 1936 (ThULB, NL Rudolf Eucken V/12, Bl. 188).

Gestrich, Gottfried Haberler, Friedrich August von Hayek, August Lösch, Günter Schmolders, Heinrich von Stackelberg, Richard von Strigl), aber auch Persönlichkeiten wie der Theologe und spätere Kardinal Joseph Höffner, die Schriftstellerin Ricarda Huch, die Juristinnen Karola Fettweis und Maria Plum, der Musikwissenschaftler Wilibald Gurlitt, der Bildhauer Richard Engelmann und der Chorleiter, Slawist und Übersetzer Alexander Kresling. Manche von denen, die gern bei Euckens waren, konnten nach und nach nicht mehr kommen – befreundete Kollegen wie der Physiker Georg von Hevesy, der Internist Siegfried Thannhauser sowie die Juristen Fritz Pringsheim und Andreas Bertalan Schwarz mussten als Juden Deutschland verlassen. Es waren auch diese Verluste, die zu den Klagen Walter Euckens führten, dass es die akademische Geselligkeit, die er und Edith so liebten, nun nicht mehr gebe.

Mit wissenschaftlich und politisch gleichgesinnten Kollegen kamen Euckens nach 1933 in Karl Diehls Privatseminar „Der Einzelne und die Gemeinschaft“ zusammen. Außer ihnen und dem Gastgeber gehörten vom Sommersemester 1934 bis zu dessen Tod im Mai 1943 die Ökonomen Adolf Lampe und ab 1937 Constantin von Dietze, die Historiker Gerhard Ritter und ab 1938 Clemens Bauer und der Physiker Gustav Mie mit ihren Ehefrauen zu dem Gesprächskreis, in dem „in wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit und Offenheit“ (von Dietze) grundsätzliche Fragen der politischen und wirtschaftlichen Ordnung, aber auch politische Tagesereignisse besprochen wurden.

Edith Eucken wird sich vor allem an den philosophischen Diskussionen dieses Kreises beteiligt haben. In den 1930er Jahren arbeitete sie an einem Buch, mit dem sie den philosophischen Idealismus verteidigen und positivistische und relativistische Auffassungen kritisieren wollte.⁵³

Am 12. Januar 1940 gratulierte Alexander Rüstow Eucken zu den *Grundlagen der Nationalökonomie* (Walter Eucken 1940):

„Zu Ihrem Buch kann man Sie und uns alle nur beglückwünschen. Dieser Glückwunsch gilt nicht zuletzt neben Ihnen als dem Vater auch der Mutter des Buches, Ihrer lieben Frau. Man lernt erst heute wieder von Grund auf, was eigentlich Ehe und Familie ist und bedeutet. Und je mehr überall unter den Stößen dieses Erdbebens Anstrich und Putz herunterfällt und die Quadern wieder sichtbar werden, desto mehr fühlt man sich gedrungen, radikal von Grund auf, zu denken. Das spürt man auch auf jeder Seite Ihres Buches. – Leben Sie recht wohl. Meine Frau grüßt Sie und die lieben Ihrigen mit mir auf das herzlichste! Ihr A.“⁵⁴

⁵³ Walter Eucken schrieb seiner Frau am 28. Januar 1938 mit Blick auf „antiidealistische“ Positionen, dass es wichtig sei, „daß Du Dein Buch herausbringst“ (ThULB, NL Walter Eucken/Korrespondenz). Manuskripte zu diesem Buch sind nicht überliefert.

⁵⁴ Alexander Rüstow an Walter Eucken. Genf, 12. Januar 1940 (BArch Koblenz, N 1169/3, Bl. 362–65).

Eucken hat drei Jahre an dem Buch gearbeitet. In diesen drei Jahren kam es mehrmals zu Konflikten mit nationalsozialistischen Funktionären und Organisationen. Um ihn zu verunsichern, wurde auch auf die Herkunft seiner Frau verwiesen.⁵⁵ Für die Familie – Euckens hatten drei Kinder⁵⁶ – ergab sich daraus eine ständige Bedrohungslage. Da auch ihre Brüder in Konflikte mit nationalsozialistischen Behörden gerieten und im Falle von Heinz Erdsiek ebenfalls die Herkunft der Mutter zum Gegenstand von Nachforschungen offizieller Stellen wurde, begann Edith Eucken einen langen Kampf mit den Behörden, in dem es ihr gelang, den „arischen Anteil“ der Familie ihrer Mutter zu vergrößern; auch sie galt hinfort offiziell nicht mehr als „Halbjüdin“. Zur „Mutter des Buches“ wurde Edith Eucken nicht durch Beiträge zur Lösung der „großen Antinomie“ oder zur Fassung der „Marktformenlehre“, sondern durch die Umsicht, mit der sie ihrem Mann konzentriertes Arbeiten in einer schwierigen Lebensphase ermöglichte. Zudem sprechen viele Andeutungen Euckens in Briefen und auf Notizzetteln dafür, dass seine Frau mit ihm über die im Buch angesprochenen philosophischen Fragen gesprochen hat und ihm in stilistischen Fragen eine Ratgeberin war. „Gelesen“, so erinnert sich ihre Tochter Irene, „hat sie die ‚Grundlagen‘ erst, als sie veröffentlicht waren.“ (Irene Oswalt-Eucken 2014, S. 75).

Rüstow hatte Euckens im Frühjahr 1939 den ersten Entwurf seines Hauptwerkes *Die Ortsbestimmung der Gegenwart* (Rüstow 1950–1957) geschickt. Edith und Walter Eucken diskutierten in Freiburg intensiv über diese Arbeit und gingen in Briefen an den in Istanbul im Exil lebenden Freund auf sie ein.⁵⁷

Nach einer Sitzung des Diehl-Seminars wurden einige der Teilnehmer Zeugen des Brandanschlags auf die Freiburger Synagoge. Sie fassten den Entschluss, sich in einem geistigen Widerstand zu organisieren. Im Dezember 1938 kam auf Initiative Adolf Lampes und Constantin von Dietzes⁵⁸ erstmals ein Kreis von Freiburger Gelehrten und deren Ehefrauen zusammen, der bald um evangelische und katholische Theologen erweitert wurde. Dieser Kreis, das Freiburger Konzil, traf sich bis zum September 1944 regelmäßig in der Wohnung eines Beteiligten, um im Anschluss an einen Vortrag Fragen

⁵⁵ Vgl. hier vor allem Walter Euckens Schreiben an den Rektor der Universität Freiburg, Freiburg, 8. April 1937 (Universitätsarchiv Freiburg, B 0024).

⁵⁶ Die Töchter wurden am 7. September 1933 und am 2. Februar 1935 geboren, der Sohn am 6. April 1939.

⁵⁷ Vgl. beispielsweise Walter Euckens Briefe an Alexander Rüstow vom 16. Mai 1939 und 25. März/4. April 1941 (BArch Koblenz, N 1169/3, Bl. 332f. und 383) und am Wilhelm Röpke vom 16. Februar 1941 und 11. April 1941 (Institut für Wirtschaftspolitik Köln, NL Röpke).

⁵⁸ Zur Herausbildung dieses Kreises vgl. Gerhard Ritters Erinnerungen in: *Ritter* (1964, S. 513).

des christlichen Widerstandsrechts, des Naturrechts und der christlichen Ethik, des Verhältnisses von Wirtschaft und Recht und einer anzustrebenden Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung zu diskutieren.⁵⁹ Aus diesen Diskussionen gingen zwei Denkschriften hervor, in denen die nationalsozialistische Politik und Ideologie unmissverständlich kritisiert werden: Ende 1938 die für die Leitung der Bekennenden Kirche bestimmte Schrift *Kirche und Welt. Eine notwendige Besinnung auf die Aufgaben des Christen und der Kirche in unserer Zeit*⁶⁰ und Anfang 1943 die im Auftrag von Dietrich Bonhoeffer verfasste Schrift *Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit*⁶¹. In der zweiten Denkschrift entwarfen die Autoren ein Staats- und Gesellschaftsmodell, das im strikten Gegensatz zur nationalsozialistischen Herrschaft und zu allen Staats- und Gesellschaftsplanungen nationalsozialistischer Kreise stand. Drei Autoren der zweiten Denkschrift (Constantin von Dietze, Adolf Lampe und Gerhard Ritter) wurden im Herbst 1944 verhaftet, im Zellengefängnis Lehrter Straße in Berlin-Moabit inhaftiert und gefoltert und als Hochverräter angeklagt. Eucken wurde in Freiburg vor der Gestapo zwei Tage lang verhört.

Die unmittelbare Nachkriegszeit war für die Familie Eucken von außergewöhnlichen Anstrengungen und Entbehrungen gekennzeichnet. Die Wohnung in der Goethestraße wäre beinahe durch die französischen Besatzer beschlagnahmt worden. Zurückblickend erinnerte sich Edith Eucken auch an das „Hamstern“ in der ländlichen Umgebung Freiburgs: Mit einem Leiterwagen ausgestattet besuchte sie Bauernhöfe, um Zigaretten gegen dringend benötigte Lebensmittel wie Kartoffeln, Mais und Pflaumen zu tauschen (*Edith Eucken* 1974, S. 13–14).

Die schlechte Ernährungslage in der Stadt Freiburg war Gegenstand zweier Gutachten, die Walter Eucken im Jahr 1945 gemeinsam mit Koautoren für die französische Militärregierung anfertigte. Im November wurde er gebeten, die Franzosen als ständiger Gutachter in Wirtschaftsfragen zu beraten (vgl. *Klinckowstroem* 2023, S. 218–23). Ab dem Beginn des Jahres 1946 fanden wieder Lehrveranstaltungen an der Universität Freiburg statt. Walter Eucken baute sein Engagement in der wirtschaftspolitischen Beratung dennoch weiter aus. In den folgenden Jahren wurde er u. a. Gründungsmitglied des (späteren) Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft sowie

⁵⁹ Zum Freiburger Konzil vgl. *Klinckowstroem* (2023, S. 177–81 mit vielen Verweisen auf weitere Arbeiten zu diesem Kreis sowie *Rübsam/Schadek* (1990) mit Abbildungen und Dokumenten.

⁶⁰ Ediert von Reinhard Hauf in: *Schwabe/Reichardt* (1984, S. 634–54).

⁶¹ Ediert von Reinhard Hauf in: *Schwabe/Reichardt* (1984, S. 655–774).

Gründungsmitglied und einer von fünf Vizepräsidenten der internationalen Mont Pèlerin Society (vgl. Caldwell 2022).

In diese Zeit fallen die ersten Veröffentlichungen Edith Euckens nach Kriegsende. Zuletzt war im Jahr 1941 ein Nachruf auf ihre Schwiegermutter Irene Eucken in der Tatwelt erschienen. Sieben Jahre später veröffentlichte sie nun ein Essay mit dem vielsagenden Titel „Chaos und Stagnation“ (Edith Eucken 1948). Kurz darauf folgte anlässlich von Johann Wolfgang von Goethes 200. Geburtstag der Artikel „Goethe and the Crisis of Our Time“ in der britischen Zeitschrift „Time and Tide“ (Edith Eucken 1949).

Hintergrund der Veröffentlichung von „Chaos und Stagnation“ war die Gründung der wissenschaftlichen Zeitschrift „ORDO“ durch Walter Eucken und Böhm. Die erste Ausgabe wurde mit Aufsätzen von Hayek („Wahrer und falscher Individualismus“) und Walter Eucken („Das ordnungspolitische Problem“) eingeleitet. Diesem fachwissenschaftlichen Teil ist der Essay von Edith Eucken als „Prolog“ vorangestellt. Wie Wendula von Klinckowstroem feststellt, handelt es sich bei dem Text um eine „Standortbestimmung aus kulturphilosophischer Perspektive, um eine Diagnose des vorherrschenden Lebensgefühls der Menschen“ (Klinckowstroem 2008, S. 402). In dem Essay fordert Edith Eucken ihre Landsleute auf: „Es gilt wieder zu Ehren zu bringen, was, in der Vergangenheit geschändet, immer von neuem in Gefahr ist geschändet zu werden: die Freiheit des Menschen und die Notwendigkeit der Dinge“ (Edith Eucken 1948, S. 14). Zudem bringt sie die feste Überzeugung zum Ausdruck, dass Ideen langfristig die Welt zum Besseren verändern können: „Abseits vom Getriebe des Tages entstehen die Gedanken, die die Wirklichkeit von morgen gestalten werden. Und ihre stille Gewalt wirkt auch nicht unmittelbar auf den Tag sondern auf die Dauer“ (ebd., S. 15).

Edith Euckens erste Buchpublikation erschien 1950 in der Laupp'schen Buchhandlung, einem Imprint des Verlags J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Das Buch trägt den Titel *Größe und Wahn. Drei Essays über Friedrich II, Napoleon I, Hitler* (Edith Eucken 1950). Damit legte sie kurz nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft eines der ersten Bücher über Hitler vor.

Sie hatte seit Beginn der 1940er Jahre an diesem Buch gearbeitet. Während des Krieges begann Edith Eucken sich „Seiten um Seiten Notizen [zu machen] als Grundlage für eine spätere Darstellung“ Hitlers.⁶² *Größe und Wahn* muss Ende des Jahres 1944 bereits in den Grundzügen fertig gewesen sein. Um die drei Kinder vor dem herannahenden Krieg zu schützen, hatten die Euckens diese beim Ehepaar Leffson im Suggental außerhalb von Freiburg untergebracht. Edith und Walter Eucken wanderten regelmäßig am Wochen-

⁶² Edith Eucken: Radiointerview vom 3. März 1974, auszugsweise Abschrift (Walter Eucken Institut Freiburg/Institutsarchiv).

ende ins Suggental, um ihre Kinder zu besuchen.⁶³ Bei einem solchen Besuch wurde eine frühe Fassung des Buchs diskutiert.⁶⁴

Größe und Wahn besteht aus drei eigenständigen Essays, die sich mit historischen Figuren beschäftigen, die teilweise als „große Männer“ der Geschichte aufgefasst werden. Die Exposition der drei Figuren dient dazu zu zeigen, dass Hitler nach den Kriterien des Buches keine historische Größe besitzt.⁶⁵ Auffällig ist, dass es sich bei dem Hitler-Essay über weite Strecken um eine Deutung der psychologischen Motive handelt, die den Diktator angetrieben haben könnten. Offenbar interessierte sich Edith Eucken in den Kriegsjahren stark für Psychologie. Sie las Sigmund Freud und hörte ab dem Jahr 1942 in Freiburg Vorlesungen beim Psychologen (und Philosophen) Robert Heiß.⁶⁶

Was den Charakter Hitlers angeht, so vermutet Edith Eucken, dass er aufgrund seiner persönlichen Unfähigkeit zur Leistung (sie sagt auch: „Nichtigkeit“) zu einem Mörder und Feind der Freiheit wurde. Aus heutiger Sicht von besonderem Interesse sind die Passagen, in denen sie das Phänomen Hitler in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext einordnet: So argumentiert Edith Eucken hier und an anderer Stelle, dass Hitler die deutsche Bevölkerung über seine wahren Absichten getäuscht habe. Gleichzeitig stellt sie fest, dass zumindest die Eliten für seinen Aufstieg mitverantwortlich waren: „Wo war die deutsche Führungsschicht in der Stunde, als es galt, die Freiheit gegen den schlimmsten Feind zu verteidigen, der sich auf deutschem Boden je gegen sie erhoben hat?“ (*Edith Eucken* 1950, S. 179). Von bleibender Bedeutung ist auch ihre Beobachtung der besonderen Dynamik, die aus der Beziehung zwischen Führer und Massengefolschaft entsteht.

Kurz vor der Veröffentlichung von *Größe und Wahn* starb Walter Eucken überraschend auf einer Vortragsreise in London. Edith Eucken hatte ihren Mann ins Vereinigte Königreich begleitet, wo er auf Einladung Hayeks eine Vortragreihe an der London School of Economics halten sollte. Druckfahnen von *Größe und Wahn* wurden ihr ins Hotel nachgeschickt (vgl. *Klinckowstroem* 2023, S. 269). Walter Eucken hielt drei der fünf geplanten Vorträge, bevor er am 20. März 1950 im Alter von nur 59 Jahren verstarb. Seine Frau berichtete: „Eine Grippeerkrankung zwang ihn, den vierten [Vortrag] vorlesen zu lassen. Unmittelbar vor dem fünften, als er bereits genesen schien, ereilte ihn der Tod.“ (*Edith Eucken* 1951, S. III). Die Londoner Vorträge erschienen im Jahr 1951 auf Deutsch und Englisch. Der Titel des Bandes, *Unser Zeitalter*

⁶³ Vgl. *Oswalt-Eucken* (2014, S. 79). Die Gastgeber waren die Eltern von Ulrich Leffson, einem Doktorschnüler Walter Euckens.

⁶⁴ Wir danken Christoph Eucken für diese biographische Mitteilung.

⁶⁵ Zum Thema der historischen Größe der drei Protagonisten vgl. die exzellente zeitgenössische Buchrezension von *Wolf* (1951).

⁶⁶ Auch diese Mitteilung verdanken wir Christoph Eucken.

der Misserfolge, wurde von Edith Eucken in Abstimmung mit dem Verleger Hans Georg Siebeck ausgewählt.⁶⁷

Im Folgenden konzentrierte sich Edith Eucken auf die Herausgabe von Walter Euckens noch unveröffentlichten Hauptwerk *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (Walter Eucken 1952). Diese Arbeit unternahm sie zusammen mit Euckens Schüler und ehemaligem Mitarbeiter Karl Paul Hensel. Das Manuskript lag größtenteils maschinenschriftlich vor, wurde aber von den Herausgebern bearbeitet. Vorarbeiten und Notizen wurden daraufhin geprüft, ob sie Eingang in den Text finden sollten. Die veröffentlichte Fassung enthält sowohl Anmerkungen der Herausgeber (die entsprechend gekennzeichnet sind) als auch zwei Textstellen, die von Hensel verfasst und gezeichnet wurden.

Die Entstehungsgeschichte der *Grundsätze* ist anhand der nachgelassenen Papiere von Edith Eucken nicht im Detail nachvollziehbar. Hensels Nachlass ist verstreut. Wir wissen allerdings, dass Edith Eucken und Hensel unterschiedlicher Meinung darüber waren, wie mit dem Manuskript umzugehen wäre. Christoph Eucken hat den Konflikt uns gegenüber wie folgt beschrieben: „Soll man ein unvollendetes Werk streng authentisch wiedergeben oder soll man versuchen, es gemäß seiner Bedeutung dem Publikum nahe zu bringen“ (Mitteilung an die Autoren vom 4. März 2024). Hensel stellte sich auf den ersten Standpunkt und war bereit, das Werk „als Torso“ (ebd.) zu veröffentlichen. Edith Eucken dagegen wollte einen vollständigen Text präsentieren und war willens, zu diesem Zweck Eingriffe vorzunehmen. Die editorischen Entscheidungen der beiden Herausgeber werden bei der Neuveröffentlichung der *Grundsätze* im Rahmen von Walter Euckens *Gesammelten Schriften* deutlich werden.

Edith Eucken machte sich noch auf andere Weise um das wissenschaftliche Erbe ihres Mannes verdient. Etwa vier Jahre nach seinem Tod, am 11. Januar 1954, gelang die Gründung des Walter Eucken Instituts, das sein „Werk fortführen und an der Lösung jener Fragen weiterarbeiten soll, denen Walter Eucken seine wissenschaftliche und praktische Tätigkeit gewidmet hat“ (*Ohne Verfasser* 1956, S. 401). Eine weitere Aufgabe bestand in der Erschließung von Walter Euckens nachgelassenen Werken.⁶⁸ Edith Eucken war es zu verdanken, dass der damalige Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard die Gründung des Instituts finanziell unterstützte (vgl. *Klinckowstroem* 2008,

⁶⁷ Zum Aufenthalt der Euckens in London und zur Veröffentlichung der Vorträge vgl. den editorischen Bericht im Band II/3 der *Gesammelten Schriften* Walter Euckens (Walter Eucken 1951).

⁶⁸ Dieser Aufgabe kommt das Walter Eucken Institut bis heute nach, mit Unterstützung durch weitere institutionelle Partner. Zum Stand der Erschließung vgl. *Dathe/Nientiedt* (2024).

S. 398–99). Zusammen mit Böhm, Erhard, Hayek u. a. wurde sie Mitglied des wissenschaftlichen Kuratoriums des Instituts. Über ihre Rolle berichtet von Klinckowstroem: „Die Arbeit des Instituts hat [Edith Eucken] bis zu ihrem Tod mit Rat und Tat begleitet. Zu den einmal im Semester stattfindenden Ausspracheabenden des Instituts lud sie in ihre Wohnung ein“ (ebd., S. 399). Die Entwicklung des von Walter Eucken angestoßenen Forschungsprogramms begleitete Edith Eucken mitunter auch kritisch. In einem Gespräch über die Bedeutung des Adjektivs im Begriff Soziale Marktwirtschaft warf sie den Diskutierenden einmal vor: „Ihr seid ja alle ‚verhayekt‘“ (zitiert nach *Starbatty* 1996, S. 6).⁶⁹

Edith und Walter Eucken hatten ihre Wohnung in der Goethestraße häufig für Freunde, Bekannte, Kollegen von der Universität und Studierende geöffnet. Diese alte Familientradition aus Jena setzte Edith Eucken auch als Witwe fort. Sie war eine begabte Netzwerkerin, die Menschen zusammenbrachte und die im persönlichen Gespräch und in der Briefkorrespondenz zu überzeugen wusste. Ein Nachruf beschreibt diese Eigenschaft wie folgt: „Im 19. Jahrhundert hätte [Edith Eucken] einen politischen Salon geführt, in dem Philosophen, Historiker, Theologen, die Köpfe der ‚Économie politique‘, verkehrt hätten“ (*Götz* 1985, S. 4).

Engen Kontakt pflegte sie zu den Freunden und Schülern ihres Mannes, die sich als „Eucken-Kreis“ jährlich in ihrer Wohnung trafen (vgl. *Klinckowstroem* 2008, S. 399). Edith Eucken war Mitglied der Mont Pèlerin Society und eine häufige Teilnehmerin der Jahrestagungen (vgl. *Plehwe* 2015, S. 20). Eine Kontroverse innerhalb der Gesellschaft aus dem Jahr 1955 zeigt beispielhaft ihre hervorragende Vernetzung sowie ihre Fähigkeit, zwischen verschiedenen wissenschaftlichen und weltanschaulichen Lagern zu vermitteln (vgl. *Köhler/Nientiedt* 2017). Darüber hinaus war Edith Eucken in zahlreichen Stiftungen, Vereinigungen u. a. aktiv. Im Nachlass nachweisbar sind folgende Mitgliedschaften: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“, Bund Freiheit der Wissenschaft, Europa Union Deutschland, Freiburger Akademikerinnen, Freiwirtschaftsbund, Gesellschaft der Freunde des Deutsch-Amerikanischen Akademischen Austauschs, Gesellschaft für Bürgerrechte, Ludwig-Erhard-Stiftung, Mont Pèlerin Society, Stiftung für Abendländische Besinnung, Walter Eucken Institut.

Kurz vor dem Aufbruch nach London – und beziehungsweise auf *Größe und Wahn* – hatte Walter Eucken gegenüber seiner ältesten Tochter Irene geäußert: „Für mich ist es das Wichtigste, dass eure Mutter wieder publiziert“ (*Irene Oswalt-Eucken* 2014, S. 75). Dies entsprach auch dem Wunsch von Edith Eu-

⁶⁹ Hayek wurde im Jahr 1962 an die Universität Freiburg berufen und im Jahr 1963 Mitglied des Vorstands des Walter Eucken Instituts. Er setzte dabei auch neue inhaltliche Akzente. Vgl. *Vanberg* (2013).

cken. In der Nachkriegszeit entfaltete sie eine rege publizistische Tätigkeit. Sie verfasste zahlreiche Essays, die u. a. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der „Neuen Zürcher Zeitung“, den „Schweizer Monatsheften“, „ORDO“ und dem „Philosophischen Jahrbuch“ veröffentlicht wurden. Dazu kamen kurze Monografien sowie Sammelbände mit veröffentlichten und unveröffentlichten Arbeiten. In den 1960er Jahren schrieb sie außerdem Radiobeiträge für den Westdeutschen Rundfunk.⁷⁰

Wirtschaftliche Fragen spielen in diesen Texten kaum eine Rolle. Eine Ausnahme bildet der schmale Band *Die Ordnung in der wir leben* zu dem Erhard das Geleitwort beisteuerte (Edith Eucken 1961). Der Band fasst das wirtschaftspolitische Programm des Ordoliberalismus in allgemein verständlicher Sprache zusammen, setzt aber keine eigenen Akzente. Bemerkenswert ist der inhaltliche Bezug auf das Werk *Der Weg zur Knechtschaft* (Hayek 1945), das von Edith Eucken – durchaus zurecht – in den Kanon ordoliberaler Schriften integriert wird.⁷¹

Bereits in der Weimarer Zeit hatte sich Edith Eucken in ihren Publikationen als konservative Kritikerin des Zeitgeistes gezeigt. Diese Haltung wirkte in der Bundesrepublik deutlich verändert weiter. Nicht mehr ein philosophischer Idealismus bildete den Maßstab der Kritik, sondern das Ausgehen vom geschichtlich Bewährten und die Ausrichtung auf das Ideal der persönlichen Freiheit. Sie fühlte sich dem Liberalismus Walter Euckens und seines Umfelds verbunden. So betonte sie, dass die wirtschaftlichen und politischen Institutionen der Bundesrepublik dem Ziel dienten, die Freiheit des Individuums zu schützen:

„Die Männer, auf deren Gedanken unsere Gesellschaftsform beruht, [haben] das schwierige Problem von Freiheit und Ordnung dadurch zu lösen versucht, daß sie unsere Ordnung ganz auf die Idee der Freiheit gründeten. Welches der drei tragenden Prinzipien man auch nimmt: den Rechtsstaat, die Wirtschaftsverfassung oder die parlamentarische Demokratie, jedes empfängt seinen Sinn nur von der Freiheit her.“ (Edith Eucken 1970, S. 116)⁷²

⁷⁰ Im Nachlass von Edith Eucken befinden sich elf Manuskripte für den Westdeutschen Rundfunk aus den Jahren 1961–1967. Die Themen dieser Beiträge wurden in späteren Veröffentlichungen wieder aufgegriffen. Es existieren z. B. Manuskripte über Otto von Bismarck, Winston Churchill, Wladimir Iljitsch Lenin, Benito Mussolini, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin, die auch in *Edith Eucken* (1980) porträtiert werden.

⁷¹ Zum ordoliberalen Charakter von *Der Weg zur Knechtschaft* siehe Koley (2024).

⁷² Während Edith Eucken die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik ausdrücklich lobte, sah sie Elemente der direkten Demokratie als freiheitsbedrohend an. Mit Blick auf die Studentenbewegung äußert sie: „[Die jungen Radikalen] erhoffen alles von plebiszitären Methoden, die in unserer Massengesellschaft das Ende der Freiheit bedeuten würden“ (Edith Eucken 1970, S. 118).

In ihren eigenen Publikationen beschäftigte sich Edith Eucken jedoch weniger mit der Weiterentwicklung einer liberalen Gesellschaftsordnung. Ihr ging es vornehmlich um die kritische Auseinandersetzung mit denjenigen Strömungen, die die bestehende Ordnung herausfordern oder infrage stellen. In den 1960er und 1970er Jahren identifizierte Edith Eucken vor allem zwei solche Strömungen: Die radikale Linke, wie sie von der westdeutschen Studentenbewegung repräsentiert wurde; und die steigende Technisierung, „das vor uns liegende kybernetische Zeitalter“ (*Edith Eucken* 1981, S. 14).

Ihre Essays gegen die radikale Linke sind in den Sammelbänden *Die Macht der Minderheit* (*Edith Eucken* 1970) und *Magie der Extreme* (*Edith Eucken* 1981) zusammengefasst. Es handelt sich um Reaktionen auf die Studentenbewegung der 1960er Jahre, deren (gesellschafts-)politisches Programm Edith Eucken mit den Schlagworten „Kampf den Autoritäten – Umsturz der Gesellschaft – Abschaffung des Staates“ umreißt (*Edith Eucken* 1970, S. 23). Die Texte befassen sich mit den Vordenkern der Studentenbewegung und ihren Ideen, etwa mit dem Neomarxismus von Herbert Marcuse, dem Surrealismus von Louis Aragon oder der politischen Theologie von Dorothee Sölle.

Unter ihren Kritikpunkten tritt einer besonders hervor: Edith Eucken zeigte sich besorgt über die Tendenz der radikalen Linken, ihre gesellschaftspolitischen Ziele notfalls mit Gewalt herbeiführen zu wollen. Zwar erkannte sie, dass es sich dabei um eine „kleine, sich heute in den Vordergrund drängende Minderheit“ handelte (*Edith Eucken* 1981, S. 122). Gleichzeitig warnte sie, dass auch eine Minderheit eine große Wirkung entfalten könne, wenn die Mehrheit sich passiv verhalte. An verschiedenen Stellen wird deutlich, dass dahinter die Sorge stand, dass in Deutschland erneut ein totalitäres politisches System – diesmal von links – errichtet werden könnte.

Die zweite Herausforderung für die bundesrepublikanische Gesellschaft sah Edith Eucken in der fortschreitenden Technisierung.⁷³ Sie diagnostizierte ein damit verbundenes einseitiges Leistungsdenken und problematisierte das Verhältnis von Technik bzw. Naturwissenschaft und „geistig-literarischer Kultur“ (ebd., S. 12). Der Kern der Kritik lag aber wohl darin, dass sie annahm, dass die stetige Verbesserung der Technik ein falsches Machbarkeitsdenken im Bereich der Politik nach sich ziehen würde:

„Andere – fasziniert durch die Wundertaten der Technik, die das Natürliche oft so trefflich durch Künstliches zu ersetzen weiß – glauben, es sei ebenso einfach, Ordnungen zu fabrizieren wie Kunststoffe, auf jeden Fall ohne weiteres eine unvergleichlich bessere Ordnung als diejenige, die durch die Anstrengungen vieler Generationen langsam gewachsen ist.“ (*Edith Eucken* 1970, S. 115)

⁷³ Im Gegensatz dazu betrachtete Walter Eucken in seiner Rolle als Wirtschaftswissenschaftler den technischen Fortschritt als etwas Positives, weil er seiner Ansicht nach zu mehr Wettbewerb führt. Vgl. *Feld et al.* (2016, S. 24–26).

Obwohl Edith Eucken in der Nachkriegszeit häufig als konservative Verteidigerin der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung auftrat, wies sie auch auf mögliche oder notwendige Reformen hin. Dringenden Reformbedarf sah sie vor allem im Bildungswesen und beim Umweltschutz (*Edith Eucken* 1971, S. 29). Den Prozess der europäischen Integration begleitete sie offenbar mit Wohlwollen.⁷⁴

Sie vertrat einen Konservatismus, der die tradierten „Werte der geistigen Welt“ – insbesondere die abendländische Kultur und den politischen Wert der Freiheit – erhalten wollte, ohne sich gesellschaftlichen Veränderungen zu verschließen. Einem Essay über die Bedeutung der Tradition stellte Edith Eucken ein Zitat von Leszek Kołakowski voran, das diese Haltung prägnant ausdrückt: „Eine Gesellschaft, in der der Kult der Tradition allmächtig wird, ist zur Stagnation verurteilt; eine Gesellschaft, in der die Revolte gegen die Tradition universell wird, ist zur Vernichtung verurteilt“ (*Edith Eucken* 1981, S. 9).

Edith Eucken verstarb am 22. Juni 1985 in Freiburg. Unter den Trauernden bei der Beerdigung in Freiburg-Günterstal befanden sich der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, der Rektor der Universität Freiburg sowie ihr alter Weggefährte Hayek, der auch die Grabrede hielt (vgl. *Neue Zürcher Zeitung* 1985).

Literatur

Archive

Bundesarchiv Koblenz (BArch)

- Nachlass Alexander Rüstow

Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem

- Jewish Community Königsberg i. Pr.

Institut für Wirtschaftspolitik Köln

- Nachlass Wilhelm Röpke

Landesbibliothek Oldenburg

- Nachlass Hermann Schumacher

Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB)

- Nachlass Edith Eucken
- Nachlass Rudolf Eucken
- Nachlass Walter Eucken

⁷⁴ Edith Eucken: Radiointerview vom 3. März 1974, auszugsweise Abschrift (Walter Eucken Institut Freiburg/Institutsarchiv).

Universitätsarchiv Freiburg

– Bestand B 0024

Walter Eucken Institut Freiburg

– Sammlung zu Edith Eucken

Veröffentlichte Schriften

Böhm, Franz (1934): Recht und Macht, in: *Die Tatwelt* 10, S. 115–32 und 169–93.

Caldwell, Bruce (2022): *Mont Pèlerin 1947: Transcripts of the Founding Meeting of the Mont Pèlerin Society*, Stanford: Hoover Institution Press.

Dathe, Uwe (2009): „Zu sehr hatte ich mich auf die Begegnung mit dem großen Denker gefreut.“ – Walter Euckens Weg zu Edmund Husserl, in: Hans-Helmuth Gander, Nils Goldschmidt und Uwe Dathe (Hrsg.), *Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft. Edmund Husserl – Rudolf Eucken – Walter Eucken – Michael Foucault*, Würzburg: Ergon, S. 19–27.

Dathe, Uwe/*Nientiedt*, Daniel (2024): Walter Eucken, *Gesammelte Schriften. Bemerkungen zum Beginn der Edition*, in: *Wirtschaftliche Freiheit*, <https://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=35679>.

Eucken, Walter (1926): Die geistige Krise und der Kapitalismus, in: *Freiheit, Staat und Sozialismus. Gesammelte Schriften Bd. II/3*, herausgegeben von Viktor J. Vanberg, Daniel Nientiedt und Uwe Dathe, Tübingen: Mohr Siebeck, 2023, S. 87–94.

Eucken, Walter (1933): Denken – Warum?, in: *Die Tatwelt* 9, S. 148–52.

Eucken, Walter (1940): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena: Gustav Fischer.

Eucken, Walter (1951): Unser Zeitalter der Misserfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, in: *Freiheit, Staat und Sozialismus. Gesammelte Schriften Bd. II/3*, herausgegeben von Viktor J. Vanberg, Daniel Nientiedt und Uwe Dathe, Tübingen: Mohr Siebeck, 2023, S. 247–308.

Eucken, Walter (1952): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, herausgegeben von Edith Eucken und K. Paul Hensel, Bern: A. Francke Verlag und Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Eucken, Walter (2023): *Briefe 1907–1932. Gesammelte Schriften Bd. III/1*, herausgegeben von Uwe Dathe und Walter Oswalt, Tübingen: Mohr Siebeck.

Eucken-Erdsiek, Edith (1923): Die Begegnung. Eine Erzählung, in: *Deutsche Rundschau*, 49, S. 283–94. [veröffentlicht unter dem Namen *Edith Erdsiek*]

Eucken-Erdsiek, Edith (1924): Die Eisbahn am Vormittag, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*. Ausgabe für Groß-Berlin, Nr. 95 vom 26. Februar 1924. [veröffentlicht unter dem Namen *Edith Erdsiek*]

Eucken-Erdsiek, Edith (1925): Die ethischen Forderungen des Idealismus – ein lebendiges Ganzes, in: *Die Tatwelt* 1, S. 54–58. [veröffentlicht unter dem Namen *E. Erdsiek*]

- Eucken-Erdsiek*, Edith (1927): Der Aufstieg der Euckenschen Philosophie aus Charakter und Leben, in: Die Tatwelt 3, S. 48–53. [veröffentlicht unter dem Namen *E. Erdsiek*]
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1936): Rudolf Eucken, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 612 vom 29. November 1936, Beilage „Hochschule und Jugend“, S. 4. [veröffentlicht unter dem Namen *E. Erdsiek*]
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1941): Irene Eucken zum Gedächtnis, in: Die Tatwelt 17, S. 61–66. [veröffentlicht unter dem Namen *E. Erdsiek*]
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1948): Chaos und Stagnation, in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1, S. 3–15.
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1949): Goethe and the Crisis of Our Time, in: Time and Tide vom 31. Dezember 1949, S. 1335–36.
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1950): Größe und Wahn. Drei Essays über Friedrich II, Napoleon I, Hitler, Tübingen: Laupp'sche Buchhandlung.
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1951): Vorwort, in: Walter Eucken, Unser Zeitalter der Misserfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), S. III. [veröffentlicht unter dem Namen *Edith Eucken*]
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1961): Die Ordnung in der wir leben. Zum Verständnis unserer Wirtschaftsordnung, Rastatt: G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung.
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1970): Die Macht der Minderheit. Eine Auseinandersetzung mit dem neuen Anarchismus, Freiburg im Breisgau: Herder.
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1971): Unsere Gesellschaftsordnung und die radikale Linke, Stuttgart: Seewald Verlag.
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1980): Sie prägten unser Jahrhundert. Zeitgeschichtliche Porträts, Freiburg im Breisgau: Herder.
- Eucken-Erdsiek*, Edith (1981): Magie der Extreme. Von der Schwierigkeit einer geistigen Orientierung, Freiburg im Breisgau: Herder.
- Feld*, Lars P./*Doerr*, Annabelle/*Nientiedt*, Daniel/*Köhler*, Ekkehard A. (2016): Ordnungspolitische Herausforderungen der Digitalisierung, Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Götz*, Hans Herbert (1985): Edith Eucken-Erdsiek gestorben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Juni 1985, S. 4.
- Graf*, Friedrich Wilhelm (1996): Die gescheiterte Berufung Edmund Hussels nach Jena. Drei unbekannte Briefe, in: Dilthey-Jahrbuch für Philosophie und Geisteswissenschaften 10, S. 135–42.
- Hayek*, Friedrich A. (1945): Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
- Heidegger*, Martin (1927): Sein und Zeit, Tübingen: Max Niemeyer.
- Husserl*, Edmund (1927): Die Phaenomenologie und Rudolf Eucken, in: Die Tatwelt 3, S. 10f.

- Jonas, Hans* (2013): Husserl und Heidegger, in: ders., Herausforderungen und Profile. Jüdisch-deutscher Geist in der Zeit – gegen die Zeit, Freiburg: Rombach, S. 204–24.
- Klinckowstroem, Wendula von* (2008): Zur Einführung: Edith Eucken-Erdsiek (1896–1985), in: Nils Goldschmidt/Michael Wohlgemuth (Hrsg.), Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 375–404.
- Klinckowstroem, Wendula von* (2023): Walter Eucken. Ein Leben für Menschenwürde und Wettbewerb, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Köhler, Ekkehard A./Nientiedt, Daniel* (2017): The Muthesius Controversy: A Tale of Two Liberalisms, in: History of Political Economy, 49 (4), S. 607–30.
- Kolev, Stefan* (2024): When Liberty Presupposes Order: F. A. Hayek's Contextual Ordoliberalism, in: Journal of the History of Economic Thought, 46 (2), S. 288–311.
- Lutz, Friedrich* (1933): Von der Geisteshaltung der jüngeren Generation. I. Die Ideologie des Tatkreises, in: Die Tatwelt 9, S. 99–112.
- Mauersberger, Volker* (1971): Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1918–1933. Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik, Berlin: Schönmeyer.
- Neue Zürcher Zeitung* (1985): Zum Tode von Edith Eucken-Erdsiek, in: Neue Zürcher Zeitung vom 29./30. Juni 1985, S. 18.
- Ohne Verfasser* (1956): Das Walter-Eucken-Institut in Freiburg i. Br., in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 8, S. 401–03.
- Oswald-Eucken, Irene* (2014): Erinnerungen an Walter Eucken, in: Hans Maier (Hrsg.), Die Freiburger Kreise. Akademischer Widerstand und Soziale Marktwirtschaft, Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 73–84.
- Petzinna, Berthold* (2000): Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“-Kreises 1918–1933, Berlin: Akademie-Verlag.
- Plehwe, Dieter* (2015): Introduction, in: Philip Mirowski/Dieter Plehwe (Hrsg.), The Road from Mont Pèlerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective, With a New Preface, Cambridge, MA: Harvard University Press, S. 1–42.
- Raabe, Paul* (1964): Die Zeitschriften und Sammlungen des literarischen Expressionismus. Repertorium der Zeitschriften, Jahrbücher, Anthologien, Sammelwerke, Schriftenreihen und Almanache 1910–1921, Stuttgart: Metzler.
- Ritter, Gerhard* (1964): Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Rübsam, Dagmar/Schadek, Hans* (Hrsg.) (1990): Der „Freiburger Kreis“. Widerstand und Nachkriegsplanung. Katalog einer Ausstellung, Freiburg: Stadtarchiv.
- Rüstow, Alexander* (1950–1957): Die Ortsbestimmung der Gegenwart. 3 Bände, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
- Schäfer, Michael* (2020): Die Sammlung der Geister. Kulturkritischer Aktivismus im Umkreis Rudolf Euckens 1890–1945, Berlin/Boston: Walter de Gruyter.

- Schwabe*, Klaus/*Reichardt*, Rolf (Hrsg.) unter Mitwirkung von *Hauf*, Reinhard (1984): Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag.
- Starbatty*, Joachim (1996): Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: Ein Literaturbericht, Tübinger Diskussionsbeiträge Nr. 79, Eberhard Karls Universität Tübingen.
- Vanberg*, Viktor J. (2013): Hayek in Freiburg, in: Robert Leeson (Hrsg.), Hayek: A Collaborative Biography. Part 1: Influences from Mises to Bartley, London: Palgrave Macmillan, S. 93–122.
- Vongehr*, Thomas (2009): „Euckens sind wieder da, verstehende und so wertvolle Freunde“ – Die Freundschaft der Husserls zu Walter und Edith Eucken in den letzten Freiburger Jahren, in: Hans-Helmuth Gander, Nils Goldschmidt und Uwe Däthe (Hrsg.), Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft. Edmund Husserl – Rudolf Eucken – Walter Eucken – Michael Foucault, Würzburg: Ergon, S. 3–18.
- Wolf*, Erik (1951): Größe und Wahn. Betrachtungen zu einem Buch von Edith Eucken-Erdsiek, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 107 (2), S. 201–08.

Erinnerungen an Joan Robinson (1903–1983)

Von den mikroökonomischen Lehrmeinungen zu den kapitaltheoretischen Debatten

Von *Bertram Schefold*, Frankfurt am Main

I. Zu ihren Füßen: Erinnerungen und Berichte

Joan Robinson war die berühmteste Ökonomin in der Generation, die meiner voranging. Denkt man an ökonomische Theorie im modernen Sinn, kam ihr auch in der Zeit davor niemand gleich. Gelegentlich wird neben ihr Rosa Luxemburg genannt, die ihren weltgeschichtlich größeren Namen allerdings mehr ihrer politischen Rolle als ihren Verdiensten im engeren ökonomischen Bereich verdankt. In den Jahren, in denen Joan Robinson ihr Studium begann, wurde nach dem ersten Weltkrieg in einer Reihe von Ländern das Wahlrecht für Frauen eingeführt (1918 Deutschland, Österreich und Polen, 1919 Niederlande, 1921 Schweden, 1928 Großbritannien), aber die Institutionen öffneten sich nur schrittweise, und gerade die Universität Cambridge, mit der Joan Robinson während ihres ganzen Erwachsenenlebens verbunden war, erwies sich als besonders zögerlich, was unter anderem mit dem College-System und seinen bis heute beliebten Traditionen zusammenhing. In England war die Rollenverteilung der Geschlechter von viktorianischer Sittlichkeit geprägt. Bloomsbury repräsentierte eine künstlerische und intellektuelle Avantgarde, welche mit den Möglichkeiten der Emanzipation experimentierte und die damit verbundenen Konflikte durchlitt. Daran gemessen verlief Joan Robinsons Karriere anfangs konventionell; an Bloomsbury war sie nicht beteiligt. Sich für Emanzipation einzusetzen, schien ihr im Allgemeinen richtig, in ihrem eigenen Fall, als ich sie kannte, aber nicht dringend, weil sie für sich erreicht hatte, was sie wollte, und so pflegte sie zu sagen, wenn man danach fragte: „Well, men are not so bad.“

Damit sind wir schon beim Problem der Erinnerungen angekommen. Wann sind sie genau? Wann vermischen sie sich mit denen anderer? Die Cambriderger ökonomische Fakultät war zu Joan Robinsons Zeit weltbekannt, sicher mehr als heute, sie war berühmt für ihre Kontroversen und eine bewegte Geschichte, von der unzählige Anekdoten berichteten mit der üblichen Tendenz, im Lauf der Jahre verschönert, vereinfacht, vielleicht verfälscht zu werden. Nur dem

Klatsch zu folgen, würde Joan Robinson nicht gerecht. Ich will im Folgenden versuchen, gleichsam naiv mit den eigenen Erinnerungen zu beginnen. Dann will ich berichten, was andere dazu in Büchern erarbeitet haben. Es stehen neben den Erinnerungen meiner Zeitgenossen vor allem die zahlreichen Briefwechsel der ihrigen zur Verfügung, die im Fall von Cambridge sehr reichhaltig sind, weil es üblich war, sich nicht nur schriftlich zu verabreden und von Erlebtem zu berichten, sondern auch, zu Diskussionen immer wieder schriftlich Stellung zu beziehen, als Vorbereitung möglicher Veröffentlichungen und zur kritischen Fortsetzung der Auseinandersetzung über schon publiziertes Material. Schließlich werde ich in einer freilich subjektiven Auswahl von meinen Kämpfen mit ihrem Werk berichten, das mich von meinen Studienjahren bis heute stark beeinflusst hat. Vieles habe ich übernommen, mit anderen ihrer Positionen hadere ich immer noch. Es liegt aber nicht etwa nur an mir, wenn Joan Robinsons Verhältnis zu Piero Sraffa (1898–1983) im Folgenden eine besondere Rolle spielt. Vielmehr ist ihr Denken in allen wesentlichen Phasen ihrer akademischen Entwicklung von Sraffa beeinflusst worden, wie sie das selbst eingestand und auch andere beobachtet haben. Sie nahm seine Anregungen auf und suchte sie dann doch wieder abzuschütteln.

Mein Weg nach Cambridge war ungewöhnlich. Aufgrund meines mit dem Diplom abgeschlossenen Mathematik-Studiums schickte mich mein Lehrer Gottfried Bombach (1919–2010) in Basel schon nach weniger als zwei Semestern des Ökonomie-Studiums nach Cambridge, im Status eines Academic Visitors und mit einem großzügigen Stipendium des Schweizerischen Nationalfonds, mit dem ich das Jahr 1969 in Cambridge verbrachte. Während des Jahres 1970 lebte ich mit einem Stipendium des King's College. Dann kehrte ich nach Basel zurück und schloss innerhalb eines halben Jahres mit der Promotion ab. Die Zeit war zu kurz, um auf ordentlichem Weg Ökonomie zu lernen. Es blieben Lücken, die sich später leider nur langsam – und nie je alle – füllen sollten. Dafür ermöglichte es mir mein besonderer Status, rasch in die in Cambridge herrschenden Diskussionen über Keynesianismus, Wachstum und Verteilung und insbesondere Kapitaltheorie eingeführt zu werden. Es wurde mir nämlich gestattet, den Common Room zu benutzen, wo die Dozenten der Fakultät und die Forscher des Department for Applied Economics jeweils um 11 Uhr vormittags und um 16 Uhr nachmittags zu einer Tasse Tee zusammenkamen; man konnte sich an den Tischen überall dazusetzen und seine Fragen stellen. James Meade (1907–1997) hatte mich dort eingeführt. Wie ich dadurch Sraffa kennenlernte, habe ich bei anderer Gelegenheit erzählt (Schefold 1996). Nicholas Kaldor (1908–1986) kam seltener. Ihn bewunderte ich wegen seiner originellen Verbindung von Theorie und angewandter Ökonomie besonders. Joan Robinson erschien oft. Sie nahm meine meist auf Karl Marx (1818–1883) bezogenen Fragen mit einer gewissen pädagogischen Fürsorglichkeit und Strenge auf, ließ sich im Lauf der Zeit gern auch vom deut-

schen Umfeld um Marx etwas berichten, aber ging nie lange auf meine Einlassungen zur Kritischen Theorie ein, sondern führte stracks zurück zu dem, was sie als den Kern der Marx'schen Theorie betrachtete. Nach einem Satz Sraffas, den sie selbst in der zweiten Ausgabe ihrer *Essays on Marxian Economics* zitierte, behandelte sie Marx sozusagen als einen wenig bekannten Vorläufer von Michael Kalecki (1899–1970). Von der Wertformenlehre insbesondere wollte sie nichts wissen. Ich hatte eine Lesegruppe zum Studium des *Kapital* gegründet, der wechselnd Krishna Bharadwaj (1935–1992), Jorge Fodor, Arturo O'Connell, Bob Rowthorn angehörten; sogar Pierangelo Garegnani (1930–2011) setzte sich einmal dazu.

Ich versuchte dort, angeregt durch Gespräche mit Carlo Jaeger in der Schweiz, das Wenige, das ich von der Frankfurter Schule aufgeschnappt hatte, zu vermitteln. Seit der Publikation des von den Engels'schen Zusätzen befreiten dritten Bands des *Kapital* (Marx 1992) können wir sehen, dass die Wertformenlehre in der Marx'schen Analyse von Tausch und Geld nur vorbereitet wurde und dass sie in der Identifikation des Profits als umverteiltem Mehrwert und dem Zins als daraus abgeleitetem Strom des Mehrwerts gipfeln sollte. Marx wollte zeigen, wie die Vorstellung von der Produktivität des Kapitals entstehen konnte, obwohl doch Wert und Mehrwert von der Arbeit geboren wurden. In die Entlarvung des falschen Scheins sollte die Kritik münden. Aber Engels hatte diese Ausführungen so in Marx'sche Notizen zu parlamentarischen Debatten über Wirtschaftskrisen des 19. Jahrhunderts eingewickelt, dass der Kern des Ganzen verborgen blieb (Schefold 1998). In den Diskussionen mit Joan schob sich, wenn von Geld und Kredit die Rede war, stets die keynesianische Zinstheorie, ganz bezogen auf die kurze Periode, und die Bepreisung der Liquidität in den Vordergrund. Ich hatte selbst zu wenig verstanden, um die Marx'sche These erklären zu können. Auch blieben die Schriften der Frankfurter Schule zur Marx'schen Wertformenlehre auf die ersten Kapitel des ersten Bandes beschränkt. Der Warenfetischismus, nicht der Kapitalfetisch, wurden als das Ziel der Entwicklung angesehen. Aber Joan Robinson war mit ihrer Verengung des Blicks auf Marx nicht allein; keiner der englischen Autoren schien an diesen Fragen interessiert zu sein. Erst Jahre später ließ sich Maurice Dobb (1900–1976) davon erzählen und gestand mir seine Beschämung, diese Zuspitzung der Marx'schen Theorie nie erkannt zu haben. Sraffa, den ich natürlich auch nach seiner Deutung von Marx befragte, hörte zu und schloss die Diskussion mit einem „One would have to think about it“ ab. Damit hatte er ja Recht.

Ich besuchte Vorlesungen. Ich hörte neugierig angelsächsische Philosophie, während einigen Stunden bei Elizabeth Anscombe (1919–2001), deren Vortrag mir dunkel blieb, ich hörte eine Geschichtsvorlesung über England im 17. Jahrhundert, die auch vom Prince of Wales besucht wurde, ich hörte Joseph Needham (1900–1995) über chinesische Technologie, aber konsequent

verfolgte ich doch nur die Vorlesungen Kaldors über Wachstum und Umverteilung, denn nur bei ihm konnte man so mitschreiben, dass das Heft zum Lehrbuch wurde. Richard Kahns (1905–1989) Vorlesungen blieben unverständlich. Frank Hahns (1925–2013) Seminar zur Allgemeinen Gleichgewichtstheorie gab mathematische Anregungen, und ich machte eifrig mit. In all dem war Joan Robinsons Class der Ort, wo man im Sinne der ökonomischen Theorie zu denken lernte. Sie verglich die Ökonomie mit einem Mobile wie die Kunstwerke Calders: tippt man an eines der beweglichen Glieder, so schwanken sie alle, aber die einen mehr, die anderen weniger, und man kann den Weg der Schwingungsübertragung beobachten. Oder sie sagte, es sei wie beim Fahrradfahren: man müsse es probieren und üben. Hier konnte ich nun meine Fragen über die Bedeutung des Sraffa'schen Systems loswerden, als ich darüber zu arbeiten begann. Die Verfeinerungen, wie man das fixe Kapital zu behandeln hätte oder die verschiedenen Formen der Rente, interessierten sie dann nicht mehr. Besonders erinnere ich mich, wie ich sie nach der Wahl der Technik fragte, wie viele Lohnkurven denn auf der Enveloppe zu finden seien, und da kam dann jene überraschende Antwort, es sei wahrscheinlich eine Technik für den gesamten Bereich der Verteilung die Beste – eine Hypothese, die für meine jüngere Forschung eine wesentliche Rolle gespielt hat (Kersting/Schefold 2021).

Joan Robinson, die die Arbeitswertlehre nicht ohne Grund als redundant ablehnte, weigerte sich, wie schon geschildert, sich in eine Erörterung der Marx'schen Dialektik hineinziehen zu lassen und verwies mich auf das, was meine Karriere fördern konnte, nämlich die Sraffa'sche Preistheorie mathematisch zu unterlegen. Dazu sollte ich gefälligst ein allgemein verständliches Büchlein über die notwendige Mathematik verfassen, das alle lesen könnten. Das war nun nicht meine Priorität. Ich wollte Sraffas Probleme der Kuppelproduktion knacken und dabei ordentliche mathematische Beweise verwenden, die ich in den Schriften Anderer vermisste. Als Joan Robinson fragte, wo denn nun meine mathematische Einführung bliebe, stammelte ich etwas von meinen Zeitproblemen, worauf sie lachte, und mir vorwarf: „In five years I produced two children and three books“. Erst heute weiß ich, worauf genau sie damit anspielte: die Jahre von 1933–38, in denen sie die *Theory of Imperfect Competition* und zwei Bücher über die keynesianische Revolutionierung der Beschäftigungstheorie geschrieben hatte, die sehr halfen die Keynes'sche Botschaft zu verbreiten. Aber sie sagte nicht, dass jene Überanstrengung zu einem Zusammenbruch geführt hatte: sie musste ein halbes Jahr in der Psychiatrie verbringen – ich komme später auf die Episode zurück. In ihrem herausfordernden, manchmal von Heiterkeit zu Angriffslust übergehenden Auftreten lag der Stolz, äußere Anforderungen und innere Spannungen bewältigt zu haben. Stolz war sie zweifellos auch, sich in der Welt der Männer behaupten zu können. Auch mir erzählte sie einmal die bekannte Anekdote, wie der

etwas misogynie Pigou sie grade als Tutorin angenommen hatte und die Kandidaturen anderer durchsah. „Ich kann doch keine Frau nehmen!“ rief er, als er bemerkte, dass weibliche Anwärtinnen dabei waren, offenbar ohne sich bewusst zu sein, dass er mit Joan Robinson gerade eine Frau eingestellt hatte. Er musste, so wollte Joan schließen, sie offenbar als Mann empfinden.

Sie äußerte sich gerne kurz und apodiktisch. Als ich, fünf Jahre nach meinem Anfang bei Bombach, nach Frankfurt berufen wurde, handelte es sich darum, den linken Studenten einen in Marx versierten Professor vorzusetzen, der die ideologischen Debatten nach '68 in wissenschaftliche Bahnen lenken sollte. Die Professoren hatten, vielleicht besser als ich selbst, die konservativen Seiten meiner Person gesehen. Die Studenten wollten mich aber auch, weil ich mich doch immerhin für die in Frankfurt umstrittene Wertformenlehre interessierte. Ein Gutachten Joan Robinsons sollte die Kandidatur des noch nicht Dreissigjährigen rechtfertigen. Später, als Dekan, stöberte ich es auf. Es bestand, nach einer Floskel zum Prozedere, aus dem Satz: „He is just the sort of person you are looking for“. Sollten Gutachten bei Berufungen nicht mehrere Seiten umfassen? Es gelang der Fakultät dennoch, mich damit und mit einem weiteren Gutachten üblicher Länge höheren Ortes durchzubringen.

Kurze Zeit, nachdem ich meine Stelle in Frankfurt angetreten hatte, ließ sich Joan Robinson für einen Besuch in Frankfurt gewinnen. Dass die Studenten in Scharen herzu strömen würden, war klar. Mich überraschte das Interesse der Kollegen. Ich war freundlich empfangen worden. Man schätzte meine Korrektheit in formalen Dingen, aber man erwartete auch, dass ich ein Verständnis für die deutsche Auffassung von Wirtschaftswissenschaften, von VWL und BWL, entwickeln sollte, während ich doch vom Vorrang der Cambridge-Economics glühend überzeugt war. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bereitete mir große Schwierigkeiten. Besser verstand ich den Nutzen der auf bestimmte Wirtschaftssektoren spezialisierten Lehrstühle in, wie ich dann lernte, alter kameralistischer Tradition. Es gab Lehrstühle für Verkehrswissenschaft, Sozialpolitik, Agrarpolitik, und noch verzweigter war die BWL. Überraschend kamen nun Kollegen einzeln zu mir, um mir für die Initiative zu danken; Joan Robinsons Schriften hätten ihre Vorstellungen von Volkswirtschaftslehre geprägt. Als sie dann für einige Tage bei uns war, in prächtige indische Gewänder gehüllt, als sie sich gerne ins Städel – das Frankfurter Kunstmuseum – begleiten ließ und dankbar war für vegetarische Speisen, schien die Atmosphäre ganz familiär, doch ihr Auftritt polarisierte. Der berühmt-berüchtigte Hörsaal VI, das damalige Äquivalent des Audimax, war voll. Ich leitete ein und der Vortrag sollte beginnen, als eine Gruppe von Studenten auftrat und eine Unterbrechung verlangte. Man solle hinaus und an einer Demonstration zur Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe teilnehmen. Ich erwiderte natürlich, sinngemäß, Demonstrationen gebe es in Frank-

furt des Öfftern, aber Joan Robinson sei nur einmal hier. Joan Robinson plädierte für eine Abstimmung, diese ergab ein großes Mehr für ihren Vortrag, das Grüppchen verschwand, und nur wenige schlossen sich an. Joan Robinson hielt ihren Vortrag „History vs. Equilibrium“ (Robinson 1979, S. 48–58), der in verschiedenen Versionen berühmt werden sollte und in dem sie deutlicher als je den neoklassischen Gleichgewichtsbegriff in einer Weise angriff, die auch ihre eigene frühere Verwendung des Gleichgewichtsbegriffs in post-keynesianischen Zusammenhängen in Frage stellte. Doch darüber später. An der nächsten Hochschullehrersitzung wurde ich von den beiden ältesten Kollegen, dem Betriebswirt Waldemar Wittmann und dem Volkswirt Helmut Meinhold, scharf zur Rede gestellt. Ich hätte keine Abstimmung durchführen dürfen, denn der Vortrag sei vereinbart gewesen. Als ich später Joan Robinson davon erzählte, fand sie das antidemokratisch und war empört.

Nachdem Joan Robinson mich in Frankfurt besucht hatte, kam es zu ungefähr jährlichen Begegnungen in Cambridge bis zu ihrem Tod. Die Anlässe waren ganz unterschiedlich: der Political Economy Round Table, den John Eatwell in Zusammenarbeit mit Garegnani um sich versammelte in den 70er Jahren, eine gelegentliche Promotion oder eine spezielle Tagung. Nach meiner eigenen Promotion war ich noch einmal ein Jahr in Cambridge als Supervisor am Trinity College tätig gewesen, mit einem schweizerischen Post-Doc-Stipendium, und sah dort Sraffa oft. Joan Robinson war damals mit John Eatwell beschäftigt, gemeinsam ein Lehrbuch *An Introduction to Modern Economics* (Robinson/Eatwell 1973) zu schreiben. Mit charakteristischer Prägnanz wurde eine Synthese von klassischer Wertlehre und Keynesianismus hergestellt. Der Erfolg des Werks blieb hinter den Erwartungen zurück. Rezensenten schoben dies auf die zu große Dichte des Texts, den Mangel an Übungsaufgaben und anderen Hilfen, die Lehrbücher gewöhnlich gewähren. Das Buch stand in einer starken inneren Spannung, weil Joan Robinson dem Gleichgewichtsbegriff auch in seinen klassischen und post-keynesianischen Anwendungen immer kritischer gegenüberstand, sodass dem Buch die gerade in Lehrbüchern erwünschte Bestimmtheit der Ergebnisse oft mangelte. Die kurze Periode wurde bevorzugt behandelt, aber aus der Verkettung der kurzen Perioden ergab sich kein klares Bild des Wachstumsprozesses, und die Ergebnisse blieben je nach willkürlichen Voraussetzungen offen. Es war eine gleichsam skeptische Darstellung der Wirtschaft, in der Auf- und Abschwünge in überraschender Abfolge stattfinden konnten. Und doch war es eine in vielen Einzelheiten meisterliche Skizze. Sie begann mit theoriegeschichtlichen Einblicken, behandelte in den Teilen über das Geld und die Investitionsfinanzierung komplexe Zusammenhänge mit großer Klarheit und verschaffte Einblicke auch in die Allokations- und Verteilungsprobleme der sozialistischen Staaten, die den Westen damals noch auch auf wirtschaftlichem Gebiet herausforderten. Ich bekam gelegentlich einige Sei-

ten des Entwurfs zu lesen. Einen wesentlichen Beitrag konnte ich nicht leisten.

In der Mitte der 70er Jahre stieß mir auf, dass ältere Kollegen in Deutschland zuweilen John Maynard Keynes (1883–1946) dafür kritisierten, sich mit der *Allgemeinen Theorie* zu sehr an den Nationalsozialismus angenähert zu haben. Sie schienen nicht nur die empfohlene vermehrte staatliche Lenkung der Investitionen zu meinen, sondern etwas politisch Spezifischeres. Ich erhielt den Hinweis auf das deutsche Vorwort zur Übersetzung der *Allgemeinen Theorie*, wo tatsächlich davon die Rede war, dass die *Allgemeine Theorie* auch eine Allgemeine genannt zu werden verdiene, weil sie sich auf die Verhältnisse in einem ‚totalen Staat‘ anwenden lasse. Das schien deutlich genug. Als nun die *Collected Works* von Keynes zu erscheinen begannen, wurde auch die *Allgemeine Theorie* wieder gedruckt, mit den Vorworten für die Übersetzungen in fremde Sprachen, und darunter dem Vorwort, das Keynes besonders für die deutsche Ausgabe im schwierigen Jahr 1936 verfasst hatte. Aber die bewusste Passage fehlte (Keynes 1973).

Ich reiste also nach Cambridge und fragte John Eatwell, wie an den verantwortlichen Herausgeber der *Collected Works*, E. A. G. Robinson, den Gatten von Joan Robinson, heranzukommen sei. Eatwell antwortete sofort: „You go and see Joan and tell her: ‚I have to talk to E. A. G.!’“. Also rief ich sie an, und ohne lange Erklärungen abzuwarten, warum ich grade wieder in Cambridge sei, sagte sie wie sonst: „Come and have tea.“ Ich ging zu ihrem Haus, einem Doppelhaus mit Eingang in der Mitte – links wohnte er – und wandte mich nach rechts und erhielt meine Tasse Tee, und wir unterhielten uns über Neuigkeiten aus der Fakultät. Dann versuchte ich es: „I have to talk to E. A. G.!“ und sie: „Ha! Call me tonight.“. So geschah es, ich wurde beschieden, am nächsten Tag im Common Room zu sein, wo E. A. G. erscheinen werde. Ich setzte ihm mein Problem auseinander. Er erkannte die Peinlichkeit sofort. In England war nicht bekannt, und anscheinend auch ihm nicht, was in Deutschland alle Ökonomen der älteren Generation wussten: dass im deutschen Vorwort jene Passage stand. Wie er mir sogleich erläuterte, hatte man einen Durchschlag des Keynes’schen Entwurfs zum Vorwort in seinen Papieren gefunden und diesen abgedruckt, ohne je zu kontrollieren, ob der Entwurf dem gedruckten Text auch entspreche. Mit Hilfe des deutschen Verlages konnte dann erklärt werden, wie die Diskrepanz zwischen den beiden Fassungen entstanden war, doch das habe ich an anderer Stelle beschrieben (Schefold 1980).

Bedeutsamer wurde, jedenfalls in meiner eigenen Sicht, meine Kritik an Richard Kahns (Kahn 1983) Rezension eines Buchs (Malinvaud 1977) von Edmond Malinvaud (1923–2015) aus dem Jahr 1977, das für eine damals einflussreiche Strömung der die passenden mikroökonomischen Fundierungen suchenden Makroökonomie repräsentativ war. Im ökonomischen Mainstream

war die allgemeine Gleichgewichtstheorie das vorherrschende Paradigma. Wie sie mit keynesianischen Einsichten zu verbinden wäre, war seit einem Jahrzehnt ein beherrschendes Thema. Robert Clower (1926–2011) hatte darauf aufmerksam gemacht, dass die Nachfrage aus den Faktoreinkommen gemäß der walrasianischen Theorie abgeleitet wurde, indem jedem Vektor von Faktor- und Güterpreisen eine Nachfrage von Seiten jedes Agenten zugeordnet wurde. Auch das Angebot konnte damit erfasst werden, indem man es als den Bestand bei jedem Faktorbesitzer, abzüglich dessen Eigennachfrage, definierte. Das Aggregat der Nachfrage war die Gesamtnachfrage, die damit davon bestimmt war, dass im Gleichgewicht alle Agenten die bei den Gleichgewichtspreisen nutzenmaximale Nachfrage entfalteten und damit Vollbeschäftigung erzeugten. Aber Clower wies darauf hin, dass Unbeschäftigte nur gemäß den ihnen zukommenden Geldeinkommen Nachfrage effektiv entfalten konnten. Die nach der walrasianischen Konstruktion der Vollbeschäftigung entsprechende Nachfrage wurde nun „spekulativ“ („notional demand“ genannt). Im Gegensatz dazu nannte man die nur aus den verfügbaren Mitteln entfaltete Nachfrage „effektiv“; sie konnte man auch bei Keynes im dritten Kapitel der *Allgemeinen Theorie* entdecken (Eatwell 1983). Das hing mit dem marshallianischem Ausgangspunkt in der Analyse der Märkte bei Keynes zusammen. Von dem gegebenen Stand der Mengen, also auch der Beschäftigung, wurde auf die Preise geschlossen und nicht von den Gleichgewichtspreisen auf die Mengen. So konnte auch die beim erreichten Beschäftigungsstand aus den gegebenen Löhnen entfaltete Nachfrage als effektive Nachfrage in die Theorie eingefügt werden. Höhere, an die Beschäftigten ausgezahlte Löhne und höhere Arbeitslosenentschädigungen wirkten dann positiv auf die effektive Nachfrage und die Beschäftigungsentwicklung, solange monetäre Faktoren dem nicht entgegenstanden. Diese Wirkungsketten in der Komplexität der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie herauszuarbeiten war formal, auch rein mathematisch schwierig. Besonders französische Ökonomen wie Jean-Pascal Bénassy (1948–2022) arbeiteten darüber, und Malinvauds Buch bestand in einer interessante Einzelheiten hinzufügenden Synthese, die wiederum Kahn von einem postkeynesanischen Standpunkt rezensierte und kritisierte. Er aggregierte das System mit Hilfe der postkeynesanischen Verteilungstheorie und reduzierte so die Vielzahl der Variablen auf ganz wenige, wobei er sich freilich bei der Verwendung der Lohnrate als Preiseinheit in irreführende Messprobleme verstrickte (Kahn 1983). Ich schlug mit Veränderung einer Definition und mit der Unterscheidung verschiedener Fälle, je nachdem ob steigende, fallende oder konstante Erträge vorlagen, ein modifiziertes Modell vor, und reiste nach Cambridge, um es mit Richard Kahn, Joan Robinson und John zu besprechen; die beiden Letzteren hatten an Kahns Rezension mitgewirkt. Nach einigen Diskussionen einigten wir uns über die an Kahns Modell anzubringenden Modifikationen. Den daraus folgenden Aufsatz hat John Eatwell

mit Murray Milgate dann in einem von ihm herausgebrachten, in mehrerer Hinsicht immer noch lesenswerten Sammelband *Keynes' Economics and the Theory of Value and Distribution* publiziert (Eatwell/Milgate 1983).

Nach der Einigung zu Malinvaud ging ich mit Richard Kahn und Joan Robinson im Fellows Garden des King's College spazieren. Ich habe nie auf gehört, mich der architektonischen und landschaftlichen Schönheiten Cambridges zu erfreuen, und jener Spaziergang ist mir in besonderer Erinnerung geblieben, weil sich Kahn in dieser Umgebung unversehens im Gespräch öffnete und von den langen gemeinsamen Lernprozessen der Cambridge-Ökonomen berichtete. Rasch rückte die Erinnerung an Sraffa in den Mittelpunkt. „We were so ignorant. We did not even know what the rate of profit is“, gestand er ein und spielte auf den Anfang eines neuen Denkens in der Werttheorie an, der durch die Veröffentlichung von Sraffas Ricardo-Ausgabe und seine mit Dobb verfasste Einleitung ausgelöst wurde (Ricardo 1951). Dass grade Kahn dies sagte, überraschte mich, hatte er sich doch an der kapitaltheoretischen Kritik kaum beteiligt. Am Abend, beim Dinner in der Halle des Colleges, fragte er mich dann ganz anders: „Do you play the market?“, und als ich verneinte, meinte er vermittelnd, es sei ja auch nicht interessant, sich in Deutschland an der Börse zu betätigen, da es auf dem Kontinent an einem entwickelten Optionen-Handel fehle.

Weniger harmonisch entwickelten sich die Dinge in den letzten Jahren. Sraffa war um 1980 noch körperlich gesund und beweglich, aber sein Gedächtnis hatte gelitten. Es war bekannt, dass er sein Vermögen und seine einzigartige und kostbare Bibliothek dem Trinity College hinterlassen wollte. Wertvolle Werke waren ihm gestohlen worden, weil er es liebte, junge Leute zu sich einzuladen, und die waren leider nicht alle ehrlich gewesen; jedenfalls war insbesondere das Handexemplar der Erstauflage des *Wealth of Nations* von Adam Smith mit den Randbemerkungen des Autors selbst – ein einzigartiger Besitz – gestohlen worden. Das College hatte daraufhin an Sraffas Bücherschränken Latten befestigt, sodass man die Bücher nicht mehr herausnehmen konnte. Nun war die Rede davon, man wolle Sraffa entmündigen, damit er nicht etwa im letzten Augenblick sein Testament ändere, und es entstand Streit zwischen Sraffas erklärtem literarischen Erben, Piero Garegnani, und dem College. Garegnani rief mich nach Cambridge. Sraffa zu entmündigen sei entwürdigend, man werde glauben, dass einer, der entmündigt werden musste, auch vorher schon nicht bei Verstand gewesen sein konnte, und das werde auf Sraffas ganzes Werk einen Schatten werfen. Obwohl mich das zweite Argument nicht überzeugte, versuchte ich, allerdings sehr vorsichtig, mich im Sinne Garegnanis für Sraffa bei Mitgliedern des Trinity Colleges zu verwenden und wurde von Joan Robinson scharf zurechtgewiesen, der es ganz selbstverständlich schien, sich, wie Robert Neild (1924–2018), auf die Seite des Colleges zu stellen. „Who summoned you?“, fragte sie streng. Ich

verriet Garegnani nicht, aber verhehlte auch nicht, dass ich die Entmündigung unglücklich fände. „Well, if he is not compos ...“, erwiderte sie. Da mag eine Rolle gespielt haben, dass sie selbst, freilich aus anderen Gründen, in psychiatrischer Behandlung gewesen war und fand, dass man mit solchen Lagen rational umgehen müsse.

Ich besuchte Sraffa, als er sich elend im Spital befand. Eine Ärztin berichtete von dem traurigen Schwund, der auf dem Röntgenbild des Hirns zu sehen sei. Antonia Campus, eine frühere Assistentin Garegnanis und Dozentin in Rom, war nun oft da. Sie konnte mit Sraffa in seinem geschwächten Zustand, medizinisch ruhiggestellt, offenbar gut umgehen. „Where are my friends?“, murmelte er, während er so neben dem Bett auf einem Sessel saß. Ich scherzte mit Campus, sie solle Sraffa heiraten, dann werde sie die Kontrolle erlangen und könne bestimmen, was mit dem Besitz werde. Derartiges kam natürlich nicht wirklich in Frage, aber dass die Sorgen des Collegs nicht unbegründet waren, zeigte sich an einem Zwischenfall, den Antonia berichtete. Sie sei bei Sraffa im Spital gewesen, Piero Garegnani sei gekommen, habe mit Sraffa gesprochen und ihn veranlasst, etwas zu unterzeichnen. Zufällig tauchte auch Joan Robinson auf, erkannte die Lage, stürzte sich auf Garegnani und entriss ihm den Zettel. Da ging es aber nicht um Sraffas Besitz im Trinity College und seine Bibliothek, sondern um Sraffas von seinen Eltern ererbte Ferienwohnung in Rapallo. Da habe Joan Robinson bitter gelacht und Garegnani seinen Zettel zurückgegeben. Ich beschloss für mich, dass es für mich unmöglich sei, in sinnvoller Weise Partei zu ergreifen, und zog mich aus dem Konflikt zurück. So verhielt ich mich dann auch, als es nach Piero Sraffas und Joan Robinsons Tod – beide starben im gleichen Jahr, 1983 – um Sraffas hinterlassene Notizen ging, die heute das Sraffa-Archiv bilden. Die umfangreichen Materialien, zuerst geordnet von Krishna Bharadwaj, gehörten materiell dem College, aber Garegnani war der Literary Executor. Das College wollte publizieren, Garegnani hielt die Akten verschlossen, die an Sraffas Nachlass interessierten Ökonomen Europas stritten sich, und ich zog mich zurück.

II. Biographische Skizze

Joan Robinson wurde am 31. Oktober 1903 als drittes Kind in eine Familie von vier Töchtern und einem Sohn geboren. Die Eltern waren der Generalmajor Sir Frederick Maurice und Helen Margaret Marsh. Ihr Urgroßvater väterlicherseits war ein christlicher Sozialist, der väterliche Großvater wie der Vater ein Militär. Die Mutter war die Tochter von Frederick Marsh, einem Chirurgen und Master von Downing-College, Cambridge. Sir Edward Marsh, ein Kunstsammler und Literat, Privatsekretär von Churchill, war ihr Onkel. „Joan Robinson’s father was a man of high, if quixotic, principles, traits which he passed on to his daughter“ (*Harcourt/Kerr* 2009, S. 2). Er galt als ausgezeich-

netter Kommandant, loyal auch zu seinen Untergebenen. Er wurde zur Ursache einer berühmt gewordenen Debatte im Unterhaus, weil er 1918 die Angaben des Verteidigungsministeriums zur Truppenstärke öffentlich kritisiert hatte, als sich nach dem Friedensschluss mit Russland dem deutschen Reich noch einmal eine Siegeschance im Westen zu bieten schien. Maurice musste den Dienst quittieren, obwohl ihm die Historiker heute recht geben. Die Affäre scheint auf die Tochter einen großen Einfluss gehabt zu haben, da sie, wie sie sich später erinnerte, mit 14 Jahren aus ihren Träumen gerissen wurde.

Nach der Schule besuchte sie das Girton College in Cambridge, dass 1869 als erstes College für Frauen auf Universitätsniveau im Vereinigten Königreich gegründet worden war. Sie legte 1922 ihr Examen ab, heiratete 1926 E. A. G. Robinson (1897–1993), Fellow des Corpus Christi College, und folgte ihrem Mann nach Indien. Der hatte eine gutbezahlte Stelle als Tutor des Sohns eines Maharajahs erhalten. Sie habe, eher schüchtern, an den sportlichen und gesellschaftlichen Vergnügungen der kolonialen Elite teilnehmen können. Diese früher kaum bekannte Phase ihres Lebens, in der sie sich, bestimmt durch ihren marshallianischen Hintergrund, mit Unterentwicklung auseinandersetzen musste, ist von *Tahir* (2022) eingehend beschrieben worden. Die jungen Eheleute arbeiteten gemeinsam über ökonomische Probleme, nun über Indien und das Bevölkerungsproblem. Dann kehrten sie nach England zurück. E. A. G. wurde 1929 Lecturer und 1931 Fellow des Sydney Sussex Colleges, während Joan 1934 Assistant Lecturer wurde.

Piero Sraffa war 1927 nach Cambridge gekommen. Joan Robinson hörte seine Vorlesungen. Ihr ökonomisches Wissen war ganz durch die marshallianische Schule von Cambridge geprägt gewesen. Durch Sraffa lernte sie kontinentale Strömungen kennen. Die intellektuelle Biographie Robinsons lässt sich anhand der persönlichen Begegnungen und dem wissenschaftlichen Austausch mit Sraffa und anderen Ökonomen darstellen. Eine wichtige Rolle spielten für sie neben Sraffa Gerald Shove (1887–1947), Maurice Dobb, James Meade und Dennis Robertson (1887–1947). Den Mittelpunkt der Fakultät bildete in jener Zeit Arthur Cecil Pigou (1877–1959), bis Keynes zur dominierenden Persönlichkeit emporwuchs. Die engste persönliche Freundschaft verband Joan Robinson mit Kahn. Er stütze sie und andere durch seine analytischen Fähigkeiten, als die Theorie der unvollkommenen Konkurrenz in den Mittelpunkt ihrer Interessen rückte und sie ihr großes Buch über diesen Gegenstand vorzubereiten begann. Aber, sagte sie, „Piero is my most precious jewel“ (*Harcourt/Kerr* 2009, S. 5).

Die Entdeckungsgeschichte dessen, was heute unter Cambridge Economics verstanden wird, verbindet sich natürlich vor allem mit den Namen Alfred Marshall (1842–1924), Pigou und Keynes, auf die die Sraffa-Schule und die Post-Keynesianer erst folgen, aber diese Verzweigung lässt sich bei Sraffa und

Robinson bis auf die Anfänge zurückverfolgen, als Joan Robinson auf Sraffas Kritik der marshallianischen Ökonomie mit der Überleitung in die Theorie der unvollkommenen Konkurrenz reagierte und sich danach ein Modell der Marx'schen Ökonomie zurechtlegte, das half, den Weg von der keynesianischen Theorie der kurzen Periode zur Wachstumstheorie zu finden. Nachdem sie das Problem der Instabilität der kapitalistischen Entwicklung in der kurzen Periode unter dem Einfluss von Keynes in sich aufgenommen hatte, schien ihr jeder Versuch, Theorien stabiler langfristiger Entwicklungen zu entwerfen, prekär. In voller Kenntnis der Ursprünge und der Ausgestaltung der Keynes'schen Theorie arbeitete dagegen Sraffa auf die Rekonstruktion der klassischen Theorie mit ihren Erklärungen langfristiger Entwicklungspfade hin – so jedenfalls in der Interpretation seines wichtigsten Schülers, Piero Garegnani –, während Luigi Pasinetti (1930–2023) kausale Erklärungen zurückstellte. Er setzte die Pfade gleichschrittigen oder sich gemäß den Engellkurven strukturell verschiebenden Wachstums normativ: Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum sollten gesteuert werden. Wir wollen diese Spannungen über die Stufen von Joan Robinsons Werken im dritten Teil dieses Aufsatzes näher verfolgen.

Dabei wird es um die wissenschaftlichen Ergebnisse und ihre Deutung gehen. Es ist legitim, daneben auch zu fragen, wie Joan Robinson die Karriere gelang, der damals Vorurteile und institutionelle Beschränkungen der Rechte von Frauen in Universitäten entgegenstanden. Eine Biographie des Titels *The Provocative Joan Robinson – The Making of a Cambridge Economist* (Aslanbeigui und Oakes 2009) geht dieser verengten Fragestellung mit schockierender Konsequenz nach. Autorin und Autor entschuldigen sich geradezu dafür, dass sie zuweilen in ihrer biographischen und institutionengeschichtlichen Darstellung auf ökonomische Inhalte eintreten müssen, um eine Rivalität in der Fakultät zu erklären und aufzuweisen, weshalb sie in einem Fall friedlich überwunden wurde und im anderen zu einer kränkenden Auseinandersetzung führte. Es ist dem Werk zugutezuhalten, dass es sich streng auf die Quellen, also die reichlich vorhandenen Briefwechsel in den Archiven stützt und das Heranziehen von unsicheren Erinnerungen und klatschhaften Anekdoten vermeidet. Es wird gezeigt, wie Joan Robinson in der von Sraffa ausgelösten Diskussion unter den jungen Cambridger Ökonomen über unvollkommene Konkurrenz die wesentlichen Ideen übernahm, in ein größeres Schema einordnete und die hauptsächlichen Modellaussagen bewies, wobei um die Priorität der Ideen hart gestritten wurde. Joan Robinson habe schon damals Ökonomie als ‚box of tools‘ verstanden; die Grenzerlöskurve wurde zum wichtigsten dieser Werkzeuge. Enthusiastisch habe sie sodann Keynes' Weg vom *Treatise on Money* zur *General Theory* verfolgt. Keynes habe anfänglich gezögert, sie in den engeren Kreis aufzunehmen, weil ihn Robinsons Verbindung mit Kahn beunruhigte; die Liaison gefährdete auch Austin Robinsons Lage.

Im Laufe der Jahre, und insbesondere in der Gruppe des ‚Circus‘ von Sraffa, Meade, Kahn, Austin und Joan Robinson wurde jedoch gerade sie ihm eine kritische Hilfe. Joan Robinsons Begabung, eine Theorie verständlich auf ihre wesentlichen Bestandteile zu reduzieren, ermöglichte es ihr, verbunden mit der Vorbildung durch den Circus, nach dem Erscheinen der *General Theory* rasch zu einer führenden Vertreterin der keynesianische Revolution zu werden, indem sie das erste Lehrbuch zur Beschäftigungstheorie- und politik schrieb (Robinson 1973 [1937]). Eine Sammlung wissenschaftlicher Aufsätze zu den Problemen im Umkreis der *Allgemeinen Theorie* trat hinzu. Sie erhielt ein University-Lectureship. Zwar waren die Umstände, wie Kahn bezeugt, wenig würdig, denn der internationale Erfolg ihrer Bücher und die Verdienste, die sie als Assistant Lecturer erworben hatte, wurden nach seinen Erinnerungen vom zuständigen Komitee übergangen (Aslanbeigui und Oakes 2009, S. 232), aber sie konnte die Neider in der Fakultät vergessen; sie verfügte nun neben dem Ruf auch über eine ihrem Ansehen entsprechende Stellung. Schon 1932 hatte sie einmal ihrem Mann nach Afrika geschrieben: „The thing is that all these years I have suffered from the inferiority complex of an intelligent woman and the emotional conflicts of a hermaphrodite. But now I have (almost finished writing) written one damn good book.“ (nach Aslanbeigui und Oakes 2009, S. 245 f.).

Wenige Monate später ging der Triumph über in Depression. Am Ende der fünf Jahre, in denen sie, wie ja auch ich es von ihr hörte, zwei Kinder geboren und drei Bücher geschrieben hatte, geriet sie in eine schwere Krise, die einen halbjährigen Spitalaufenthalt notwendig machte. Die Biographen sind nicht einig, was vor allem sie dahin brachte. Da war die Freundschaft mit Kahn, der ihr bei mathematischen Anleitungen half und mit dem sie, besonders während dessen Abwesenheit in den Vereinigten Staaten, eifrig korrespondierte. Verletzungen der Etikette waren in den Colleges gefährlich. Erst kürzlich war ein Fellow eines Colleges wegen nach einer nach heutigen Maßstäben als Privatsache zu betrachtenden Affäre aus dem Dienst entlassen worden. Während der Schein der guten Ehe aufrechterhalten wurde und sich beide insofern zügelten, blieben sie doch bestrebt, sich bei jeder guten Gelegenheit zu treffen – man möchte sagen, zu einem Stelldichein, doch war in ihren Briefen regelmäßig von ihren ökonomischen Problemstellungen die Rede. In dieser angespannten Lage, durch die Familie, den Freund und die Arbeit überanstrengt, trieb nun auch noch die äußere Politik auf das Abkommen von München zu, das Joan Robinson mit ihrem leidenschaftlichen Pazifismus und starken Rechtsgefühl in große innere Not und in streitbare Auseinandersetzungen mit den ihr Nahstehenden brachte. Sie erlitt einen Zusammenbruch, verbunden mit einer eine Woche dauernden Schlaflosigkeit. Sie wurde in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, wo man immerhin schon modern, das heißt mit einer von Freud inspirierten Therapie, die Heilung suchte. Austin Robinson und Kahn machten

sich begrenzt Geständnisse, sprachen je für sich mit Joan Robinsons Psychiaterin, und am Ende fanden alle, unter sich befreiter, nach außen die Ehe zum Schein weiter wählend, in die Form des akademischen Lebens zurück.

Joan Robinson hatte eine internationale Reputation erworben. Die Einkünfte waren ganz überwiegend die des Mannes gewesen, sodass sie eine große Befriedigung verspürte, als sie eigene Einkünfte hinzufügen konnte, insbesondere, nachdem sie zum Lecturer ernannt worden war. Aber der noch größere Schritt erfolgte 1932, als sie sich bewusst wurde, mit der Theorie der unvollkommenen Konkurrenz ein Buch von wirklicher Bedeutung geschrieben zu haben, das als Synthese des Wissens der Marshallianer um Pigou gelten konnte. Sie wurde zu einer unvergesslichen Lehrerin, wie sie ein obstinater Konservativer, *Waterman* (2003), schildert.

Weitere biographische Einzelheiten, insbesondere wie sie den Krieg überstand, übergehe ich hier. Sie blieb eine begeisterte Reisende, genoss in Museen italienische Malerei und wandernd englische Landschaften. Sie besuchte Indien, des Öfteren auch China, und war 1961 zu einem wegen ihrer Diskussionen mit Paul Samuelson für die ökonomische Denkgeschichte wichtigen Besuch am MIT in den Vereinigten Staaten. In Theorie und Politik radikalisierte sie ihre Positionen: Theoretisch, indem sie ihre Kritik des Gleichgewichtsbegriffs soweit auf die Spitze trieb, dass sie den Wert ihrer Erkenntnisse zur unvollkommenen Konkurrenz in der früher von ihr selbst vertretenen neoklassischen Theorie in Frage stellte und indem sie nun auch die Gleichgewichte in der Wachstumstheorie und in der langfristigen Analyse der Klassik zunehmend nur gelten ließ, wenn der Zustand immer schon erwartet worden war und an seiner Fortsetzbarkeit in die Zukunft kein Zweifel bestand. Das nannte sie ein „Goldenes Zeitalter“; mit der mythologischen Bezeichnung wollte sie die Zerbrechlichkeit des Zustandes stetigen Wachstums betonen. Wirtschaftspolitisch vertrat sie keynesianische Positionen, beispielsweise in der Kritik am System von Bretton Woods. Aufsehen erregte ihre politische Wendung zu den Ideen der maoistischen Kulturrevolution, die ihr durch den moralischen Rigorismus imponierten. Sie lebte nicht lang genug, um zu sehen, wie diese auf den Kopf gestellt werden würden. Die Kulturrevolution sollte die Hierarchien stürzen, in den Schulen und Universitäten und vor allem in den Fabriken. Die späteren Reformen beruhten auf der Idee, Industrie und Landwirtschaft zunächst nach Plan weiter arbeiten zu lassen, aber die vorgegebenen Lieferungen allmählich zu beschränken und zunehmend eine Produktion für den Markt zu gestatten, dessen Nachfrage wiederum von den neuen Einkommen abhing. Wie wir heute wissen, wurde dadurch in einem staatskapitalistischen System ein Jahrzehnte währendes Wirtschaftswunder erzeugt, durch das fast alle reicher wurden – am reichsten allerdings grade jene Kader und ihre Erben, gegen deren Ansprüche die Kulturrevolution gerichtet war, denn sie – oder zumindest die Geschickteren unter diesen Ka-

dern, – wurden ermächtigt, die Chancen des Marktes wahrzunehmen und die nun erlaubten Gewinne der Unternehmen auf eigene Konten zu lenken (Weber 2021). Ich wüsste gerne, wie Joan Robinson das Ergebnis heute beurteilen würde: mäßige Bereicherung vieler Millionen durch Massenproduktion, gewaltige Bereicherung weniger Millionen durch das, was bei Marx die Ausbeutung heißt.

III. Feststehende Sätze, neue Vermutungen, strittige Fragen

1. Die große Synthese: Unvollkommene Konkurrenz

Joan Robinson hat ihre Lehren immer wieder neu durchdacht, sie bestärkt oder auch wieder in Frage gestellt. Zu ihrem in der allgemeinen Fachwelt berühmtesten Buch, *The Economics of Imperfect Competition*, schrieb sie für eine zweite Ausgabe 1969 eine Einleitung, die sich wie die Rücknahme eines Dogmas liest (Robinson 1969 [1933]). Sie beginnt mit der marshallianischen Theorie der vollkommenen Konkurrenz, in knappe Modellform gebracht durch Pigou. Auf einem Markt, der der *ceteris paribus* Bedingung genügt (Angebots- und Nachfragekurve sind voneinander unabhängig) wird ein von gleichartigen Firmen produziertes homogenes Gut gehandelt. Nimmt die Nachfrage zu, verschiebt sich also die Nachfragekurve und ist die Verschiebung von Dauer, kann der existierende Vorrat in der ganz kurzen Periode zum zugehörigen Nachfragepreis, in der kurzen Periode zu Grenzkosten und in der langen Periode zu minimalen Durchschnittskosten verkauft werden. Die Angebotskurve ist also ganz kurzfristig vertikal, in der mittleren Frist von begrenzter Elastizität und langfristig horizontal, wenn dadurch konstante Skalenerträge herrschen, dass die Kostenstruktur der Firmen sich mit deren Vermehrung nicht ändert. Aber woher kennen die Firmen die Nachfragebedingungen? Sie bezeichnete es als „shameless fudge“ (Robinson 1972, S. XI), dass die Firmen durch Abtasten den Verlauf der Nachfragekurve des Marktes finden würden, „that is, I treated the conditions of demand as being unchanged for an indefinitely long period and I assumed that experiments with prices would leave no trace in market conditions.“ Sie habe also mit dem isolierten Abtasten eine Dynamik eingeführt, ohne das Modell insgesamt zu einem dynamischen zu machen, und das betrachtete sie nun als einen Fehler. Die von ihr erbrachten Leistungen in der Theorie des Monopols, der monopolistischen Märkte, der Preisdiskriminierung erwähnte sie in dieser Einleitung kaum. Für die kurze Periode seien Preissetzungen und eine zugehörige Preispolitik zu beachten, soweit es um Industriepreise ging, und für die lange eine strategische Preissetzung im Rahmen der Investitionspolitik. Vollkostenpreise und administrierte Preise werden erwähnt, dann heißt es plötzlich, nachdem die Investitionen ins Spiel gekommen sind: „As for the question what determines

the rate of profit on capital, neither my critics nor my supporters had anything much to say about it.“ Die Einleitung von 1969 verwies auf was kommen musste: Sraffas Preistheorie.

Da wir auf die Beziehung von Robinson und Sraffa unseren Blick werfen wollten, müssen wir nun fragen, wie der junge Sraffa in ihrem ersten großen Buch präsent war. Zwar hatten eine Reihe von Autoren in den 20er Jahren über unvollkommene Konkurrenz zu arbeiten begonnen; Joan Robinson nennt Heinrich von Stackelberg (1905–1946) und Erich Schneider (1900–1970) unter ihnen (*Robinson* 1969 [1937], S. XV). Aber für Joan Robinson und die Cambridger Ökonomen war die Anregung durch Sraffas Aufsätze „Sulle relazioni fra costo e quantità prodotta“ und „On the Laws of Returns“ und später das berühmte Symposium von Keynes im *Economic Journal* am wichtigsten. Sraffa hatte die marshallianischen Ertragsgesetze unter Wettbewerbsbedingungen kritisiert. Steigende Erträge waren mit vollkommener Konkurrenz nicht zu vereinbaren, weil bei unbegrenzt sinkenden Kosten jeder Anbieter allein den ganzen Markt bedienen wollte, sodass die Konkurrenz sich aufhöbe. Gab es aber, wie in der Landwirtschaft, sinkenden Erträge, würden aus steigender Nachfrage und intensiverer Landnutzung steigende Preise resultieren, was die Unabhängigkeit der Märkte in Frage stellen könnte: Der steigende Preis eines landwirtschaftlichen Produkts würde zu sinkender Nachfrage nach anderen landwirtschaftlichen Produkten führen, was wiederum auf die Faktormärkte und Renten Einfluss hätte, sodass die Nachfragekurve und die Angebotskurve nicht mehr, wie nach der ceteris paribus Bedingung verlangt, voneinander unabhängig blieben. Sraffa sah nur für sehr spezielle Fälle einen Raum für die Behandlung veränderlicher Erträge (die wichtigste Ausnahme betraf positive externe Effekte in einem einzelnen Markt, die nicht internalisiert werden konnten). Sraffa schloss auf konstante Erträge als den wahrscheinlichsten Fall – nicht, weil die Tendenzen zu steigenden und fallenden Skalenerträgen sich zufällig kompensierten, sondern infolge der Abwesenheit solcher Tendenzen.

Joan Robinson nahm diese Diskussion in ihrem Buch im Zusammenhang mit Faktorpreisen und der Bodenrente auf. Sie veranschaulichte Sraffas Argument (*Robinson* 1969 [1933], S. 116–119). Auf einem Land würden gelbe Rüben, Steckrüben und rote Beete als Wurzelgemüse angebaut. Für jedes Gemüse bestünde eine Nachfrage und, gegeben die Rente, könnten die Kosten für jedes aufgestellt werden. Eine erhöhte Nachfrage nach roter Beete würde zu einem höheren Preis dieses Produktes führen, worauf wegen der beschränkten Kaufkraft der Konsumenten die Nachfrage nach den Rüben abnehmen müsste; das Land wäre auf die verschiedenen Produktionen neu aufzuteilen, und es würde sich die Rente, also die Kosten, verändern, sodass die Angebots- und Nachfragekurven im ersten von uns betrachteten Markt (rote Beete) nicht voneinander unabhängig wären (*Robinson* 1969 [1933], S. 117). Im Buch be-

zeichnete Joan Robinson dies als Sraffas Dilemma. Blieben Angebot und Nachfrage unverändert, könnte man von gegebenen Kosten ausgehen, aber dann könnten die veränderlichen Kosten und Erträge nicht untersucht werden. Änderte man die Angebots- und Nachfragebedingungen, wären die Ertragsgesetze nicht unter *ceteris-paribus*-Bedingungen ableitbar.

Im Hinblick auf die späteren Auseinandersetzungen zwischen Robinson und Sraffa ist es nun interessant, dass Robinson im Buch das Dilemma als zur Not heilbar betrachtete und damit darüber hinwegging, während es für Sraffa einen Eckstein seiner Kritik an Marshall bedeutete. Wie weit er sich am Ende seines Lebens mit dieser frühen Marshall-Kritik noch identifizierte, wissen wir nicht. Er untersagte den Druck einer englischen Übersetzung seines italienischen Aufsatzes über die Ertragsgesetze zu seinen Lebzeiten mit der Begründung, dass, wenn sie erschiene, er verpflichtet wäre, seinen gegenwärtigen Standpunkt darzulegen, was er weder wolle noch könne. Sraffa mochte fühlen, dass Joan Robinsons seine Grundsatzkritik banalisiert hatte. Joan Robinson brachte ihren Respekt für Sraffa zum Ausdruck und relativierte dennoch seine Botschaft.

2. Im Dienste von Keynes

Frage man Joan Robinson, ob sie Marxistin sei, kam keine eindeutige Antwort, aber sie bekannte sich stets zu Keynes und sah sich als Führerin des linken Flügels seiner Schule. Diese Rolle übernahm sie nicht vom einen Tag zum anderen, sondern sie wuchs allmählich hinein, im Zuge des Entstehungsprozesses dessen, was wir heute unter Keynesianismus verstehen. Die persönliche Bekanntschaft begann etwas früher, aber die wissenschaftliche Auseinandersetzung war mit den Diskussionen über *The Treatise on Money* verknüpft, die als eine der interessantesten und vieldiskutierten Episoden in der ökonomischen Theoriegeschichte bekannt sind. Der Weg, den Keynes von *The Treatise* zur *General Theory* zu gehen hatte und wer dabei seine Gesprächspartner waren, ist ausgezeichnet in den Bänden 13 und 14 und einem Zusatzband der *Collective Writings* durch den Herausgeber Donald Moggridge dokumentiert. Auf die Gefahr hin, wenig Neues dazu sagen zu können, will ich an einige Stationen dieses Weges erinnern, denn Robinsons Beitrag ist sonst nicht zu verstehen.

Bekanntlich hätte Keynes' brillanter Karriere durch die Publikation der *Treatise* die Krone aufgesetzte werden sollen, aber das zweibändige Werk war weder in den Augen des Publikums noch des Autors ein wirklicher Erfolg. Die Erinnerungen an die wechsellvollen wirtschaftlichen Erscheinungen der 20er Jahre und die Gegenwart der Wirtschaftskrise hatten den Boden für eine monetäre Erklärung des Wirtschaftslaufs bereitet, aber die *Treatise* überzeugte

nicht. Hayeks Aufsatz *Reflection on the Pure Theory of Money* in *Economica* (Hayek 1931a) nannte die *Treatise* wichtig, schon weil sie von Keynes sei. Den Zusammenhang von Investition, Ersparnis und Zins in den Mittelpunkt zu stellen, sei ein großer Fortschritt, aber „To a Continental Economist this way of approach does not seem so novel as it does to the author“ (Hayek 1931a, S. 270). Hayek warf Keynes einen widersprüchlichen Gebrauch der Grundbegriffe vor – dunkel sei er in fast unglaublichem Grade, und damit sei er auch schwer zu kritisieren, weil man nicht wisse, was er meine. In der Tat fehlte es an der Klarheit der Begriffe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, nach denen Keynes immerhin tastete, während Hayek in der österreichischen Tradition nicht den wirtschaftlichen Kreislauf, sondern die zeitliche Struktur von Produktion und Konsum im Auge hatte. So sprach er beispielsweise davon, dass in der Produktion der Güter höherer Ordnung reichliche Mengen vorhanden seien, während bei den Gütern niedriger Ordnung Knappheit herrsche, sodass die Preise für Investitionsgüter fielen und die für Konsumgüter stiegen; das werde aber durch Keynes' Aggregierung verdeckt. Extragewinne und -verluste – bei Keynes waren das im Grunde marshallianische Quasirenten – höben sich dann auf; für Keynes müsse diese Lage als ein Gleichgewicht erscheinen. Seine „aggregates conceal the most fundamental mechanisms of change“ (Hayek 1931a, S. 272). Keynes behandle die Aufrechterhaltung des Kapitalbestands und die Hinzufügung von Investitionen als ganz verschiedene Prozesse und vernachlässige damit die Kapitalstruktur, wie sie nach Böhm-Bawerk und Wicksell zu behandeln wäre.

Besonders wichtig schien Hayek, dass das Einkommen entweder konsumiert oder gespart werde, und die Ersparnis wiederum werde entweder gehortet oder investiert. Eine gestiegene Ersparnis musste also für Hayek mit einem Sinken des Konsums und einem Steigen der Investitionen verbunden sein, wenn die zirkulierende Geldmenge verausgabte und nicht unter Änderung der Umlaufgeschwindigkeit vermehrt gehortet wurde. Keynes dagegen meine, aus zusätzlichen Ersparnissen würden entweder Depositen bei den Banken oder Wertpapierkäufe, und damit war für Hayek nicht mehr klar, ob und wie aus zusätzlicher Ersparnis zusätzliche Investitionen wurden. Hayeks unmittelbare Antwort auf Keynes war weniger wesentlich (Hayek 1931b), aber im zweiten Teil des Aufsatzes, erschienen 1932, ging es um das Verhältnis zwischen Zentralbankzins und natürlichem Zins und die Wirkungen von Zinssenkungen auf die Produktion. Wieder erfolgte der Hinweis auf die Störung der Kapitalstruktur: „It seems never to have occurred to him that the official stimulus to investment, which makes it exceed current saving, may cause a disequilibrium in the real structure of production, which, sooner or later, must lead to a reaction.“ (Hayek 1932, S. 40). Die Vernachlässigung sei typisch für die angelsächsischen monetären Theorien des Konjunkturzyklus. Keynes meine, eine Änderung der Produktionsstruktur (längere oder kürzere Produk-

tionsumwege) seien der langen Frist zuzuordnen, nicht der kurzen. Aber jede Investition habe auf die Länge der Produktionsperiode einen Einfluss. Der Fall der Investitionen sei das Problem der Krise, nicht das Verkaufen der Konsumgüter. Er spielte damit auf die Konjunkturerklärungen der Jahrhundertwende an; Keynes selbst ging 1936 bei der Erklärung des Zyklus von den Schwankungen der Investitionen aus. Auch in der gegenwärtigen, der Weltwirtschaftskrise, könnten Konsumgüterindustrien mit Gewinn operieren, setzte Hayek den Einwand fort. Um aus der Krise herauszukommen, müsse man zu „less capitalistic processes“ zurückkehren; eine Kreditexpansion würde die Krise nur verlängern (Hayek 1932, S. 42).

Keynes' Antwort (Keynes 1931) bezieht sich nur auf den ersten der beiden hayek'schen Aufsätze, kann aber nachträglich durchaus auch mit Hayeks Fortsetzung in Verbindung gebracht werden. Mit den Hinweisen auf verwirrende, ja widersprüchliche Definitionen der volkswirtschaftlichen Aggregate und Keynes' ungenügende Kenntnis der österreichischen und wicksellianischen Theorie hatte Hayek zweifellos Punkte getroffen, aber Keynes gab sich bei der Antwort souverän und bekannte sich erst gegen Ende zu einigen Mängeln. In den Mittelpunkt stellte er, dass Hayek der Überzeugung sei, freiwilliges Sparen werde immer zu Investitionen. Solange nämlich die Geldmenge konstant sei, würden geringere Konsumausgaben höhere Investitionsausgaben nach sich ziehen. Ein Auseinanderlaufen von Investition und Ersparnis infolge von Konsumverzicht müsste auf Fehler der Banken zurückgeführt werden, beispielsweise verbunden mit einem starken Senken des Zinses, was Hayek als erzwungenes Sparen auffasse. Es käme zu Verlängerung der Produktionsumwege. So gesehen müsse man wohl wirklich die Analyse kapitaltheoretisch ergänzen, um die Bestimmungsgründe des natürlichen Zinses festzustellen (Keynes 1931, S. 394). Parallel zu dieser Konzession wird Keynes ausfällig gegen Hayeks auf englisch erschienenen Buch *Preise und Produktion* – Sraffa's vernichtende Kritik desselben war in Vorbereitung, wovon Keynes gewiss wusste –, und er meint, Hayek interessiere sich eben für die Bedingungen der Gleichheit des Bankzinssatzes mit dem natürlichen Zins, er aber, Keynes, sei befasst mit den Lagen, wenn diese Zinsfüße nicht übereinstimmen.

Es ist nun gerade der von Keynes als zentral herausgehobene Punkt, den Joan Robinson wesentlich aufklären half, auch wenn ihr Artikel nach dem von Keynes erschien. Wir haben uns zu erinnern, dass, hauptsächlich zwischen Januar und Mai 1931, Richard Kahn, James Meade, Piero Sraffa, Joan und Austin Robinson, unter gelegentlicher Mitwirkung anderer, in einem nicht-öffentlichem Seminar, genannt der Circus, zusammenkamen, um die *Treatise* zu diskutieren, und es gelang ihnen verhältnismäßig rasch, in Grundfragen den Schritt zu tun, der von der *Treatise* zur *General Theory* führt, nämlich von einer Konjunkturanalyse, in der die Schwankungen vor allem solche der

Preise und Gewinne sind, zur Analyse der kurzen Periode, in der die Schwankungen das Niveau der Aktivität, der Einkommen und der Beschäftigung betreffen und von den Investitionen ausgelöst werden. Moggridge fasst zusammen: „Within a short time in the winter and spring of 1931 the ‚Circus‘ had in its hands most of the important ingredients of the system which was ultimately to appear in the *General Theory*.“ (Collected Writings XIII, S. 341). Joan Robinsons „Parable on Saving and Investment“ wurde Keynes im April 1932 gezeigt und in *Economica* im Februar 1933 publiziert (Robinson 1933b). Nach den oft verwirrenden Einwänden Hayeks und der im Grunde verlegenen Verteidigung von Keynes wirken ihre Ausführungen klar und bestimmt.

Sie schreibt ausschließlich über den von Keynes als solchen festgehaltenen Hauptpunkt der Kontroverse: wie Sparen und Investieren ins Ungleichgewicht kommen können. Niemand finde es problematisch, wenn die Ersparnis die Investition übersteigt, solange das auf Horten zurückgeführt werde. Dahinter steckt die Quantitätstheorie des Geldes. Bei konstanter Geldmenge scheint nur Horten eine Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit erklären zu können, und ist diese ausgeschlossen, muss das Geld, das bei vermindertem Konsum eingespart wird, auf irgendeinem Weg zu Vermehrung der Ausgaben für Investitionsgüter führen. Also müssten diese, bei Vollbeschäftigung, im Preis steigen. Das aber habe Keynes ausgeschlossen. Er sei davon ausgegangen, die zusätzlichen Ersparnisse würden für Wertpapiere ausgegeben. Hayek meine nun, vom Steigen der Wertpapierpreise auf ein Steigen der Preise der Investitionsgüter schließen zu dürfen, während Keynes diese Verbindung nicht für notwendig ansähe.

Um zu diskutieren, wie das in der Tat geschehen kann, wählt sie einen für sie charakteristisch drastischen Vergleich. An die Stelle der Wertpapiere setze man Gold, an die der Konsumgüter Erbsen. Wenn nun die Nachfrage nach Erbsen abnimmt und mehr Gold nachgefragt wird, folgt aus dem Bestand großer Goldvorräte, die in der Vergangenheit aufgehäuft wurden, dass der Goldpreis kaum zu steigen braucht. Ja, es kann sein, dass die Anbauer der Erbsen durch das Sinken ihrer Einkünfte aus dem Verkauf ihres Produkts in Verlegenheit geraten und deshalb ihre Goldvorräte abstoßen, sodass der Goldpreis sogar sinkt. Diese Möglichkeit wird mit Varianten diskutiert, und natürlich ist auch der Zusammenhang zwischen Wertpapierpreisen und der Bepreisung neuer Investitionsgüter, also, wie wir heute sagen würden, zwischen den Preisen eines Bestands und den Preisen einer Stromgröße, nicht so leicht zu erfassen; es mag der Diskontsatz eine Rolle spielen, und so ist der Einwand Hayeks gegen Keynes erst einmal entkräftet. Joan Robinson wendet nun aber selbst gegen Keynes ein, dass er vergessen habe, neben Preisänderungen auch Volumenänderungen zu berücksichtigen. Die zusätzliche Ersparnis kann zu Arbeitslosigkeit führen, und darin liegt natürlich der Schritt zur Allgemeinen Theorie. „If my interpretation is correct, the simple-minded reader (along

with Dr. Hayek) has a rightful grudge against Mr. Keynes. If what he meant was so simple, why must he have made it appear so hard?“ (*Robinson* 1933, S. 81). Keynes habe seinen Lesern zuviel zugemutet: „An acute slump with full employment“ und „a trade boom without any increase in output“ (*Robinson* 1933, S. 84). Wir sahen, welche Komplikationen im menschlichen Bereich sich in den Jahren häuften, in denen Joan Robinson zur Keynesianerin wurde; auch die theoretische Debatte verlief nicht immer glatt.

Sie wurde dann zu einer führenden frühen Vertreterin der keynesianischen Revolution. Als Beispiel ihrer Leistungen in dieser Rolle sei ihr Büchlein „Introduction to the Theory of Employment“ (*Robinson* 1973 [1937]) nochmals genannt, eines der ersten elementaren Lehrbücher auf diesem Gebiet, das dann immer wieder aufgelegt wurde. Liest man es, wird man die Elemente sehr vertraut finden. Der Multiplikator wird, noch ohne Varianten für die Art der Finanzierung der Staatsausgaben oder für den Außenhandel, diskutiert, Defizitfinanzierung ist nicht bedingungslos gut: „The mere fact that a deficit is good for trade is not a sufficient argument for having a deficit, since other methods of improving trade may be preferable“ (*Robinson* 1937, S. 34). Sparsamkeit ist durchaus eine Tugend als notwendige Bedingung der Investition, und vorsichtig und differenziert fallen auch die Urteile über die Wirkungen von Lohnsteigerungen und -senkungen aus. Das Preisniveau wird als proportional zum Nominallohn angesehen. Auf die Schwierigkeit, dass dies einen konstanten Reallohn impliziert, wenn der Proportionalitätsfaktor konstant ist, und dass diese Reallohnbestimmung im Gegensatz steht zur Grenzproduktivitätstheorie, geht sie nicht ein. Viel Raum nimmt die Liquiditätspräferenztheorie des Zinssatzes ein. Die Steuerung der Investition über den Zins und die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wird nur wenig in Frage gestellt. Sie skizziert den Konjunkturzyklus. Überraschend, bedenkt man spätere radikale postkeynesianische Positionen, wird die Kreditklemme kaum erwähnt, die sich im Abschwung ergibt, wenn die Zentralbank dem nicht akkommodierend entgegenwirkt. Liegt es daran, dass sie den dritten Band von „Das Kapital“ von Marx mit der Kreditpanik noch nicht gelesen hatte? Die radikaleren theoretischen Positionen scheinen sich erst in Verbindung mit dieser Lektüre eingestellt zu haben, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden.

3. Auseinandersetzungen mit Marx

Schon die Publikation des ersten Bandes von *Das Kapital* von Karl Marx im Jahr 1867 provozierte Reaktionen seiner Gegner, die versuchten, auf wissenschaftlichem Weg seine Thesen zu widerlegen. In Erinnerung geblieben sind die diesbezüglichen Arbeiten der Österreichischen Schule und die Debatte um das Transformationsproblem. Daneben gab es die Schriften der Befürworter, die sich in der Methode dem Meister anzugleichen suchten. Befür-

worter fand er im akademischen Raum allerdings kaum. Werner Sombart bildet da eine wichtige und folgenreiche Ausnahme. Sie führte zu den Diskussionen der jüngsten historischen Schule – heute würde man sagen der historischen Soziologie – in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als Marx in Deutschland und Österreich eklektisch in den Unterricht aufgenommen wurde. Diese bedeutende, kritisch an Marx anschließende Kapitalismusforschung gipfelte im Werk von Max Weber. Es sollte dauern, bis die angelsächsische Welt davon in Facetten Notiz nahm. Entsprechend selektiv ging Joan Robinson vor. Das Besondere an ihrem *Essay on Marxian Economics*, der 1942 zuerst erschien und vielfach wieder abgedruckt wurde (Robinson 1966 [1942]), ist die damals ungewöhnliche Verbindung deutlicher Sympathien für Marx mit einer, wie wir heute sagen würden, analytischen Rekonstruktion des ökonomischen Grundmodells mit Hilfe einer modernere Begrifflichkeit oder jedenfalls unter Verwendung der Marx'schen Begriffe von Wert, Preis, Mehrwert und so fort in solcher Form, dass sie in Modellen eingesetzt werden konnten, mit denen Joan Robinson Preisbildung und Akkumulation abbildete. Die von Marx behaupteten historischen Tendenzen wurden einer scharfen Kritik unterzogen, seine dialektische Methode und auf sie gestützte Begriffe wurden abgelehnt oder nicht einmal bemerkt. Es ist immer noch möglich, Marx in dieser Weise gewissermaßen zu halbieren (Alves 2022). Dass Marx ganz systematisch ontologische Begriffe wie ‚Erscheinungsform‘ verwendet, ging schon in der ersten englischen Übersetzung des *Kapital* unter, obwohl Engels sie überwacht hatte, und dem Angelsächsischen so fremde Begriffe wie die der Wertformenlehre wurden nicht einmal der Erwähnung für würdig befunden, wie ich einleitend schon ausführte. Joan Robinsons Ansatz hat dennoch Schule gemacht, denn es ist kaum mehr möglich, über Marx'sche Wirtschaftstheorie zu sprechen, ohne sie auch modellmäßig darzustellen, und den Weg dazu hat vor allem Joan Robinson geebnet.

„The purpose of this essay is to compare the economic analysis of Marx's Capital with current academic teaching.“ (Robinson 1966 [1942], S. XXII). Die akademische Welt (sie meinte die englische) sei nicht mehr so „cocksure“ wie ehemals, seit die Theorien des monopolistischen Wettbewerbs und der Unterbeschäftigung die überkommene, also die marshallianische Theorie erschüttert hätten. Die akademische Welt sehe den Kapitalismus als eine natürliche Ordnung, Marx betrachte ihn als eine vorübergehende Erscheinung, und Harmonie oder Kampf, Verteidigung oder Revolution seien die Gegensätze. Nach einer eindrücklichen Zusammenfassung der historischen Tendenzen im Kapitalismus konzentriert sich die Argumentation auf den analytischen Apparat. Die Einführung des Wertbegriffs bei Marx wird als Definition aufgefasst. Die daraus abgeleiteten Begriffe wie variables Kapital, Mehrwert, organische Zusammensetzung und Profitrate übersetzt sie, soweit möglich, in die entsprechenden preistheoretischen Begriffe. Sie beklagt, dass Marx die Amortisation,

also die Kapitalkosten, als Stromgröße nicht ordentlich vom Kapitalbestand unterscheidet oder darin nicht konsequent sei. Sie schreibt für den Strom c , für den Bestand C , hat aber keinen modelltheoretisch sauberen Begriff davon, wie die beiden in Beziehung zu setzen wären. Eine solche Theorie findet sich erst bei Sraffa in seiner Behandlung des fixen Kapitals als Kuppelprodukt. Ist die Profitrate Null, sind also die Preise gleich den Werten, reduzieren sich die Kapitalkosten im stationären Zustand, wie das auch Joan Robinson sieht, auf die Abschreibung, also den Wertverlust, der sich daraus ergibt, dass die Auslage für das Kapitalgut, das in mehreren Perioden vernutzt wird, als Kostenelement auf diese Perioden umgelegt wird. Ist die Profitrate positiv, treten die ebenfalls auf mehrere Perioden umzulegenden Finanzierungskosten hinzu, die bei konstanter Effizienz nach der Amortisationsformel zu berechnen sind. Diese war in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert bekannt, wenn es sich um den Fall konstanter Effizienz handelte (Schefold 2021); Sraffa hat sie auf den Fall variabler Effizienz verallgemeinert. Robinson verweist gleich am Anfang ihrer Darstellung auf das Transformationsproblem und fühlt sich in der Welt der Preise, wie sie im dritten Band des *Kapital* entwickelt wird, besser zuhause als im ersten Band, aber sie schlägt keine analytische Lösung vor, und ebenso bleibt offen, wie die Unterscheidung von Kapital auf Bestandsgröße und als Stromgröße durchzuführen sei. „As I see it, the conflict between Volume I and Volume III is a conflict between mysticism and common sense“. (Robinson 1966 [1942], S. 15) Dass der „mysticism“ zu einer konkreten Bedingung für die Transformation von Werten in Preise führt, dass nämlich zu zeigen ist, wie sich der Profit als umverteilter Mehrwert auffassen lässt, wird hier auch nicht klar (Schefold 2016).

Man könnte deshalb meinen, Robinsons Behandlung von Marx bliebe im Vordergründigen stecken, aber sie hat ihre eigene Art, an Marx gleichsam Fragen zu stellen, die von Marx nicht, aber von der akademischen Nationalökonomie beantwortet werden können, während sich andersherum für Joan Robinson und die akademische Nationalökonomie offene Fragen finden, für die Marx Antworten oder mindestens Einsichten bereithält. Sie tadelt beispielsweise, dass es bei Marx keinen Maßstab für das wirtschaftliche Wachstum im Sinne eines Indexes für die Produktion gäbe. Schon Ricardo hatte von „value“ und „riches“ gesprochen und gezeigt, dass die Reichtümer steigen, während der Wert konstant bleiben kann, wenn, modern ausgedrückt, die Arbeitsproduktivität bei konstanter Bevölkerung regelmäßig um so viel Prozent wächst, wie ihre Produktion dank verbesserter Produktionsmethoden zunimmt. Einen Index für das reale Wachstum kennen Ricardo und Marx in der Tat nicht, aber es in Geld zu messen, hieß damals, es in Gold auszudrücken. Wenn man, wie Ricardo, des Glaubens war (den Joan Robinson allerdings nicht teilte), dass die Produktionskosten und damit die Kaufkraft des Goldes als einigermaßen stabil angesehen werden durften, besaß man doch ein Maß für Wachstum.

Robinsons Buch war geschrieben, noch bevor die moderne Wachstumstheorie durch Harrods Buch in Gang gesetzt worden war (*Harrod* 1948). Robinson zieht aus Marx ein Modell zyklischer Kapitalakkumulation, in dem die Akkumulationsbereitschaft von der Profitrate, diese von der Lohnrate und die Lohnrate von der Größe der Reservearmee, also der auch in der langen Frist vorhandenen, aber schwankenden Arbeitslosigkeit abhängt. Der Marx'schen Theorie der fallenden Profitrate konnte Joan Robinson 1942 noch nicht viel abgewinnen. Der Gegensatz zwischen der Produktion des absoluten und des relativen Mehrwerts war unverstanden geblieben. Warum sollte die organische Zusammensetzung des Kapitals eigentlich steigen? (*Schefold* 2019). Später, als die Wachstumstheorie die Folgen unterschiedlicher Formen des technischen Fortschritts für die Verteilung zu diskutieren begann, erinnerte sie sich aber, und die Marx'sche Idee erschien bei ihr gelegentlich wieder in der Form des „Alptrahms des Technokraten“: Sollte die Kapitalintensität tatsächlich unverhältnismäßig, nämlich schneller als die Arbeitsproduktivität, steigen, sollten die Löhne aber mit der Arbeitsproduktivität zunehmen, würden die höheren Kapitalerfordernisse aus den Gewinnen zu bestreiten sein, und die Profitrate müsste fallen.

Da Joan Robinson in der Kriegszeit von der Auseinandersetzung mit der Keynes'schen Beschäftigungstheorie herkam, fiel ihr Versuch, bei Marx eine Theorie der effektiven Nachfrage aufzuspüren, fruchtbarer aus. Sie fand hierzu ein neues Instrument in den Marx'schen Schemata der Reproduktion am Ende des zweiten Bandes, die Kahn einmal vorweggenommen hatte, indem in der Zeit der Begründung der Multiplikatortheorie gedanklich die Investitionsgüter- und die Konsumgüterindustrie voneinander getrennt hatte, um damit die Übertragung von Nachfrageimpulsen zu analysieren. Sie hat an diese Parallele allerdings erst später erinnert. Im *Essay on Marxian Economics* geht es vor allem darum, eine Theorie der wirtschaftlichen Schwankungen abzuleiten. Sie hebt hervor, dass Marx die monetäre Krise nur als Verschärfung der Krise der Nachfrage und Produktion gesehen habe und findet dazu bei Marx interessante Belege (*Robinson* 1966 [1942], S. 47ff.). Sie zeigt, dass sich bei Marx verschiedene Ansätze zur Krisentheorie überlagern, die sich zwar nicht widersprechen, aber in suggestiven Darstellungen von Krisen münden. Die damit gestellte Aufgabe, die Krisenfaktoren aufzuschlüsseln, steht noch im Raum.

Was treibt die Investitionen? Das ist das zentrale Problem in der Theorie der Investitionen, Joan Robinson suchte die Antwort, die Marx darauf gegeben hatte, fand eigentlich keine, und das schien ihr gerade richtig. Sie untersuchte dazu die neoklassische Theorie der Bestimmungsgründe des Investitionsverhaltens und stieß auf das Diskontieren der Zukunft und die Einschätzung des Risikos. Aber wird wirklich diskontiert? Entsteht die Annahme, dass es so sei, nicht eher dem Wunsch, die Akkumulation als einen Verzicht

darstellen zu können? „The notion of ‚discounting the future‘ is not based upon direct observation, but arises from the desire to represent owning wealth as a ‚sacrifice‘.“ (Robinson 1966 [1942], S. 55). Robinson hielt die neoklassische Erklärung des Investitionsverhaltens ausdrücklich für konsistent – was Sraffa später bezweifeln sollte –, aber sie sei unrealistisch. Wenn sie wahr wäre, würde es genügen den Zinssatz zu senken, um Arbeitslosigkeit zu überwinden. Gewiss trage der Zins dazu bei, das Kapitalangebot zu begrenzen, aber seine Höhe könne es nicht abschließend erklären, und sie argumentiert auf einigen Seiten, dass auch das Risikoelement es nicht könne. Die Kapitalisten akkumulieren bei Marx, weil sie ihren Besitz verteidigen, indem sie ihn zu erweitern suchen. „Capitalists are forced to accumulate in order to survive.“ (Robinson 1966 [1942], S. 61). Die keynesianische Theorie der *animal spirits* meine nichts anderes. Am Ende des Büchleins kam Joan Robinson auf die Frage zurück, wo die rechte Mitte liege zwischen der orthodoxen Übertreibung der Bedeutung des Zinssatzes für die Investitionen und der Marx’schen Vernachlässigung dieses Zusammenhangs. Der Verschuldungsgrad, das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital, legale Aspekte der Finanzierung, vor allem aber das Verhältnis von gegenwärtigem und erwartetem Gewinn spielten hier eine Rolle, und die Einflüsse seien empirisch kaum auseinander zu halten. Aber es seien die Fragen, auf die es ankomme, es seien die Fragen, die Marx gestellt habe, und sie zu lösen sei die Aufgabe der akademischen Nationalökonomie der Zukunft. Damit schließt das Buch ab. Joan Robinson sollte noch oft auf Marx zurückkommen, aber die schöpferischen Ansätze der Interpretation waren hier alle schon vorgezeichnet.

4. Von *The Accumulation of Capital* zur kapitaltheoretischen Debatte

The Accumulation of Capital war unstreitig als Joan Robinsons Magnum Opus und Werk der Reife gedacht (Robinson 1969 [1956]). Sie sah es als ihre Aufgabe, zur klassischen Theorie der Akkumulation in der langen Frist zurückzukehren und dabei die durch die Diskussionen über die Probleme der Beschäftigung gewonnen Einsichten zum Verhalten von Firmen, Investoren und Konsumenten miteinzubinden. Für das Vorbild klassischer Theorie berief sie sich auf Sraffas Einleitung zur Ricardo Ausgabe. Eine Wachstumstheorie in keynesianischer Perspektive war durch Harrod in *Towards a Dynamic Economics* angeregt worden (Harrod 1948). Harrod hatte einerseits das natürliche Wachstum der Bevölkerung, vermehrt um das Wachstum der Produktivität, also zunehmende Geschicklichkeit und produktivitätssteigernde Erfindungen, beschrieben, andererseits die Autonomie der Kapitalakkumulation. Kapazitätserweiternde Investitionen haben über den Multiplikator einen Beschäftigungseffekt. Ein Wachstumsgleichgewicht setzt voraus, dass die Investitionen, die sich bei Harrod nach dem erwarteten Zuwachs von Output und Produktion

richten, der Ersparnis gleichbleiben, die Produktion und Einkommen proportional ist. Wird diese Beziehung über die Zeit hinweg aufrechterhalten, entsteht ein „befriedigendes“ Wachstum, aber es ist instabil, weil Überinvestitionen zur Beschleunigung und damit zu einem Abweichen von der befriedigenden Wachstumsrate führen und umgekehrt Abschwächungen der Investitionen zur Krise. Aber, selbst wenn die Kapitalakkumulation stetig verläuft, folgt sie nicht notwendigerweise dem natürlichen Wachstumspotential. Im selben Jahr, in dem Joan Robinsons Buch erschien, publizierte Solow sein allbekanntes Wachstumsmodell, das beide Instabilitäten durch die Annahme einer Produktionsfunktion mit hinreichender Substitutionselastizität beseitigt: flexible Faktorpreise führen zur Vollbeschäftigung der Faktoren, und dank den Substitutionsmöglichkeiten kann sich das Wachstum des Kapitals, das aus dem Sparprozess hervorgeht, an das der Bevölkerung, vermehrt um den technischen Fortschritt, anpassen. Kaldor sah die Chance – und suchte dies mit einer Abfolge von immer komplexeren Modellen zu belegen – dass die Investitionen einem Vollbeschäftigungspotential folgen und dass auch ohne die Substitutionsmöglichkeiten einer Produktionsfunktion ein in gewissen Grenzen stabiler Pfad verfolgt wird, weil eine Erhöhung der Investitionsquote zu einer Veränderung der bei Harrod rigide vorgegebenen Sparquote führt (Kaldor 1955): eine höhere oder niedrigere Investitionsquote bringt höhere oder niedrigere Gewinne über einen durch die Einkommensverteilung vermittelten Multiplikatorprozess mit sich, und da die Ersparnis hauptsächlich aus Gewinnen erfolgt, passt sich die Sparquote an. In einer Reihe von Aufsätzen hatte Joan Robinson im Anschluss an ihr Buch den Kaldor’schen Gedanken einfach und transparent ausgestaltet; im Buch selbst ist der Gedanke auch angelegt, aber nicht ebenso leicht zu isolieren.

Während Solow und Kaldor mit Aggregaten operieren, versucht Joan Robinson im Buch eine genauere mikroökonomische Analyse des technischen Fortschritts, und diese macht ihren originellen und umstrittenen Beitrag zur Begründung der Wachstumstheorie aus. Um ihn zu verstehen, gehen wir von der Beschreibung und Bewertung der Produktionstechniken in der langen Frist aus, die wir bei Sraffa finden. Zumindest nach Garegnani sind Sraffas Preise der langen Frist im Sinne des Gegensatzes von natürlichen und Marktpreisen in der klassischen Tradition zu verstehen – ein Gegensatz, der zwar schon älter ist, sich aber am Anfang des *Wealth of Nations* von Adam Smith besonders deutlich herausgearbeitet findet. Die langfristigen Preise sind durch die Kosten, einschließlich Normalgewinn, gemäß allgemeiner Profitrate, bestimmt, und die Marktpreise gravitieren zu diesen. Die Gravitationsmetapher war Newtons Physik entnommen. Die Abweichung der Marktpreise von den Produktionspreisen konnte erheblich sein, wie Smith anekdotisch belegte, wenn etwa eine besondere Knappheit wie in Kriegszeiten herrschte. Klassische Autoren wie de Quincey hoben hervor, dass Marktpreise und Preise der

langen Frist in besonderen Fällen zusammenfallen konnten, etwa beim Handwerk, wenn Nachfrage und Produktion sich gleichmäßig entwickelten, während bei landwirtschaftlichen Produkten starke Schwankungen der Marktpreise zu erwarten waren (*Schefold* 1981). Ungeachtet vorübergehend möglicher großer Abweichungen der Marktpreise von den Produktionspreisen und des aktuellen Gewinns von Marktgewinn sollten also die Marktpreise zu den langfristigen Preisen streben. Von Ricardo und in der Neoklassik bis etwa 1930 wurde dabei eine tendenzielle Übereinstimmung von Profitrate und Zinssatz angenommen, und der erstere Begriff verschwand zunehmend aus der Diskussion. Smith war noch überzeugt, dass Geldzins- und Profitrate je nach Land erheblich differieren konnten. Bei Keynes ist die Profitrate nicht zu finden. Preise – aber nicht das Geldniveau – sind marshallianisch bestimmt, soweit sie nicht spekulativen Einflüssen unterliegen, und später tauchen bei ihm Vollkostenpreise und administrierte Preise auf.

Schon im einleitenden Kapitel von *The Accumulation of Capital* kritisiert Joan Robinson den Gleichgewichtsbegriff. Er ist bei ihr nicht aus der älteren Analogie des Gleichgewichts der Kräfte hervorgegangen, wie Marx es sah. Wenn zwei Gruppen von Kindern an einem Seil ziehen und ungefähr gleich stark sind, wird man dies daran erkennen, dass das Seil straff gespannt ist und seine Mittelmarke sich wenig bewegt. Wo diese aber beim Hin- und Herwogen der Ziehenden stehen bleibt, weiß man nicht, und das Schwanken wird auch nie ganz aufhören, bis das Spiel endet. Die Kräfte bedeuten bei Marx Angebot und Nachfrage; die Ruhelage wird durch etwas anderes bestimmt, nämlich den Wert. Böhm-Bawerk wandte gegen Marx ein, dass die Ruhelage durchaus von Angebot und Nachfrage bestimmt sein konnte, wenn zumindest eine der beiden Kräfte von der Höhe des Preises abhängig war. Er illustrierte diese Möglichkeit mithilfe eines Luftballons, bei dem die Auftriebskraft und die Schwerkraft einander entgegenwirken. Aber das Gleichgewicht beider ist nicht indifferent: Der Ballon steigt, bis die Auftriebskraft der Schwerkraft gleich ist, weil der Luftdruck mit der Höhe abnimmt (*Böhm-Bawerk* 1896, S. 113–115).

Joan Robinson scheint diese Analogie nicht gekannt zu haben. Ihr Bild des Gleichgewichts ist das übliche, die Waage, die, gegeben die Gewichte, nur einen Ruhepunkt kennt, aber sofort schwankt, wenn man sie berührt. Das sei aber keine sinnvolle Analogie für die reale Wirtschaft, meinte Robinson, weil sich die Bedingungen ständig ändern, weil die Bedingungen selbst von Erwartungen abhängig sind und diese Erwartungen wiederum vom Preis beeinflusst werden. Das veranschaulichte sie nicht anhand der Güter-, sondern der Wertpapierpreise und verwies auf die keynesianische Theorie der Spekulation (*Robinson* 1969 [1956], S. 58–59). Eine Wirtschaft konnte stärker oder schwächer bewegt sein; für den Zustand der Ruhe verwendete sie den Ausdruck „tranquility“ (*Robinson* 1969 [1956], S. 59); sie sprach auch von „har-

mony“, und von „lucidity“, wenn die Marktbedingungen allen Teilnehmern bekannt sind.

Sie entwickelte nun eine Theorie der „normalen Preise“, damit Marshalls Begriff aufgreifend, die in einem Zustand ruhiger und gleichmäßiger Entwicklung im Prinzip herrschen, wenn Zinssatz und Profitrate stabil bleiben und die Techniken diesen Größen angepasst sind, sodass auch die Erwartungen stabil bleiben können, weil nicht unversehens neue Produktionsmöglichkeiten auftreten, bestehende Ausrüstungen obsolet werden oder exogene Faktoren auf die Erwartungsbildung einwirken. Das schien den Gleichgewichtsbegriff bis zur Unbrauchbarkeit einzuschränken. Tatsächlich warnt sie, man dürfe auch nicht sagen, dass normale Preise eine Lage darstellten, zu der die wirklichen Preise hinstrebten, denn der Anpassungsprozess werde durch Investitionen vorangetrieben, beeinflusse damit die Faktorpreise und verändere die normale Lage selbst (Robinson 1969 [1956], S. 356).

Der Begriff der normalen Preise baute auch bei ihr auf den Produktionskosten auf (Robinson 1969 [1956], S. 183) und bestand aus den direkten Kosten zuzüglich eines Bruttogewinns als „due share of overhead cost, amortisation and profit at the ruling rate on the capital invested, when plant is being worked at normal capacity.“ (Robinson 1956, S. 185). Hier verwies sie dann auch auf die Vollkostentheorie der Preise, die bei normaler Kapazitätsauslastung gelten (Robinson 1969 [1956], S. 186). Später radikalisierte sie ihre Position, aber im Buch wird ein Zusammenhang zwischen dem Goldenen Zeitalter, in dem dank der ruhigen Entwicklung die normalen Preise tatsächlich vorherrschen, und realen Wirtschaften noch zugestanden: „This does not mean that all our elaborate analyses of Golden Ages and quasi-Golden Ages has been a waste of time, for the long-period influences which we have been considering are working themselves out through the fog of uncertainty in which short-period situations develop, though they cannot be seen with any great precision.“ (Robinson 1969 [1956], S. 192). Eine Brücke zwischen der abstrakten Vorstellung und der Anwendung bildet der Begriff der subjektiv-normalen Preise, die ein Unternehmen in der Absicht verlangt, bei Vollbeschäftigung einen Normalgewinn zu erreichen.

1962 veröffentlichte Joan Robinson unter dem Titel *Essays in the Theory of Economic Growth* eine Reihe von Aufsätzen, die sie als Einführung zu ihrem Buch über die Kapitalakkumulation betrachtete (Robinson 1968 [1962]). Aber die Aufsätze führten auch weiter und enthielten eine Darstellung des Wachstumsgleichgewichts für ein Goldenes Zeitalter, das sie damit doch als charakteristisch für die realen Verhältnisse ansah. Einerseits ist die Profitrate bestimmt durch die Akkumulationsbereitschaft der Unternehmer. Mit den Investitionen steigen durch den Multiplikatorprozess die Gewinne, weil die Beziehung der Gewinne eine höhere Sparneigung haben als die Lohnempfänger. In

einem Wachstumsgleichgewicht sind, wenn wir das Sparen aus Löhnen vernachlässigen, die Gewinne den Investitionen proportional, denn je mehr die Kapitalseite ausgibt, desto mehr wird sie einnehmen, wie das zuvor von Kaldor, Kalecki, Marx und sogar schon von Merkantilisten wie Steuart bemerkt wurde. Im Wachstumsgleichgewicht können beide Seiten der Gleichung auf das Kapital bezogen werden; dann ergibt sich, dass die Gewinnrate der Wachstumsrate proportional ist. Mindestens so alt ist die Vorstellung, dass die Akkumulationsbereitschaft mit der Gewinnrate zunimmt, jedoch mit abnehmender Tendenz. Im relevanten Schnittpunkt der beiden Kurven, im Wachstumsgleichgewicht, ist das Wachstum gerade so hoch, dass es Gewinne nach sich zieht, die diese Akkumulationsbereitschaft rechtfertigen (*Robinson* 1968 [1962], S. 48). Im gleichen Jahr veröffentlichte Luigi Pasinetti ein Modell, in dem das Sparen der Arbeiter zur Akkumulation eines ihnen gehörigen Kapitalstocks führte (*Pasinetti* 1961–62). Im gleichschrittigen Wachstum ergab sich, dass die Einkommensverteilung vom Sparen aus Gewinnen abhing, weil die Ersparnisse der Arbeiter gerade ihrem Gewinneinkommen aus dem ihnen gehörenden Kapitalanteil entsprachen. Joan Robinson sprach nun von einer „anglo-italienischen“ Theorie der Einkommensverteilung: die Profirate bestimmte die Lohnrate, und aus der bei Sraffa abgeleiteten Lohnkurve sollte der Reallohn folgen.

1960 war Sraffa's *Production of Commodities by Means of Commodities* erschienen, als *Prelude to A Critique of Economic Theory*, und Joan Robinson, die von Sraffa auf das Erscheinen dieser Publikation nicht vorbereitet worden war, begegnete dem Buch zuerst im Schaufenster eines Buchladens in Cambridge – eine ungeheure Überraschung, denn Sraffa schien das Publizieren aufgegeben zu haben, und eine Kränkung, denn der Freund hatte ihr nichts verraten. Wie Sraffa auf diese Publikation über die Jahrzehnte hinarbeitete, ist allmählich bekannt geworden; in meiner ersten Cambridger Zeit wusste man darüber noch fast nichts. Amartya Sen berichtet, wie er im Geheimen als eine Art Teststudent ausgewählt worden war, um den letzten Entwurf des Buchs in Sraffas Zimmer, unter dessen Augen, zu lesen – Sraffa spähte, ob des brillanten Studenten Minenspiel Verständnis oder Verlegenheit verriet (*Sen* 2022, S. 351). Auch Dennis Robertson durfte den Text über Nacht lesen. Wie Sraffa in einem Brief an Mattioli berichtete, gab Robertson tags darauf das Buch grinsend zurück mit der Bemerkung: „A wicked book. Ought to be burnt!“ Sraffa schrieb dem Freund, das sei nicht allzu ernst zu nehmen, und als Robertson hinzufügte, das Buch sei unmoralisch, Neo-Ricardianisch und Neo-Marxistisch, war Sraffa nicht unzufrieden: „La cosa è piuttosto soddisfacente, in confronto al „So what?“ che temevo e un po' temo ancora“ (*Sraffa* 2017, S. 123–124).

Offenbar sollte vor allem Joan Robinson von der bevorstehenden Publikation nichts erfahren, während E. A. G. Robinson mehr aus administrativen, Maurice Dobb aus inhaltlichen Gründen das Manuskript zu sehen bekamen (Sraffa 2017, S. 109 und S. 112). Sraffa mochte befürchten, dass Joan Robinson mit ihrer Fähigkeit, Grundgedanken rasch aufzugreifen, sie im eigenen Rahmen verwenden würde, und ganz besonders mochte er fürchten, dass sie die Möglichkeit des für den Neoklassiker paradoxalen Verhaltens der Kapitalintensität bei Veränderung der Einkommensverteilung veröffentlichen und die Wirksamkeit des Arguments verwässern könnte. Der paradoxe Effekt war nämlich in *The Accumulation of Capital* beiläufig erwähnt, aber mit einem Scherz für Eingeweihte als ein „Ruth-Cohen-Curiosum“ abgetan worden (Robinson 1969 [1956], S. 109), was Sraffa geärgert und beunruhigt haben soll. Tatsächlich verhielt sich Joan Robinson in der anschließenden kapitaltheoretischen Debatte ambivalent. Es war ein Triumph, wenn Samuelsons Versuch, die Neoklassik und insbesondere die Produktionsfunktion durch eine „surrogate production function“ zu retten, daran scheiterte, dass er die Paradoxa nicht hatte ausschließen können (Samuelson 1962). Andererseits hielt sie an der Kritik der Gleichgewichtstheorie fest, erweiterte sie sogar, indem sie forderte, dass man den historischen Prozess abzubilden habe, wenn man Relevantes über die Wirklichkeit aussagen wolle, während das Gleichgewicht nur in einer „logischen Zeit“ einen Sinn habe, wie sie das in *The Accumulation of Capital* festgehalten hatte, und dieses Argument wurde auch gegen Sraffa verwendet.

Aus den komplexen Kontroversen greife ich ihre Auseinandersetzung mit Garegnani heraus. Garegnani hatte in einem Aufsatz mit langer Vorgeschichte (Garegnani 1983) die kapitaltheoretische Kritik auf die keynesianische Investitionstheorie angewandt. Es ging darum zu zeigen, weshalb der Zins sich nicht so einstellt, dass über die zinselastische Investitionsfunktion Vollbeschäftigung erreicht wird. Keynes habe der Theorie der Neoklassik – der Zins bringt Sparen und Investieren ins Gleichgewicht – nur entgegengehalten, dass der Zins durch die Liquiditätspräferenz bestimmt werde; er hätte die Zinsabhängigkeit der Investitionen selbst kritisieren müssen, statt „nur“ eine positive Theorie des Zinses über die Liquiditätspräferenz einzuführen. Garegnani war also der Ansicht, die interne Kritik sei mindestens so wichtig wie die Bereitstellung einer theoretischen Alternative. In einem *Addendum* wird dies näher ausgeführt: „The conditions in which a fall of (Profitrate/Zinssatz – BS) results in a relative cheapening of the less capital-intensive productive processes do not seem to be any less plausible than those in which the opposite would be true.“ (Garegnani 1983, S. 65). Diese Vermutung unterhöhle die Grundlage, auf der die Erklärung der Verteilung durch Angebot und Nachfrage beruhe. Wenn die Erhöhung des Zinssatzes als Preises des Kapitals zu einer erhöhten Nachfrage nach Kapital von Seiten der Unternehmen führt, kann das

Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt nicht stabil sein. Das will Garegnani zeigen, indem er den in diesem Fall versagenden Gleichgewichtsprozess darstellt. Es sei also das physische Kapital, gemessen in den langfristigen Preisen bei einem gewählten Preisstandard, gegeben. Wenn nun – wir können hinzufügen, gemäß der Fragestellung, die schon Hayek und Keynes debattiert hatten – aus einem exogenen Anlass die Ersparnis zu- und der Konsum abnimmt, muss der Zinssatz gemäß der Theorie der Präferenzen fallen. Dies sollte zu einer vermehrten Kapitalnachfrage führen, durch die die gestiegene Ersparnis absorbiert wird, also auch die Beschäftigung steigt. Aber wenn der perverse Fall vorliegt, wird die Kapitalnachfrage mit dem fallenden Zinssatz selbst fallen, und die Wirtschaft entfernt sich nach der durch erhöhte Ersparnis ausgelösten Störung noch weiter vom Gleichgewicht, weil die Ersparnis zunimmt, aber die Kapitalnachfrage fällt. Garegnani bemerkt, dass auch der Arbeitsmarkt ins Ungleichgewicht geraten wird; aus der gestörten Vollbeschäftigung wird eine Krise. Wir interpretieren, das österreichische Argument gegen Keynes schien widerlegt, ohne die monetäre Theorie zu bemühen.

Statt den Gedankengang willkommen zu heißen, schrieb Joan Robinson in einem kurzen Kommentar zu Garegnani (*Robinson* 1983), Keynes habe die Gleichheit von Investition und Ersparnis unabhängig vom Zinssatz behauptet, weil die Investition die adäquate Ersparnis über die Wirkung der Ausgaben auf Produktion und Einkommen hervorrufe. Mit der Verlagerung des Beschäftigungsproblems in die lange Frist war sie nicht einverstanden, weil ihr die Anwendung der Theorie der Preise der langen Frist suspekt geworden war, was sie im gegebenen Kontext an der Problematik des Begriffs Profitrate festmachte. Sie schließt: „In Garegnani’s conclusions the conception of the long period, in particular of the normal rate of profit on capital, is not easy to grasp. Does he mean what the rate of profit on capital will be in the future or what it has been in the past or does it float above historical time as a Platonic Idea?“ Sie lehnte es also ab, die Sraffa’sche Preistheorie mit Keynes zu verbinden. In seiner im Vergleich zu Joan Robinsons kurzer Intervention langen Antwort geht Garegnani auf die Gravitation der Preise bis zur Bildung einer normalen Profitrate ein und antwortet mit wirkungsvoller Rhetorik: „It is a pity that Joan Robinson’s list of temporal locations has left out the present: Because it is in the ‚present‘ that the ‚normal‘ rate of profit has always been firmly located“ (*Garegnani* 1983, S. 76f.).

Man muss wohl feststellen, dass eine befriedigende Integration der keynesianischen Theorie mit der Erneuerung der klassischen Theorie durch Sraffa bis heute nicht gelungen ist, aber das mag daran liegen, dass die Kritik der Sraffa-Schule selbst einer Revision bedarf. Bei seinem Argument geht Garegnani davon aus, dass eine Erhöhung der Kapitalintensität ebenso plausibel sei wie eine Senkung, wenn der Zinssatz erhöht wird. Das ist zumindest nach meinen neueren Ergebnissen der kapitaltheoretischen Forschung nicht richtig; die ka-

pitaltheoretischen Paradoxa existieren zwar, doch sind sie selten und die Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens nimmt mit zunehmender Größe der Systeme ab. Joan Robinsons ging – unabhängig von dieser Antikritik – schließlich so weit, von der „unimportance of reswitching“ zu sprechen (Robinson 1979, S. 76–89) und beharrte auf ihrer Kritik des Gleichgewichts als dem entscheidenden Einwand gegen die Neoklassik. Ihr Glaube an ökonomische Theorie schwand dahin, wie Millmow (2003) es schildert. Ich meine dagegen, es müsse die Sraffa'sche Kritik nicht aufgegeben, sondern modifiziert werden, da sich herausgestellt hat, dass Reswitching und Reverse Capital Deepening kaum vorkommen (Schefold 2023b), aber die Substitutionsmöglichkeiten so begrenzt sind, dass die neoklassischen Stabilisierungsmechanismen durch Änderungen der Einkommensverteilung infrage gestellt werden (Schefold 2023b).

5. Lehrbücher und Nachwirkung

Wir haben Joan Robinsons großes Lehrbuch, verfasst mit John Eatwell, schon eingangs erwähnt und seinen nur mäßigen Erfolg vermerkt. Es gibt daneben andere, vielleicht geglücktere Versuche. Vermutlich sind Joan Robinsons *Exercises in Economic Analysis* (Robinson 1960) heute nur noch wenigen bekannt. Als Doktorand benutzte ich die immerhin sechste Auflage von 1971. Das Buch verkörpert die Vorstellung von ökonomischer Theoriebildung in Cambridge jener Zeit; es trainiert „Armchair Economics“. Gelehrt wird, wie man mit verbalen Modellen, gestützt auf höchstens ganz einfache Formeln mit klug ausgedachten graphischen Darstellungen an den großen Problemen der ökonomischen Theorie arbeiten kann. Einleitend wird ermahnt, sich zu überlegen, in welcher Zeitperiode – kurz, mittel, lang, säkular – die Fragestellung behandelt werden soll, welche Größen messbar sind, wie die Maße ausgedrückt werden können und wie, von den Dingen zu ihrem Zusammenhang übergehend, das unmittelbare Verhältnis des Menschen zur Natur von den gesellschaftlichen Bedingungen unterschieden werden kann. Erst wird die Produktion beschrieben, mit Land und Arbeit und unter dem Gesetz der fallenden Erträge, dann wird die Produktionsfunktion eingeführt und nach der Planung der Investitionen gefragt. Es folgen die effektive Nachfrage und die kapitalistische Entwicklung, internationaler Handel und schließlich ein Rückblick auf marshallianische Theorie. Die Probleme werden in einer nachvollziehbaren Folge aneinandergehängt, aber die Lösungen werden nur angedeutet und müssen, zweckmäßig in einer Gruppe von Studierenden, erarbeitet werden. Die Diagramme werden beschrieben, sie werden beim Lesen entwickelt, erscheinen aber nicht im Buch selbst. Hat man sich vertan und ist keine vernünftige Zeichnung zustande gekommen, muss man in anderen Lehrbüchern suchen, bis man das richtige findet.

Ich skizziere ein einziges Beispiel, das ich selbst einst lehrreich fand und mit dem ich glaube, über viele Jahre hinweg in den Vorlesungen einen gewissen didaktischen Erfolg erzielt zu haben. Es handelt sich um die Geschichte von den armen und den reichen Bauern. Joan Robinson stellt die Sache abstrakter dar, aber man kann etwa an die armen Indianer auf ihren Terrassen an den Berghängen Boliviens denken, die auf die reichen Ländereien im Tal und die Plantagenbesitzer europäischer Abkunft hinunterblicken. Bei Werner Sombart 1888 sind die reichen Länder in der römischen Campagna, bebaut von Pächtern des römischen Adels, und die armen Bauern betreiben Subsistenzwirtschaft an den Hängen des Apennin oder sie sind wandernde Hirten. In der abstrakten Darstellung sind das gute und das schlechte Land je durch eine linear-homogene Produktionsfunktion in Abhängigkeit von Land und Arbeit charakterisiert, und das bessere Land zeichnet sich durch ein höheres Maximum des Durchschnittsprodukts aus. Bei Joan Robinson heißt Subsistenzwirtschaft, dass die Familien der armen Bauern infolge des Bevölkerungsdrucks ihre kleinen Parzellen bis zum Äußersten ausschöpfen, gegeben einfachste Produktionsmittel, und das bedeutet, formal gesprochen, dass ihr Grenzprodukt null erreicht. Ihr zugehöriges Durchschnittsprodukt entspricht den Subsistenzbedürfnissen, also dem Reallohn im Sinne der klassischen Tradition oder dem notwendigen Lohn bei Karl Marx. Da der Bevölkerungsdruck groß ist, verdingen sich die armen Bauern bei den reichen als Lohnarbeiter; ihr Durchschnittsprodukt – gemessen wird die Produktion im als homogen angenommenen landwirtschaftlichen Erzeugnis, also in „Korn“ – wird damit zu den Kosten, die bei den reichen Bauern bei der Beschäftigung der armen Bauern pro Arbeitseinheit anfallen. Nun ist es natürlich optimal, arme Bauern einzustellen, bis das Grenzprodukt derselben auf dem besseren Land diesen Lohnkosten entspricht. Ist dies der Fall, wird dadurch das Beschäftigungsvolumen definiert. Das Gesamtprodukt auf dem besseren Land ist das zugehörige Durchschnittsprodukt multipliziert mit dem Beschäftigungsvolumen, und das Gesamtprodukt abzüglich der Löhne stellt die Rente der reichen Bauern dar, die, wenn sie groß genug ist, diesen ein arbeitsloses Einkommen ermöglicht.

Das Diagramm zu zeichnen sei im Sinne Joan Robinsons den Lesern überlassen. Ihr Ziel wäre damit erreicht. Es lehrt, die Begriffe von Grenz- und Durchschnittsprodukt zu unterscheiden, und zu erkennen, dass Optimierung nicht auf rein kapitalistische Verhältnisse beschränkt ist, dass also der Kurvenapparat auf gesellschaftliche Verhältnisse verschiedener Art angewendet werden kann. Über Jahrzehnte habe ich das didaktische Instrument in diesem Sinne benutzt. Heute möchte ich hinzufügen, was man von Sombart darüber hinaus lernen kann. Der römische Adel ist zu seiner Zeit – kurz nach der Einigung Italiens – noch so sehr von der Produktion abgehoben, dass er die Einstellung der Pächter nicht selbst organisiert, sondern dies reichen römischen

Bürgern überlässt, die einen erheblichen Gewinn aus der Vermittlung ziehen. Dazu muss die Ausbeutung der Armen einen hohen Grad erreichen. Die armen Bauern werden von anderen Mittelsmännern in den Bergen eingesammelt, die sie für eine ganze Erntesaison verpflichten, die dazu zum Unterhalt der zurückbleibenden Familien Vorschüsse zahlen und damit die armen Bauern in eine Art Schuldknechtschaft versetzen, denn der Lohn, den sie am Ende der Saison erhalten werden, ist zum größten Teil bereits verpfändet. Schuldknechtschaft kann aber auch bei den Pächtern in größerem Stil gegenüber den Eigentümern in der Stadt oder deren bürgerlichen Repräsentanten eintreten, wenn es ihnen in schlechten Jahren nicht gelingt, die Pacht zu erwirtschaften. So entstehen quasi-feudale Abhängigkeiten, obwohl der Feudalismus im Sinne der Leibeigenschaft längst abgeschafft ist. Solche Schuldverhältnisse mögen erklären, weshalb marxistische Ökonomen beim alten China zwischen der Hanperiode und dem 19. Jahrhundert von feudalen Verhältnissen sprachen, obwohl es Leibeigenschaft und Sklaverei kaum gab; moderne Ökonomen betonen, dass es sich um Marktverhältnisse handelte (*Long/Yi* 2023). Aber es gab – das Ausmaß ist strittig – Verschuldung und Schuldknechtschaft. Die alte chinesische Gesetzgebung spiegelt das Problem. Wer verschuldet ist, muss dem Gläubiger unbezahlte Dienste leisten, um nicht wegen der Rückstände in den Bankrott getrieben zu werden. Diese Abhängigkeit suchte man nicht zivil-, sondern strafrechtlich zu begrenzen. Schwere Sanktionen waren vorgesehen, wenn sich ein Wucherer an der Familie verging. Solche Gesetze gab es nur, weil sie zuweilen nötig waren (*Schefold* 2023a).

Es sind derartige historische und aktuelle Probleme der Wirtschaftsentwicklung, zu deren Behandlung Joan Robinson ertüchtigen wollte, aber es lag ihr fern, das Urteil vorwegzunehmen, ob im konkreten Fall die Rationalität der Marktverhältnisse überwog, ob Verträge nach fairen Regeln abgeschlossen und auch eingehalten wurden, oder ob Korruption endemisch war. Für die Chinesen ist dies heute keine rein akademische Frage, denn an ihrer Beantwortung hängt zu einem guten Teil die Legitimierung der Revolution durch die Partei.

Im Lehrbuch von Robinson und Eatwell wird in Diagramme zu Land und Arbeit beschreibend eingeführt wie in den *Exercises* – immerhin werden die graphischen Darstellungen nun nachgeschoben. Der Stil ist karg, zuweilen apodiktisch, und keinerlei *l'art pour l'art* scheint in der formalen Darstellung erlaubt. Beispielsweise gehört zur Behandlung der effektiven Nachfrage und des Keynesianismus die Darstellung sowohl des Multiplikators wie des Akzelerators, und natürlich können die beiden Prinzipien auch miteinander verbunden werden, aber dass wie in Samuelsons Modell verschiedene Schwingungstypen herauskommen, wird nicht weiter ausgestaltet. Das gilt entsprechend auch für Sraffa und die *Warenproduktion mittels Waren*. Wer in diesem Lehrbuch eine breite und tiefe Rezeption der Sraffa'schen Preistheorie erwar-

tet, vielleicht auf Anregungen zu ihrer Fortentwicklung hofft, wird enttäuscht. Das Modell wird nur in seiner Grundstruktur dargestellt, die Standardware wird erklärt, aber es gibt keine Hinzufügungen im Sinne der angewandten Theorie oder der Kritik des Kapitalbegriffs.

Dagegen nimmt Joan Robinson ihre alten Überlegungen zur Theorie der unvollkommenen Konkurrenz wieder auf und variiert und modernisiert sie didaktisch geschickt. Es wird dabei auch die Verbindung zur Theorie der effektiven Nachfrage hergestellt. Nach dem Vollkostenprinzip gibt es bei unvollkommener Konkurrenz häufig eine stabile Marge, die auf die direkten Kosten aufgeschlagen wird, durch die fixe Kosten, Amortisation und Normalgewinn berücksichtigt werden; es schwanken die Mengen eher als die Preise. Beim Monopol gilt die Cournot'sche Lösung nur als Referenzfall. Nur selten wagen es die Monopolisten, sie zu realisieren und den Preis so stark anzuheben, dass die Preiselastizität über eins steigt, wie des Cournots Lösung impliziert. Der „faule“ Monopolist, wie das Lehrbuch sich ausdrückt, verschafft sich bei einem niedrigeren als dem theoretisch optimalen Preis einen Spielraum, um sich nicht öffentlicher Kritik und der Gefahr eines Markteintritts möglicher Rivalen auszusetzen. Die traditionelle Gleichsetzung von Grenzern und Grenzkosten wird relativiert.

Ein anderer Aspekt des Lehrbuchs, den ich als positiv empfand, als es neu war, bestand in der nüchternen Auseinandersetzung mit den Funktionsproblemen der Planwirtschaften jener Jahre. Mit den Lehrbüchern der politischen Ökonomie aus der Sowjetunion, verdünnt reproduziert an den Universitäten der DDR, war nichts anzufangen. Die pauschalen Urteile über die Ineffizienz der Planwirtschaft, die von westlicher Seite dem entgegengesetzt wurden, halfen auch nicht, das wirkliche Geschehen zu erfassen, und die Schriften osteuropäischer Reformökonomien waren nur schwer zu verstehen, wenn man mit der Wirtschaftspraxis im Osten nicht vertraut war. *Kornai* (1979) gelang es schließlich, die Struktur der Wirtschaft und die Methoden der Planung mit ihren charakteristischen Mängeln, der Überinvestition bei der Kapitalausstattung der Industrien und der Schlangenbildung bei der Konsumgüternachfrage, überzeugend darzustellen. In Cambridge forschte damals Michael Ellman, der die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion genau verfolgte (*Ellman* 1971). Vor diesem Hintergrund bot das Lehrbuch eine verständliche Einführung in den Problemkomplex, die heute den Jüngeren helfen könnte, einen Überblick über die wirtschaftlichen Konstellationen jener Jahre zu gewinnen und von daher die unterschiedlichen Wege zu verstehen, die in Russland und Osteuropa nach der Wende, etwas früher in China mit den Reformen Dengs, eingeschlagen wurden.

Die Hoffnungen, die Joan Robinson mit der Kulturrevolution verband, fanden auch ihre eher links stehenden Anhänger zumindest wunderlich. Sie sind

in das Lehrbuch nicht eingegangen. Die künftige Entwicklung wird als offen behandelt. Dass die Chinesen Anfang der 70er Jahre bereits eine andere Strategie verfolgten als die Sowjetunion, wird allerdings ausgesprochen. Der kritische Begriff, den Robinson hier verwendet, ist der des politischen Bewusstseins. Durch dieses, also durch den Willen, zum Sozialismus zu gelangen, zeichne sich China aus; man wisse allerdings nicht, wie lange es sich halten werde.

Ich spreche in diesen Zusammenhängen von Joan Robinson als der Autorin des Lehrbuchs, weil ihre Überzeugungen schon aufgrund ihres viel höheren Alters und Erfahrung gegenüber John Eatwell von größerem Gewicht waren. Er stellte sich in der kapitaltheoretischen Debatte, wie wir sahen, nach Verwendung des Lehrbuchs auf die Seite Garegnanis, und politisch hielt er sich damals stärker zurück. Wie Joan Robinson sich persönlich engagierte, ging aus Gesprächen hervor; ich will an eine Gesprächssituation erinnern. Auf die Frage nach dem politischen Bewusstsein der Chinesen erzählte sie von einer Konfrontation streitender Arbeiter und des Militärs, deren Zeugin sie gewesen sei. Das Militär wollte die Arbeiter zurückdrängen, diese aber seien weder davongelaufen, noch hätten sie zu Steinen gegriffen, sondern sie hätten einen Block gebildet und immer wieder im Chor auf chinesisch gerufen, was Joan Robinson als „Use reason, not force!“ wiedergab. Da sei der Andrang des Militärs zusammengebrochen. „It just collapsed!“, verkündete sie, mochte der Besucher es glauben oder nicht.

Ich erinnere mich nicht mehr genau, wie Joan Robinson die Umstände jener Episode beschrieb, aber ich erinnere mich an die zitierten Worte, und nur diese sind mir hier wichtig, weil es hier ja nicht um Einzelheiten der Kulturrevolution geht, sondern um Joan Robinsons Haltung. Ihr moralischer Rigorismus tritt deutlich genug in ihren kleineren Schriften hervor, die wir nicht alle behandeln können. In ihnen geht es um Entwicklungsprobleme oder um methodische Fragen, in ihrer radikaleren Form um die Wahrhaftigkeit, mit der Ökonomen, die ihnen fasslichen wirtschaftlichen Einsichten vertreten sollen. Eine Schrift stehe dazu für mehrere: ihr Buch über *Economic Philosophy*. Es beruhte ursprünglich auf einer Vorlesungsreihe aus dem Jahre 1959, als Buch veröffentlicht 1962; es wurde häufig wieder aufgelegt.

Sie beginnt mit Moral und Wissenschaft. Von Freud haben wir gelernt, wie wir unsere Neigungen rationalisieren, von Marx, wie unsere Idee Ideologien entspringen, aber sie betreibt weder Psychoanalyse, noch folgt sie der Methode, die Marx als die eigentlich materialistische bezeichnete, nämlich die Ideologien, den „falschen Schein“, aus den materiellen Gegebenheiten abzuleiten. Vielmehr stellt sie „Wissenschaft“ und „Metaphysik“ einander diametrisch gegenüber, wobei ihr Begriff von Wissenschaft nicht etwa an Marx und die Dialektik, sondern an Popper und die Falsifikationsmethode anknüpft.

Demgegenüber ist es „the hallmark of a metaphysical proposition [...] that it is not capable of being tested“ (*Robinson* 1974 [1962], S. 8). Aber metaphysische Aussagen sind nicht ohne Inhalt, ein Beispiel: „Alle Menschen sind gleich“. Was soll diese Gleichheit verschiedener Personen heißen? Und doch ist der Satz eine programmatische Aussage gegen Ungleichheit. Metaphysische Sätze sind unentbehrlich in der Welt des Handelns, in der Gesellschaft. Metaphysische Aussagen haben nicht nur ihre politische Bedeutung, sondern können auch zu wissenschaftlichen Fragen führen, in denen beispielsweise genauere Begriffe von „Gleichheit“ untersucht werden. Hängen Begabungen mit Geschlecht oder Rasse zusammen? Welche Fähigkeiten sind angeboren?

Auch die Moral: Sie ist biologisch notwendig, denn ohne Egoismus kann das einzelne Gattungswesen nicht überleben, aber wenn es nur den Eigennutz gäbe, wäre gesellschaftliches Leben nicht möglich. Ist die Moral mit dem Smith'schen Begriff der Sympathie begründbar? Nur teilweise. Bedarf sie einer religiösen Verankerung? Wenn es Gott nicht gibt, ist keineswegs alles erlaubt. Wir haben aber unser Pflichtgefühl, beispielsweise beweisen wir es bei Abstimmungen, an denen wir teilnehmen, obwohl es auf die einzelne Stimme nicht ankommt. „The upshot of the argument is that moral feelings are not derived from theology or from reason. They are a separate part of our equipment, like our ability to learn to talk“ (*Robinson* 1974 [1962], S. 16).

Von daher nimmt sie die traditionellen Debatten der Ökonomen auf, insbesondere die Auseinandersetzung zwischen Smith und Mandeville und meint, dass es ohne das Eigeninteresse, ja ohne die Geldgier nicht gehe, und sie meint dabei durchaus die moderne Gesellschaft, in der es auf das Funktionieren einer bürgerlichen Moral ankommt. Der Geschäftssinn ist legitim und notwendig, aber er wird nur wenig bewundert; den Ökonomen fällt die Aufgabe zu, die bürgerliche Moral zu verteidigen.

Aber es gelingt den Ökonomen nur unzureichend, ihr System wissenschaftlich auszubauen und von metaphysischen Bestandteilen zu befreien. Ihre Schwierigkeit: „Lacking the experimental method, economists are not strictly enough compelled to reduce metaphysical concepts to falsifiable terms and cannot compel each other to agree as to what has been falsified. So, economics limps along with one foot in untested hypotheses and the other in untestable slogans.“ (*Robinson* 1974 [1962], S. 28).

Mit diesem Schema ist es Joan Robinson gelungen, ihre Position als Wissenschaftlerin und handelnde Person zu definieren. Die philosophische Tradition hat sie sehr selektiv und pragmatisch in sich aufgenommen und so umformuliert, dass ihr eine Begründung ihrer doppelten Rolle gelingt: als kritische Wissenschaftlerin, die sich trotz ihrer grundsätzlichen Skepsis gegenüber metaphysischen Postulaten und trotz ihrer Zweifel an der Reichweite der Analyse die moralische und politische Stellungnahme zur Aufgabe macht.

Im Buch durchmustert sie dann die Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen und prüft, was Geltung beanspruchen kann und wer sich ehrlich mit den Problemen auseinandergesetzt hat. Dabei spielen, wie zu erwarten, der Gegensatz zwischen Klassik und Neoklassik, die Gegensätze zwischen verschiedenen neoklassischen Strömungen und schließlich die Entstehung keynesianischer Doktrinen die Hauptrollen. Am Ende scheint die Skepsis zu überwiegen. „Perhaps all this seems negative and destructive.“ (*Robinson* 1974 [1962], S. 136). Es gehe jedoch nicht anders. „The moral problem is a conflict that can never be resolved. Social life will always present mankind with a choice of evils.“ (*Robinson* 1974 [1962], S. 137). Auch die Entwicklungstheorie spielt hier eine Rolle. Sie fragte bereits, wie heute die California School, was der besondere Grund für die westeuropäische kapitalistische Entwicklung gewesen sei, und sucht ihn darin, dass sich Westeuropa am Rand geschlossener Kulturen befunde habe, sodass mehr Spielraum bestand, neue Techniken zu erproben, durch die gegebene gesellschaftliche Strukturen aufgebrochen wurden. Darin bestand das historische Verdienst des Kapitalismus. „As we see nowadays in south-east Asia or in the Caribbean, the misery of being exploited by capitalists is nothing compared to the misery of not being exploited at all.“ (*Robinson* 1974 [1962], S. 46).

Ich habe hier versucht, Joan Robinson darzustellen, wie sie mir als Wissenschaftlerin und Charakter erschien und hoffe gezeigt zu haben, dass sich daselbe Bild aus ihren Schriften ergibt, dass es ihr also gelang, sich in ihrem Werk zu verwirklichen, und zwar in solchem Grade, dass man noch nach Generationen daran nicht so leicht wird vorbeigehen können.

Literatur

- Alves*, Carolina: Joan Robinson on Karl Marx: „His Sense of Reality is Far Stronger“, in: *Journal of Economic Perspectives*, 2022, S. 247–264.
- Aslanbeigui*, Nahid/*Oakes*, Guy: *The Provocative Joan Robinson. The Making of a Cambridge Economist*, 2009 (Durham/London: Duke University Press).
- Böhm-Bawerk*, Eugen von: Zum Abschluss des en Systems, in: Otto von Boenigk (Hrsg.), *Festgaben für Karl Knies*, 1896 (Berlin: Haering).
- Dardi*, Marco: Rezension zu Aslanbeigui und Oakes, in: *History of Economic Ideas*, 2011, S. 202–204.
- Eatwell*, John: *Theory of Value, Output and Employment*, in: *Eatwell/Milgate* 1983, S. 93–128.
- Eatwell*, John/*Milgate*, Murray: *Keynes' Economics and the Theory of Value and Distribution*, 1983 (London: Duckworth).
- Ellman*, Michael: *Soviet Planning Today*, 1971 (Cambridge: Cambridge University Press).

- Garegnani*, Pierangelo: Notes on Consumption, Investment and Effective Demand, in: Eatwell/Milgate 1983, S. 21–69.
- Harcourt*, Geoffrey C.: Joan Robinson 1903–1983 (Obituary), in: *The Economic Journal*, 1995, S. 1228–1243.
- Harcourt*, Geoffrey C./*Kerr*, Prue: Joan Robinson, 2009 (London: Macmillan).
- Harrod*, Roy F.: *Towards a Dynamic Economics*, 1948 (London: Macmillan).
- Hayek*, Friedrich A.: Reflections on the Pure Theory of Money of Mr. J. M. Keynes, in: *Economica*, 1931a, S. 270–295.
- Hayek*, Friedrich A.: A Rejoinder to Mr. Keynes, in: *Economica*, 1931b, S. 298–403.
- Hayek*, Friedrich A.: Reflections on the Pure Theory of Money of Mr. J. M. Keynes, Part II, *Economica*, 1932, S. 22–44.
- Kahn*, Richard F.: Malinvaud on Keynes, in: Eatwell/Milgate 1983, S. 214–228.
- Kaldor*, Nicholas: Alternative Theories of Distribution, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 23.2, 1955, S. 83–100.
- Kersting*, Götz/*Schefold*, Bertram: Best Techniques Leave Little Room for Substitution. A New Critique of the Production Function, in: *Structural Change and Economic Dynamics*, Vol. 58, 2021, S. 509–533.
- Keynes*, John Maynard: The Pure Theory of Money. A Reply to Mr. Hayek, in: *Economica*, 1931, S. 387–397.
- Keynes*, John Maynard: *The Collected Writings*, Vol. VII, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, 1973 (London: Macmillan).
- Kornai*, Janos: Resource-Constrained vs. Demand-Constrained Systems, in: *Econometrica*, 1979, S. 801–819.
- Long*, Denggao/Yi, Wei: *Chinese Civil Society and Spontaneous Order*, 2023 (Montreal: Royal Collins).
- Malinvaud*, Edmond: *The Theory of Unemployment Reconsidered*, 1979, Yrjö Jahns-son Foundation (Oxford: Basil Blackwell).
- Marcuzzo*, Maria Cristina: Rezension zu Aslanbeigui und Oakes 2009, in: *Journal of Economic Literature*, 2010, S. 456–460.
- Marx*, Karl: *Ökonomische Manuskripte 1863–1867. Text Teil 2*, 1992 (Berlin: Dietz). MEGA², II.4.2.
- Millmow*, Alex: Joan Robinson's Disillusion with Economics, in: *Review of Political Economy*, 2003, S. 561–574.
- Pasinetti*, Luigi L.: Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth, in: *Review of Economic Studies*, 1961–62, S. 267–279.
- Pasinetti*, Luigi L.: Robinson, Joan Violet, in: *The New Palgrave: A Dictionary of Economics*, Vol. 4, 1987, S. 212–217.
- Ricardo*, David: *The Works and Correspondences of David Ricardo*, edited by Piero Sraffa with the collaboration of M. H. Dobb, Vol. I, 1951 (Cambridge: Cambridge University Press).

- Robinson, Joan*: A Parable on Saving and Investment, in: *Economica* (1933b), S. 75–84.
- Robinson, Joan*: Exercises in Economic Analysis, 1960 (London: Macmillan).
- Robinson, Joan*: An Essay on Marxian Economics, 1966 [1942] (London: Macmillan).
- Robinson, Joan*: The Theory of Economic Growth 1968 [1962] (London: Macmillan).
- Robinson, Joan*: The Economics of Imperfect Competition. Second Edition 1969 [1933a] (London: Macmillan).
- Robinson, Joan*: The Accumulation of Capital, Third Edition, 1969 [1956] (London: Macmillan).
- Robinson, Joan*: Introduction to the Theory of Employment, 1973 [1937] (London: Macmillan).
- Robinson, Joan*: Economic Philosophy, 1974 [1962] (Harmondsworth: Pelican).
- Robinson, Joan*: Collected Economic Papers, Vol. V, 1979 (Oxford: Basil Blackwell).
- Robinson, Joan*: History versus Equilibrium, in: Robinson 1979, S. 48–58.
- Robinson, Joan*: The Unimportance of Reswitching, in: Robinson 1979, S. 76–89.
- Robinson, Joan*: Garegnani on Effective Demand, in: Eatwell/Milgate 1983, S. 70–71.
- Robinson, Joan/Eatwell, John*: An Introduction to Modern Economics, 1973 (London: McGraw-Hill).
- Samuelson, Paul A.*: Parable and Realism in Capital Theory: the Surrogate Production Function, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 29.3, 1962, S. 193–206.
- Schefold, Bertram*: The General Theory for a Totalitarian State? A note on Keynes' preface to the German edition of 1936, in: *Cambridge Journal of Economics*, 1980, S. 175–176.
- Schefold, Bertram*: Nachfrage und Zufuhr in der klassischen Ökonomie, in: Fritz Neumark (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie I*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 115/I, 1981, S. 53–91 (Berlin: Duncker & Humblot).
- Schefold, Bertram*: Kahn on Malinvaud, in: Eatwell/Milgate 1983, S. 229–246.
- Schefold, Bertram*: Piero Sraffa 1898–1983 (Obituary), in: *The Economic Journal*, 1996, S. 1314–1325.
- Schefold, Bertram*: The Relation between the Rate of Profit and the Rate of Interest. A Reassessment after the Publication of Marx' Manuscript of the Third Volume of *Das Kapital*, in: Riccardo Bellofiore (Hrsg.), *Marxian Economics: A Reappraisal. Essays on Volume III of Capital. Vol. I: Method, Value and Money*, 1998, S. 127–144 (London: Macmillan).
- Schefold, Bertram*: Profits Equal Surplus Value on Average and the Significance of This Result for the Marxian Theory of Accumulation: Being a New Contribution to Engels' Prize Essay Competition, based on random matrices and on manuscripts recently published in the MEGA for the first time, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 40(1), 2016, S. 165–199.

- Schefold*, Bertram: Marx und Keynes: Ist die Werttheorie notwendig, entbehrlich oder gar schädlich?, in: Harald Hagemann/Jürgen Kromphardt/Bedia Sahin (Hrsg.), Arbeit und Beschäftigung – Keynes und Marx, 2016, S. 189–234 (Marburg: Metropolis).
- Schefold*, Bertram: Wie Gottfried Leibniz trotz Zinseszinsverbot die Barwertformel begründete, in: Andreas Dutzi/Marius F. Gros/Karsten Nowak/Bernd Riese (Hrsg.), Corporate Governance, Rechenschaft und Abschlussprüfung. Festschrift für Hans-Joachim Böcking zum 65. Geburtstag, 2021, S. 801–811 (München: C. H. Beck).
- Schefold*, Bertram: Land and Credit in the History of Economic Thought. Traditional China and Premodern Europe, in: Sven Günther (Hrsg.), Modern Economics and the Ancient World, 2023a, S. 317–336 (Münster: Zaphon).
- Schefold*, Bertram: The Rarity of Reswitching Explained, in: Structural Change and Economic Dynamics, Vol. 67, 2023b, S. 128–150.
- Sen*, Amartya: Home in the World. A Memoir, 2022 (London: Penguin).
- Sombart*, Werner: Die römische Campagna. Eine sozialökonomische Studie, 1888 (Leipzig: Duncker & Humblot).
- Sraffa*, Piero: Lettere editoriali (1947–1975). A cura di Tommaso Munari, 2017 (Torino: Einaudi).
- Tahir*, Pervez: Joan Robinson in Princely India, 2022 (London: Macmillan).
- Waterman*, A. M. C.: Joan Robinson as a Teacher, in: Reviewing of Political Economy, 2003, S. 589–596.
- Weber*, Isabella M.: How China Escaped Shock Therapy. The Market Reform Debate, 2021 (Abingdon: Routledge).

Cläre Tisch (1907–1941) – Leben und Werk

Von Hans A. Frambach, Wuppertal*

I. Einleitung

Cläre Tisch wurde am 14.1.1907 in Elberfeld geboren, am 10.11.1941 nach Minsk deportiert und dort wahrscheinlich ermordet.

Cläre Tisch war Studentin von Joseph A. Schumpeter zu dessen Bonner Zeit. Er begleitete sie während der Promotion zum Thema *Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen*, die sie im Sommer 1931 abschloss. In den nächsten zweieinhalb Jahren arbeitete sie an zwei Studien zu Kartellfragen in der Zeit der Weimarer Republik, die beide 1934 als Bände 1 und 3 in der von Herbert v. Beckerath herausgegebenen Reihe *Industriewirtschaftliche Untersuchungen* im Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt a.M., veröffentlicht wurden. Während die durchaus beachtete Dissertationsschrift als ihre bedeutendste wissenschaftliche Leistung gilt und u. a. dazu führte, sie als eine Vertreterin der Vorläufer des *neoklassischen Sozialismus* einzuordnen, beschäftigt sich der vorliegende Beitrag ausführlicher mit den beiden bislang wenig beachteten Arbeiten zu Kartellfragen. In Anbetracht ihres gesamten wissenschaftlichen Schaffens wird Cläre Tisch daher weniger als eine dem Sozialismus zugewandte Ökonomin wahrgenommen, sondern stärker als eine in der Tradition der Österreichischen Schule stehende Neoklassikerin. Über die Einordnung ihrer wissenschaftlichen Gesamtleistung hinausgehend wird anhand ihres tragischen Lebenswegs und insbesondere mithilfe ihrer mit Joseph Schumpeter in den Jahren 1933–1941 geführten Briefkorrespondenz der Versuch unternommen, ein Bild von ihrer Person entstehen zu lassen und auch Ansatzpunkte für ein Verständnis dafür zu erhalten, warum sie nicht emigrierte.

* Mein besonderer Dank gilt Ralf Putsch für die Überlassung seiner Materialsammlung zum Leben von Cläre Tisch, die auch die von ihm initiierte und in diesem Beitrag verwendete Sammlung von Susanne Abeck (2013) einschließt. Weiter danke ich Henning Goeke und Harald Hagemann für die kritische Durchsicht des Manuskripts und den Harvard University Archives für die Bereitstellung der Korrespondenz von Cläre Tisch mit Joseph A. Schumpeter.

II. Biografisches

Cläre Tisch wurde am 14.1.1907 als mittlere von drei Töchtern des Ehepaars Leo und Adele Tisch in Elberfeld geboren und am 10.11.1941, gemeinsam mit ihren Schwestern, Schwager und Nichte, von Elberfeld nach Minsk deportiert und dort aller Wahrscheinlichkeit nach ermordet.

Die Eltern stammten aus Tarnau, einer Kleinstadt im heutigen Polen, etwa 17 Kilometer südöstlich von Oppeln, der Hauptstadt der Woiwodschaft (Verwaltungsbezirk) Opole gelegen. Leo Tisch war Inhaber einer Eier-Großhandlung, in der Milch, Eier und Lebensmittel verkauft wurden. Das Geschäft firmierte als „Eierhandlung; Import und Export“. Der als „Eier-Tisch“ bekannte Leo Tisch war als Vorsitzender des Bau-, des Synagogen- und des Betsaalausschusses der Synagoge Elberfeld ein angesehenes Mitglied der jüdischen Gemeinde. Cläre Tisch wuchs in einem materiell gesicherten Umfeld auf. Dafür spricht nicht zuletzt der Umstand, dass sie als junges Mädchen von 1913 bis 1920 das Lyzeum West in Elberfeld und anschließend bis zum Abitur 1926 die realgymnasiale Studienanstalt in Unterbarmen besuchte (Abeck 2013, S. 3 f., 6 f.; Hagemann 1999, S. 714).

An der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn begann sie direkt nach dem Abitur ein Studium der Staatswissenschaften und Jura (Immatrikulation am 23.4.1926), exmatrikulierte sich jedoch zum Wintersemester 1926/27 und zog am 26.4.1927 nach Genf, um sich an der Université de Genève für *sciences économiques et sociales* zu immatrikulieren. Bereits nach einem Monat verließ sie Genf und studierte im Wintersemester 1927/28 (24.10.1927–17.3.1928) in Berlin Volkswirtschaft an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität, der späteren Humboldt-Universität. Sie kehrte nach Bonn zurück, immatrikulierte sich am 27.4.1928 für Volkswirtschaft und legte am 10.7.1929 die „Diplomprüfung für Volkswirte“ ab. Sie besuchte noch bis zum Sommersemester 1930 weitere Veranstaltungen, u. a. referierte sie im Mai 1930 in einem finanzwissenschaftlichen Seminar von Schumpeter zur Steuerüberwälzung, exmatrikulierte sich zum Sommersemester 1930 und schloss am 31.7.1931 bei Schumpeter zum von ihm angeratenen Thema *Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen* ihre Promotion ab. Von Spiethoff wurde Cläre Tisch als „Sekretärin“ eingestellt und forschte intensiv bei Herbert v. Beckerath, bis sie 1933 auf Druck der Nazis die Bonner Universität verlassen musste; auch eine zeitweise Beschäftigung als Repetitorin konnte nicht aufrechterhalten werden (Hagemann 1999, S. 714).

Ungeklärt ist, wann genau Cläre Tisch Bonn verlassen hatte. Noch am 16.10.1933 schrieb sie einen Brief an den seit 1932 an der Harvard University in Cambridge, Mass. tätigen Joseph Schumpeter unter ihrer Bonner Postan-

schrift Koblenzer Straße 77. In einem weiteren Brief vom 17.5.1934 gab sie als Absenderadresse Wuppertal-Elberfeld, Hermann-Göring-Straße 46 (vormals Walther-Rathenau-Straße 46) an, unter der das Geschäft des Vaters firmierte, der, neun Jahre nach dem Tod seiner Ehefrau, am 14.5.1932 verstarb.¹ Hier lebten auch ihre beiden Schwestern, die ältere Schwester Marie (geb. 9.1.1904), deren Ehemann Leo Marcus (geb. 24.12.1890) und die gemeinsame Tochter Arnhild Adele (geb. 6.10.1928), sowie Cläres jüngere gehörlose Schwester Gerda (24.12.1914). Bis zum 1.8.1935 arbeitete Cläre Tisch als Stenotypistin in Köln und als Kontoristin in einem Solinger Schuhgeschäft. Von 1936 bis 1941 war sie bei der Zentrale für Jüdische Pflegestellen und Adoptionsvermittlung, Kinder- und Jugendschutz des Jüdischen Frauenverbands e. V., Wuppertal-Elberfeld tätig.

Nach Erlass der „Durchführungsverordnung zur Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 16.1.1939“ war Familie Tisch gezwungen, Schmuck und andere Wertgegenstände abzugeben (Wiedergutmachung Rundverfügung 1948), und nach dem „Gesetz über die Mietverhältnisse der Juden“ vom 30.4.1939 genötigt, ihre Wohnung aufzugeben und in eines der sogenannten Judenhäuser in Wuppertal umzuziehen. Der Absender in Cläre Tischs Briefen lautete nunmehr Distelbeck 21 in Wuppertal-Elberfeld (Abeck 2013, S. 7f.). Im Oktober 1941 begann die Deportation von 53.000 Juden aus dem Reich in die Ghettos der Städte Lodz, Minsk, Kowno und Riga in den besetzten osteuropäischen Staaten. Aus der Distelbeck 21 wurde auch Familie Tisch am 10.11.1941 nach Minsk deportiert und dort vermutlich umgebracht. Am 8.11. schrieb Cläre Tisch noch einen Brief an Schumpeter:

„[...] ich ließ so lange nichts von mir hören, weil die veränderte Einwanderungssituation irgendwelche Schritte und Bemühungen sinnlos machte, und weil ich Sie nicht unnütz bemühen und belästigen wollte. Weiß ich doch, wie sehr knapp ihre Zeit ist! Auch heute möchte ich Sie – die Situation ist ja unverändert – nur um Folgendes bitten: Erhalten Sie mir Ihr Wohlwollen und Ihre Hilfsbereitschaft, falls einmal in späteren Zeiten irgendeine Hilfe möglich sein wird – und tun Sie nichts für mich, bevor ich Ihnen deswegen schreibe und Sie darum bitte. Ich gehe übermorgen aus Wuppertal fort und weiß auch noch nicht, wie meine neue Adresse sein wird, weiß auch nicht, ob ich sie Ihnen sobald mitzuteilen Gelegenheit haben werde.

Es ist mir eine Hoffnung für die Zukunft, in die ich jetzt gehe, zu wissen, daß ich, wenn einmal wieder Hilfe möglich ist, ich auf Ihre Hilfe rechnen kann.“ (Tisch an Schumpeter, Brief 8.11.1941)

Bei dem Transport vom 10.11.1941 handelte es sich um einen der frühen Transporte, in denen reichsdeutsche Juden in von Deutschland besetzte russische Gebiete verschleppt wurden. Allein im „Ghetto Minsk“ trafen zwischen

¹ Die Stadt Wuppertal entstand 1929 durch die Zusammenlegung der Orte Barmen, Elberfeld, Cronenberg, Ronsdorf und Vohwinkel. Die ehemalige Adresse Walther-Rathenau-Straße 46 lautet heute Neumarktstraße 46.

dem 11.11. und 5.12.1941 insgesamt sieben Transporte (darunter auch der „Sammeltransport“ aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf vom 10.11.) mit mindestens 6.937 Juden ein (*Rentrop* 2011, S. 171), von denen nach heutigem Kenntnisstand 48 das Ghetto überlebt hatten (aus dem Wuppertaler Transport vom 10.11.1941 waren es vier, eine Frau und drei Männer; ebd., S. 184).

In den Archiven des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen [arolsen-archives.org] ist die Deportationsliste der Gestapo von Düsseldorf nach Minsk vom 10.11.1941 erhalten (Deportationsliste 10.11.1941). In einem im Bestand der Wiener Library in London als Abschrift befindlichen Transportbericht schilderte der für die Überwachung der Deportationsfahrt zuständige Hauptmann der Schutzpolizei und SS-Mitglied Wilhelm Meurin unter dem Betreff „Evakuierung von Juden nach Minsk“ ausführlich die Begleitumstände der Deportation vom 10.11.1941. So heißt es:

„Der Judentransport, umfassend 992² Juden aus den Städten Düsseldorf, Essen und Wuppertal, wurde am 10.11.1941 um 10:40 Uhr vom Güterbahnhof Düsseldorf-Derendorf abgelassen. Die Fahrt führte über Mettmann nach Wuppertal-Steinbeck, wo die von dort zu evakuierenden Juden fertig verladen bereitstanden und an den Zug angehängt wurden.“

Weiter werden Umstände beschrieben, wie der Zug nach vier Tagen mit vielen Unterbrechungen seinen Bestimmungsort Minsk erreichte:

„Die Juden waren um diese Zeit ziemlich weich, da der Zug vielfach unbeheizt liegengeblieben war und vor allem seit Einfahrt ins russische Gebiet keine Möglichkeit mehr gegeben war, Wasser zu fassen [...]“ (Deportationsliste 10.11.1941: Wiener Library, Dok. 1113/1); *Fleermann* 2013, S. 286, 288), s. a. *Der Spiegel* v. 9.5.2012).

III. Wissenschaftliches Klima und Rahmenbedingungen in Bonn

Cläre Tisch verbrachte ihre Bonner Zeit von 1928–1933 als Studentin der Volkswirtschaftslehre, Promovendin und wissenschaftliche Assistentin/Repetitorin. Sie studierte bei Kapazitäten wie Joseph Schumpeter, Arthur Spiethoff, Herbert v. Beckerath und im Kreis von Kommilitonen wie Karl Bode, Hiroshi Furuuchi, Günther Harkort, Christa Hasenclever, August Lösch, Sudhir Sen, Hans Wolfgang Singer, Wolfgang Friedrich Stolper, Martin Wiebel und Herbert Zassenhaus (*Hagemann* 1999, S. 716; *Allen* 1999, S. 281–283, *McCraw* 2008, S. 228–230). Diese Bonner Zeit darf vielleicht als eine eher gute, unbeschwerte Zeit bezeichnet werden. So jedenfalls könnte das Stimmungsbild interpretiert werden, das sich aus Beschreibungen von Kommilitonen wie dem ebenfalls aus Elberfeld stammenden Hans Singer (1997, S. 130) oder Wolfgang Stolper, der später als Assistent von Schumpeter an der Harvard University beschäftigt war, über die gemeinsame Bonner Zeit ergibt:

² Es handelte sich tatsächlich um 997 Menschen (Deportationsliste 10.11.1941).

„There was Cläre Tisch [...] Schumpeter's students developed close personal relations. Each Saturday we would assemble, mostly under the leadership of Papa Rössle who had an extensive knowledge of the local Wirtshäuser for an afternoon walk which always ended at another Wirtshaus. There were social as well as informal discussion occasions. There were the Fachschaftsfeste, dances during the Karneval, and a visit to the opera in Cologne. This, too, is an important part of one's education which carries over to wherever you eventually end up.“ (*Stolper* 1997, 96 f.)

Ganz ähnlich über die Bonner Studentengruppe äußerte sich Stolper in seinen Erinnerungen an August Lösch:

„Da gab es auch den wöchentlichen Samstag-Nachmittag-Bummel, meistens unter der Führung von ‚Papa‘ Rößle, der den etwas trockenen Beruf eines Professors der Betriebswirtschaft mit einer eingehenden Kenntnis der verschiedenen Landgasthöfe der Bonner Umgebung verband.“ (*Stolper* 1971, S. 54).

Dieses Bild idealtypischen Studierendenlebens trübte sich mit der Machtübernahme der Nazis am 30.1.1933. In einem Brief an Schumpeter vom 12.3.1933 schrieb Cläre Tisch von sich verbreitendem nationalsozialistischen Gedankengut, von Vorbehalten, die ihr nunmehr immer stärker begegneten. Nach dem Verlust ihrer Stelle bei Spiethoff wurde selbst die Ausübung der von ihr geschätzten Tätigkeit als Repetitorin („Im Lehren lernt man, und das ist das Schöne daran!“) immer schwieriger.

„Die augenblickliche Situation in Deutschland ist nicht erfreulich, gerade für mich nicht, nur ich glaube, selbst Ihr unerschütterlicher Optimismus muss ins Wanken geraten, wenn Sie bedenken, daß man selbst unserem guten Stolper Volkswirtschaft auf vier Wochen verboten hat. Ich neige im Allgemeinen dazu, solche Dinge nicht an mich herankommen zu lassen, nur meist lasse ich mir meine frohe Laune nicht davon drücken. Aber augenblicklich gehts mir doch über die Gemütlichkeit. Übrigens finden Sie es nicht auch interessant, dass trotzdem mein Konkurrent Riemer eine prominente Persönlichkeit in nationalsozialistischen Kreisen ist, doch unter meinen Schülern Nationalsozialisten und aktive Stahlhelmer sind? Das erinnert mich an das Goethewort: Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzosen leiden, doch ihre Weine trinket er gern!“ (Tisch an Schumpeter, Brief 12.3.1933)

In einem weiteren, ein halbes Jahr später, am 12.9.1933 versandten Brief kommt pure Verzweiflung zum Ausdruck. Von ihrer noch Bonner Adresse schrieb sie an Schumpeter – dieses Mal ließ sie, um der Zensur zu entgehen, den Brief über „einen gemeinsamen Freund“ in London absenden – über die wirklichen Verhältnisse in Deutschland und ihre eigene unglückliche Situation:

„Wie die Verhältnisse hier sind, wissen Sie. [...] Und dazu kommen dann noch all die kleinen Dinge – die für Juden verbotenen Schwimmbäder, die Dörfer, die Juden den Zutritt verbieten, die Zeitungen, die Namen von deutschen Mädchen veröffentlichten, die sich mit Juden einlassen – alles Dinge, die Ihnen sicherlich lächerlich vorkommen, die aber dem, den sie angehen, wie lauter Nadelstiche vorkommen, die

ununterbrochen schmerzen. Ist es ein Wunder, daß man als Jude im heutigen Deutschland unglücklich fühlt, sich als Staatsbürger 2., nein, letzter Klasse angesehen weiß und gar keine Zukunftshoffnung hat! Und das ist das Schlimmste. Mit wieviel frohen Hoffnungen fing ich hier an! Nur wenn es mir persönlich auch noch nicht an den Kragen gegangen ist – soll ich wirklich warten, bis es einmal jemand einfällt, sich um die Repetitoren zu kümmern, was schon geschehen ist und vielleicht den Studenten verbietet, zu einem nicht-arischen Repetitor zu gehen? Diese Unsicherheit nimmt mir jede Elastizität. Sehen Sie alle die Nebenbeschäftigungsmöglichkeiten, von denen Sie auch einmal schrieben, sie sind mir als Jüdin einfach versperrt. Und das Repetitorium – ich kann es den Studenten doch kaum verdenken, wenn es ihnen auf die Dauer peinlich ist, zu mir zu kommen, denn das erweckt ja Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung. Können Sie es verstehen, daß ich lieber im Ausland in untergeordneter Stellung, aber als gleichberechtigter Mensch arbeiten würde, als hier nur geduldet zu sein? Und daß ich nicht warten will, bis ich meine letzten Notpfennige verbraucht habe, ohne mir eine zukunftsreiche Existenz damit aufbauen zu können? Ich hätte Sie so gern gefragt, ob Sie irgendeine Möglichkeit sehen – ob irgendwelche Möglichkeit besteht, in Amerika etwas zu finden. Ich würde, wenn es nötig wäre, auch noch ein Jahr Studium und ein Examen dran hängen – vielleicht, daß man dann eher was bekommt. Schließlich braucht es auch nichts Wissenschaftliches zu sein – man sagt mir oft, daß ich ein ganz praktisch veranlagter Mensch sei, der sich überall zurechtfinden würde – sogar chauffieren kann ich seit einiger Zeit. Selbstvertrauen, um mich in irgendetwas hineinzustürzen, hab ich auch – nur den Mut, so ganz aufs Geratewohl in irgendein fremdes Land zu gehen und Stellung zu suchen, den hab ich nicht. Und deshalb wäre ich Ihnen für einen guten Rat so dankbar. – Noch keine 9 Monate sind es her, da schrieb ich Ihnen so stolz davon, wie eigenmächtig ich mein Lebensschifflein gelenkt hätte – und nun hat mir eine widrige Luftströmung allen Wind aus den Segeln genommen, und ich bin mutlos und verzagt wie nie.“ (Tisch an Schumpeter, Brief 12.9.1933)

Zu den täglich unzumutbareren Lebensbedingungen und der Verhinderung wissenschaftlichen Arbeitens setzten bei Cläre Tisch Selbstzweifel ein. Bereits in ihrem Brief vom 12.3.1933 gab sie weitere, tiefgehende Einblicke in ihre Gedanken- und Gefühlswelt. So ist die Rede von der „gestohlenen Jugend“ ihrer Generation durch die Unbillen des Ersten Weltkriegs, der Inflation und wirtschaftlichen Krisenzeit („Ist es nicht schrecklich, wenn man schon mit 26 Jahren keinen Zukunftsglauben mehr hat – wenn man schon mit 26 die „Eiswüste“ vor sich sieht?“), aber auch davon, dass ihr „weiterer Aufenthalt“ in Bonn ein Zeichen von Resignation gewesen sei, den sie vor allem einer Freundin zuliebe wahrgenommen hätte:

„Daß ich jetzt in Bonn bin, ist im Grunde ein Zeichen solcher Resignation. Ich tat es – ganz abgesehen davon, daß meine Arbeit mir ja wirklich Freude macht – nicht zum geringsten Teil meiner Freundin [Marga Spiethoff; H.F.] wegen, die mir so dringend dazu riet, und die ich lieb habe – sehen Sie, so weise bin ich leider noch nicht, daß ich die Menschen verlasse, wenngleich ich sie am meisten liebe. Es gibt doch so wenig wirkliche Liebe und Freundschaft auf der Welt – soll man auf das Wenige auch noch verzichten? Nein, ich sehe es nicht ein, warum man sich auf jeden Fall zerreißen muss. [...]“ (Tisch an Schumpeter, Brief 12.3.1933)

Im Brief werden auch Zweifel an der eigenen Begabung deutlich, „[...] es fehlt der göttliche Funke, die ‚neue Kombination‘ [...]. Mich meiner geliebten Theorie in die Arme zu werfen, dazu langt doch die Begabung nicht, ich bin nur reproduktiv, nicht produktiv.“ Diese Einschätzung wiederholte sie ein Jahr später: „[...] ich habe es Ihnen schon einmal gesagt, daß ich, bei sicherlich vorhandenen Fähigkeiten auf reproduktiven Gebieten – ich habe wirklich keine Minderwertigkeitsgefühle – doch im Grunde nicht fähig bin, aus mir allein etwas produktiv zu gestalten.“ (Tisch an Schumpeter, Brief 17.5.1934)

Wissenschaftlich gearbeitet hatte Cläre Tisch bereits während des Studiums. Im Anschluss hieran fertigte sie präzise Mitschriften von Vorlesungen an, die sie Kommilitonen zum Kauf anbot. So schrieb Herbert Zassenhaus am 12.2.1950 an Gottfried Haberler (in: *Hedtke* 2003, S. 2 f.):

„[...] Miss Tisch was one of his [Schumpeters; H. F.] most unique disciples. His word was unsurpassable to her, she made complete stenographic records of his lectures, typed them up, and they sold at high prices. She had the most complete compilation of Schumpeter's publications, speeches, etc. enviously guarded, [...].“

Und Wolfgang Stolper (1994, S. 358) erwähnte an anderer Stelle, dass allein der Name Cläre Tisch die Genauigkeit der Mitschriften garantiert habe. Nicht zuletzt ihren Mitschriften verdankt die Nachwelt wichtige wissenschaftliche Informationen wie Schumpeters „Skript zur Vorlesung Finanzwissenschaft“ aus dem Wintersemester 1928/29 (und wahrscheinlich auch 1930), das 2003 von Ulrich Hedtke auf seiner Internetseite „schumpeter.info“ herausgegeben wurde (*Hedtke* 2003).

Im Sommer 1931 beendete Cläre Tisch ihre Promotion *Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen*. Das Protokoll der mündlichen Prüfung der Promotionsakte „des Kandidaten Diplom-Volkswirt Kläre Tisch“ benennt als Prüfungsausschuss für die mündliche Prüfung am 31.7.1931 die Professoren Spiethoff (Allgemeine Volkswirtschaftslehre), Schumpeter (Finanzwissenschaft), v. Beckerath (Besondere Volkswirtschaftslehre) und Rössle (Betriebswirtschaftslehre). Während im von Schumpeter am 15.7. ausgestellten und vom Zweitgutachter Spiethoff mitgezeichneten schriftlichen Gutachten das damals zweithöchste Prädikat „gut“ vergeben wurde,³ erhielt Cläre Tisch in der mündlichen Prüfung die Teilnoten „gut“ in Allgemeiner Volkswirtschaftslehre, „sehr gut“ in Finanz-

³ In der Bewertung heißt es: „Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit des Themas, das zu seiner erfolgreichen Behandlung volle Beherrschung eines wesentlichen Teils der ökonomischen Theorie erfordert, darf auf Einzelheiten, in denen diese Leistung der Doktorandin trotz aller Bemühungen unter dem höchstmöglichen Niveau bleibt, nicht zu viel Gewicht gelegt werden. Trotzdem handelt es sich nicht nur um eine fleissige und sachkundige, sondern auch um eine entschieden förderliche Arbeit, welche sicherlich das Beste ist, was innerhalb dieses Problemkreises bisher geleistet wurde. Ich nehme daher keinerlei Anstand das Prädikat „gut“ zu beantragen.“ (*Schumpeter* 1931).

wissenschaft, „gut“ in Besonderer Volkswirtschaftslehre und „sehr gut“ in Betriebswirtschaftslehre. Als Gesamtpredikat wurde die Arbeit mit der Bestnote „sehr gut“ bewertet (Tisch, Promotionsakte) und die Urkunde am 4.3.1932 ausgestellt.

Im Anschluss an ihre Promotion arbeitete Cläre Tisch an zwei Studien über Kartellfragen. Bereits im Oktober 1932 schloss sie die 155 Seiten umfassende Schrift *Organisationsformen der Deutschen Mittelindustrie* ab, die jedoch erst 1934 als Heft 3 in der von Herbert v. Beckerath an der Universität Bonn herausgegebenen Reihe *Industriewirtschaftliche Untersuchungen*, Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt a.M., erschien (s.a. Hagemann 1999, S. 715f.). Die 92 Seiten umfassende Studie *Der wirtschaftliche Sinn der bisherigen Rechtsprechung des deutschen Kartellgerichts* wurde ein Jahr später, gegen Ende 1933 fertiggestellt und kurz darauf als Heft 1 in der gleichen Reihe des Jahrgangs 1934 veröffentlicht.

IV. Cläre Tisches wissenschaftlicher Beitrag

Im Folgenden werden Cläre Tisches drei Werke kurz vorgestellt, wobei es sich bei ihrer Doktorarbeit, worauf Harald Hagemann (1999, S. 714; 2000, S. 427) mehrfach hingewiesen hat, um ihre zweifellos bedeutendste wissenschaftliche Leistung handelt. Entsprechend ausführlich wurde Cläre Tisches dort erbrachte Leistung bereits dargestellt und gewürdigt. Aus diesem Grund wird im vorliegenden Beitrag der Schwerpunkt auf die beiden Arbeiten zur Kartellthematik gelegt.

1. Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten Gemeinwesen

Cläre Tisches Dissertationsschrift ist eine scharfsinnige, kenntnisreiche und ohne jegliche ideologische Vorbehalte durchgeführte Analyse verschiedener Positionen des Sozialismus. Nach einer kurzen begrifflichen Einführung in die Frage, was Sozialismus ist, schloss sich Cläre Tisch der Ansicht Ludwig v. Mises' an, der in *Die Gemeinwirtschaft* (1922, S. 222) das Wesen des Sozialismus in der ausschließlichen Verfügungsgewalt eines zentralistisch organisierten Gemeinwesens über alle Produktionsmittel erkannt hatte (Tisch 1932, S. 5). Ihr Hauptaugenmerk aber galt der Frage, ob „die sozialistische Wirtschaft überhaupt eine Wirtschaft [ist], also entsprechend des ‚wirtschaftlichen Prinzips‘, wie von Gustav Cassel in seiner ‚Theoretischen Sozialökonomie‘“ (S. 5) ausgeführt, Aufwand und Ertrag gegeneinander abzuwägen vermag (Tisch 1932, S. 2). Damit reihte sich Cläre Tisch in die frühe Diskussion um den Rationalitätsvergleich von Sozialismus und Kapitalismus ein, wie sie

Enrico Barone im Jahr 1908 mit seinem Artikel „Il ministro della produzione nello stata collectivista“ im *Giornale degli Economisti* 71 prominent eingeleitet hatte. Dort wies er auf formalem Weg die Identität eines allgemeinen Gleichgewichts für ein zentralistisches System und eines unter den Bedingungen der freien Konkurrenz nach.

Die zeitgeschichtlichen Ereignisse verstärkten in den darauffolgenden Jahren das generelle Interesse am inhaltlichen Kern solcher Fragestellungen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der russischen Oktoberrevolution und den Verwerfungen, die infolge des Ersten Weltkriegs entstanden waren, entbrannte eine weitreichende Diskussion um eine wie auch immer geartete sozialistische Ordnung als realistische Alternative zum bestehenden kapitalistischen System. Vorschläge wurden etwa von Eduard Heimann, Otto Leichter, Jakob Marschak, Karl Polanyi oder Alexander Tschajanoff erarbeitet, wobei die wissenschaftliche Debatte durch den Aufsatz von Ludwig v. Mises „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ (1920) regelrechte Berühmtheit erlangte und oftmals als eigentlicher Beginn der *socialist calculation debate* dargestellt wird (Lavoie 1985, S. 6 f.).

Cläre Tisch setzte jedenfalls nicht direkt bei Barone an. Sie verwendete Gustav Cassels vereinfachtes Modell von Walras' Beschreibung einer Tauschwirtschaft (Tisch 1932, S. 24), wie er es im vierten Kapitel „Der Mechanismus der Preisbildung“ seines Buchs *Theoretische Sozialökonomie* von 1918 verwendet hatte (Cassel 1921, S. 116–134). Sie war der festen Überzeugung, mittels der durch die moderne „mathematische Nationalökonomie [gegebenen] exakte[n] Methoden“, Gleichgewichte auch „ohne Zuhilfenahme des Marktes und des Marktkampfes“ bestimmen zu können (Tisch 1932, S. 24). Freilich war die Bestimmung der Determiniertheit eines Gleichungssystems zur damaligen Zeit noch auf die Übereinstimmung der Zahl von Gleichungen und Variablen beschränkt. Cläre Tisch passte das Casselsche Modell an bzw. erweiterte es um Überlegungen hinsichtlich der dort angenommenen konstanten Produktionskoeffizienten sowie um eine Beschreibung der Funktionen des Geldes als Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Recheneinheit (Tisch 1932, S. 29 f.; 30–37). Unabhängig von der Frage von freier Konkurrenz oder zentraler Planung zeigte sie die (theoretische) Bestimmung von Gleichgewichtspreisen, wenn der Allokationsmechanismus strikt nach dem Prinzip der Knappheit abläuft.

Schumpeter fasste die gesamte Debatte einmal dahingehend zusammen, dass mit v. Wieser, Pareto und Barone, obgleich allesamt Kritiker der Sozialisten, sie mit ihrer Idee des Wettbewerbsgleichgewichts das erschaffen hätten, „was im Grunde genommen die reine Theorie der sozialistischen Wirtschaft darstellt, womit sie der sozialistischen Lehre einen Dienst erwiesen, den die Sozialisten selbst niemals zu leisten imstande gewesen sind“ (Schumpeter

1965, S. 1199). In *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* stellte Schumpeter die Schrift von Cläre Tisch in eine Reihe mit solchen von Fred M. Taylor, Herbert Zassenhaus, Oskar Lange und Abba P. Lerner (*Schumpeter* 2020, S. 228, Fn. 2). Claire Tischs beachtliche Leistung hatte auch Friedrich v. Hayek veranlasst, sie zusammen mit dem Vertreter der „markt-sozialistischen“ Richtung, Henry D. Dickinson, einem auf dem Boden der Österreichischen Schule stehenden Verteidiger der Marxschen Theorie, in einer Fußnote zu erwähnen (v. *Hayek* 1940, S. 128, Fn. 1).

In ihren Ausführungen gab sich Cläre Tisch als entschiedene Verfechterin der subjektiven Wertlehre zu erkennen, die eine Theorie der Arbeitswerte strikt ablehnte (*Tisch* 1932, insb. S. 37). Überhaupt erwies sie sich als profunde Kennerin einer marginalistischen Denkweise und mit ihren vielfältigen Verweisen auf Schumpeter und vor allem v. Böhm-Bawerk als in der Tradition der subjektiven Wertlehre der Österreichischen Schule stehende Ökonomin (s. a. *Hagemann* 1999, S. 714), deren „sozialistische Orientierung“ sich allenfalls an der Sympathie für egalitäre Verteilungsvorstellungen des Sozialismus und am abschreckenden Konkurrenzgebaren im Kapitalismus festmachen lässt. Die Existenz einer „sozialistischen Lösung“ wies sie ausschließlich für die formale Identität des Allgemeinen Gleichgewichts im sozialistischen wie konkurrenzwirtschaftlichen System nach.

Im annähernd 120 Seiten langen 2. Hauptteil der insgesamt 166 Seiten umfassenden Dissertationsschrift setzte Cläre Tisch ihre Analyse fort, indem sie vier Gruppen von Autoren unterscheidet, die sich mit der Frage der Wirtschaftsrechnung und Verteilung in einer sozialistischen Wirtschaft beschäftigt hatten. Als Erstes werden mit Otto Neurath und Alexander Tschajanoff Vertreter der „Naturalrechnung“ behandelt, denen Cläre Tisch die jeweilige Begrenztheit der Aussagefähigkeit der Ansätze nachzuweisen versuchte. Mit der zweiten Gruppe, die sie als „Skeptiker“ bezeichnet, sind jene Wissenschaftler gemeint, die dem Sozialismus die Fähigkeit einer rationalen Wirtschaftsführung absprechen. Im Mittelpunkt steht v. Mises mit seiner These von der Undurchführbarkeit des Sozialismus, gemäß der eine funktionierende Wirtschaftsrechnung freie Märkte und freie (Geld-)Preisbildung voraussetze. Letztere seien jedoch im Sozialismus aufgrund des Gemeineigentums naturgemäß nicht gegeben, weshalb Sozialismus nur in der Naturalwirtschaft funktionieren könne (v. *Mises* 1920, S. 90, 119 f.). Anders ausgedrückt: „Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung.“ (v. *Mises* 1920, S. 105) Dass Cläre Tisch nun über die Bildung von Austauschverhältnissen sowohl in der Konsum- als auch Produktionsgütersphäre die Möglichkeit der Entstehung von „Preisen“ (Geldeinheiten als Recheneinheiten sind ausreichend) selbst für den Sozialismus konstatiert, stellt eine schlagende Widerlegung von v. Mises' Behauptung dar (*Tisch* 1932, S. 61–67. i. V. m. II. Kap.).

Ausführlich wird Marschaks Kritik an v. Mises thematisiert und dahingehend zusammengefasst, dass Marschak den v. Mises'schen Vorwürfen im Prinzip zustimmen würde und höchstens zu entgegnen hätte, „dass es im Kapitalismus auch nicht besser sei“; was als Argument der Widerlegung von v. Mises natürlich nicht ausreiche (*Tisch* 1932, S. 75). Über die „Mises-Marschak-Kontroverse“ hinausgehend werden Georg Halm und kurz Max Weber angeführt. Bei der dritten als „nichtmarxistische Vertreter der Möglichkeit einer rationalen sozialistischen Wirtschaft“ bezeichneten Gruppe behandelt Cläre Tisch Eduard Heimanns Ansatz einer Planwirtschaft, Robert Owen als repräsentativen Vertreter eines „Tauschsozialismus“ (*Tisch* 1932, S. 97) und Karl Polanyis Typus einer „funktionell organisierten sozialistischen Übergangswirtschaft“, wie er ihn 1922 in seinem Aufsatz „Sozialistische Rechnungslegung“ (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 49, H. 2, S. 377–420) vorgestellt hatte.

Im 64 Seiten umfassenden längsten 7. Kapitel der Dissertationsschrift wird die vierte Gruppe, „Marx und die Marxisten“, untersucht. Hier sind 22 Seiten allein der Darstellung von Karl Marx unter Einbezug einer Fülle verschiedenster Zitate gewidmet, die v. Hayek (1935, S. 13, Fn. 1) als „useful collection of different allusions to this problem“ (der Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen in den Schriften von Marx; *Hagemann* 2000, S. 427) bezeichnet hatte. Unter Verweis auf insbesondere Eugen v. Böhm-Bawerk war Cläre Tisch der Überzeugung, Marx' (Arbeits-)Wertlehre einschließlich seiner, wie sie sagte, „Gleichheitshypothese, eine Grundlage der Marxschen Wert- und Geldtheorie“, widerlegt zu haben (*Tisch* 1932, S. 116–120, 123 f., 131). So traf sie z. B. die Aussage, dass die „moderne Wertlehre [...] erkannt und gezeigt [habe], dass Tausch nur da ist, wo Ungleichheit besteht, wenigstens subjektive Ungleichheit, dass, wenn dem Tauschenden das im Tausch zu erwerbende Gut nicht mehr wert ist als das im Tausch hinzugebende, er eben nicht tauscht.“ (*Tisch* 1932, S. 131) Das 7. Kapitel endet mit Ausführungen zu Karl Kautsky, Otto Leichter und der sogenannten „Gruppe internationaler Kommunisten (Holland)“ (G.I.K.), die fälschlicherweise davon ausgegangen sei, dass es sich bei den vorliegenden russischen Verhältnissen um eine tatsächliche Durchführung marxistischer Ideale gehandelt habe. Obgleich dezentrale Strukturen behauptet würden, hätte die G.I.K., ebenso wie Marx, eine zentralistische Organisation des sozialistischen Gemeinwesens zugrunde gelegt (*Tisch* 1932, S. 159, 163–165).

In ihrem nur zwei Seiten umfassenden Schlusskapitel kam Cläre Tisch, trotz ihrer weitgefächerten Kritik an den verschiedenen untersuchten sozialistischen Ansätzen und ihrem deutlichen Bekenntnis zur neoklassischen Wertlehre und Argumentationsweise, zu einem eher überraschenden Ergebnis. Unter Verweis auf ihre eigene Darstellung und Auslegung des Allgemeinen Gleichgewichts via Casselschem Modell schrieb sie abschließend:

„Es ist auch einer zentralistischen sozialistischen Wirtschaft, rein theoretisch gesehen, möglich, rationell zu wirtschaften, Aufwand und Erfolg zu vergleichen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den höchstmöglichen Erfolg, ein Maximum an Bedürfnisbefriedigung zu erreichen, und sich bei dieser Rechnung aller jener Methoden wie Geldrechnung und Buchhaltung zu bedienen, die der Kapitalismus hervorgebracht oder ausgebildet hat.“ (*Tisch* 1932, S. 166)

Darüberhinausgehend sprach sie dem Sozialismus das zumindest theoretische Potenzial zu, das in einer freien Verkehrswirtschaft erreichbare Nutzenmaximum sogar noch überschreiten zu können, da „die gleiche Einkommensverteilung eine höhere Gesamtbefriedigung verbürgt als die ungleiche Einkommensverteilung der freien Marktwirtschaft“ (ebd., S. 166), womit sie allerdings über das (nicht nur) in ihrer Arbeit theoretisch Nachgewiesene hinausging.

2. Organisationsformen der Deutschen Mittelindustrie

Die *Organisationsformen der Deutschen Mittelindustrie* hatte Cläre Tisch (1934b, S. 7, Fn. 1) nach eigenen Angaben bereits Ende 1932 abgeschlossen. Das Ziel dieser Arbeit bestand in der Untersuchung „der besonderen Lage der Mittelindustrie im Rahmen der Organisation der deutschen Wirtschaft, mit den spezifischen Schwierigkeiten, denen sie begegnet, und mit der Art und Weise, wie sie diese zu überwinden im Stande gewesen ist bzw. sein kann“. (ebd., S. 7) Die Grundthese hierbei: „Die Kartellierung der Fertigungindustrie [ist] prinzipiell notwendig [...], um dieser Industrie den Nacken zu steifen und im Kampf gegen die organisierte Vor- und Hilfsindustrie und Abnehmerschaft.“ (ebd., S. 47) Mittelindustrie wird definiert als „diejenige Art von Industrien, die in kleineren und mittleren Unternehmungseinheiten organisiert sind“ (ebd.), wobei der Begriff ungeachtet relativ verschiedener Konnotationen synonym zu dem der Fertigungindustrie verwendet wird – typisch für die Fertigungindustrie sind der kleine und mittlere Betrieb (ebd., S. 22 f.). Großindustrielle Produktion ist somit ausgeschlossen und der Untersuchungsbereich faktisch auf charakteristische Beispiele der Stahlwaren, Eisen-, Textil- und keramischen Industrie beschränkt (ebd., S. 7 f.).

Durchgängig wird das Bild von monopolistisch strukturierten Großunternehmen gezeichnet, die sich gegen ihren „schlimmsten Feind“, den Bürokratismus, zur Wehr zu setzen hätten. Den Großunternehmen werden die sich in freier Konkurrenz und in einer zunehmend durch „Marktpositionen beherrschten Situation“ befindlichen Klein- und mittelständischen Unternehmen gegenübergestellt, die das Rückgrat der Marktwirtschaft und das „Bollwerk gegen Sozialismus und Bürokratismus“ darstellten. Ihrer besonderen Eigenschaften nach wird die Fertigungindustrie im Gegensatz zur von Großunternehmen be-

herrschen Zulieferindustrie als weniger konzentrations- und fusionsfähig beschrieben, denn:

„Das Fertigprodukt verlangt keine Produktion im großen Rahmen, sondern verlangt individualistische Behandlung und Pflege durch einen Leiter, der imstande ist, seinen Betrieb ganz zu übersehen, und der mit Lust und Liebe sich der Ausgestaltung des einzelnen Produkts widmet.“ (ebd., S. 12)

Eine Notwendigkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen der Betriebe der Fertigindustrie folge bereits aus den konzentrierten Zuliefermärkten. So führte Cläre Tisch das besonders augenfällige Beispiel der Eisen- und Stahlwarenindustrie an, von denen die Fertigindustrie ihre gesamten Vorleistungen zu beziehen habe:

„Ihren Rohstoff bezieht sie vom Stahlwerksverband, ihre Kohlen von den Syndikaten, die Kraft von den großen Elektrizitätsgesellschaften, die z. T. monopolistische Stellungen haben, die von ihr benötigte Arbeitskraft muß sie von den Gewerkschaften entnehmen, und bei der Kreditbeschaffung ist sie auf den [...] zusammengeschrumpften Kreis der Großbanken angewiesen.“ (ebd., S. 10)

Im Zuge der allgemeinen Betrachtung der Kartellproblematik griff Cläre Tisch auf Herbert v. Beckeraths *Der moderne Industrialismus* (1930, S. 244) zurück und definierte mit ihm das Kartell als „eine freie Vereinbarung kapitalistischer Unternehmen der gleichen Branche zum Zweck der Regulierung des Absatzmarktes“ (Tisch 1934b, S. 14), das in der Bandbreite vom „losesten Konditionenkartell“ über das Preiskartell bis hin zum „festgeschlossenen Syndikat“ auftreten könne. Tisch zog ein erstes Resultat, indem sie festhielt:

„Je uniformer und fungibler, je transportabler und hochwertiger das Produkt einer Industrie ist, je weniger, größere und gleichmäßig große Unternehmungen sie enthält, je kapitalintensiver eine Industrie ist, je mehr die in ihr arbeitenden Unternehmerpersönlichkeiten eher an der versachlichten Verwaltungsarbeit als an der persönlichen Verbindung mit der Fabrikation interessiert sind, um so mehr eignet eine Industrie sich zur Kartellierung (...).“ (ebd., S. 21)

Cläre Tisch vertrat eine durchaus marktorientierte Sichtweise, die eine Kartellierungs-Notwendigkeit für die Fertigindustrie verfolgte. Dies wurde u. a. in einer zeitgenössischen Besprechung ihres Buches deutlich, in der sie für die Auswahl des „einheitlichen Erfahrungsobjekts“ gelobt wurde, „das in seiner einheitlichen Bezogenheit auf privatwirtschaftliche Selbstverantwortlichkeit und richtig verstandenen Leistungswettbewerb“ auch auf eine einheitliche theoretische Auswertung hinausliefe (Fricke 1937, S. 358).

Cläre Tisch bezog sich in ihrer Untersuchung im Wesentlichen auf Beispiele der Eisen- und Stahlwarenindustrie ihrer bergischen Heimat und stellte etwa als den „hinderlichsten Grund für die Kartellierung [...] die Eigenart der Unternehmerpersönlichkeiten“ heraus:

„[...] der bergische und märkische Mensch aus der Solinger, Remscheider, Hagener, Velberter Gegend ist im besonderen Maße eigenbrödlisch, dickköpfig und auch mißtrauisch. Man spricht nicht umsonst vom westfälischen Dickkopf, und auch der Bewohner des Bergischen Landes [...] hat von diesem Dickkopf eine gute Portion mitbekommen.“ (*Tisch* 1934b, S. 29)

Etwas differenzierter fiel hingegen das Urteil über die Befähigung der verschiedenen lokalen Unternehmerpersönlichkeiten der Textilindustrie aus:

„Für den bergischen Bandwirkermeister treffen ähnliche Dinge zu, wie sie für den bergischen Schmied galten. Der sächsische Textilindustrielle ist schon weniger eigenbrödlisch; ein besonders hochstehender, einsichtsvoller Typ ist der Krefelder Seidenfabrikant.“ (ebd., S. 32)

Mittels einer Vielzahl von Beispielen unterschiedlichster Herstellerverbände versuchte Cläre Tisch den Nachweis dafür zu erbringen, dass die „im Grunde kartellgegnerisch eingestellt[e] Fertigindustrie zur Kartellbildung gezwungen ist, weil sie sich anders nicht gegen die mächtigen strafforganisierten Marktgegner“ (ebd., S. 35) durchsetzen könne. Gründe sind z. B. Erleichterungen für den Vertrieb, das Ausweichen vor den Wirkungen zu starker Preisdifferenzen in Zeiten von Überproduktion, die Durchsetzbarkeit von Interessen gegenüber den Rohstofflieferanten, die Einflussnahme bei der Einführung erwünschter Schutzzölle (ebd., Kap. V).

Eingehend erörterte Cläre Tisch die Frage des Zeitpunkts von Kartellgründungen bzw. des Zusammenhangs von Kartellgründungen und Konjunkturverläufen. In einer deskriptiven Analyse zeigte sie für den Zeitraum von 1880 bis 1930 eine auffallend starke Gründungstätigkeit in Phasen konjunktureller Aufschwünge. Für das Fehlschlagen von Kartellierungen in Depressionszeiten werden das vorherrschende niedrige Preisniveau und die schlechte Auftragslage angeführt. Allerdings sei genau in der Depressionsphase auch der Zeitpunkt erreicht, in dem die Unternehmen Einsicht in den Sinn und die Notwendigkeit von Zusammenschlüssen gewannen (aufgrund von gegenseitiger Konkurrenz unter die Selbstkosten gedrückte Angebotspreise sind nicht länger tragbar etc.). Entsprechend würden die Zusammenschlüsse dann organisiert, wenn sich die Lage bessere. Aber selbst zu Beginn des Aufschwungs würden trotz steigender Nachfrage die Preise zunächst noch nicht ansteigen. Hier müsse das einzelne Unternehmen befürchten, bei einer Preiserhöhung allein dazustehen und Kunden an die Konkurrenz abzugeben. Daher würden auch, und vor allem bei günstiger Konjunktur, Kartelle gegründet und der allgemeinen Vorstellung von „Kartellen als Kindern der Not“, wie sie prominent von dem Czernowitzer Ordinarius für Staatswissenschaften Friedrich Kleinwächter (1883, S. 143, 157) vertreten wurde, eine Absage erteilt (*Tisch* 1934b, S. 47, 51–59). Für Kleinwächter stellten Kartelle ein wirkungsvolles Instrument dar, den aus dem freien und zügellos empfundenen Wettbewerb entstandenen „anarchischen Zustand der Volkswirtschaft“ (*Kleinwächter*

1883, S. 176) zu regulieren und darüber hinaus zu einer gleichmäßigeren Verteilung beizutragen. Kleinwächter erachtete Kartelle als Ausdruck des Strebens der Produzenten nach Einigung, um dem „chaotischen Zustand der Industrie“ ein Ende zu bereiten (ebd., S. 193). Für die Organisation der Industrie sei es allerdings erforderlich, Kartelle staatlich anzuerkennen und auch zu regulieren (ebd., S. 201), eine Vorgehensweise, die ebenfalls durch einen Staatssozialismus, der zunächst das Privateigentum unangetastet lassen würde, organisiert werden könne (ebd. S. 244).

Die sich folgerichtig anschließende Frage, ob Kartelle auch zu einer Abschwächung des Konjunkturabfalls beitragen, beantwortete Cläre Tisch für die Fertigindustrie mit einem deutlichen „Nein“, da es sich „bei unseren Kartellen“, also denen der Fertigungsindustrie, um keine handele, von denen „beherrschende[r] Einfluß auf die Konjunktur“ ausgehe. Und mehr noch, es sei sogar die „Aufgabe der Kartelle, durch eine angepasste Preispolitik den Werken zur Ausnützung der Konjunktur zu verhelfen“, sodass „sich die Kartelle als äußerst segensreich erweisen“ (Tisch 1934b, S. 61 f.). Diese positiven „marktregulierenden“ Effekte werden dann auch für verschiedenste Kartellformen (Konditionengemeinschaften, Preiskartelle, Kalkulationsgemeinschaften, Kontingentierungskartelle) und selbst für Syndikate beschrieben. Das Syndikat als schärfste Form des Kartells böte in Form von zentraler Werbung, einheitlicher Verkaufsorganisation, Verteilung der Aufträge nach Quoten über eine gemeinsame Verkaufsstelle erhebliche Vorteile, denen die Nachteile des „Verlust[s] der lebendigen Marktbeziehung seitens der Produzenten, Auflösung alter Kundenverhältnisse [...]“ gegenüberstünden (ebd., S. 84). An vielen Beispielen versuchte Cläre Tisch die Nützlichkeit und letztlich auch die Unschädlichkeit solcher Syndikate aufzuzeigen.

Angesichts der Preispolitik von Kartellen warnte Tisch vor der „laienhaften“ Aussage, dass Kartelle immer preissteigernd wirkten. Entscheidend sei vielmehr das Preisniveau. Hätte sich der Preis vor der Gründung unter den Selbstkosten befunden, so würde dem Konsumenten bei Preissteigerung wohl „etwas Konsumentenrente (Marshall) verloren[gehen]“, wofür jedoch die für „die organische Zusammensetzung der Volkswirtschaft lebenswichtige Industrie“ wieder lebensfähig gemacht würde (ebd., S. 94). Allgemein wird, und dies u. a. mit direktem Verweis auf v. Beckeraths *Der moderne Industrialismus*, auf die (positiven) marktregulierenden Effekte der Kartelle etwa dann hingewiesen, wenn durch von ihnen bewirkte Rationalisierungsförderung sogar Preissenkungseffekte einträten (ebd., S. 102 f.). Als weitere positive Effekte der Kartelle werden genannt: die Beratung ihrer Mitglieder in betriebswirtschaftlichen Fragen, Normungsangelegenheiten, Kreditschutz, gemeinsame Werbung, Hilfe bei der Preissetzung, Schutz vor Außenseitern, also nicht dem Kartell zugehöriger Konkurrenz, die Gewährung von verschiedensten Rabatten für die Mitglieder usw. Bei der vertieften Behandlung der (groß-

industriellen) Vorindustrie, der die „inländische Industrie [...] gänzlich ausgeliefert“ sei, wird den bestehenden verschiedenen Kartellen der deutschen Fertigindustrie ausdrücklich angeraten, sich zu „größeren Fachgemeinschaften“ (ebd., S. 120) zusammenzuschließen, um letztlich bis in den Weltmarkt hinein konkurrenzfähig zu sein.

Für die beginnenden 1930er Jahre stellte Cläre Tisch etwa „der am besten organisierten eisenschaffenden Industrie [...] eine schlecht organisierte Verarbeitungsindustrie gegenüber“ (ebd., S. 124), deren Situation durch die einseitige Bevorzugung der Großindustrie durch die Banken und auch das Sterben der Privatbanken verschlimmert würde. Cläre Tisch empfahl v. Beckerath's Vorschlag von Investmenttrusts (*Der moderne Industrialismus*, S. 119 ff.), deren Aufgabe zum einen darin bestünde, Investitionsrisiken auf möglichst viele Unternehmungen zu verteilen und zum anderen die Fertigindustrie kapitalmäßig zu unterstützen. Aber auch die Schwäche der Kartelle der Fertigungsindustrie gegenüber den Gewerkschaften wurde kritisiert: Weil die Fertigungsindustrie über kein Monopol verfüge, könne sie Lohnerhöhungen nicht erfolgreich bekämpfen (*Tisch 1934b*, S. 124 f.). Wieder wird angesichts einer bestehenden internationalen Kartellierung der Vorindustrie eine Zusammenschließung in der Fertigindustrie für ratsam erachtet (ebd., S. 135).

Schließlich wurde die Bedeutung der Kartellgerichtsbarkeit auf den Bestand der Kartelle in der bestehenden Mittelindustrie hin untersucht. Da in der Fertigindustrie Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen kaum vorhanden sei, hielt Tisch einen dortigen Eingriff über das Kartellrecht für völlig unangebracht. Zudem würde eine Anwendung des Kartellrechts den Kartellen der Fertigindustrie stärker zusetzen als denen der Schwerindustrie. Eine wirkliche Gefahr seitens der Kartellgerichtsbarkeit wurde letztlich nicht gesehen, da diese „in den letzten Jahren“ deutlich die Auffassung von Kartellen als Schutzgemeinschaften gestützt habe. Entsprechend seien Kartellmitglieder gut beraten, im Kartell zu bleiben anstatt auszuschneiden (ebd., S. 139–141).

3. *Der wirtschaftliche Sinn der bisherigen Rechtsprechung des deutschen Kartellgerichts*

Bei der Frage der Kartellrechtsprechung setzte Cläre Tisches zweites Buch zum Themenkomplex an. Mit *Der wirtschaftliche Sinn der bisherigen Rechtsprechung des deutschen Kartellgerichts* legte sie eine nüchterne Bestandsaufnahme der Rechtsprechung des Kartellgerichts auf der Grundlage der „Verordnung über den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ (KVO) vom 2.11.1923 vor, die den Anfang des Kartellrechts in Deutschland kennzeichnet.

Nach 10 Jahren KVO sei „ein genügend langer Zeitraum verflossen, um Rechenschaft abzulegen, welches die Folgen dieser VO gewesen sind, insbesondere was das Kartellgericht [...] aus dieser VO gemacht hat.“ (*Tisch* 1934a, S. 7)

In dieser Schrift wurden zunächst sämtliche (214) Entscheidungen dargestellt, die das Kartellgericht seit Inkrafttreten der KVO bis zum 15.12.1933 (die letzte Entscheidung 214 ist auf den 28.09.1933 datiert) getroffen hatte.

Cläre Tisch ging auf den Hintergrund der Einführung der KVO von 1923 ein und führte eine EntschlieÙung des Ausschusses für Volkswirtschaft aus dem gleichen Jahr an, die als Vorlage für den Gesetzesentwurf gedient hatte und drei Forderungen beinhaltete: 1. die Errichtung eines Kartellregisters, 2. die Bildung eines Verbraucherbeirats bei den Kartellen und 3. das Einspruchsrecht der Regierung gegen die Beschlüsse der Kartelle auf Ansuchen des Beirats. Nach Meinung von Cläre Tisch war man in der Verordnung völlig zu Recht weder auf die „überspitzten Forderungen nach Teilnahme der Verbraucher an den Beschlüssen der Kartelle“ noch auf die Einführung eines Kartellregisters eingegangen (*Tisch* 1934a, S. 9). Auch habe, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die KVO keinerlei Eingriffe in die Preispolitik der Kartelle vorgesehen, und dies, aus Sicht von Cläre Tisch, wiederum zu Recht, da letztlich Angebot und Nachfrage für Preissenkungen sorgen würden (ebd., S. 10).

Obgleich der Begriff „Kartell“ in der Namensgebung der KVO in der Sache unzutreffend sei, da er Konzerne und Trusts nicht erfasse, handle es sich doch um eine „weise Beschränkung“, da man viele Tatbestände bei solchen Organisationsformen ohnehin kaum feststellen könne „und es sich von vornherein verbietet, Gesetze zu erlassen, deren Durchführung unmöglich ist“. (ebd., S. 10 f.) Ohnehin habe es nie einen Fall gegeben, in dem die zur Beurteilung angestandene Vereinigung ein Kartell gewesen sei, ausschlaggebend wäre einzig gewesen, dass der Zusammenschluss von Unternehmen einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Preisgestaltung in dem entsprechenden Markt ausgeübt habe (ebd., S. 11). Ein bedeutendes Urteil wird aufgerufen: In einer Entscheidung des Kartellgerichts zum Mineralbrunnenverband (Entscheidung Nr. 88 vom 15.3.1927), bei dem der Vorwurf auf unlauteren Wettbewerb durch Reklame erhoben wurde, war die Auferlegung einer Sperre abgelehnt worden. Für den Kartellcharakter im Sinne des § 1 KVO, so begründete das Kartellgericht, sei eine monopolistische Stellung nicht erforderlich und eine gerichtlich verordnete Sperre kein Mittel, Konkurrenzstreitigkeiten auszutragen (Reklame sei kein Mittel unlauteren Wettbewerbs). Und dies wurde explizit noch einmal in der Entscheidung 174 zum Meiereiverband dahingehend präzisiert, dass für den Kartellcharakter nicht eine monopolistische Stellung, sondern vielmehr die Möglichkeit, den Markt in bestimmter Weise zu beeinflussen, genüge (*Tisch* 1934a, S. 12, 78, 88). Zusammenfassend hielt

Cläre Tisch fest, dass sich der Mangel einer Legaldefinition des Kartellbegriffs in keiner Weise störend bemerkbar gemacht habe (ebd., S. 13).

Als einschneidendste Bestimmungen der KVO werden die Möglichkeiten der fristlosen Kündigung (§ 8 KVO) eines Kartellmitglieds aus besonderen Gründen und die Sperrgenehmigung einer Kartellentscheidung mittels der sog. Präventivzensur (§ 9 KVO) durch das Kartellgericht angeführt, also der Hinderung eines Kartells, einen ihm nicht gefügigen Abnehmer oder Lieferanten vom Geschäftsverkehr auszuschließen und somit u. U. die Ausübung seiner Geschäfte unmöglich zu machen (ebd., S. 13–15). So habe sich dann auch das Kartellgericht in der überwiegenden Mehrzahl seiner Entscheidungen mit diesen beiden Paragraphen beschäftigt (ebd., S. 17).

In ihren ausführlichen Darlegungen wurde die Gemeinsamkeit der Interessen der Mitglieder eines Kartells als Grundlage für deren fruchtbare Zusammenarbeit immer wieder herausgestellt. So sei der Zusammenschluss zu einem Kartell zur Durchführung gemeinsamer Interessen ein genossenschaftlicher.

Das Kartell sei somit mehr „[...] als eine gegenseitige Vereinbarung über gewisse Rechte und Pflichten, die nach Wunsch und bei passender Gelegenheit wieder gelöst werden kann; sondern wenn einmal ein Kartell zustande gekommen ist, dann geht unter seinem Einfluß eine ganz bestimmte Entwicklung in der betreffenden Industrie vor sich, die das einzelne Mitglied nicht mehr durch unüberlegte Kündigungen stören darf. Das einmal bestehende Kartell ist eine Schutzgemeinschaft, deren Wirken besondere Berücksichtigung verlangt.“ (ebd., S. 27 f.)

Überhaupt nehmen die Ausführungen zur KVO in Bezug auf das Binnenverhältnis der Kartellmitglieder den größten Raum in Cläre Tischs Ausführungen ein. Zum Ende ihrer Arbeit elaborierte sie eine eigene Definition:

„Kartelle sind genossenschaftliche Zusammenschlüsse selbständig bleibender Unternehmer zum Zwecke der Marktbeeinflussung und zur Wahrung gemeinsamer Interessen.“ (ebd., S. 61)

Ausdrücklich wird darauf verwiesen, dass auch die großkapitalistische Organisation von Kartellmitgliedern nichts an deren genossenschaftlichem Charakter ändere. Außerdem habe das Kartellgericht in seinen Entscheidungen immer auf dem Standpunkt eines relativen Liberalismus gestanden, davon ausgehend, dass die Wirtschaft der freien Konkurrenz im Sinne eines Leistungswettbewerbs zu erhalten sei, wie er von Franz Böhm in seinem zeitgenössischen Werk *Wettbewerb und Monopolkampf; eine Untersuchung zur Frage des wirtschaftlichen Kampfrechts und zur Frage der rechtlichen Struktur der geltenden Wirtschaftsordnung* (Berlin 1933) vertreten wurde (ebd., S. 61 f.).

In ihrem letzten Ausblickkapitel (VII.) ging Cläre Tisch noch kurz, möglicherweise auch durch Zwang der äußeren politischen Umstände, auf zwei Regelungen im Kartellwesen ein, die nach der „nationalen Revolution“ am

15.7.1933 in erwartungsgemäß „wettbewerbsregelungsfördernder Richtung“ getroffen worden seien und gleichzeitig dem „Gedanken der Schonung der Kartelle“ Rechnung trügen. Zum einen eine Änderung im § 9 Abs. 2 KVO, mit denen Kartellen die Möglichkeit an die Hand gegeben sei, „unzuverlässige Personen“ wie „unzuverlässige Konkurrenten“ und „Schleuderer“ auszuschießen. Zum zweiten könne nunmehr der Reichswirtschaftsminister „zum Zwecke der Marktregelung Unternehmen zu Syndikaten, Kartellen, Konventionen zusammenschließen [...]“, wenn es für die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl förderlich sei (*Tisch* 1934a, S. 62–65).

„In Zukunft wird es nicht mehr möglich sein, daß eine übersetzte oder sonstwie notleidende Industrie sich in fruchtlosem Wettbewerb aufreibt und nicht zu einer Einigung kommen kann, weil einzelne Querköpfe sich der Kartellierung widersetzen.“ (ebd., S. 64)

V. Einordnung und Einschätzung des wissenschaftlichen Werks

In den beiden Büchern zu Kartellfragen vertrat Cläre Tisch eine durchweg liberale Grundhaltung aus einer ausschließlich unternehmerischen Perspektive, die typischerweise von Vertretern der Industrie oder Arbeitgeberverbänden zu erwarten gewesen wäre. Sie übte Kritik an Gewerkschaften, rechtfertigte in hohem Maße Unternehmenszusammenschlüsse und Kartelle und sprach sich lediglich gegen die Großindustrie aus. Es findet sich die Sichtweise von Kartellen als unabdingbare Schutzorganisationen von Branchen und Gewerbebezügen, die notwendig sind, um sich im Wettbewerb behaupten zu können. Wettbewerbseinschränkende Wirkungen der Kartellierung von Unternehmen der Fertigungsindustrie werden eigentlich nur pro forma angesprochen.

Aus heutiger Sicht mutet die damalige Kartellgesetzgebung anachronistisch an, der Auffassung eines Kartells im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geradezu widersprechend, wird doch im § 33a Abs. 2 GWB „widerleglich vermutet, dass ein Kartell einen Schaden verursacht. Ein Kartell im Sinne dieses Abschnitts ist eine Absprache oder abgestimmte Verhaltensweise zwischen zwei oder mehr Wettbewerbern zwecks Abstimmung ihres Wettbewerbsverhaltens auf dem Markt oder Beeinflussung der relevanten Wettbewerbsparameter.“ Allerdings hat sich die Kartellgesetzgebung zu allen Zeiten in einem ständigen Abwägungsprozess der Nutzen und Schädlichkeit von Kartellen befunden. Und in der Tat zeichnen das heutige GWB (insb. §§ 1–3 GWB) sowie die europäischen Verträge (insb. Art. 101 AEUV) ein völlig anderes Bild, das aus Sicht des Gesetzgebers an der Schädlichkeit von Kartellen und dergleichen wenig Zweifel lässt.

In *Der wirtschaftliche Sinn der bisherigen Rechtsprechung des deutschen Kartellgerichts* analysierte Cläre Tisch die Rechtsprechung ausschließlich vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Rechtslage, der „Verordnung gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ von 1923. Einordnende Hinweise auf den seit der Entstehung des Kartellrechts stattgefundenen ständigen Perspektivenwechsel, der sich zwischen den Polen der Nützlichkeit der Kartellierung einerseits bis hin zu ihrer Schädlichkeit und ihres Verbots andererseits abspielte (s. z.B. *Schmoeckel/Maetschke* 2016, S. 280 f.), finden sich bei Cläre Tisch nur spärlich. Im Anschluss an die *Gründerkrise* 1873 hatte beispielsweise eine intensive und kontrovers geführte Diskussion darüber stattgefunden, wie mit Kartellen überschüssige Kapazitäten in Phasen der Überproduktion hätten abgebaut werden können (bspw. *Kleinwächter* 1883, S. 126 f.; *Schäffle* 1883, S. 495). In seinem Urteil zum „Sächsischen Holzstoffkartell“ von 1897 fügte das Reichsgericht dieser wirtschaftlichen und politischen Kontroverse eine rechtliche Zensur hinzu, die im Ergebnis im Wesentlichen eine Legalisierung der Kartelle bedeutete (RGZ 1897, IV 307/96 v. 4.2.1897; *Schröder* 1988, S. 17). Faktisch entzog das Urteil Kartellabsprachen dem Anwendungsbereich der Gewerbeordnung und überantwortete sie damit dem bedeutend milderen Regime des allgemeinen Zivilrechts.

Im Grunde galt das Prinzip uneingeschränkter Kartellfreiheit. Die Rechtsprechung erklärte Kartellbindungen nur in Ausnahmefällen für nichtig, insofern Bestrebungen von Vertragspartnern auf die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Konkurrenten gerichtet waren. In der Weimarer Republik veränderte sich das Verhältnis zum Phänomen der Kartelle fundamental und mündete 1923 in der „Verordnung gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“. Mit dieser Kartellverordnung wurde nunmehr das Prinzip der negativen Kartellaufsicht verfolgt, wonach Kartelle zwar immer noch frei gebildet werden konnten, ihr Wirken hingegen einer staatlichen Aufsicht unterlag. Die Einführung der Kartellaufsicht hatte nicht die Zerschlagung der Kartelle zum Ziel, sie sollte lediglich gegen Missbrauch schützen und letzten Endes eine „wirkliche Marktfreiheit“ ermöglichen. In der Systemkrise der Republik nutzten jedoch viele Unternehmen vorhandene Nachfrageüberschüsse zu erheblichen Preiserhöhungen. Sowohl Geldentwertung als auch Kartellierungsgrad, vor allem Preiskartelle, nahmen deutlich zu (*Pierenkemper* 2000, S. 237). Kartelle gerieten damit in das Visier der Politik und wurden rechtlich neu verfasst, ein Prozess, den auch Cläre Tisch (1934a) anhand vieler Entscheidungen des Kartellgerichts nachzeichnete. Trotz allen Unmuts über die Auswirkungen der Preisabsprachen wurde allerdings eine relativ vermittelnde Position beibehalten. In der Begründung der Kartellverordnung wies die Regierung sogar ausdrücklich auf die Nützlichkeit der Kartellierung hin. Ihr Bestehen wurde also weiterhin befürwortet, wenn auch in nunmehr rechtlich engere Schranken verwiesen (*Schmoeckel/Maetschke* 2016, S. 294 f.). Wie ebenfalls

von Cläre Tisch (1932a, S. 17 f.) herausgestellt, sollte sich die „Verordnung“ in der Praxis als weitestgehend bedeutungsarm herausstellen, eine Beurteilung, die auch in der damaligen Zeit geteilt wurde (*Kessler* 1936, S. 688–692).⁴

An das System der negativen Kartellaufsicht knüpfte das der positiven Kartellenkung an. Im Sommer 1930 erließ Reichpräsident Paul v. Hindenburg in der Folge der Weltwirtschaftskrise die Kartellnotverordnung. U. a. konnten nunmehr Preisfestsetzungen und -forderungen untersagt werden, wenn die „Wirtschaftlichkeit der Erzeugung oder des Verkehrs mit Waren oder Leistungen beeinträchtigt oder die wirtschaftliche Handlungsfreiheit in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise eingeschränkt wird“ (§ 1 I Kartellnotverordnung v. 26.7.1930); das Recht der Aufhebung von Kartellverträgen wurde nunmehr vollständig der Exekutive zugesprochen (*Brüggemeier* 1977, S. 351–353).

Mit der Kartellnotverordnung gab man den Glauben vorerst auf, dass kartellmäßige Preisabsprachen wesentlichen wirtschaftlichen Nutzen brächten. Es erstarkte das Vertrauen, dass ein möglichst freier Wettbewerb in der Lage sei, das Preisniveau wieder auf ein stabiles Maß zurückzuführen (*Schmoeckel/Maetschke* 2016, S. 298; *Tisch* 1934a, S. 61 f.). Die Anpassung vollzog sich allerdings schleppend, sodass sich die Reichsregierung schließlich darauf einließ, in den Kernbereich des Marktes einzugreifen und unmittelbar auf die Preisbildung Einfluss zu nehmen. Dies war der Beginn eines Preisüberwachungsrechts, das zwischen Ende der Weimarer Republik und Anbeginn des Dritten Reiches noch weiter ausgebaut werden sollte (*Schmoeckel/Maetschke* 2016, S. 298). Erneut folgte ein Richtungswandel auch in Bezug auf die Stellung und den Nutzen von Kartellen. Während in der Weimarer Republik die Diskussion um Kartellabsprachen vor allem mit der zu hohen Preisgestaltung der Kartelle befasst war – eine Problematik, die durch das Preisüberwachungsrecht allerdings vorerst gelöst werden konnte –, gerieten andere Potenziale der Kartellierung erneut in den Blick. So sahen die Nationalsozialisten in den Kartellen eine Chance, Wettbewerb gezielt einzuschränken und, anstatt nur gegen zu hohe, nunmehr auch gegen zu geringe Preise vorgehen zu können (ebd., S. 299).

Natürlich wurden auch schon vor 1933 Zwangskartelle seitens des Staates durchgesetzt, so geschehen z. B. im Ersten Weltkrieg und, vereinzelt in einigen Wirtschaftszweigen, auch in der Weimarer Republik (z. B. *Passow* 1930, S. 100–170). Neu war allein, dass das Zwangskartellgesetz von 1933 keine einzelnen Zweige betraf, sondern umfassend ausgestaltet wurde und der Regierung im Grunde in jeglichem Bereich der Wirtschaft die Möglichkeit zur

⁴ In *Kessler* (1936, S. 684, Fn. 9; 689, Fn. 8) werden auch die beiden Arbeiten zu Kartellfragen von Cläre Tisch erwähnt.

Errichtung von Zwangskartellen gab. So herrschte bereits auf dem 35. Deutschen Juristentag 1928 in Salzburg, der das Kartellproblem thematisierte, weitgehender Konsens über die Notwendigkeit einer stärkeren Führung der Kartelle seitens der öffentlichen Hand. Selbst in der deutschen Groß- und Schwerindustrie zeichnete sich eine grundsätzliche Akzeptanz in Richtung eines harten staatlichen Durchgriffs gegenüber der Kartellwirtschaft ab, worauf die staatlich gelenkte Wirtschaft des Nationalsozialismus durchaus aufbauen konnte und worin sie gewissermaßen einen fruchtbaren Boden fand (Freise 2005, S. 265; Nörr 1988, S. 15; Scharnweber 1970, S. 40 f.). Gleichwohl war der politische Wille im Vergleich zur Weimarer Republik ein anderer. Auf die Rechtsprechungspraxis des Kartellgerichts wurde wesentlich Einfluss genommen und das Regelwerk, das die Kartellierung umschloss, erheblich dichter ausgestaltet als zuvor (Freise 2005, S. 264).

Es ist nicht ganz unproblematisch, eine Bewertung von Cläre Tisches Position aus heutiger Sicht vorzunehmen, zumal nicht klar ist, wie der Forschungsauftrag für die beiden kartellrechtlichen Arbeiten lautete und welche Absprachen mit v. Beckerath getroffen waren. v. Beckerath hatte seinerseits u. a. in *Der moderne Industrialismus* allgemein und in einem Aufsatz über „Die Bedeutung der Kartelle für die deutsche Nachkriegswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Fertigungindustrie“, der in einem Band des Reichsbunds der Deutschen Metallwaren-Industrie mit dem Titel *Organisations-Problem und Kartell-Problem der Metall verarbeitenden Industrien Deutschlands* (Berlin 1929) erschien, speziell zur Kartellen gearbeitet. Ebenso hatte der studierte Jurist v. Beckerath, der im Übrigen dem Großbürgertum einer in der Seidenindustrie tätigen Unternehmerfamilie entstammte, mit einer Arbeit zu Kartellen in der deutschen Seidenweberei-Industrie promoviert und im Anschluss daran, längere Zeit beim Zentralverband deutscher Industrieller in Berlin gearbeitet; außerdem wurde er im Frühjahr 1916 aus dem Heeresdienst zur kriegswirtschaftlichen Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins deutscher Seidenwebereien in Düsseldorf entlassen (BBAW 2016, S. 811, 813). Schließlich erschienen die beiden Kartellrechtsschriften von Cläre Tisch in v. Beckeraths herausgegebener Reihe *Industriewirtschaftliche Untersuchungen*.

Vor diesem Hintergrund spricht sicherlich Einiges dafür, bei Cläre Tisch und Herbert v. Beckerath ähnlich liberale Positionen in Bezug auf Unternehmenszusammenschlüsse und freies Unternehmertum zu vermuten. Auch ist wohl davon auszugehen, dass Tisch und v. Beckerath, als große Bewunderer von Schumpeter, sein Idealbild des visionären, einfallreichen und wagniseingehenden „Schumpeterschen Unternehmers“ teilten (Walter 1999, S. 34). Passt diese Einschätzung aber zum Bild von Cläre Tisch als *neoklassischer Sozialistin*, als aktiv Beitragende zur *socialist calculation debate*? Ihre in *Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen* an vielen Stellen vorgetragene massive Kritik an ver-

schiedenen sozialistischen Ansätzen und insbesondere den als nicht umsetzbar eingeschätzten Annahmen vom Ausschluss des Privateigentums am Produktionsvermögen, einer reinen Naturalwirtschaft, fixierter Produktionsplanung etc., verfestigen das Bild von Cläre Tisch als einer Marktökonomin in der Tradition der Österreichischen Schule. Die Fundierung einer „sozialistischen Option“ erfolgt ausschließlich im formalen Beleg der theoretischen Übereinstimmung der Gleichgewichte im sozialistischen und konkurrenzwirtschaftlichen System. Ganz in diese Richtung sprechen besonders auch die profunden Ausführungen im ersten Hauptteil ihrer Arbeit über die Preisentstehung in Güter- und Faktormärkten gemäß der subjektiven Wertlehre. Diese „pro-marktliche“ Positionierung steht durchaus in einer Linie mit den Aussagen zu Kartellen und der zeitgenössischen Rechtsprechung.

Cläre Tisches im (kurzen) Schlussteil abgegebenes Bekenntnis zur Möglichkeit eines sozialistischen Systems, das mittels vom „Kapitalismus hervorgebrachter und ausgebildeter Methoden von Geldrechnung und Buchhaltung“ einen höchstmöglichen Erfolg und ein Maximum an Bedürfnisbefriedigung zu leisten imstande wäre (Tisch 1932, S. 166), ist ausschließlich auf theoretischem Gebiet nachgewiesen, d. h., nur unter in der Realität nie eintretenden Bedingungen wird dem Sozialismus eine hohe Leistungsfähigkeit zugeschrieben. Gleichzeitig aber wurden die hohen humanitären Zielsetzungen des Sozialismus von Gleichheit und Freiheit von Not zum immer wiederkehrenden Ansatzpunkt einer Kritik des Kapitalismus herangezogen. Und auch in diesem Punkt erwies sich Cläre Tisch als Schülerin von Schumpeter.

VI. Epilog

Joseph A. Schumpeter hatte Cläre Tisch wiederholt eine Bürgschaftserklärung (*Affidavit*) ausgestellt, um ihr die Ausreise in die USA zu ermöglichen (Hagemann 1999, S. 716; Stolper 1994, S. 12). Die erste Bürgschaft erfolgte wohl mit einem Brief vom Februar 1939 (Hedtke/Swedberg 2000, S. 335, Fn. 4), auf den Cläre Tisch am 14.2.1939 antwortete:

„[...] wenn Sie wüßten, wenn Sie erlauben könnten, wie ich mich über Ihren Brief gefreut habe, was er für mich bedeutet! Nicht wegen der Bürgschaft, die ich ja noch lange nicht ausnutzen kann, sondern weil ich daraus Ihr Verständnis für meine Situation, Ihr Mitgefühl verspüre. Das ist es, was mir soviel gibt, was Hoffnung und Lebensmut in mir stärkt. Und dafür bin ich Ihnen zu innigstem Dank verbunden.“ (Tisch an Schumpeter, Brief 14.2.1939)

Weiter geht aus dem Brief hervor, dass Cläre Tisch wahrscheinlich im Lauf des Jahres 1938 einen Ausreiseantrag für die Vereinigten Staaten im amerikanischen Konsulat in Stuttgart gestellt hatte, jedoch aufgrund einer errechneten Wartezeit von mindestens fünfeneinhalb Jahren das Unterfangen als hoffnungslos erachtete (Tisch an Schumpeter, Brief 14.2.1939). Ebenso wenig erfolg-

reich schätzte sie nach Recherche auch einen von Schumpeter unterbreiteten Vorschlag ein, zunächst als Hausangestellte in die USA zu reisen, um damit die reguläre Quotierung für Immigranten zu umgehen (ebd.). Als Grund in Deutschland zu verbleiben, führte sie auch die im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Zentrale für jüdische Pflegestellen und Adoptionsvermittlung zu betreuen den Menschen an:

„Im Augenblick brauchen mich meine Betreuten noch, auch die Adoptivkinder.“ (ebd.)

Cläre Tisch übte ihre Aufgabe als Ansprechpartnerin und aktive Unterstützerin in der Adoptionshilfe mit großem Einsatz und persönlicher Hingabe aus. Zahlreiche Beispiele belegen eindrucksvoll ihr diesbezügliches außergewöhnliches Engagement, wie etwa der Fall des Kindes Hans Frank (später Rosenbaum), der von der amerikanischen Familie Bernard und Francie Rosenbaum adoptiert wurde (Leo Baeck Institute). Auch Wolfgang Stolper (1994, S. 12) hob diesen Aspekt hervor: „Schumpeter also had a long correspondence with Clare Tisch, sending her affidavits, but Clare Tisch sacrificed herself to take care of Jewish orphans in Germany.“ Begleitet wurde ihr Einsatz allerdings immer von einem Gefühl der Aussichtslosigkeit:

„Es ist der seelische Druck der ausgewogenen Situation, dem man zu erliegen glaubt – besonders in meiner an sich so schönen Arbeit, die zur Verzweiflung werden kann, wenn man nie helfen, nie einen guten Rat geben, nie einen Ausweg zeigen kann, weil eben keiner da ist.“ (Tisch an Schumpeter, Brief 14.2.1939)

Am 13. Juni 1941 erwähnte Schumpeter in einem Brief an Cläre Tisch ein einige Wochen vorher versandtes Affidavit, das seine Adressatin offenbar nicht erreicht hatte, sich bereiterklärend, ihr eine erneute Bürgschaft auszustellen. Schumpeter äußerte allerdings auch Bedenken hinsichtlich des Erfolgs einer solchen Bürgschaft. Er war nicht sehr optimistisch bezüglich der Beschäftigungsmöglichkeiten in den USA, vieles hätte sich geändert (Schumpeter an Tisch, Brief 13.6.1941, in: *Hedtke/Swedberg* 2000, S. 335). In ihrer Antwort vom 10.7.1941 schien bereits alle Hoffnung verfliegen, Cläre Tisch klammerte sich nur noch an das tröstliche Gefühl, „zu wissen, daß jemand da ist, der mir helfen will“ (Tisch an Schumpeter, Brief 10.7.1941). Von der Sinnlosigkeit des Vorhabens einer Ausreise in die USA mittlerweile überzeugt, schrieb sie:

„Sie sagten zu, die Bürgschaft erneut abzusenden. Sollten Sie das bis heute nicht getan haben, so bitte ich Sie, es vorläufig nicht zu tun. Es sind, wie ich gehört habe, neue Einwanderungsbestimmungen nach USA dort herausgekommen, nach denen die Bürgschaften nicht mehr von den Konsulaten, sondern von einer Stelle in Washington geprüft werden. Aber auch eine Übersendung der Bürgschaft nach Washington dürfte im Augenblick zwecklos sein, da vorläufig noch nicht abzusehen ist, ob und von wem zur Zeit hier Visa erteilt werden können. Sollte sich in dieser Situation etwas ändern, so werde ich entweder durch Kabel oder brieflich von mir hören

lassen, aber vor Klärung der Situation möchte ich nicht, daß Sie unnötige Mühe und Unkosten für mich haben.“ (Tisch an Schumpeter, Brief 10.7.1941)

Eine Ausreise war für Cläre Tisch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Offen bleibt, warum sie früher sich bietende Gelegenheiten nicht wahrgenommen hatte. Man kann darüber nur spekulieren. Vielleicht war in einem gewissen Umfang „Verdrängung“ mit im Spiel, die Unvorstellbarkeit einer sich trotz immer sichtbarer sich äußernder Gefahren herausbildenden Entwicklung, die in der Ermordung von Massen ihren traurigen Höhepunkt finden sollte. Vielleicht das unbändige Hoffen wider aller Wahrscheinlichkeit, das Barbara Schuchard in ihrem Buch „„Liebster Iziu‘ Erlebte Judenverfolgung in den Briefen einer Mutter an ihren Sohn“ über das Schicksal damals deportierter und faktisch todgeweihter Menschen anspricht (Schuchard 2018, S. 149). Weiterhin mag über das erwähnte Verantwortungsgefühl gegenüber den ihr anvertrauten Adoptivkindern hinausgehend das Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Familie, ihrer gehörlosen jüngeren Schwester, der älteren Schwester, deren Mann und Tochter, mit denen sie seit 1934 in einem Haus gelebt und sicherlich eine starke Bindung aufgebaut hatte, ein Grund für das nicht mit voller Konsequenz betriebene Ausreisevorhaben gewesen sein. Vielleicht war es die Liebe zu anderen Menschen, ihre, wie sie selbst sagte, begrenzte Fähigkeit, diejenigen, die sie am meisten liebte, verlassen zu können, oder ihr in letzter Konsequenz doch nicht uneingeschränktes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Vielleicht aber auch ein Stück weit ihre Natur, will heißen, eine Kümmerin im besten Sinne des Wortes gewesen zu sein, wofür nicht zuletzt Hans Singers Erinnerung an die gemeinsame Zeit spricht:

„Claire Tisch acted as a sort of mother to all the young members of the Schumpeter Seminar.“ (Singer 1997, S. 130)

Literatur

- Abeck, Susanne (2013): Materialien zur Biografie von Cläre Tisch, Studie in Auftrag von Ralf Putsch, Wuppertal, abeck | büro für geschichtskommunikation, Essen.
- Allen, Robert Loring (1999): Opening doors. The Life and Work of Joseph Schumpeter, Vol. I: Europe, Transaction Publ., New Brunswick/London.
- BBAW (2016): Vorschlagsliste der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel für das Kultusministerium, in: Acta Borussica: Neue Folge, 2. Reihe: Preußen als Kulturstaat, Abteilung II: Der preußische Kulturstaat in der politischen und sozialen Wirklichkeit. Band 9: Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik: Dokumente zur Hochschulentwicklung im Freistaat Preußen und zu ausgewählten Professorenberufungen in sechs Disziplinen (1918 bis 1933), hrsg. von Hartwin Spenkuch, 2. Halbband, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften), Berlin, S. 811–816.

- Beckerath*, Herbert v. (1930): *Der moderne Industrialismus*, Verlag Gustav Fischer, Jena.
- Brüggemeier*, Gert (1977): *Entwicklung des Rechts im organisierten Kapitalismus*, Bd. I: Von der Gründerzeit bis zur Weimarer Republik, Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt a. M.
- Cassel*, Gustav (1921): *Theoretische Sozialökonomie*, 2. Aufl., 1. Aufl. 1918, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung, Leipzig.
- Deportationsliste 10.11.1941, <https://statistik-des-holocaust.de/>, 10.11.41 nach Minsk (statistik-des-holocaust.de), https://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_rhl_411110.html; Abfrage am 24.4.2024.
- Der Spiegel (9.5.2012). NS-Polizeibericht über Judendeportation in Düsseldorf entdeckt – Der Spiegel, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/ns-polizeibericht-ueber-judendeportation-in-duesseldorf-entdeckt-a-832335.html>; Abfrage am 19.4.2024.
- Fleermann*, Bastian (2013): Deportiert von Düsseldorf in das Ghetto Minsk. Der Transportbericht des Schutzpolizisten Wilhelm Meurin vom Herbst 1941, in: *Düsseldorfer Jahrbuch*, Bd. 83, S. 261–296.
- Freise*, Harald (2005): Wettbewerbs- und Kartellrecht im Nationalsozialismus, in: Dieter Gosewinkel (Hrsg.), *Wirtschaftskontrolle und Recht in der nationalsozialistischen Diktatur*, Vittorio Klostermann, Frankfurt a. M., S. 243–265.
- Fricke*, Rolf (1937): Buchbesprechung: „Dr. Clare Tisch, Organisationsformen der deutschen Mittelindustrie. Industriewirtschaftliche Untersuchungen. Herausgegeben von Herbert von Beckerath (Bonn), Frankfurt 1934, Vittorio Klostermann. 155 S.“, in: *FinanzArchiv/Public Finance Analysis*, New Series, Bd. 4, H. 2 (1937), S. 357–358.
- Gosewinkel*, Dieter (2005): Wirtschaftskontrolle und Recht in der nationalsozialistischen Diktatur. Forschung und Forschungsperspektiven, in: Dieter Gosewinkel (Hrsg.), *Wirtschaftskontrolle und Recht in der nationalsozialistischen Diktatur*, Vittorio Klostermann, Frankfurt a. M., S. IX–LIX.
- Hagemann*, Harald (Hrsg.) (1997): *Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, Metropolis, Marburg.
- Hagemann*, Harald (1999): Tisch, Cläre, in: *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, 2. Bd. (2 Bde.), hrsg. von Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn unter Mitarbeit von Hans Ulrich Eßlinger, K. G. Saur, München 1999, S. 714–717.
- Hagemann*, Harald (2000): Cläre Tisch, in: Robert W. Dimand/Mary Ann Dimand/Evelyn L. Forget (Hrsg.), *A Biographical Dictionary of Women Economists*, Edward Elgar, Cheltenham, U K, S. 426–429.
- Hayek*, Friedrich A. v. (1935): The Nature and History of the Problem (Introduction), in: Friedrich A. v. Hayek (Hrsg.), *Collectivist Economic Planning*, George Routledge & Sons, London, S. 1–40.
- Hayek*, Friedrich A. v. (1940): Socialist Calculation: The Competitive „Solution“, in: *Economica*, Vol. 7, S. 125–149.

- Hedtke*, Ulrich (2003): Einleitung zum Vorlesungsskript Schumpeter Finanzwissenschaft (Wintersemester 1928/29), aufgezeichnet von Cläre Tisch, S. 2–3, <https://schumpeter.info/schriften/Tisch.pdf>; Abfrage am 7.4.2024.
- Hedtke*, Ulrich/*Swedberg*, Richard (Hrsg.) (2000): Joseph A. Schumpeter. Briefe/Letters, Mohr Siebeck, Tübingen.
- Kessler*, William C. (1936): German Cartel Regulation Under the Decree of 1923, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 50, no. 50, S. 680–693.
- Kleinwächter*, Friedrich (1883): Die Kartelle. Ein Beitrag zur Frage der Organisation der Volkswirtschaft, Verlag d. Wagner'schen Universitäts-Buchhandlung, Innsbruck.
- Lavoie*, Don (1985): Rivalry and central planning. The socialist calculation debate reconsidered, Cambridge University Press, Cambridge.
- Leo Baeck Institute. Frederick Rosenbaum Collection (AR 6707). Correspondence and papers: adoption, 1932–1944 | The Center for Jewish History ArchivesSpace (cjh.org), <https://archive.org/details/frederickrosenbaumf001/mode/1up?view=theater>; Abfrage am 8.7.2024.
- McCraw*, Thomas K. (2008): Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie, Murmann Verlag, Hamburg.
- Mises*, Ludwig v. (1920): Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 47, S. 86–121.
- Mises*, Ludwig v. (1922): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Verlag Gustav Fischer, Jena.
- Nörr*, Knut Wolfgang (1988): Zwischen den Mühlsteinen. Eine Privatrechtsgeschichte der Weimarer Republik, Mohr Siebeck, Tübingen.
- Passow*, Richard (1930): Kartelle, Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Pierenkemper*, Franz (2000): Unternehmensgeschichte, Franz Steiner Verlag, Stuttgart.
- Reichsgericht in Zivilsachen (RGZ) (1897). Ur. v. 04.02.1897, Az.: Rep. VI. 307/96. – Kartelle von Gewerbetreibenden, <https://research.wolterskluwer-online.de/document/c7bc5d7e-3380-439a-bc61-397cea00f4fe>; Abfrage am 11.4.2024.
- Rentrop*, Petra (2011): Tatorte der „Endlösung“ – Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez. Metropol-Verlag, Berlin.
- Schäffle*, Albert (1883): Rezension zu Kleinwächter, Die Kartelle, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 39, H. 1, S. 493–499.
- Scharnweber*, Carsten (1970): Deutsche Kartellpolitik 1926–1929, Dissertation Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen, Tübingen.
- Schmoeckel*, Mathias/*Maetschke*, Matthias (2016): Rechtsgeschichte der Wirtschaft, 2. Aufl. 2016, 1. Aufl. 2008, Mohr Siebeck, Tübingen.
- Schröder*, Rainer (1988): Die Entwicklung des Kartellrechts und des kollektiven Arbeitsrechts durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts vor 1914, R. Gremer, Ebelsbach.

- Schuchard*, Barbara (Hrsg.) (2018): „„Liebster Iziu“ Erlebte Judenverfolgung in den Briefen einer Mutter an ihren Sohn (Galizien – Wien – Düsseldorf – Minsk – 1938 bis 1941)“, Gesprächskreis Geschichte Heft 105, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Schumpeter*, Joseph A. (1931): Bericht des Referenten (Gutachten zur Arbeit von Cläre Tisch), Promotionsakte Nr. 37 von 1930/31 der Rechts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Archiv des Instituts für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte, Bonn.
- Schumpeter*, Joseph A. (1965): Geschichte der ökonomischen Analyse, Bd. II (2 Bde.), am. Orig. 1952, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Schumpeter*, Joseph A. (2020): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 10. dt. Aufl., 1. dt. Aufl. 1946, engl. Orig. 1942, utb, Tübingen.
- Singer*, Hans Wolfgang (1997): The Influence of Schumpeter and Keynes on the Development of a Development Economist, in: Harald Hagemann (Hrsg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Metropolis, Marburg, S. 127–150.
- Stolper*, Wolfgang F. (1971): Begegnung mit August Lösch, in: Roland Riegger (Hrsg.), August Lösch. In memoriam, Verlag der Buchhandlung Meuer, Heidenheim, S. 53–57.
- Stolper*, Wolfgang F. (1994): Joseph Alois Schumpeter. The Public Life of a Private Man, Princeton University Press, Princeton NJ.
- Stolper*, Wolfgang F. (1997): Facts without Planning, in: Harald Hagemann (Hrsg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Metropolis, Marburg, S. 95–125.
- Tisch*, Cläre (1932): Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, Dissertationsschrift Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, H. Scheschinski, Wuppertal-Elberfeld.
- Tisch*, Cläre (1934a): Der wirtschaftliche Sinn der bisherigen Rechtsprechung des deutschen Kartellgerichts, Heft 1 der von Herbert v. Beckerath hrsg. Reihe Industrierwirtschaftliche Untersuchungen, Vittorio Klostermann, Frankfurt a. M.
- Tisch*, Cläre (1934b): Organisationsformen der Deutschen Mittelindustrie, Heft 3 der von Herbert v. Beckerath hrsg. Reihe Industrierwirtschaftliche Untersuchungen, Vittorio Klostermann, Frankfurt a. M.
- Tisch*, Cläre (1939–41): Briefe Tisch an Schumpeter 12.3.1933, 7.4.1933, 12.9.1933, 17.5.1934, 14.2.1939, in: Joseph Alois Schumpeter Papers, HUGFP 4.7 Box 9, Folder 2 (T-1930), Harvard University Archives; Briefe Tisch an Schumpeter 10.7.1941, 8.11.1941, in: Joseph Alois Schumpeter Papers, HUGFP 4.7 Box 9, Folder 3 (T-1940), Harvard University Archives, Cambridge (MA).
- Tisch-Promotionsakte. Promotionsakte Nr. 37 von 1930/31 der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität, in: Archiv des Instituts für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte, Bonn.
- Walter*, Helmut (1999): Beckerath, Herbert von, in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, 2. Bd.

(2 Bde.), hrsg. von Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn unter Mitarbeit von Hans Ulrich Eßlinger, K. G. Saur, München 1999, S. 34–36.

Weissberg, Yvonne (2018): Der Jüdische Frauenbund in Deutschland 1904–1939. Zur Konstruktion einer weiblichen jüdischen Kollektiv-Identität, Dissertation Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Zürich, <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/150729/1/150729.pdf>; Abfrage am 20.4.1024.

Wiedergutmachung Rundverfügung (1948): Schreiben Wiedergutmachungs- und Betreuungsstelle für Verfolgte des Naziregimes an den Präsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf v. 24.6.1948, Betr. Wiedergutmachung Rundverfügung Nr. 44/48 lt. Schreiben vom 31.5.48 bezüglich Durchführungsverordnung zur Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 16.1.1939, in: Stadtarchiv Wuppertal, Altaktenbestand, M V 24 [Titel: Abrechnung und Listen über die von den Juden abgelieferten Gold-, Silber- und Schmucksachen (Amt 490, Leihamt)].

Wiener library (dok. 1113/1): (10.11.41 nach minsk (statistik-des-holocaust.de), https://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_rhl_411110.html; Abfrage am 19.4.2024.

Wupperfrauen (2024): Tisch, Cläre, <https://wupperfrauen.de/tisch-claere>; Abfrage am 12.2.2024.

Fanny Ginor (1911–2007): „Die Basler Nationalökonomie nach Israel getragen“*

Von *Harald Hagemann*, Stuttgart-Hohenheim

I. Eine Jugend in Deutschland: Von Galizien über Stuttgart nach Basel

Fanny Ginor wurde als Fanny Dulberg am 20. Juni 1911 in der Kleinstadt Otynja in Galizien geboren, die damals zur Donaumonarchie gehörte, in der Zwischenkriegszeit als Sablotof zu Polen und heute als Otynia zur Oblast Ivano-Frankivsk in der westlichen Ukraine. Fanny war knapp zwei Jahre alt, als ihre Eltern aus dem damaligen Österreich-Ungarn nach Württemberg übersiedelten. Hier wuchs sie in Cannstatt (seit 1933 Bad Cannstatt) auf, das 1905 nach Stuttgart eingemeindet worden war und heute der flächenmäßig größte und einwohnerstärkste Stadtbezirk ist. Am Gymnasium Cannstatt, dem heutigen Keplergymnasium, erhielt sie seit ihrem zwölften Lebensjahr eine klassische humanistische Bildung und legte im Februar 1930 das Abitur ab. Der erzwungene Verzicht auf die Gretchen-Rolle in der Urfaust-Aufführung der Theatergruppe im vorletzten Schuljahr und auf die Abiturientenrede als Jahrgangsbeste aufgrund einer Intervention der Hitlerjugend beim Rektor beendeten eine insgesamt glückliche Jugend- und Schulzeit, in der sich Vorboten eines politisch erstarkenden Antisemitismus deutlich zeigten.

Ginor begann ihr Studium der Nationalökonomie im Sommer 1930 und verbrachte jeweils ein Semester an der Goethe-Universität in Frankfurt, der Ludwig-Maximilians-Universität in München sowie der Ruperto Carola in Heidelberg. In besonders guter Erinnerung blieben ihr die Lehrveranstaltungen von Karl Pribram, Arthur Salz und Alfred Weber. Zum Wintersemester 1931/32 kehrte Ginor an die LMU in München zurück, wo sie nach ihrem

* Der Beitrag ist eine wesentlich erweiterte und aktualisierte Fassung von *Hagemann* (1999b). Für wertvolle Hinweise und Kommentare auf der Tagung des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften vom 30. Mai bis 1. Juni 2024 in Fulda danke ich Reinhard Blomert, Rainer Klump, Hagen Krämer, Heinz Rieter, Bertram Schefold und Gerhard Wegner.

Zu den biographischen Angaben vgl. ausführlich Ginors unveröffentlichte Autobiographie *Ein Leben im Schatten der Geschehnisse* (1990) sowie *Ginor* (1997).

Diplomexamen unter der Betreuung von Otto von Zwiedineck-Südenhorst promovieren wollte.

Aufgrund der wachsenden Gefährdung durch den Nationalsozialismus war Ginor, die sich sehr an die deutsche Kultur gebunden fühlte, zur Zionistin geworden. Als nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler eine Gruppe von uniformierten Nazis unter Führung von Rudolf Heß während der Vorlesung von Adolf Weber durch den großen Hörsaal marschierte, entschloss sich Ginor, die mittlerweile zur Vorsitzenden der zionistischen Studentinnen-Verbindung in München gewählt worden war, ihre Studien an der Universität Basel fortzusetzen.

Damit tat sie es vielen anderen gleich, die nach der nationalsozialistischen Machtergreifung an die Universität Basel wechselten, um die Dissertation in deutscher Sprache zu verfassen und unter der Betreuung von Edgar Salin (1892–1974) zu promovieren. Unter den gut hundert Doktoranden Salins zwischen 1927 und 1949 waren zwölf Frauen, darunter als Bekannteste die spätere ZEIT-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002), „die wunderbar schreibt, wie sie bei Salin promovierte“.¹ Dönhoff wurde 1935 mit einer Arbeit über die familieneigenen Güter von Schloss Friedrichstein in Ostpreußen (*Dönhoff* 1936) promoviert und verband eine lebenslange Freundschaft mit ihrem Doktorvater. Zur selben Zeit wie Fanny Ginor waren auch die Kommunistin Margarete Wittkowski (1910–1974), die später im Anschluss an ihre politische Karriere von 1967 bis zu ihrem Tod Präsidentin der Staatsbank der DDR wurde, sowie die wie Salin zum George-Kreis gehörende Margot Ruben (1908–1980), nach ihrer Promotion Sekretärin und Lebensgefährtin von Karl Wolfskehl, Doktorandinnen von Salin, der 1927 Lehrstuhl-Nachfolger des nach Kiel gewechselten Julius Landmann geworden war.

Ginor, die unter zeitlichem Druck stand, da ihr Einreisevisum nach Palästina nur eine Gültigkeit von einem Jahr hatte, schloss ihr Promotionsstudium im Sommer 1934 mit einer *magna cum laude* bewerteten Dissertation *Der Imperialismus im Lichte seiner Theorien* (*Dulberg* 1936) erfolgreich ab. An der Universität Basel hatte bereits drei Jahre zuvor Richard Behrendt (1908–1972) bei Salins Kollegem Hans Ritschl mit einer Arbeit über *Die Schweiz und der Imperialismus* (*Behrendt* 1932) promoviert. In seiner Dissertation zeigte Behrendt, dass die Schweiz, die keine Kolonien besaß, dennoch als „hochkapitalistischer Kleinstaat“ auf vielfältige Weise in ihrem Wirtschaftswachstum als „Trittbrettfahrer“ durch hohe Exporte in den außereuropäischen Raum von der imperialen Expansion europäischer Mächte profitierte.²

¹ *Schefold* (2013, S. 221); siehe auch *Dönhoff* (1962).

² *Behrendt* wurde 1953 nach langjährigem Lateinamerika-Aufenthalt an die Universität Bern berufen, wo er 1960 das Institut für Soziologie und sozioökonomische Entwicklung gründete.

II. Ginors Dissertation zu den Imperialismustheorien

In der Phase des Hochimperialismus von 1880 bis 1914 schuf *John A. Hobson* (1902) die erste bedeutsame Imperialismustheorie, die international stärker rezipiert wurde und bis heute nachwirkt. Hobson identifizierte als Hauptursache des Imperialismus das Streben der Industriellen nach Expansion, um neue Absatzmärkte und Anlagemöglichkeiten für Kapital zu erschließen. Der Expansionsdrang der Kapitalisten resultiere nicht zuletzt aus einer Unterkonsumtion infolge zu niedriger Löhne breiter Bevölkerungsschichten.

Ginor betont in der einleitenden Problemskizze ihrer Studie, dass sie sich hauptsächlich auf deutschsprachige Imperialismustheorien konzentriert und auf Hobson nur deshalb eingeht, „weil er weithin auf diese Theorien (besonders diejenigen marxistischer Prägung) eingewirkt“ (*Dulberg* 1936, S. 9) habe. Dies gilt auch für *Lenin*, der, zudem stärker beeinflusst durch Hilferdings *Finanzkapital* (1910), im Schweizer Exil 1916 das Pamphlet *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* verfasste, das auch eine stärkere Stoßrichtung gegen Karl Kautsky und „revisionistische“ Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie aufwies. Lenin sah den Imperialismus als fünfte und letzte Entwicklungsstufe des Kapitalismus an. Sie sei gekennzeichnet durch die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals, die einen tendenziellen Fall der Profitrate verhindern wollten.

Während in solchen Erklärungsansätzen eine eindeutige Kausalität zwischen dem Imperialismus und der historischen Entwicklungsdynamik des modernen Kapitalismus hergestellt wurde, polemisierte *Schumpeter* in seinem Essay *Zur Soziologie der Imperialismen* (1918/19) gegen marxistische Erklärungen des Imperialismus. Im Gegensatz zu Lenin und Rosa Luxemburg sah Schumpeter den Imperialismus nicht als ein spezifisch kapitalistisches Phänomen an. Zwar gebe es einen Drang zur Erweiterung der Absatzmärkte und eine imperialistische Expansion als Furcht vor der Krise, keineswegs jedoch könne der Imperialismus ausschließlich ökonomisch begründet oder als ein rein kapitalistisches Phänomen angesehen werden. Imperien habe es in der Geschichte immer wieder gegeben, sei es das römische, mongolische, osmanische oder napoleonische. Der Charakter des Imperialismus im modernen Kapitalismus, so Schumpeter, sei in stärkerem Maße ein atavistischer, das heißt, ein Überbleibsel vorbürgerlicher Verhältnisse, nämlich eine politische Strategie gewaltsamer Expansion anti-liberaler Eliten wie Adel und Militär. Natürlich würden sich diese Expansionsinteressen vereinen mit jenen kapitalistischen Kräften, die den Weltmarkt scheuten (Exportmonopolismus). Der moderne Imperialismus sei „eben deshalb kein Bild *bloss* kapitalistischer Faktoren“ (*Schumpeter* 1918–19, S. 291). Für Schumpeters Sichtweise, dass der Imperialismus dem Kapitalismus nicht immanent sei, sondern im Gegen-

teil durch ihn überwunden werden könne, ist das Freihandelspostulat von entscheidender Bedeutung.

Schumpeters Essay hat die intensiven Debatten über Imperialismustheorien in der Weimarer Republik nachhaltig beeinflusst. Das geht auch aus Ginors Dissertation hervor. Zu ihrem Thema wurde sie wahrscheinlich angeregt durch die Heidelberger Lehrveranstaltungen von Arthur Salz (1881–1963), der gerade dabei war seinen Band über *Das Wesen des Imperialismus* (Salz 1931) abzuschließen. Zudem gehörte Salz ebenso wie Salin zum Kreis um Alfred Weber und zum George-Kreis.³ Für Ginor ist der Imperialismus „die staatliche Expansion in ihrer modernen Form, wobei natürlich der Kapitalismus als die hauptsächlichste Wirtschaftsform dieser Epoche ... entsprechend beteiligt ist“ (*Dulberg* 1936, S. 17).

Sie unterteilt die Diskussion der Imperialismustheorien in drei Gruppen:⁴

1. Eine pro-imperialistische, „rechte“ Gruppe, in der der Staat gemäß hegelianischer Geschichtsauffassung treibende Kraft des Handelns ist und das imperiale Land als führende Macht der Weltgeschichte erscheint. Hierzu gehören Oswald Spengler ebenso wie Ludwig Gumplowicz mit seiner These des Staatenkampfes oder, in extremer Form, die faschistische Staatskonzeption von Benito Mussolini, gemäß der die Expansion der Nation ein Ausdruck der Vitalität sei.
2. Eine mittlere Gruppe, die sich auf die menschlichen Motive konzentriert und nach dem *cui bono* fragt, der Ginor neben Hobson und Schumpeter auch Salz zuordnet. So betont Ginor hinsichtlich der Frage, wer innerhalb der globalen Führungsmacht des 19. Jahrhunderts England den Nutzen aus dem Imperialismus gezogen habe: „Nach Hobson liegen die Triebkräfte des Imperialismus in einer kleinen, wohlorganisierten Gruppe der Nation, die es versteht, sich für die eigenen Interessen den ganzen Staatsapparat zunutze zu machen“ (*Dulberg* 1936, S. 40). Der These einer engen Verbindung von Nationalismus und modernem Imperialismus, der dadurch weniger rational und kalkulatorisch, sondern stattdessen emotional und gefährlich geworden sei, stimmt Ginor weitgehend zu. Andererseits kritisiert sie die noch über Schumpeter hinausgehende Aussage von Salz, dass der Kapitalismus als Verursacher des Imperialismus auszuschließen sei⁵, sondern im Gegenteil gerade durch enorme Produktivitätssteigerungen die Möglichkeit biete, ihn zu überwinden (*ibid.*, S. 51 ff.).

³ Siehe näher *Blomert* (1999) und *Schönhärl* (2009).

⁴ Dies schließt Überschneidungen, Grenzfälle oder Kombinationen, insbesondere zwischen der ersten und dritten Gruppe, nicht aus.

⁵ „Nicht durch den Kapitalismus, sondern aus Mangel an Kapitalismus sind die Staaten auf die Bahn des Imperialismus getrieben worden.“ (*Salz* 1931, S. 50).

3. Die dritte Gruppe, die die „objektiven Tatsachen“ hervorhebt, arbeitet mit der marxistischen Methode, ist anti-imperialistisch eingestellt und politisch dem linken Spektrum zuzuordnen. Zutreffend betont Ginor, dass die alleinige Fokussierung auf das Ökonomische im marxistischen Ansatz bei anderen Analysten häufig eine ebenso überzogene Reaktion hervorgerufen habe, „die Schuld des Imperialismus vom Kapitalismus abzuwälzen“ (ibid., S. 63) und z.T. eine starke Abneigung erzeugt habe, wirtschaftlichen Faktoren überhaupt eine Bedeutung beizumessen. Angelpunkt aller marxistischen Erklärungen des Imperialismus seien die Ursachen, die von der kapitalistischen Wirtschaftsdynamik ausgehen, insbesondere Absatzkrisen, die durch eine Disproportionalität von Produktion und Distribution/Konsumtion hervorgerufen werden und die Unternehmerkapitalisten veranlassen, nach neuen Absatzmärkten (sowie auf Kartelle und Schutzzölle) zu drängen. Zu Recht geht Ginor in diesem Zusammenhang näher auf Fritz Sternberg (1895–1963) ein⁶, dessen Studie zum Imperialismus (*Sternberg* 1926) zu den bedeutendsten und einflussreichsten der Weimarer Zeit gehört. Sie wurde innerhalb wie außerhalb marxistischer Kreise heftig diskutiert. Sternberg, ein undogmatischer Sozialist, verwendete in seiner Imperialismustheorie zwar die marxistische Methode und ging wie Rosa Luxemburg und Lenin vom Akkumulationszwang innerhalb des kapitalistischen Systems aus, teilte jedoch nicht geschichtsdeterministische Auffassungen der Verelendung und des daraus resultierenden Zusammenbruchs. Insbesondere wies er auf den empirischen Tatbestand hin, dass in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die Reallöhne der Arbeiter in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern deutlich gestiegen seien. Diese Reallohnentwicklung sei zweifellos durch die imperialistische Expansion begünstigt worden, habe aber die Wirkung einer „*Schonzeit*“ und sei maßgeblich für die Stärke revisionistischer Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gewesen.⁷

Ginors Literaturstudie zu den Imperialismustheorien zeichnet sich durch ausgezeichnete Kenntnis der relevanten Literatur, eine gut strukturierte und lesbare Darstellung sowie eine hohe Sicherheit im Urteil aus. So bleibt sie ebenso kritisch gegenüber orthodoxen marxistischen Ansätzen, die aus der Unmöglichkeit weiterer imperialistischer Expansion den Zusammenbruch des

⁶ Siehe *Dulberg* (1936, S. 81–97).

⁷ Während *Sternberg* 1926 noch den Imperialismus als Ursache für die Aufschiebung des Zusammenbruchs des Kapitalismus ansah, betonte er nach Rückkehr aus dem Exil in den USA nach Deutschland 1950 den Zusammenhang zwischen dem Technischen Fortschritt, der Beschäftigungs- und Reallohnentwicklung. Beeinflusst durch Ökonomen wie Schumpeter und Keynes, nahm Sternberg nun dauerhaft Abstand von Vorstellungen einer sozialistischen Revolution und näherte sich den Gewerkschaften und der SPD an. Siehe ausführlich *Glombowski* (1999).

Kapitalismus ableiten, wie gegenüber Theorien, die den Imperialismus durch den Kapitalismus überwinden wollen.⁸ Vielmehr verdeutlicht Ginor die Nähe zwischen dem globalen Imperialismus und dem Hochkapitalismus⁹, verstärkt durch die psychische Disposition eines erstarkten Nationalismus, als den Spezialfall einer Epoche von besonderem Gewicht.

III. Palästina: Von der Krise des Übergangs in einen anderen Kulturkreis zur wirtschafts- und finanzpolitischen Gestaltung des jungen Staates Israel

Unmittelbar nach ihrer Promotion emigrierte Ginor nach Palästina. Dort kam sie Ende Juli 1934 mit dem Schiff von Triest aus in Jaffa an, wo eine jüngere Schwester sie schon erwartete und wohin ihre Eltern mit den anderen beiden jüngeren Geschwistern im April 1936 von Stuttgart nachfolgten. In Palästina erlitt Ginor, die anfangs kein Hebräisch konnte, die für Immigranten typische „Krise des Übergangs in einen anderen Kulturkreis“, die sie später eindrucksvoll schildern sollte (Ginor 1990, 1997). Ihre tiefe Verwurzelung in deutscher Sprache und Kultur schwand erst mit dem Holocaust, in dem fast alle Verwandten ihrer eigenen Familie und die komplette Familie ihres Mannes in der Ukraine ermordet wurden. Erwartungsgemäß gab es in Palästina keinen Bedarf für eine promovierte Ökonomin aus Europa, so dass sie von 1934 bis 1943, nach kurzer Tätigkeit als Landarbeiterin, als Bankangestellte und Buchhalterin in einer kleinen Fabrik tätig wurde.

Ab 1943 bekleidete Ginor eine Stelle in der Wirtschaftsabteilung der Jewish Agency, wo sie sich vor allem mit den Problemen des Übergangs von einer Kriegs- zu einer Friedenswirtschaft auseinanderzusetzen hatte. Sie arbeitete dort sehr eng mit David Horowitz (1899–1979) zusammen, der später von 1954 bis 1971 Gründungsdirektor der Bank of Israel werden sollte, und mit Eliezer Kaplan (1891–1952), der 1948 erster Finanzminister des neuen Staates Israel wurde. In dieser Zeit war Horowitz leitender Beamter im israelischen Finanzministerium. Nach dem Beschluss der Vereinten Nationen vom 29. November 1947, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen, half die inzwischen verheiratete Ginor dem Vorsitzenden Eliezer Sigfried Hoofien (1881–1957) des Direktoriums der 1902 auf Initiative von Theodor Herzl gegründeten Anglo Palestine Bank APB bei den Vorbereitungen zur Schaffung einer neuen Währung für den Staat Israel, der am 15. Mai

⁸ Siehe *Dulberg* (1936, S. 114).

⁹ Technologische Innovationen und deren Diffusion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem im Transportsektor und im Kommunikationsbereich, wie sie auch in der verstärkten Globalisierung der letzten fünf Jahrzehnte eine wichtige Rolle spielten, standen bei ihr noch nicht im Fokus.

1948 errichtet worden war. In der Anfangsphase übte die APB, deren Hauptsitz immer noch London war, die Aufgaben einer Zentralbank aus. 1951 übernahm die israelische Bank Leumi als Nachfolgeinstitution alle Aktiva und Passiva der APB. Nach Gründung der Bank of Israel im August 1954 wurde Leumi zu einer reinen Geschäftsbank.

Mit der Bildung der Regierung von David Ben-Gurion (1886–1973) als erstem Premierminister des Staates Israel im Februar 1949 wurden ganze Abteilungen der Jewish Agency in Ministerien umgewandelt. Dies hatte zur Folge, dass Fanny Ginor nach einer kurzen Zeit in ihrer Funktion als Wirtschaftsexpertin in der neu gebildeten israelischen Botschaft in Washington von März 1949 bis Ende 1953 im israelischen Finanzministerium tätig wurde. Hier musste sie sich mit Problemen der Inflationsbekämpfung, der Devisenknappheit, der Rationierung von Konsumgütern sowie der Eingliederung der vielen Hunderttausenden von Einwanderern auseinandersetzen. Als Folge des Anstiegs der jüdischen Bevölkerung in den ersten vier Jahren nach der Staatsgründung von 650.000 auf 1.430.000 im Mai 1952 war die große Wohnungsnot in den frühen 1950er Jahren eines der gravierendsten Probleme. Von besonderer Bedeutung war der Tatbestand, dass Ginor von Anfang an daran beteiligt war, die geforderten Wiedergutmachungszahlungen zu berechnen, die in Israel anfangs als „Blutgeld“ durchaus umstritten waren. In diese Rolle gelangte sie durch ihre frühzeitige und langjährige Zusammenarbeit mit David Horowitz. Wie *Trezib* (2013, S. 86) zu Recht betont, waren Horowitz und der gebürtige Charlottenburger Yeshayahu (Herbert) Foerder, der von 1949 bis 1957 für die Progressive Partei Mitglied der Knesset und seitdem bis zu seinem Tod Vorstandsvorsitzender der Bank Leumi war, „die vermutlich einflussreichsten Persönlichkeiten des israelischen Bank- und Finanzwesens der 1950er und 1960er Jahre“.

Horowitz hatte vor dem Hintergrund der desolaten wirtschaftlichen Lage des jungen Staates Israel die Idee deutscher Wiedergutmachungszahlungen („Shilumim¹⁰“) entwickelt und sich bereits darüber am 19. April 1951 in Paris bei einem geheimen Treffen mit Bundeskanzler Adenauer ausgetauscht, für den Deutschland nach dem Holocaust in moralischer Pflicht stand. Kurz zuvor hatte Israel am 12. März in einer Note an die vier Alliierten Reparationen in Höhe von 1,5 Milliarden \$ gefordert, davon eine Milliarde von der BRD und 500 Millionen von der DDR. Während die Sowjetunion gar nicht antwortete, reagierten die drei Westmächte zurückhaltend, da sie zu diesem Zeitpunkt die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft noch skeptisch beurteilten. Insbesondere die USA waren zudem besorgt, dass die amerikanischen

¹⁰ Der hebräische Begriff *Shilumim* bedeutet zugleich *Abzahlung* und *Vergeltung*. Er schließt *Vergebung* nicht ein und kontrastiert damit deutlich vom deutschen Ausdruck *Wiedergutmachung*.

Steuerzahlerinnen und Steuerzahler indirekt zur Finanzierung herangezogen werden könnten.

Im Gegensatz zu Frankreich, das am stärksten die Zahlung von Kriegsschädigungen forderte, waren die Vereinigten Staaten, deren Unterstützung für Israel am wichtigsten war, die zugleich aber auch der größte Gläubiger Deutschlands waren, eher gegen Reparationen eingestellt. Israel versuchte dem mit dem Argument entgegenzuwirken, dass durch die deutschen Wiedergutmachungen die direkten Zahlungen der USA an Israel verringert werden könnten. Zudem seien die deutschen Leistungen angesichts des von den Nationalsozialisten geraubten jüdischen Eigentums und des Holocaust nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem auch eine moralische Frage, wie es Horowitz in einem Memorandum vom 13. Mai 1951 betonte.¹¹ Zu dieser Zeit war die Devisenknappheit in Israel so groß, dass der Import von Erdöl und Getreide zur Energie- und Nahrungsmittelversorgung der enormen Schübe von Einwanderern nicht bezahlt werden konnte. An diesem kritischen Punkt entwickelte Horowitz die israelische Forderung und errechnete einen Gesamtbetrag in Höhe von 1,5 Milliarden \$ (500.000 Einwanderer bei Aufnahmekosten von 3.000 \$ pro Einwanderer).

Auf deutscher Seite sah Bundeskanzler Adenauer nicht nur die moralische und materielle Verpflichtung gegenüber den Juden, sondern erkannte auch die politische Bedeutung eines deutsch-israelischen Abkommens für die Rückkehr Deutschlands in die internationale Völkerfamilie, insbesondere für die Integration in die westliche Welt. In einer Sondersitzung des Bundestages am 27. September 1951 hatte Adenauer die Verantwortung Deutschlands für die vom NS-Regime verübten Gräueltaten betont und am 6. Dezember bei einem geheimen Treffen in London mit Nahum Goldmann, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, der auch zum Präsidenten der im Oktober 1951 in New York gegründeten Jewish Claims Conference gewählt worden war, die von Israel gestellten Ansprüche als Grundlage der Verhandlungen akzeptiert.¹² Allerdings betonte Adenauer auch die Grenzen, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die Aufnahme und Versorgung der Heimatvertriebenen und Kriegsoffer gezogen seien. Größere Komplikationen ergaben sich vor allem aus der Parallelität der am 20. März 1952 in Wassenaar in den Niederlanden aufgenommenen deutsch-israelischen/jüdischen Wiedergutmachungs-Verhandlungen mit der kurz zuvor am 28. Februar in London begonnenen Konferenz über die Regelung der deutschen Auslandsschulden.¹³

¹¹ *David Horowitz*, *Economic Conditions in Germany and the Payments to Israel*. Israeli State Archives, File 344/15.

¹² Siehe *Schwarz* (1986, S. 902).

¹³ Zur Krise der Wiedergutmachungs-Verhandlungen im Frühsommer 1952 vergleiche ausführlich *Jena* (1986) und *Jelinek* (1990). Das Londoner Schuldenabkommen

Während der dortige Verhandlungsführer Hermann Josef Abs vor allem hinhaltenden Widerstand gegen das Wiedergutmachungsabkommen leistete, da er vor einem feststehenden Ergebnis der Londoner Schuldenkonferenz befürchtete, dass die kumulierte Höhe zu einer zu großen Belastung für die westdeutsche Wirtschaft werden könnte, war die durchgehende Obstruktion von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) grundsätzlicher Natur. Demgegenüber war es vor allem der von Adenauer eingesetzte Verhandlungsführer Franz Böhm (1895–1977), seit 1946 Rechtsprofessor in Frankfurt am Main und seit 1949 (bis 1971) auch Vorsitzender der dortigen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der sich letztlich (auch nach einem zwischenzeitlichen Rücktritt) erfolgreich gegen starke Widerstände im Bundeskabinett für einen Abschluss des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel einsetzte. Unterstützt wurde Böhm dabei von seinem Stellvertreter Otto Küster (1907–1989), der von 1945 bis 1954 Wiedergutmachungsbeauftragter in Baden-Württemberg war.¹⁴ Das Abkommen wurde vom Deutschen Bundestag am 18. März 1953 mit 239 von 360 abgegebenen Stimmen ratifiziert. Im Gegensatz zu nennenswerten Teilen von Adenauers Regierungskoalition, insbesondere von CSU, DP und FDP, stimmten nur die Abgeordneten der SPD geschlossen dafür.

In Israel wurde das von Außenminister Moshe Sharett zusammen mit Bundeskanzler Adenauer im Rathaus von Luxemburg unterzeichnete Abkommen vier Tage nach der Entscheidung des Bundestages von der Regierung ratifiziert. Sharett (1894–1965), erster Außenminister Israels von 1948 bis 1956 und von 1953 bis 1955 Premierminister zwischen den beiden Amtsperioden Ben-Gurions, gehörte zusammen mit Ben-Gurion zu den maßgeblichen Politikern, die Horowitz' Idee deutscher Reparationen von Anfang an aufgriffen und unterstützten. *Direkte* Wiedergutmachungsverhandlungen mit Deutschland wurden von vielen Israelis als Schande angesehen und spalteten die israelische Gesellschaft 1951/52 bis hin zu Terroranschlägen gegen die Hauptbeteiligten auf deutscher und israelischer Seite.¹⁵ Dies kam auch im knappen Abstimmungsergebnis von 61:50 am Ende der dreitägigen Knesset-

wurde erst nach einem Jahr am 27. Februar 1953 unterzeichnet und am 24. August vom Bundestag ratifiziert. Die Ratifizierung der beiden Abkommen von Luxemburg und London waren letztlich Vorbedingungen für die Aufhebung des Besatzungsstatus in Westdeutschland in den Pariser Verträgen vom 5. Mai 1955.

¹⁴ Küster verstand sich fachlich wie persönlich hervorragend mit Felix Elieser Shinnar (1905–1985), dem stellvertretenden Leiter der israelischen Delegation bei den Wiedergutmachungsverhandlungen, der kurz zuvor die neue Abteilung zur Geltendmachung der Ansprüche des jüdischen Volkes gegenüber Deutschland im israelischen Außenministerium aufgebaut hatte. Shinnar war als Felix Schneebalg in Stuttgart geboren, wo er zwei Jahre vor Küster auf dem Realgymnasium das Abitur abgelegt hatte.

¹⁵ Zu den dramatischen Kontroversen um Reparationen in Israel siehe die umfangreiche Dokumentation und den Aufsatz von *Yaakov Sharett* (2011, 2013), Sohn von

Debatte¹⁶ zum Ausdruck, mit dem Ben-Gurions Antrag für die Aufnahme direkter Verhandlungen am 9. Januar 1952 angenommen wurde. Bei der Überwindung des Widerstandes gegen direkte Verhandlungen mit einer deutschen Regierung spielte Nahum Goldmann eine zentrale Rolle. Für die Entwicklung der israelisch-deutschen Beziehungen nach Abschluss des Luxemburger Abkommens im September 1952¹⁷ gelangt *Sharett* (2013, S. 287/8) zu folgendem Ergebnis:

„Der traumatische Sturm, der die israelische Öffentlichkeit zur Frage nach deutschen Wiedergutmachungszahlungen aufwühlte, hörte fast sofort auf. Niemand äußert heute überhaupt noch Kritik an diesem israelisch-deutschen Abkommen, das für Israel von enormer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung war. Jeder Israeli erkennt die historische Tatsache an, dass Deutschland einer der besten Freunde Israels ist, wenn nicht gar der beste. Die Saat dafür wurde im Jahr 1952 ausgebracht.“

Nach dem Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, Israel eine Entschädigung von 3 Milliarden DM innerhalb eines Zeitraums von 12 bis 14 Jahren als Geldzahlungen oder in Form von Gütern zu leisten und darüber hinaus eine Summe von 450 Millionen DM an die Jewish Claims Conference für die Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus zu zahlen. Der Betrag von 3 Mrd. DM bedeutete eine erhebliche Reduzierung der ursprünglich von Israel geforderten Summe von 4,2 Mrd. DM (1 Mrd. \$). Sie war die Folge einer Einigung in Wassenaar, den für die Eingliederung von Vertriebenen in Westdeutschland ermittelten Betrag in Höhe von 9.000 DM statt 3.000 \$ auch für die Einwanderer nach Israel zugrunde zu legen.

Die Analyse der Wirkungen der westdeutschen Reparationszahlungen auf die israelische Wirtschaft sollte zu einem zentralen Forschungsthema von Fanny Ginor werden. Nach Gründung der Bank of Israel 1954 ging Ginor als volkswirtschaftliche Beraterin mit Horowitz zur Zentralbank und blieb dort bis 1971 tätig, nur unterbrochen durch eine einjährige Tätigkeit 1956 in der Landwirtschaftsbank sowie durch ihre Zeit als Wirtschaftsberaterin an der israelischen Botschaft bei den Vereinten Nationen in New York von 1962 bis 1964. Wiederholt war sie Mitglied der israelischen Delegation bei Konferenzen internationaler Organisationen wie den Vollversammlungen der Vereinten Nationen, der UNCTAD, der UNESCO, der Weltbank oder des Internationa-

Moshe Sharett, der einen hervorragenden Einblick in die Schärfe und intensive Emotionalität der Auseinandersetzungen gibt.

¹⁶ Innerhalb (unter Führung des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin) wie außerhalb des Parlamentsgebäudes unter den rund 15.000 Demonstranten herrschte eine „Putz-Atmosphäre“; siehe *Sharett* (2013, S. 283 f.).

¹⁷ Zur Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg siehe auch *Zuckermann* (2013).

len Währungsfonds. So war sie z.B. bereits 1957 unter der Außenministerin Golda Meir Israels Repräsentantin im zweiten Komitee der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in dem wirtschaftliche und finanzielle Fragen im Vordergrund standen, insbesondere auch die Probleme der Entwicklungsländer, mit denen sich Ginor nunmehr intensiver befasste. So erstellte sie für das Mittelmeer-Entwicklungsprojekt der Food and Agricultural Organization FAO den Bericht über die Wirtschaft und Landwirtschaft Israels (*Ginor* 1959). Bereits vor ihrer New Yorker Zeit hatte sie 1961 eine Studie zum Einfluss des Imports eines Teils der Agrarüberschüsse der USA als Entwicklungshilfe auf die israelische Wirtschaft erstellt (*Ginor* 1963). Sie ermittelte, dass die Hauptvorteile für Israel in deren antiinflationistischer Wirkung und vor allem darin bestanden, dass Devisen eingespart wurden, die stattdessen für die Einfuhr moderner landwirtschaftlicher und industrieller Maschinen verwendet werden konnten.

IV. Späte akademische Karriere

Mit ihrer Beschäftigung bei der Bank of Israel begann auch Ginors umfangreiche Lehr- und Forschungstätigkeit. Von 1954 bis 1959 hielt sie Vorlesungen und Seminare an der 1935 u. a. von Fritz (Perez) Naphtali (1888–1961) gegründeten Hochschule für Recht und Wirtschaft in Tel Aviv (einer Vorläuferin der Universität Tel Aviv), und ab 1955 auch an der Agrarfakultät der Hebräischen Universität in Rehovot. Als 1959 an der Universität in Tel Aviv eine Filiale der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Jerusalemer Universität gegründet wurde, hielt sie dort bis 1962 Einführungsvorlesungen in die Volkswirtschaftslehre und veranstaltete Seminare über die israelische Wirtschaft. Don Patinkin (1922–1995), der ab 1949 als Chairman das Department of Economics der Hebräischen Universität aufbaute, hielt wenig von der eher deskriptiv-institutionell ausgerichteten kontinentaleuropäischen Ausbildung, und schickte deshalb herausragende Nachwuchsökonominnen („Patinkin boys“) in die USA, vor allem an die Universität Chicago, wo er als Doktorand von Jacob Marschak¹⁸ 1947 selbst promoviert worden war.¹⁹ Wie *Ginor* (1997,

¹⁸ Marschak war zuvor die Position des Gründungsdekans an der Hebräischen Universität angeboten worden, empfahl aber seinen Doktoranden Patinkin. Ironischerweise war sein an der Universität Chicago ursprünglich gewähltes Dissertationsthema über die Wirtschaft Palästinas abgelehnt worden. Später analysierte *Patinkin* (1960) die Entwicklung der israelischen Wirtschaft in den 1950er Jahren.

¹⁹ Zur zentralen Rolle Don Patinkins („Israel’s Mister Economics“) beim forcierten Strukturwandel von einer philosophisch-juristischen deutschen Tradition zur modernen angelsächsischen Ausbildung mit ihrer Betonung mathematischer und ökonometrischer Methoden in der Volkswirtschaftslehre siehe *Barkai* (1993).

S. 450) betont, schätzte Patinkin ihre europäische Ausbildung gering und hatte daher „ein ambivalentes Verhältnis“ zu ihr.²⁰

Die zentralen wirtschaftspolitischen Problemlagen des jungen israelischen Staates bestimmten Ginors praktische Berufstätigkeiten ebenso wie ihre empirischen und zugleich theoretisch fundierten Analysen. Nach ihrer Rückkehr aus den USA erstellte sie für die Zentralbank die Studie über den Einfluss der deutschen Wiedergutmachungszahlungen auf die israelische Wirtschaft. Anfang 1966 nahm sie ihre Lehrtätigkeit an der Universität Tel Aviv wieder auf, wo in der Zwischenzeit ein eigenständiger wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereich in der Fakultät für Sozialwissenschaften errichtet worden war. Abba P. Lerner (1903–1982), der 1965/66 für ein Jahr in Tel Aviv lehrte und als Dekan amtierte, stellte Ginor als Senior Lecturer ein und ordnete sie der Abteilung für Entwicklungsländer zu.²¹ Daraus entstand das 1971 gegründete David Horowitz Institute (DHI) for the Research of Developing Countries, heute David Horowitz Research Institute on Society and Economy, das vor allem Forschungsarbeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zu sozialen Ungleichheiten in der israelischen Gesellschaft fördert und durchführt.

Als Horowitz Ende 1971 als Präsident der Bank of Israel ausschied, verließ Ginor ebenfalls die Zentralbank und wechselte auf eine Vollzeitstelle an der Universität Tel Aviv. Dort wurde sie 1974 zur Associate Professorin ernannt und blieb bis zu ihrer Emeritierung 1978. In dieser Zeit begann sie, sich nun neben Problemen der Entwicklungsländer und der israelischen Wirtschaft vor allem mit Fragen der Einkommensverteilung und der Sozialpolitik zu beschäftigen. Ihre Studien kulminierten in dem 1979 auch in den USA erschienenen Buch *Socio-Economic Disparities in Israel*, das in seiner 1983 erschienenen überarbeiteten hebräischen Fassung lange Zeit als anerkanntes Lehrbuch an israelischen Universitäten verwendet wurde. In diesem Werk analysiert Ginor (1979) die sozioökonomischen Unterschiede zwischen wie innerhalb der jüdischen und arabischen Bevölkerung sowie der beiden jüdischen Hauptgruppen, den Aschkenasen und den Sepharden, den Einfluss der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf das Familieneinkommen sowie die Wirkungen des Wachstumsprozesses auf die Entwicklung der Einkommensverteilung seit den 1920er Jahren.

²⁰ Siehe auch Ginor (1990, S. 182).

²¹ Siehe Ginor (1990, S. 204 f.).

V. Zu den Auswirkungen deutscher Reparationszahlungen auf die israelische Wirtschaft

Von besonderer Bedeutung sind Ginors Analysen der Wirkungen der von der Bundesrepublik Deutschland seit 1953 geleisteten Wiedergutmachungszahlungen auf die Entwicklung der israelischen Wirtschaft.²² Horowitz ließ 1965 den Einfluss der westdeutschen Reparationen auf die Wirtschaft Israels untersuchen. Er war aber mit der ersten Studie nicht zufrieden und bat Ginor um eine gründliche Überarbeitung, die sie im Dezember 1965 abschloss. Kurz zuvor war es am 12. Mai 1965 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel gekommen.

Ginor/Tishler (1965) zeigten auf, dass diese Reparationen in einer sehr kritischen Phase eine wertvolle Hilfe darstellten, ein Ergebnis, das aber aus politischen Gründen zunächst nur einem kleineren hebräischen Leserkreis zugänglich blieb (*Ginor* 1990, S. 202). Erst nach ihrem Ausscheiden aus der Zentralbank konnte Ginor eine aktualisierte englische Zusammenfassung publizieren (*Ginor* 1972–73). Sie verdeutlicht, dass die Reparationen zwischen 1953 und 1971 jahresdurchschnittlich 27 Prozent des israelischen Handelsbilanzdefizits abdeckten.

Die Wiedergutmachungsleistungen bestanden aus zwei Komponenten: Geldzahlungen in Form von Renten und Entschädigungen an vom Holocaust betroffene Familien (mit der Konsequenz einer weiteren Öffnung der Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Aschkenasen) sowie Leistungen an den israelischen Staat, die zum Großteil in Form von Warenlieferungen erbracht wurden, die in Übereinstimmung der israelischen Bedürfnisse mit den deutschen Produktionsmöglichkeiten erfolgten. Hierzu gehörten im erheblichen Maße Schiffe zum Aufbau der für die Güterversorgung so wichtigen Handelsflotte im Zeitraum von 1954 bis 1961, Maschinenanlagen für die Industrie und Elektroturbinen für die Elektrizitäts- und Wasserversorgung.²³ Damit wird deutlich, dass der Schwerpunkt auf Investitionsgütern lag. Ginor berechnete, dass direkt 50 Prozent, unter Einbezug der indirekten Effekte sogar insgesamt 80 Prozent, der deutschen Leistungen investiv ver-

²² Zur Geschichte und den Wirkungen der deutschen Reparationszahlungen an Israel vgl. auch die umfassende Studie von *Nicholas Balabkins* (1971), der jedoch in seiner Analyse die Wirkungen der individuellen Restitutionszahlungen nicht behandelt.

²³ Für die entsprechenden Industriezweige in der Bundesrepublik Deutschland wirkten die Wiedergutmachungslieferungen wie ein öffentliches Investitionsprogramm. Das gilt in besonderem Ausmaß für den Schiffbau, der in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch unter alliierten Produktionsverboten gelitten hatte. Zu den Auswirkungen des Luxemburger Abkommens auf die deutsche Industrie und Volkswirtschaft siehe *Könke* (1988, insbes. S. 531–533).

wendet wurden. Damit war der Beitrag zum Kapitalbildungs- und Wachstumsprozess erheblich. Er wird von Ginor für den Zeitraum von 1953 bis 1966 mit 12 bzw. 6 Prozent quantifiziert (*Ginor* 1972–73, S. 40). In dieser Zeit ging demnach der Anteil an der Kapitalbildung von 30 Prozent in den ersten 3 Jahren sukzessiv auf 3 Prozent in den letzten Jahren zurück, was die hohe Bedeutung der Reparationsleistungen für die Anfangsperiode belegt. Vor allem in der ersten Phase nach der Masseneinwanderung Anfang der 1950er Jahre, als Israel unter starkem Kapital- und Devisenmangel litt, trugen die deutschen Wiedergutmachungsleistungen deutlich zur Minderung der Zahlungsbilanzbeschränkungen des Wachstumsprozesses der israelischen Wirtschaft bei. *Hollis B. Chenery* und *Michael Bruno*²⁴ (1962) schätzen diesen Beitrag, unter Einbeziehung der Geldzahlungen an Private, die das Sparen erheblich förderten, für den ersten Dreijahreszeitraum von 1954 bis 1957 auf 36 Prozent des gesamten Wachstums des israelischen Volkseinkommens.

Auch *Arie L. Gaathon* (geboren als Ludwig Grünbaum 1898 in Eisenach, gestorben 1984 in Tel Aviv), langjähriger Kollege Ginors, hat sich intensiver mit dem Wachstumsprozess und der Produktivitätsentwicklung Israels in der Zeit deutscher Wiedergutmachungsleistungen beschäftigt.²⁵ Er war kurz nach seiner Promotion bei Ignatz Jastrow an der Berliner Universität 1934 nach Palästina emigriert. Dort wurde er bereits seit Mitte der 1930er Jahre zum maßgeblichen Pionier der Entwicklung einer modernen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, zunächst für die Jewish Agency in Palästina und nach der Staatsgründung für Israel. Gaathon war Wirtschaftsberater von Premierminister Ben Gurion und 1954 bei Gründung der Bank of Israel von Horowitz als Senior Research Economist eingestellt, eine Funktion, in der er zwei Jahrzehnte tätig war. Wie *Barkai* (1999, S. 176) betont, war der „ökonomische Dualismus zwischen einer kapitalintensiven Marktwirtschaft mit hohem Lohnniveau und einem traditionellen landwirtschaftlichen Sektor ... die zentrale intellektuelle Herausforderung für Gaathon“. Auf der Basis von Gaathons Daten kommt Ginor zu dem Befund, dass vom starken Anstieg des Bruttonationalprodukts von jahresdurchschnittlich 10% im Zeitraum von 1953 bis 1966 3,7% auf steigenden Kapitaleinsatz, 2,7% auf vermehrten Arbeitsein-

²⁴ *Michael Bruno* (1932–1996), geboren in Hamburg, emigrierte als Kleinkind mit seinen Eltern nach Palästina, wurde 1962 an der Stanford University promoviert und gehörte von 1963 bis zu seinem Tod dem Department of Economics der Hebräischen Universität in Jerusalem an, zuletzt als Carl Melchior Professor of International Economics. Zudem war Bruno von 1986 bis 1991 Gouverneur der Bank of Israel, von 1992 bis 1995 Präsident der International Economic Association und seit September 1993 als erster Nichtamerikaner Chefökonom der Weltbank. Siehe ausführlich *Hagemann* (1999a).

²⁵ Siehe *Gaathon* (1965; 1971).

satz und 3,6% auf Produktivitätswachstum, nicht zuletzt auch aufgrund erhöhter Arbeitsqualifikationen, zurückzuführen sind (*Ginor* 1972–73, S. 40).

Kapitalimporte haben zwei Hauptfunktionen: Durch die Ergänzung unzureichender interner Ersparnisse ermöglichen sie eine Finanzierung erhöhter Investitionstätigkeit und durch die Finanzierung von Handelsbilanzdefiziten eine Erhöhung des Imports von Kapitalgütern, die den Prozess wirtschaftlichen Wachstums beschleunigen. Dabei besteht die Gefahr, bei dauerhaften Importüberschüssen von Kapitalimporten abhängig zu werden. Mit diesem Problem war die israelische Wirtschaft vor allem in der äußerst schwierigen Aufbauphase nach der Unabhängigkeit konfrontiert.

In zwei weiteren Studien widmete sich Ginor dem Einfluss von Kapitalimporten auf den Wachstumsprozess von Entwicklungsländern (*Ginor* 1969) bzw. dem strukturellen Entwicklungsprozess der israelischen Wirtschaft (*Ginor* 1970). Ihre Studien heben die Bedeutung einer langfristigen wirtschaftspolitischen Strategie hervor, die inländische Ersparnisbildung und einen entschlossenen Strukturwandel fördert, der den Anteil der handelbaren Güter an der Produktion erhöht, um über eine Exportdiversifizierung und über Importsubstitutionen die Defizite im Außenhandel abzubauen und somit der Gefahr der Abhängigkeit von dauerhaften Kapitalimporten zu begegnen.

VI. Anhaltende Verbindungen zu Edgar Salin und nach Basel

Obwohl Fanny Ginor im Rahmen ihrer Promotion nur ein Jahr in Basel studiert hatte, hielt sie zeitlebens einen engen Kontakt zu ihrem Doktorvater. So besuchte sie Edgar Salin und dessen Frau Isamaria bereits Anfang 1949 in Basel, als sie mit ihrem Mann auf dem Rückweg von New York nach Israel war. Salin war auch dafür verantwortlich, dass die israelische Wirtschaft lange Zeit im Fokus der Basler Nationalökonomie stand. „In zahlreichen Promotionen unter der Betreuung Salins entstanden in Basel Studien über die israelische Ökonomie und Gesellschaft; so verfasste etwa der ehemalige Rektor [1996–1998] und Doktorand Salins, *René L. Frey* [1965], eine Dissertation über den Strukturwandel in der israelischen Wirtschaft.“²⁶

Wie *Ginor* (1990, S. 180) berichtet, kam Salin 1958 als Schriftführer der List-Gesellschaft, die er initiiert und 1954 gegründet hatte²⁷, nach Israel, wo er im Kreis der Intellektuellen um Gershom Scholem sehr gut aufgenommen

²⁶ <https://unigeschichte.unibas.ch/fakultäten-und-faccher/wirtschaftswiss-fakultaet/edgar-salin/fanny-ginor>.

²⁷ Salin war bereits 1925 Mitbegründer der Friedrich-List-Gesellschaft gewesen, die sich 1935 aufgelöst hatte, um sich dem drohenden Einfluss der Nationalsozialisten zu entziehen.

wurde. Seit diesem Besuch entwickelte sich eine langfristige Forschungs-kooperation zwischen den Universitäten Basel und Tel Aviv. Im Zeitraum zwischen 1958 und 1970 gingen daraus zahlreiche ökonomische und sozialwissenschaftliche Arbeiten hervor.²⁸

Offiziell lief das *Israel Economic and Sociological Research Project* IESRP von 1958 bis 1967. Es wies deutliche praxisrelevante Bezüge für den Aufbau eines modernen Staates auf. Hierzu gehörten eine umfassende Wachstums- und Strukturpolitik sowie eine nachhaltige Stadt- und Raumplanung. Während das Projekt in vielen Bereichen Erfolge zeitigte, wie der „bestechend qualitätsvollen Architekturmoderne in Israel“ (*Wilhelm und Gust* 2013, S. 13), konnten nicht alle im IESRP angedachten ehrgeizigen Projekte realisiert werden. Dies gilt insbesondere für *Die Bahn der drei Meere* (Mittelmeer – Totes Meer – Rotes Meer), die durchgängige Nord-Süd-Eisenbahnlinie von Haifa über Tel Aviv bis Eilat, die den südlichen Teil der Negev-Wüste wirtschaftlich erschließen sollte.²⁹

Trezib (2013, S. 82 f.) berichtet, dass Salin als Initiator des IESRP im November 1958 auf Einladung des Weizmann-Instituts für Wissenschaften zur Eröffnung des Schweizer Pavillons in Rehovot nach Israel reiste.³⁰ Neben Salin war auf Basler Seite auch Harry W. Zimmermann stärker am IESRP beteiligt, während auf israelischer Seite Professor Nadav Halevi (1928–2022) von der Hebräischen Universität in Jerusalem die Leitung hatte. Wichtige Rollen spielten zudem David Horowitz als Mitinitiator und Unterstützer des Projekts sowie Yaacov Bach (1911–2006), der zahlreiche Beiträge zur Inflation und zum Finanzwesen in Israel³¹ sowie einen Beitrag zum 80. Geburtstag von Salin in den List-Mitteilungen verfasste (*Bach* 1972).

Bach war als Karl Adolf Bach in Tarnowitz, Oberschlesien, geboren und hatte in Berlin, Freiburg und Breslau Rechts- und Staatswissenschaften studiert. Er hatte im März 1933 in Breslau bereits seine Große Hausarbeit abgeliefert, konnte die erste juristische Staatsprüfung aber nicht mehr abschließen, da ihm als Jude der Zutritt zu den abschließenden Prüfungen verwehrt wur-

²⁸ Diese wurden im Auftrag des Israel Advisory Council for Economic and Sociological Research vom Kyklos-Verlag in Basel und dem Verlag Mohr-Siebeck in Tübingen, der Bank of Israel und dem Verlag Frederick A. Praeger in New York herausgegeben. Siehe *Ginor* (1999, S. 20).

²⁹ Siehe *Trezib* (2013, S. 90–93) sowie *Wilhelm und Gust* (2013, S. 18 f.) zum Stand der Studien am List-Institut in Basel im Januar 1963.

³⁰ Im nachfolgenden Jahr kam es zu ersten Kontakten zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und dem Weizmann-Institut, die den Grundstein für viele nachfolgende deutsch-israelische Forschungsprojekte legten. Für diese Wissenschaftskooperation gründete die MPG in den 1960er Jahren die *Minerva*-Stiftung.

³¹ Siehe *Ginor* (1999).

de.³² Bach, der im Herbst 1933 nach Palästina auswanderte und sich zu einem führenden Agrar- und Finanzexperten Israels entwickelte, promovierte ein Vierteljahrhundert später an der Universität Freiburg mit einer Dissertation über *Die Gemüsevermarktung in Israel – Neukolonisation und Marktentwicklung*, die von den Referenten Constantin von Dietze und Heinz Müller mit *magna cum laude* bewertet wurde. Er war nach seiner Zeit im Finanzministerium als Leiter der Abteilung für die amerikanische Wirtschaftshilfe von 1953 bis 1976 bei der Bank Leumi tätig. Zudem unterrichtete er regelmäßig über Agrarpolitik, Außenhandel und Zahlungsbilanzprobleme an der Universität in Tel Aviv.

Fanny Ginor hielt bis zum Tode Salins 1974 steten Kontakt zu ihm und traf sich öfter mit ihm in Israel und in Basel.³³ Seit 1970 hatte sie auch wieder engeren Kontakt zu ihren beiden besten Freundinnen aus der Cannstatter Schulzeit und begegnete ihnen mehrfach, vorzugsweise in der Schweiz. Nach der NS-Zeit war sie erstmals 1957 auf dem Rückweg von New York mit ihrem Mann kurz nach Cannstatt gekommen, um ihm den Ort ihrer Jugend zu zeigen. Wo einst die in der NS-Zeit zerstörte Synagoge stand, befand sich nun ein schäbiger Parkplatz. In den 1980er Jahren kam Ginor dann mehrmals nach Stuttgart, so auch zu einem Klassentreffen. Dabei motivierte sie ein starkes Gefühl, dem sie im Schlusssatz ihres autobiographischen Essays bewegend Ausdruck verleiht: „Doch das Heimweh nach dem Land meiner Jugend, der deutschen Kultur und Literatur blieb lebendig.“ (Ginor 1997, S. 458).

Literatur

- Bach, Yaacov (1972): Zum 80. Geburtstag von Edgar Salin, Mitteilungen der List-Gesellschaft, Bd. 7, Nr. 14, S. 354–360.
- Balabkins, Nicholas W. (1971): West German Reparations to Israel, New Brunswick, N.J.: Rutgers University Press.
- Barkai, Haim (1993): Don Patinkin's Contribution to Economics in Israel, in: Barkai, Haim/Fischer, Stanley/Liviatan, Nissan (Hrsg.), Monetary Theory and Thought. Essays in Honour of Don Patinkin, London: Palgrave Macmillan, S. 3–14.
- Barkai, Haim (1999): Gaathon, Arie L., in: Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Band 1, München: K. G. Saur, S. 176–179.

³² Bei meinem Israel-Besuch hatte ich 1995 die Gelegenheit ausführliche Gespräche mit Yaacov Bach und Fanny Ginor zu führen, die eng befreundet waren.

³³ Siehe auch ihren Brief an Salin vom 26. März 1973, der auf der Homepage der Universität Basel veröffentlicht und mit der hervorgehobenen Unterschrift versehen ist: „Die Basler Nationalökonomie nach Israel getragen: Die Wirtschaftswissenschaftlerin und israelische Regierungsbeamtin Fanny Ginor“.

- Behrendt, Richard Fritz* (1932): Die Schweiz und der Imperialismus. Die Volkswirtschaft des hochkapitalistischen Kleinstaates im Zeitalter des politischen und ökonomischen Nationalismus, Zürich: Rascher.
- Blomert, Reinhard* (1999): Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit, München: Carl Hanser.
- Chenery, Hollis B./Bruno, Michael* (1962): Development Alternatives in an Open Economy: The Case of Israel, *Economic Journal* 72, S. 79–103.
- Dönhoff, Marion Gräfin* (1936): Entstehung und Bewirtschaftung eines ostdeutschen Großbetriebes. Die Friedrichsteiner Güter von der Ordenszeit bis zur Bauernbefreiung, Königsberg: Gräfe & Unzer.
- Dönhoff, Marion Gräfin* (1962): Der Einfall eines Basler Professors, in: Beckerath, Erwin/von Popitz, Heinrich/Siebeck, Hans Georg/Zimmermann, Harry W. (Hrsg.), Antidoron. Edgar Salin zum 70. Geburtstag, Tübingen: Mohr-Siebeck, S. 68–79.
- Dulberg, Fanny* (1936): Der Imperialismus im Lichte seiner Theorien, Basel: Philographischer Verlag.
- Frey, René L.* (1965): Strukturwandlungen der israelischen Volkswirtschaft, Basel: Kyklos-Verlag und Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Gaathon, Arie L.* (1965): Das wirtschaftliche Wachstum Israels von 1950 bis 1964, *Konjunkturpolitik* 11 (4), S. 222–264.
- Gaathon, Arie L.* (1971): Productivity in Israel, New York: Praeger.
- Ginor, Fanny* (1959): The Economy and Agriculture of Israel, prepared for FAO in participation with the Ministry of Agriculture, Jerusalem.
- Ginor, Fanny* (1963): Uses of US Agricultural Surpluses – Their Economic Effect in Israel, Jerusalem: Bank of Israel.
- Ginor, Fanny* (1969): The Impact of Capital Imports on the Structure of Developing Countries, *Kyklos* 22, S. 104–123.
- Ginor, Fanny* (1970): Structural Changes in a Developing Economy: The Case of Israel, *Weltwirtschaftliches Archiv* 105, S. 188–218.
- Ginor, Fanny* (1972–73): The Impact of German Reparations and Restitution Payments on the Israeli Economy, *The Wiener Library Bulletin*, 26, S. 38–45.
- Ginor, Fanny* (1979): Socio-Economic Disparities in Israel, Tel Aviv and Rutgers University, N.J.: Transaction Books.
- Ginor, Fanny* (1990): Ein Leben im Schatten der Geschehnisse. Autobiographie, unveröffentlichtes Manuskript, Tel Aviv.
- Ginor, Fanny* (1997): Krise des Übergangs in einen anderen Kulturkreis, in: Hagemann, Harald (Hrsg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Marburg: Metropolis, S. 437–458.
- Ginor, Fanny* (1999): Bach, Yaacov, in: Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Band 1, München: K. G. Saur, S. 19–21.

- Ginor, Fanny/Tishler, Jitzchak* (1965): Reparations and Their Impact on the Israeli Economy (in Hebräisch), Tel Aviv: Bank of Israel.
- Glombowski, Jörg* (1999): Sternberg, Fritz, in: Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Band 2, München: K. G. Saur, S. 683–690.
- Hagemann, Harald* (1999a): Bruno, Michael, in: Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Band 1, München: K. G. Saur, S. 89–93.
- Hagemann, Harald* (1999b): Ginor, Fanny, in: Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Band 1, München: K. G. Saur, S. 187–190.
- Hagemann, Harald* (2000): Fanny Ginor, in: Dimand, Robert W./Dimand, Mary Ann/Forget, Evelyn (Hrsg.), A Biographical Dictionary of Women Economists, Cheltenham, UK, und Northampton, MA, USA: Edward Elgar, S. 184–187.
- Hilferding, Rudolf* (1910): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Wien: Volksbuchhandlung.
- Hobson, John Atkinson* (1902): Imperialism. A Study, London: Nisbet.
- Jelinek, Yeshayahu A.* (1990): Die Krise der Shilumim/Wiedergutmachungs-Verhandlungen im Sommer 1952, Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 38 (1), S. 113–139.
- Jena, Kai von* (1986): Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 34 (4), S. 457–480.
- Könke, Günter* (1988): Wiedergutmachung und Modernisierung. Der Beitrag des Luxemburger Abkommens von 1952 zur wirtschaftlichen Entwicklung Israels, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 75 (4), S. 503–547.
- Patinkin, Don* (1960): The Israel Economy. The First Decade, Jerusalem: The Falk Project for Economic Research in Israel.
- Salz, Arthur* (1931): Das Wesen des Imperialismus. Umriss einer Theorie, Leipzig/Berlin: B. G. Teubner.
- Schefold, Bertram* (2013): Edgar Salins Konzeption des modernen Kapitalismus. Von Marx, Sombart und Weber zu einer europäischen Perspektive für die Globalisierung, in: Wilhelm/Gust (Hrsg.), Neue Städte für einen neuen Staat, Bielefeld: transcript, S. 209–227.
- Schönhärl, Korinna* (2009): Wissen und Visionen. Theorie und Politik der Ökonomen im Stefan George-Kreis, Berlin: Akademie Verlag.
- Schumpeter, Josef Alois* (1918–19): Zur Soziologie der Imperialismen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 46, S. 1–39 und 275–310.
- Schwarz, Hans-Peter* (1986): Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Sharet, Yaakov* (Hrsg.) (2011): The Reparations Controversy. The Jewish State and German Money in the Shadow of the Holocaust 1951–1952, München: De Gruyter.

- Sharett, Yaakov* (2013): Die Kontroversen um Reparationen in Israel, in: *Wilhelm/Gust* (2013), S. 279–288.
- Sternberg, Fritz* (1926): *Der Imperialismus*, Berlin: Malik.
- Trezib, Joachim* (2013): Edgar Salin und das Israel Economic and Sociological Research Project (IESRP): Facetten einer Annäherung, in: *Wilhelm/Gust* (2013), S. 80–94.
- Wilhelm, Karin/Gust, Kerstin* (Hrsg.) (2013): *Neue Städte für einen neuen Staat. Die städtebauliche Erfindung des modernen Israel und der Wiederaufbau in der BRD. Eine Annäherung*, Bielefeld: transcript.
- Zuckermann, Moshe* (2013): Von Deutschen, Juden und Projektionen. Zum deutsch-israelischen Verhältnis in der Nachkriegszeit, in: *Wilhelm/Gust* (2013), S. 289–304.

Vera Constance Smith (1912–1976). Eine Ökonomin im Spannungsfeld dreier Welten

Von *Lachezar Grudev*, Zwickau*

I. Einleitung

Vera Constance Smith, war eine englische Ökonomin, die als Autorin der von Friedrich A. Hayek betreuten Dissertation *The Rationale of Central Banking* (1936), als Erforscherin der italienischen und französischen Wirtschaftsordnungen und als Ehefrau des ordoliberalen Ökonomen Friedrich August Lutz (1901–1975) in die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften eingegangen ist.¹ Lutz galt als Walter Euckens erfolgreichster Schüler. Er hatte eine steile Karriere an der Princeton University als Professor für Geldtheorie und Bankwesen und sich einen Namen als führender Geldtheoretiker in der Nachkriegszeit gemacht (*Hagemann* 1997; *Hagemann* 2008; *Grudev* 2024). Die Korrespondenz zwischen Lutz und Eucken verrät allerdings, dass Vera Smith nicht nur an der Seite ihres Mannes stand, sondern ihn auch bei seiner akademischen Laufbahn massiv unterstützte.² Als Muttersprachlerin und dank ihrer ausgezeichneten ökonomischen Ausbildung an der London School of Economics besaß sie hervorragende Voraussetzungen für eine akademische Karriere. Allerdings musste sie sich mit Assistentenstellen an der männerdominierten Princeton University begnügen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie die treibende Kraft hinter der Entscheidung des Ehepaares, im Jahr 1953 nach Europa zurückzukehren.

Mein Aufsatz rekonstruiert drei Welten – die englische, amerikanische und europäische, die sich unterschiedlich auf Smiths Entwicklung als unabhängige Ökonomin auswirkten. Der Aufsatz zieht die Schlussfolgerung, dass Smith die Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens und Frankreichs als

* Mein besonderer Dank für die sprachliche und inhaltliche Unterstützung gilt Uwe Dathe, Stefan Kolev und Ralph Wrobel.

¹ Der Aufsatz verwendet den Mädchennamen Smith vor der Hochzeit im Jahr 1937 und danach Lutz. Für die Werke ihres Mannes wird Lutz, F. A. als Referenz verwendet.

² Die Korrespondenz zwischen Lutz und Eucken befindet sich in der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Nachlass Walter Eucken, Korrespondenz, Kasten 14.

einzigartige Emanzipationschance ergriff, die sie in England und den USA vermisste. Dadurch kristallisierte sich eine klar definierte geographische Trennung der Forschungsgebiete zwischen Friedrich und Vera Lutz heraus, als ob sich keiner getraut hätte, den Bereich des anderen zu betreten. Friedrich Lutz wurde Professor für theoretische Sozialökonomik und Geschichte der Sozialökonomik an der Universität Zürich. Dort hat er sich auf die ökonomischen Probleme des deutschsprachigen Raums konzentriert, ohne die amerikanischen Probleme aus den Augen zu verlieren. Vera Lutz' Forschung hat sich hingegen auf den romanischen Teil Europas konzentriert. Ihre Werke zum Wiederaufbau Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg werden immer noch von italienischen Ökonomen zitiert. Des Weiteren hat sich Vera Lutz mit der indikativen Planung Frankreichs in den 1960er Jahren kritisch auseinandergesetzt. Daraufhin haben italienische, spanische und französische dogmenhistorische Beiträge die Aktualität ihrer Werke gewürdigt (z.B. *Graziani* 1983; *Gusman* 1984; *Wittmann* 1992; *Sánchez-Cascado* 2007). Im deutschsprachigen und angelsächsischen Raum gelten ihre Werke als beinahe vergessen, etwas, was ich mit diesem Aufsatz zu ändern beabsichtige.

II. Die englische Welt und die London School of Economics³

Vera Constance Smith wurde am 28. April 1912 in Faversham, einer kleinen Stadt in der Grafschaft Kent, England, geboren. Laut ihrer Akte an der London School of Economics and Political Science (LSE) war ihre Mutter Constance H. Smith. Des Weiteren wissen wir, dass sie einen Bruder Allan Wilson und eine Schwester Brenda hatte (*Yeager* 1990, S. 1–5). Über den Vater ist zurzeit nichts bekannt. Laut ihrer LSE-Akte besuchte Vera die Norwood School (1918–1921), die Folkestone County School (1921–1928) und die Dartford County School for Girls (1928–1930) in Kent. Als Schülerin wurde Vera als hochbegabt charakterisiert. Ein Empfehlungsschreiben von der Schuldirektorin der Dartford County School, Edith M. Fryer, enthält allerdings einen Schlüsselsatz, mit dem auch Friedrich August von Hayek erstaunlicherweise seine Doktorandin in den späteren Erinnerungen beschreiben würde:

„Miss Smith has intellectual ability distinctly above the average and her work in all five subjects has been characterised by clarity of thought and expression and by a critical faculty unusual in a girl of his age.“ (Fryer an die LSE, 28. Mai 1930)

Smith hat ihr Studium der Volkswirtschaftslehre an der LSE im Oktober 1930 aufgenommen. Als Vertiefungsfächer hatte sie „Banking, Currency, and the Finance of International Trade“ ausgewählt. Veras Studienzeit (1930–1935) fiel mit den Jahren zusammen, die ihr zukünftiger Doktorvater als „the

³ Die Information über Vera Smiths Studienzeit habe ich aus ihrer Personalakte von der LSE entnommen „Lutz Vera Constance Smith H/32/1001“.

most exciting period in the development of economic theory“ bezeichnete (Hayek [1963] 1995, S. 49). Selbst Lionel Robbins, der die ökonomische Abteilung der LSE institutionalisierte und zu einem der weltweit führenden Forschungsinstitute verwandelte, erinnerte sich, dass sich die LSE in den 1930er Jahren stark verändert hatte. Die School hatte genug Ressourcen, um nicht nur die Ausstattung zu vergrößern und neue Einrichtungen zu gründen, sondern auch viele führende Experten ihres Fachs zu attrahieren (Robbins 1971, S. 123–125).

Das war auch die Zeit, in der Hayek seine berühmten vier Vorlesungen *Prices and Production* vom 27. bis 30. Januar 1931 hielt. Ob Vera diese besucht hat, können wir nur vermuten. Allerdings erinnerte sich einer der Studenten, Jack Gilbert: „The hall was crowded ... with students and staff. Everybody considered it a great event.“ (zitiert von Howson 2011, 196) Diese Vorlesungen führten dazu, dass Hayek später den *Tooke Chair of Economic Science and Statistics* an der LSE bekam (Caldwell/Klausinger 2022, S. 284). Was Vera Smith mit Sicherheit miterlebt hat, war die Debatte zwischen Hayek und seinem Widersacher John Maynard Keynes. Veras Kollege und später guter Freund, der Nobelpreisträger John R. Hicks, hat diese Debatte später als „quite a drama“ bezeichnet, die fast alle Ökonomen Anfang der 1930er Jahre beschäftigte (Hicks 1967, S. 203). Hicks erinnerte sich weiterhin, welchen starken Einfluss Hayek und Robbins auf die jungen Studenten wie ihn und Vera Smith ausübten (Hicks 1984, S. 55). Tatsächlich bestand Vera Smiths Curriculum überwiegend aus Hayeks (z.B. *Principles of Currency; Capital, Interest and Fluctuations, and Value Theory*) und Robbins' Vorlesungen (z.B. *General Principles of Economic Analysis*). Darüber hinaus absolvierte sie Veranstaltungen von Theodore E. Gregory (*Advanced Banking*) und Arnold Plant (*Problems of Applied Economics*). Ein anderer Nobelpreisträger, Ronald Coase, erinnerte sich, dass er von Vera Smiths Mitschriften zu Robbins' Vorlesungen seine ersten Kenntnisse über politische Ökonomie erworben hatte (Coase 1982, S. 34). Weitere bekannte Kommilitonen waren Maurice Allen, Nicholas Kaldor, Abba Lerner und Ursula Webb, die später John Hicks heiraten würde.

Smith schloss ihr Studium der *Bachelor of Science* im Jahr 1932 ab. Unmittelbar danach schrieb sie sich für den *Master of Science* ein. Als Masterstudentin besuchte sie die berühmten „Grand Seminars“, die Robbins und Hayek seit 1931 zusammen organisierten und für die sie turnusgemäß die Themen zu aktuellen Problemen der Wirtschaftstheorie auswählten (Howson 2011, S. 250–251). Vera Smiths Masterarbeit und die Arbeit von Ursula Webb wurden erstmals von Robbins betreut. Zu dieser Zeit ist eine Freundschaft zwischen Webb und Smith entstanden, die über die Jahre hinaus währte (Brillant 2018, S. 342). Laut ihrer LSE-Personalakte wurde Vera Smith im Jahre 1934 an Hayek als Doktorandin mit dem Fach „Capital and Interest“ „transferiert“,

ohne das Masterstudium zu beenden. Der Titel der Doktorarbeit lautete zu diesem Zeitpunkt „Free Banking and the Capital Market – a historical study of the theoretical controversy“ (vgl. Personalakte an der LSE).

Hayek respektierte Vera Smith als eine sehr gute Ökonomin: „She was a very good-looking woman, and extremely intelligent. But she wasn't really female: she had too much of male intelligence.“ (Hayek 1983, S. 363; siehe auch Cubitt 2006, S. 76). Trotz dieser Aussage, die im Kontext der Zeit zu interpretieren ist, liegt der Fokus auf „extremely intelligent“ oder wie es die Schuldirektorin formulierte „intellectual ability distinctly above the average and [...] a critical faculty unusual in a girl of his age“. Genau diese Eigenschaften und vor allem das kritische Denken schätzte Hayek bei Vera Smith. Das war auch der Grund, warum er ihr ein unvollendetes Manuskript über die Geschichte der Geldtheorie gab, das Smith als Grundlage für eine kritisch ausgelegte Doktorarbeit nutzen sollte. Dieses Manuskript bereitete ihr Doktorvater für den Band *Geld und Kredit* Ende 1920er Jahre vor, der als Teil der von Max Weber begründeten Enzyklopädie *Grundriß der Sozialökonomik* vorgesehen war. Mit dieser Enzyklopädie beabsichtigte Weber, das verstreute Wissen der deutschsprachigen Ökonomen zu sammeln. Ein Teil dieses Manuskripts lieferte die Grundlage für Hayeks erste Vorlesung über Geschichte der Geldtheorie in *Prices and Production* (Kolev 2018).

In seinen späteren Erinnerungen erzählte Hayek, dass er seiner Schülerin empfahl, einen Forschungsaufenthalt an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zu absolvieren, um dort ihr Wissen über die Geschichte der deutschen Zentralbank und die Diskussionen über ihre Entstehung zu vertiefen. Laut Hayek lernte sie Friedrich Lutz dort kennen und brachte ihn dazu, nach London zu kommen (Hayek 1983, S. 362). Für Vera Smith war aber Deutschland kein unbekanntes Land. Schon als Studentin absolvierte sie einen Sprachaufenthalt in Deutschland im September 1931 (Constance Smith an die LSE, 18. September 1931). Wenn man einen Blick auf die empfohlene Literatur für die Vorlesungen und Seminare an der LSE wirft, wird einem sofort klar, dass ein solcher Sprachaufenthalt mehr als notwendig war, da der überwiegende Teil dieser Literatur aus deutschsprachigen Büchern und Aufsätzen bestand. Des Weiteren galt auch die Dissertation ihres zukünftigen Mannes *Der Kampf um den Kapitalbegriff* (1927) als Pflichtlektüre für Hayeks Seminar *Capital and Interest* im Studienjahr 1933/34 (LSE Calendar 1933/1934, S. 106).

Hayeks Empfehlung für Freiburg kam nicht aus heiterem Himmel. Hayek erinnerte sich später:

„At that time, which was already after the Nazis, Freiburg was the only German university which still had a fairly independent and active intellectual life. ... So I sent her to Freiburg to become familiar with the German literature, and there she met Lutz and induced him to come to London, in turn.“ (Hayek 1983, S. 362).

Darüber hinaus kannte Hayek das Forschungsprogramm der Freiburger Schule, dessen Fragestellungen auch für Hayeks spätere ordnungstheoretische Werke grundlegend waren (Kolev 2017; Kolev 2024). Er hat Eucken persönlich zum ersten Mal bei der 1928 Züricher Tagung des Vereins für Socialpolitik getroffen, als die jungen Ricardianer die Probleme der Konjunkturtheorie besprachen. Seitdem entwickelte sich eine Freundschaft, aus der vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg eine enge Zusammenarbeit zwischen der Freiburger Schule und Hayek entstand (Janssen [1998] 2012, S. 38; Klinckowstroem 2023; Kolev 2024)⁴. Keiner von ihnen ahnte damals aber, dass Vera Smith durch ihren Forschungsaufenthalt in Freiburg eine bedeutende Rolle bei der Entstehung und Vertiefung dieser Zusammenarbeit spielen würde.

Aus einem Brief vom 2. Oktober 1934 an Eucken geht hervor, dass Friedrich Lutz am 01. Oktober 1934 nach London kam, um dort seinen einjährigen Forschungsaufenthalt, finanziert durch die Rockefeller Foundation, zu beginnen. Auch lässt uns dieser Brief vermuten, dass Vera Smith in der ersten Hälfte von 1934 in Freiburg war. Damals lehrte Lutz als Privatdozent Geldtheorie und Statistik, nachdem er zwei Jahre davor seine Habilitation *Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie* (1932) bei Eucken verteidigt hatte (Grudev 2024).⁵ Selbst die Reihenfolge der von Lutz ausgewählten Universitäten in England lassen uns vermuten, dass Smith dabei eine Rolle gespielt haben könnte. Lutz entschied sich dafür, die ersten neun Monate an der LSE und die letzten drei Monate an der Cambridge University zu verbringen. Bezüglich eines solchen langen Aufenthaltes an der LSE blieben alle Warnungen erfolglos, die August Wilhelm Fehling unermüdlich in seiner Korrespondenz mit Lutz aussprach (Fehling an Lutz, 22. September 1934). Fehling, der für die Auswahl deutscher Stipendiaten für die Rockefeller Foundation verantwortlich war, empfand Lutz' Wunsch mehr als ungewöhnlich, denn ein Jahr davor beschwerte sich Joseph Schumpeters Schüler Erich Schneider bei der Foundation, dass die akademische Atmosphäre an der LSE für deutsche Stipendiaten sehr unangenehm geworden sei. Unter Emigranten habe ein unangenehmes Klima der Selbstbehauptung geherrscht, das Schneider so sehr abgeschreckt haben soll, dass er seinen LSE-Forschungsaufenthalt frühzeitig abbrach (Syga-Dubois 2019, S. 544). Dieses Klima der Selbstbehauptung ahnte Friedrich nicht nur, sondern beschrieb es auch in seiner Korrespondenz mit Eucken ausführlich. Allerdings fand er bei Gregorys Seminar *Advanced Banking Theory* Anfang 1935 eine Zuflucht (Grudev 2024, S. 48). Dort hielt

⁴ Mehr über die Zusammenarbeit zwischen Eucken und Hayek und die Entstehung der Mont Pèlerin Gesellschaft siehe Kolev/Goldschmidt/Hesse (2020) sowie Kolev/Köhler (2021).

⁵ Mehr über die Bedeutung der Habilitation für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften und vor allem für die gleichgewichtigen Konjunkturtheorien siehe Rühl (1994), Dal Pont Legrand/Hagemann (2008) sowie Grudev (2019).

er einen Vortrag über das deutsche Bankensystem, dem Vera Smith beiwohnte, da sie laut ihrer LSE-Akte dasselbe Seminar im WS 1934/35 besuchte. Sicherlich entwickelte sich in dieser Zeit die enge Freundschaft, die den Weg zu Hochzeit ebnete.

Im Mai 1935 reichte Smith ihre Dissertation *Free Banking, or, A Reconsideration of the Historical and Analytical Basis of Central Banking* ein und verteidigte zwei Monate später, im Juli 1935, bei Hayek. Die Schrift wurde als Buch *The Rationale of Central Banking and the Free Banking Alternative* ([1936] 1990) ein Jahr danach veröffentlicht. Dieses Buch wird von Ökonomen, die der Österreichischen Schule nahestehen, sehr geschätzt (Schwartz 1984; White 1984; Yeager 1990; Zelmanovitz 2019). Smiths Dissertation setzt sich mit der Frage auseinander, welcher institutionelle Rahmen für eine bessere Geldpolitik sorgen würde, die nicht nur die Inflation im Griff hält, sondern auch die Konjunkturschwankungen stabilisieren kann. Sie untersuchte die beiden Alternativen Central Banking oder Free Banking. Beim Central Banking geht es um eine Zentralbank, die die Monopolstellung besitzt, Geldscheine zu emittieren. Das erzeugt ein zentralisiertes monopolistisches Bankensystem. Beim Free Banking handelt es sich um eine Gruppe von autorisierten Geschäftsbanken, denen der Staat das Recht der Geldemission einräumt. Dadurch soll Wettbewerb zwischen den Banken entstehen. Sie müssen genug Kapital haben und das Ziel der Profitabilität verfolgen, um ihr öffentliches Vertrauen bezüglich der Geldemission nicht zu verlieren.

Nach dieser kurzen Definition schilderte Smith in den nächsten sechs Kapiteln die Entstehung der Zentralbanken in England, Frankreich, den USA, Belgien und Deutschland. Smith gelangte zu der Schlussfolgerung, dass die Zentralbanken kein Resultat einer natürlichen Entwicklung seien, sondern das Ergebnis der Privilegien, die die jeweilige Regierung einer bestimmten Bank verlieh, Geld zu emittieren. Aus dem Monopol der Notenemission folgten weitere Monopole wie das der Kontrolle der Goldreserven, der Depositen und der Bargeldreserven der Geschäftsbanken. Die Gründe für die Verleihung dieser Privilegien waren keine ökonomischen, die mit dem freien Eintritt von Banken und somit einer übermäßigen Geldemission verbunden waren, sondern rein politisch. Die englische Regierung wollte durch die Schaffung einer Zentralbank die Finanzierung ihrer Kriegsausgaben sichern. Die französische Zentralbank wurde durch Napoleons „Mania für Zentralisierung“ gegründet (Smith [1936] 1990, S. 29). Napoleon beschwerte sich, dass er Schwierigkeiten hatte, die Staatspapiere für seine Kriegsausgaben zu diskontieren. Somit zwang er die führende Diskontbank *Caisse des Comptes Courants* sich aufzulösen und deren Kapital in eine neue Banque de France zu überführen, die von da an dann als Zentralbank agierte.

Smith revitalisierte die Diskussionen führender Banktheoretiker im 19. Jahrhundert, um zu demonstrieren, dass die Existenz einer Zentralbank zunächst nicht als etwas Selbstverständliches ausgelegt wurde. Allerdings hat sich diese Vorstellung im Laufe der Zeit so hartnäckig in den ökonomischen Schriften eingenistet, dass Ende des 19. Jahrhunderts diese Institution nicht mehr wegzudenken war. Sie klassifizierte die Banktheoretiker in vier Gruppen, ob sie die Doktrin der Currency School oder Banking School unterstützten oder ob sie das Central Banking oder Free Banking befürworteten. Die Vertreter der Currency School akzeptierten die Quantitätstheorie des Geldes, auf deren Basis sie die ständige Neigung der Zentralbanken zur inflationären Politik erklärten. Die Vertreter dieser Schule forderten ein gemischtes System aus Papiergeld und Gold. Hier sollte eine Golddeckung gewährleistet werden, damit die Inflation vermieden werden könnte. Innerhalb der Currency School Gruppe dominierten die Befürworter der Errichtung einer Zentralbank. Die Banking School Gruppe dagegen schenkte der Quantitätstheorie keinen Glauben und war nicht von der Gefahr einer Inflation überzeugt. Ihre Vertreter basierten ihre Argumente auf der Real Bill Doktrin, laut deren die Kreditvergabe der Geschäftsbanken dem Bedarf der Realwirtschaft entspricht. Demzufolge kann es keinen Geldüberhang geben und eine Inflation kann sich nicht einfach von selbst entwickeln. Die meisten, aber nicht alle Unterstützer der Banking School befürworteten zudem die institutionelle Organisation von Free Banking.

In ihrem letzten Kapitel entkräftete Vera Smith viele Argumente für die Errichtung einer Zentralbank, indem sie den Schluss zog, dass ein Bankwesen mit einer monopolistischen Zentralbank nicht zur Verhinderung von starken Konjunkturausschlägen führen würde. Vor allem die Idee der Preisniveaustabilisierung lehnte sie ab, etwas, was Hayek in seinen früheren *Geldtheoretischen Untersuchungen* (1927–1929) zu beweisen versuchte. Smith schrieb, dass:

„Out of the realization of the central bank’s power to determine the volume of credit there arose the notion that it should consciously direct monetary policy along „scientific lines“. The question then arises: What is to be the criterion of this „scientific management“? The criterion which has so far usually been adopted, namely, that of the stability of the general price level, has been suspect in theory and just as unfortunate in practice.“ (Smith [1936] 1990, S. 189 f.)

Smiths Ideen gegen die Zentralbanken wurden später von Hayek aufgegriffen, der auch für die Abschaffung der Zentralbanken und somit die Entnationalisierung des Geldes plädierte. Smith und Hayek waren sich einig, dass genauso wie der Wettbewerb in allen Bereichen funktioniert, dass man diesen auch bei Geschäftsbanken als Organisation des Bankwesens durchsetzen könne. Im Gegensatz zu Hayek plädierte seine Doktorandin für die Erhaltung des Goldstandards, bei dem die Banken die von ihnen emittierten Geldscheine zu einem bestimmten Kurs in Gold einlösen sollten. In Analogie zur geregelt-

ten Insolvenz eines Unternehmens sollte eine Bank im Fall des Bankrotts zunächst die Schulden bei ihren Gläubigern mit Gold bedienen. Die Banken dürften sich auf keine staatlichen Hilfen verlassen, wobei die schuldigen Bankiers zur Verantwortung gezogen werden müssten. Eine solche Politik stellt einen völligen Gegensatz zum Bankwesen mit monopolistischer Zentralbank dar, bei der die Banken sich immer auf staatliche Hilfe verlassen. Allerdings erkannte Smith, dass das einzige überzeugende Argument für die Errichtung der Zentralbanken die Schaffung von öffentlichem Vertrauen als *Lender of Last Resort* war. Zugleich erhob Smith aber die Befürchtung, dass genau eine solche Zentralbankpolitik doch die Anreize für eine riskante Bankpolitik seitens der Bankiers schaffen würde.

Die Dissertation fand einen starken Widerhall in der ökonomischen Welt. Allerdings hatte sie völlig recht, dass die Existenz einer Zentralbank sich so stark in den Köpfen der Ökonomen durchgesetzt hatte, dass ihre Schlussfolgerungen als revolutionär und unpraktisch empfunden wurden. Selbst ihr zukünftiger Mann, der Smiths geschichtliche Darstellung in seinem Buch *Grundproblem der Geldverfassung* (1936) würdigte, forderte den Chicago Plan von 100% Reserve. Demzufolge sollte die Zentralbank als die einzige Institution die Kreditvergabe kontrollieren. Die Geschäftsbanken sollten sich nur auf die Qualität der Kreditvergabe und somit die Kreditwürdigkeit konzentrieren. Die Rezensionen, die in führenden Zeitschriften *American Economic Review*, *Journal of Political Economy*, *Economica*, *Weltwirtschaftliches Archiv* und *Schmollers Jahrbuch* erschienen, stimmten darin überein, dass das Buch eine hervorragende geschichtliche und analytische Darstellung der Entwicklung der Zentralbanken lieferte. Allerdings stritten die Geister darüber, ob Vera Smiths kritische Position bezüglich des Zentralbankwesens überhaupt eine praktische Relevanz für das moderne Bankensystem hätte. Eine Ausnahme machte die *American Economic Review*, bei der der Rezensent Smiths Kritik an den Zentralbanken so stark befürwortete, dass er auf der Basis ihrer Argumente auch eigene Kritik an der Federal Reserve ausübte. Er erinnerte nochmals an die geistige Atmosphäre unter Wissenschaftlern und Intellektuellen, die solche Hoffnungen bei der Gründung der Federal Reserve hegten, als ob damit alle ökonomischen Probleme in den USA ausgeräumt worden wären. Bei der Gründung des Federal Reserve Systems wurde viel zu sehr darauf vertraut, dass eine einzige Institution das Bankensystem und das Preisniveau erfolgreich stabilisieren könnte. Laut der Rezension hätten sich die amerikanischen Studenten in den späteren 1930er Jahren in einem Zustand der Ernüchterung befunden, als die Konsequenzen des Börsencrashes noch zu spüren waren, weil sie endlich begriffen hatten, dass die Federal Reserve sich nicht im Klaren war, auf welche Ziele sie sich einigen sollten (*Tippetts* 1937, S. 547f.). Es ist interessant, sich die Rezension im *Economic Journal* näher anzuschauen. Diese Zeitschrift wurde von Keynes herausgege-

ben, der zu diesen Ökonomen gehörte, die in der Errichtung von Zentralbanken eine wichtige Stabilisierungsfunktion sahen. Die Rezension lobte die geschichtliche Darstellung. Allerdings fand er wenig Gefallen an Smiths Kritik an den Zentralbanken. Er bemängelte Smiths Darstellung des schottischen Bankensystems, die nur aus drei Seiten bestand, wobei sich die ganze Free Banking Literatur nur auf dieses System bezog. Der Rezensent unterstrich, dass die Free Banking Doktrin langsam an Bedeutung verloren habe, da die Tendenzen in Richtung zentrale staatliche Kontrolle der Einlagen als komplementär zur Kontrolle der Geldemission kaum zu verkennen waren (*Jack* 1936, S. 503 f.).

Trotz einer solchen starken Resonanz in der akademischen Welt war für sie als Frau eine akademische Karriere alles andere als selbstverständlich. Laut ihrer LSE-Akte bewarb sie sich um diverse Assistenzstellen. Schließlich nahm sie wieder die wissenschaftliche Assistentenstelle bei Hugh Dalton in der *Wheat Commission* an, die sie auch während der Promotion 1933–1934 ausgeübt hatte. Dalton leitete die *Wheat Commission*, die im Rahmen des *Imperial Economic Committee* im Jahr 1925 gegründet wurde. Später entwickelte sie sich zu einer Schlüsselfigur innerhalb der Labour Partei, die es sogar zum Chancellor of the Exchequer (1945–1947) in Clement Attlees Regierung schaffte. Außer ihrer Assistentenstelle konzentrierte sich Vera Smith auch auf Übersetzungsarbeiten. Sie übersetzte Wilhelm Röpkes *Krise und Konjunktur* (1932)⁶ und Oskar Morgensterns *Grenzen der Wirtschaftspolitik* (1935)⁷. In ihrer späteren amerikanischen Periode hat sie auch noch Fritz Machlups *Börsenkredit, Industriekredit und Kapitalbildung* (1931)⁸ übersetzt. Außerdem wollte sie auch Walter Euckens *Grundlagen der Nationalökonomie* (1940) übersetzen, aber aufgrund der antideutschen Bewegungen im Laufe des Zweiten Weltkrieges wurde dieses Projekt von Terence W. Hutchison (1912–2007) erst im Jahr 1949 durchgeführt.

III. Eine so fremde amerikanische Welt

Vera Smiths Karriere in der *Wheat Commission* und vor allem die relativ ruhige englische Periode wurden durch die Hochzeit mit Friedrich am 30. März 1937 beendet. Die Eheschließung war zweifelsohne ein Ereignis, das sich in verschiedenen Hinsichten auf Vera Smiths persönliches und berufliches Leben auswirkte. Schon einen Tag nach der Hochzeit, am 31. März um 11:45 Uhr, bestieg das frisch verheiratete Ehepaar das Schiff von London

⁶ *Crises and Cycles* (1936).

⁷ *The Limits of Economics* (1937).

⁸ *The Stock Market, Credit and Capital Formation* (1940).

nach New York (Lutz an Eucken, 15. März 1937). Finanziert durch ein weiteres Rockefeller Stipendium, wobei eine zweite Vergabe eine Ausnahme war, hatte Friedrich Lutz vor, die Chancen für eine akademische Karriere in Amerika auszuloten. Ein Brief von Lutz an Eucken gab allerdings dramatische Szenen zwischen Vera Smith und Friedrich Lutz wieder, die sich zwei Wochen vor der Hochzeit ereignet haben. Smith litt an Magenschmerzen, die Lutz als Resultat ihres Nervenzustands aufgrund der bevorstehenden Hochzeit interpretierte. Selbst Smiths Mutter tat alles Mögliche, um die Eheschließung zu vereiteln. Sie versuchte unermüdlich, ihrer Tochter vor der Heirat mit einem Ausländer abzuraten. Lutz fühlte sich wie ein „Frauenräuber aus barbarischen Landen“ (Lutz an Eucken, 15. März 1937). Und das war auch nicht ohne Grund. Das *1914 British Nationality and Status of Aliens Act* hatte geregelt, dass eine Britin nach der Heirat mit einem Ausländer ihre Staatsbürgerschaft automatisch verliert (Baldwin 2001, S. 522). Das bedeutete, dass Vera Smith nach der Hochzeit nicht nur ihre Staatsbürgerschaft verlieren, sondern auch als staatenlos erklärt werden konnte, wenn sie die Staatsbürgerschaft ihres Mannes nicht akzeptieren würde. Dieses Problem beschrieb Friedrich ausführlich in seinen Briefen: „für meine Braut ist es natürlich noch schwieriger als gewöhnlich wegen des Wechsels der Nationalität und des Verlassens des Landes“ (Lutz an Eucken 22. März 1937). Friedrichs Aussagen „Wechsel der Nationalität“ und „Umtausch der Pässe“ lassen uns vermuten, dass Vera Smith die deutsche Staatsbürgerschaft annahm. Ansonsten wäre eine Ausreise in die USA unmöglich gewesen.

In dieser dramatischen Situation spielte Hayek eine Schlüsselrolle, auf die er später jedoch mit etwas Bedauern zurückblicken würde. Seine Freiburger Sekretärin Charlotte Cubitt berichtete ausführlich darüber, wie sich Hayek in den späteren 1970er Jahren zum größten Teil für das Schicksal seiner Schülerin mitverantwortlich gefühlt habe (Cubitt 2006, S. 76). Trotzdem war Hayek sich im Klaren, dass Friedrich Lutz unbedingt in die USA emigrieren sollte, denn seine Chancen für eine akademische Karriere in Deutschland waren mehr als aussichtslos. Hayek schrieb an seine Kollegen in den USA, ob sie Euckens Schüler bei der Suche nach akademischen Stellen in den USA unterstützen würden. Lutz schätzte Hayeks Bemühungen: „er schreibt genauso wie Robbins an Massen von Leuten in USA unsertwegen“ (Lutz, F. A. an Eucken, 18. März 1937). Ein Brief an seinen österreichischen Kollegen Gottfried Haberler liefert eine prägnante Darstellung für Hayeks Rolle:

„In about fourteen days Dr. Lutz, a particularly nice German from Freiburg, will depart for America as a Rockefeller Fellow, after he will marry my disciple V. C. Smith („The Rationale of Central Banking“). Both are really nice and clever people, unfortunately he has now utterly no possibility for an academic career in Germany, because he is anti-Nazi as is the whole Eucken circle. He was proposed for the chair in Hamburg, but did not get it, and confidentially he was told that he

would have no chance ever to get a chair under the regime, because the political report on him had been unfavorable.“ (Hayek an Haberler 11. März 1937)⁹

Ein nicht zu vernachlässigendes Moment dieses Briefes ist, dass Hayek seine Doktorandin mit ihrer Dissertationsschrift erwähnt, was deutlich darauf hinweist, dass ihr Buch unter Ökonomen nicht unbekannt war. Allerdings konzentrierte sich der Brief auf Lutz' unglückliches Schicksal, wobei Smiths akademische Karriere und vor allem ihre Schwierigkeiten mit der Emigration eher in den Hintergrund zurücktraten. Hayek hatte recht, dass die politischen Berichte über Lutz an den NS-Dozentenbund nicht positiv waren. Ein anonym-er Bericht von 1937 fasste zusammen: „Er lebt am politischen Leben vorbei. L. steht nah dem Lampe-Eucken Kreis“¹⁰ und „er ist ein Dozent, den wir uns Nationalsozialisten nicht wünschen“¹¹. Als Resultat war jegliche Assoziation mit der Freiburger Schule mehr als verhängnisvoll für Lutz' akademische Karriere in Deutschland.

Der Aufenthalt in den USA hat sich allerdings zu einem schwierigen Kapitel für das Ökonomenpaar verwandelt. Nach ihrer Ankunft in New York fuhr- en sie mit dem Zug nach Chicago, wo sie sich von April bis Juli 1937 auf- hielten. Lutz berichtete, dass Chicago eine Stadt frei von jeglicher „Fantasie und Charme“ war. Die englische Seele seiner Ehefrau fühle sich wegen der Sprache beleidigt: „Die Sprache im Mittelwesten ist fürchterlich. Sie macht mir Schwierigkeiten“ (Lutz, F. A. an Eucken 10. Mai 1937). Jeder Dritte habe wie ein Gangster ausgesehen, wobei in der Nähe ihrer Wohnung sogar ein Mord begangen worden sei. Trotz dieser unerfreulichen Ereignisse hatten sie die Möglichkeit, die Großen der University of Chicago, Frank Knight, Henry Simons und Jacob Viner, kennenzulernen. Friedrich Lutz' Briefe verraten aber, dass die Chicagoer Professoren in seiner Ehefrau die bessere Ökonomin sahen. Nicht nur als Muttersprachlerin konnte Vera Lutz an den Debatten ak- tiver als ihr Mann teilnehmen, aber auch ihre Argumente zu den Diskussionen über Francis Edgeworth, Alfred Marshall, J. M. Keynes und Ralph Hawtrey waren so überzeugend, dass Knight und Simons Vera Lutz sogar mehr schätz- ten und sich mehr für sie interessierten. Friedrich musste zugeben, dass er sich in so einer Situation unwohl und sogar als *Prince Consort* fühlte (Lutz, F. A. an Eucken, 10. Mai 1937).

Nach einem kurzen Aufenthalt in Minneapolis zogen sie im Oktober 1937 nach Harvard, wo sie Joseph Schumpeter und Gottfried Haberler trafen. In

⁹ Hoover Institution Archives, Stanford University. Friedrich A. Hayek Nachlass, Ordner „Gottfried Haberler“ (box 94, folder 6).

¹⁰ Berlin Document Center, Dokumente DS/WI 35, Lutz Friedrich A., Archivsigna- tur R9361-VI/1872, S. 2198.

¹¹ Berlin Document Center, Dokumente DS/WI 35, Lutz Friedrich A., Archivsigna- tur R9361-VI/1872, S. 2194.

den Augen des jungen Ehepaares war Schumpeter „ein schwächlicher Poseur und gar nicht besonders witzig. Vera, die nach meinen Erzählungen viel erwartet hatte, war ebenso wie ich enttäuscht“ (Lutz, F. A. an Eucken, 15. Oktober 1937). Bei Haberlers Seminar stellte Lutz seine Habilitation vor. Allerdings blieb Harvard für Friedrich eine schwierige Phase. Die Lücke zwischen der in Deutschland unterrichteten Volkswirtschaftslehre und der im angelsächsischen Raum gelehrt Nationalökonomie machte sich während dieses Aufenthaltes auf eine für Lutz schmerzhaft Art und Weise bemerkbar. Lutz erkannte, dass partielle und allgemeine Gleichgewichtstheorien sowie Indifferenzkurven sehr modisch geworden waren, Konzepte, die er an der LSE kennen lernte und mit denen er damals nichts anfangen konnte. In dieser schwierigen Phase spielte Vera Lutz eine enorme Rolle. „Ich habe den Vorteil Vera zu fragen, die sich mit diesen Sachen gut auskennt.“ (Lutz, F. A. an Eucken, undatierter Brief aus Cambridge, Mass.).

Vera Lutz unterstützte ihren Ehemann nicht nur durch aufklärende Gespräche. Sie war auch die treibende Kraft hinter Friedrichs ersten englischen Veröffentlichungen. Ein wichtiges Beispiel dafür stellt der Aufsatz *Outcome of the Saving – Investment Discussion* dar, mit dem er seinen großen Auftritt in der amerikanischen Academia machte. Er gab zu: „ich habe meinen Aufsatz über „Development and Outcome of the Saving/Investment Discussion“ mit Gottes und Veras nicht nur sprachlicher Hilfe beendet.“ (Lutz, F. A. an Eucken, 24. Dezember 1937, Kursivschrift von mir). Eine kürzere englische Fassung seines im *Weltwirtschaftlichen Archiv* veröffentlichten Artikels „Neue Goldwährung“ (1937a) in der *Review of Economic Studies*¹² verbuchte Friedrich als weitere englische Publikation, wobei jeder ahnen könnte, wer diese englische Übersetzung machte. Darüber hinaus würde Vera Lutz die Aufsätze ihres Mannes sogar in seinen späteren amerikanischen Jahren sprachlich korrigieren, etwas, was Lutz gegenüber Eucken mit etwas Wehmut erwähnte (Lutz, F. A. an Eucken, 12. März 1946). Beide Aufsätze haben Lutz allerdings die Tür für das akademische Leben in den USA breit geöffnet (Veit-Bachmann 2003, S. 22; Grudev 2024, S. 58). Im September 1938 trat Friedrich die Stelle eines Dozenten an der Princeton University an. Schnell hat er eine steile Karriere gemacht, indem er 1946 ordentlicher Professor für Geldtheorie und Bankwesen wurde (siehe dazu noch Veit-Bachmann 2003; Hagemann 2008; Grudev 2024).

Obwohl Vera Lutz die besseren fachlichen Kenntnisse als ihr Ehemann hatte, musste sie sich mit Assistentenstellen in der männerdominierten Princeton University begnügen. Von 1938 bis 1942 hatte sie eine Teilzeitstelle als wissenschaftliche Assistentin an der International Financial Section der Princeton University inne. Während dieser Zeit unternahm Vera auch mehrere

¹² Lutz, F. A. (1937b).

Reisen nach England, wo sie bei der Arbeit an dem Buch *World Wheat Planning and Economic Planning in General* (1940) mitwirkte, das von Paul de Hevesey (1883–1988) ediert wurde. Hevesey war ein ehemaliger ungarischer Diplomat, der sich nach seiner Pensionierung im Jahre 1939 auf die wirtschaftswissenschaftliche Forschung konzentrierte. Vera forschte im Kontext dieses Projekts über die Grundprobleme der Zentralplanung. Die Argumente gegen die Planung sollte sie später auch gegen die französische indikative Planung in den 1960er Jahren verwenden.

Mit dem Ausbruch des Krieges blieb Vera Lutz in den USA. In der Periode 1943–1945 gehörte sie dem Forschungsteam *Economic, Financial and Transit Department* des Völkerbundes an, der seine Arbeit nach dem Ausbruch des Krieges an der Princeton fortsetzte. Vera Lutz wurde somit ein Mitglied einer Gruppe von hochrangigen Ökonomen wie Gottfried Haberler, Ragnar Nurkse, Marcus Fleming, Martin Hill und Louis Rasminsky. Die Gruppe wurde von Alexander Loveday geleitet, der auch Haberlers *Prosperity and Depression* (1937) im Völkerbund herausgegeben hatte. Das Resultat dieser wissenschaftlichen Arbeit war *The Transition from War to Peace Economy* (League of Nations 1943), bei der Nurkse eine federführende Rolle spielte. Nurkses Werke würden sich zu einer großen intellektuellen Herausforderung für Vera Lutz verwandeln. Nach dem Krieg setzte sie sich mit seinem Konzept der „gleichgewichtigen Entwicklung“ im Kontext ihrer Forschung zu der italienischen Wirtschaftspolitik kritisch auseinander, das er in seinem Buch *Some Aspects of Capital Accumulation in Underdeveloped Countries* (1952) formulierte (Lutz 1962, S. 132 f.; Gusman 1984, S. 94 f.).

IV. Die europäische Welt und die Emanzipation

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Friedrich Lutz ein angesehener Geldtheoretiker und Berater der Federal Reserve. Ein Jahr vor dem Kriegsende erhielten sie ihre amerikanischen Staatsbürgerschaften. Im Jahre 1947 wurde Friedrich Lutz zum ordentlichen Professor für Geldtheorie und Bankwesen berufen (Veit-Bachmann 2003). Trotz dieser steilen Karriere in Princeton war Vera Lutz die Triebkraft hinter der Entscheidung, Amerika zu verlassen und nach Europa zurückzukehren:

„A factor in his return, also, was his English wife, who never seemed entirely happy this side of the water. She is an economist in her own right, and seemed restless in a man’s university despite a good job.“ (Brown to Lanier, 09.12.1953)¹³

¹³ Princeton University Archives, Alumni and Faculty Offprint Collection, Ordner „Lutz, Friedrich“ (box 29, folder 12).

Das Urteil des Dekans über die männerdominierte Universität beschreibt trefflich die Atmosphäre der Princeton University, die sich seit Vera Lutz' Ankunft in den USA 15 Jahre zuvor nicht verändert hat. Der endgültigen Rückkehr nach Europa waren aber mehrere europäische Reisen vorausgegangen. Die erste Reise unternahm Friedrich Lutz nach Freiburg im Jahr 1948, als er als Gastdozent an die Freiburger Universität eingeladen wurde. Im September nutzte Friedrich die Gelegenheit bei einem Treffen des Vorstandes der Mont Pèlerin Gesellschaft in Basel, sich mit dem Philosophen Carlo Antoni über den Fortschritt Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg auszutauschen. Antoni war das einzige italienische Mitglied der Society, der persönlich an den Gründungs- und danach Vorstandstreffen teilnahm, nachdem Luigi Einaudi, der später der erste Präsident der italienischen Republik wurde, aufgrund seiner Tätigkeit als Gouverneur der italienischen Zentralbank Banca d'Italia die Teilnahmen absagen musste (Veit-Bachmann 2003; Hartwell 1995).

Im Jahr 1949 absolvierte das Ökonomenpaar mehrere Forschungsaufenthalte bei der Forschungsabteilung der Banca d'Italia, dessen wissenschaftliche Leitung damals in den Händen von Paolo Baffi lag, der später Gouverneur der Banca d'Italia von 1975 bis 1979 wurde. Baffi, mit dem Vera Lutz eine enge Freundschaft verband, erinnerte sich, wie wichtig es für die italienischen Ökonomen und Politiker war, gute Ökonomen aus dem Ausland und vor allem aus den USA für den Wiederaufbau der italienischen Volkswirtschaft zu gewinnen. Im gleichen Jahr haben Vera und Friedrich Lutz auch das L'Institut de Science Économiques Appliquées in Paris besucht. Das Pariser Institut wurde damals von ihrem Freund François Perroux gegründet und geleitet (Baffi 1984, S. 37 f.).

Diese Europareise legte den Grundstein für Vera Lutz' spätere Forschung über die italienische und französische Wirtschaftsordnung. Daraus entwickelte sich die Idee zu einem Buchprojekt über den Wiederaufbau der italienischen, französischen und belgischen Wirtschaftsordnungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings konnte sie nur einzelne Kapitel darüber in dem von Howard Ellis herausgegebenen Buch *The Economics of Freedom: The Progress and Future of Aid to Europe* (1950) verfassen (Ellis 1950, S. xi; Baffi 1984, S. 38). Zweifelsohne hat die europäische Phase Vera Lutz den lang ersehnten Mut gegeben, als vollberechtigte Ko-Autorin an der Seite ihres Ehemannes aufzutreten. Der erste gemeinsame Aufsatz *Monetary and Foreign Exchange Policy in Italy* (1950) hat die neue Reihe *Essays in International Finance* an der Princeton University initiiert. In dieser Reihe haben später viele namhafte Ökonomen Aufsätze zur internationalen Wirtschaftstheorie veröffentlicht. Der nächste gemeinsame Aufsatz *Wage Rates, Credit Expansion and Employment* (1950) diskutierte den Konflikt zwischen der neuerdings modern gewordenen Keynesianischen Nachfragesteuerung und der neoklassischen Lohnbestimmung.

Mit dem Buch *The Theory of Investment of the Firm* (1951) hatten sie allerdings den großen Auftritt als Forscherpaar in der ökonomischen Szene. Der Dogmenhistoriker Mark Blaug unterstrich die Bedeutung des Buches mit dem Aphorismus, dass das, was Hicks mit *Value and Capital* für die Wirtschaftswissenschaften der 1930er Jahre und Hayek mit *Pure Theory of Capital* für die 1940er Jahre leisteten, das Ehepaar mit *The Theory of Investment of the Firm* für die 1950er Jahre erreicht habe (Blaug [1962] 1990). Vor allem unterstützte Vera Lutz Hayek bei der Entstehung von *Pure Theory of Capital*, indem sie das Manuskript sprachlich und inhaltlich korrigierte. Sie sorgte für Zusammenfassungen und die bessere Formulierung von Gedanken, denen manchmal schwer zu folgen waren. Ein Brief von Vera Lutz an ihren ehemaligen Doktorvater bezeugt, dass sie sich nicht von Hayeks Autorität beirren ließ:

„... in case the reader has not yet recovered from the strain of the earlier chapters (three-dimensional diagrams etc.) I shall also re-examine the whole thing to see if something could not be done about summarizing some of that very stiff early part.“ (Lutz an Hayek, 11. November 1938 zitiert von Caldwell/Klausinger 2022, S. 359).

Kein Wunder, dass Hayek in seinen späteren Erinnerungen über die etwas „männlichere“ Intelligenz sprach. Auf jeden Fall übten Hayeks Ideen einen enormen Einfluss auf *The Theory of Investment of the Firm* von Vera und Friedrich Lutz aus (siehe auch Haberler 1984, S. 52). In ihrem Buch befassten sie sich mit der Gewinnmaximierung der Unternehmen mit Hilfe der Marginalanalyse. Sie berücksichtigten das Konzept der Zeit und Kapitalausstattung in den unternehmerischen Investitionsentscheidungen. Dieses Buch formulierte drei wichtige Botschaften. Erstens: Die Ablehnung der Keynes' Empfindlichkeit der Investitionen bezüglich des erwarteten Ertrages und vor allem des Zinssatzes. Zweitens: Die Hervorhebung der Bedeutung der Struktur der erwarteten Profitrate für den Investitionsprozess und somit für die Beschäftigung. Diese Struktur der Profitrate hatte Friedrich zuvor in zwei Aufsätzen für die *American Economic Review* und das *Quarterly Journal of Economics* diskutiert. Drittens: Die Bedeutung der Interaktion zwischen monetären und realen Faktoren, die von den Investitionsentscheidungen und dem Geldzins abhängen (Masera 1983, S. 37).

1. Makroökonomische Ideen – die theoretischen Grundlagen

Die Interaktion zwischen den realen und den monetären Faktoren und deren Einfluss auf Output und Beschäftigung, die dritte Botschaft der *Theory of Investment of the Firm*, untersuchte Vera Lutz in zwei makroökonomischen Aufsätzen *Real and Monetary Factors in the Determination of Employment Level* (1952) und *Multiplier and Velocity Analysis: A Marriage* (1955). Diese beiden Aufsätze bildeten die theoretische Grundlage für ihre späteren Werke

zu den italienischen und französischen Wirtschaftsordnungen. Mit dem Aufsatz *Real and Monetary Factors*, der schon in Rom verfasst und im Harvard Journal *Quarterly Journal of Economics* veröffentlicht wurde, schloss sich Vera Lutz einer Gruppe von führenden Ökonomen wie Haberler, Scitovsky, Metzler und Patinkin an. Diese versuchten die Dichotomie zwischen realen und monetären Faktoren zu überwinden, die auch grundlegend für den Konflikt zwischen klassischer und Keynesianischer Beschäftigungstheorie war (Graziani 1983; Gusman 1984).

Vera Lutz kritisierte erstmals Keynes' Auffassung, weil diese die Rolle der Lohn- und Preisanpassung unterschätzte. Auf der anderen Seite habe die klassische Ansicht die Rolle der Vermögensbestände und vor allem den Wert der Verbindlichkeiten vernachlässigt. Sie zog den Schluss, dass unabhängig davon, welche Lohnpolitik dominiert und selbst wenn die Preiserwartungen statisch bleiben, die monetären Faktoren nicht von den realen Faktoren abgekoppelt werden können. Die Veränderung der Geldfaktoren, wie Liquiditätspräferenzen, Geldmenge und Preisniveau, wirkt sich auf die realen Ersparnisse über die Veränderung der realen Werte der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeit aus. Vera Lutz' zweiter Schluss lautete, dass ein überraschender Preisrückgang einen kumulativen abwärts gerichteten Prozess bewirkt, der durch Erhöhung der realen Werte der Verbindlichkeiten und der Nachfrage nach Liquidität charakterisiert wird. Somit steigt die reale Geldnachfrage, die nur durch Erhöhung des Geldangebots befriedigt werden soll. Laut Vera Lutz sollen die Geldlöhne nicht gesenkt werden, weil dadurch eine zusätzliche Preissenkung und Senkung der Nachfrage bewirkt würde.

2. Der Dualismus in der italienischen Volkswirtschaft

1951 hat sich für Vera Lutz als das wichtigste Jahr in ihrer Karriere herausgestellt. Der erste gemeinsame Aufsatz mit ihrem Ehemann *Monetary and Foreign Exchange Policy in Italy* (1950) wurde von italienischen Ökonomen so positiv angenommen, dass er als Grundlage für den ersten internationalen Kreditkongress vom 18. bis 24. Oktober 1951 in Rom diente, dessen Organisation Vera Lutz und dem italienischen Ökonomen Pasquale Saraceno anvertraut wurde. Dieser Kongress spielte eine lebenswichtige Rolle für die italienische Wirtschaftsordnung nach dem Krieg, denn dadurch erhofften sich italienische Politiker frisches Kapital für den Wiederaufbau zu attrahieren. An diesem Kongress hatten mehr als 650 Delegierte teilgenommen, unter anderem eine enorme Zahl von Ökonomen und Juristen wie ihr Ehemann Friedrich Lutz, D. H. Robertson, ihr ehemaliger Lehrer an der LSE T. E. Gregory, Otto Veit, Constantino Bresciani-Turroni, Jacques Rueff, Giuseppe Ugo Papi usw. Die Ehrenpräsidentschaft wurde vom Präsidenten der Republik, Luigi Einaudi, übernommen.

Vera Lutz präsentierte den Aufsatz *Old and New Instruments of Credit Control* (1951), in dem sie die damals dominante Theorie der zwangsläufigen Entwicklung der Inflation kritisierte. Diese besagte, dass die Inflation in Westeuropa eine natürliche Folge der Mehrausgaben während des Weltkrieges war, ein Problem, dessen Lösung in den Augen der Experten nicht auf der Hand lag. Vera Lutz erkannte, dass diese Inflation eher eine Folge der nach dem Krieg andauernden expansiven Geldpolitik war. Sie kritisierte die Geldpolitik der USA und Großbritanniens, die sich nicht auf die Kontrolle der Geldmenge, sondern auf Steuerung des Zinssatzes konzentrierte. Durch ständige Zinssenkung hätten die Zentralbanken aber Instrumente in der Hand, die Staatsschulden zu verbilligen und die staatliche Finanzierung zu erleichtern. Der Nebeneffekt dieser Politik sei allerdings ein nicht zu stoppender Preisanstieg. Die Ökonomin schlug vor, dass die Zentralbanken die Kontrolle der Geldmenge wieder übernehmen sollten. Durch Reduktion der Geldmenge würde die Stabilisierung des Preisniveaus erreicht. Des Weiteren sollten einzelne Staaten ihre eigene Währung aufwerten, damit Preisstabilität erreicht wird.

Im gleichen Jahr fing Vera Lutz ihre große Studie über die italienische Wirtschaftsordnung *Italy: A Study in Economic Development* (1962) an. Sie verbrachte mehr als zehn Jahre an verschiedenen italienischen Instituten wie der Italian Bank Association, dem Institute for the Industrial Development of Mezzogiorno, Banca Nazionale del Lavoro und der Forschungsabteilung der Banca d'Italia. Zum größten Teil wurden diese Aufenthalte von Rockefeller Foundation finanziert (Lutz 1962, S. viii–ix; Baffi 1984). Sie erkannte, dass im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern Italien einen relativ schnelleren und anhaltenden Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht hatte. Allerdings war ein Bericht *Italy: Country Study* der Ökonomen Alexander Gerschenkron und Rosario Romeo, der im Rahmen des Marshall-Planes verfasst und der *Economic Cooperation Administration* (1949) veröffentlicht wurde, ein herber Schlag für Italien. Dieser Bericht kritisierte die zu stark auf einen ausgeglichenen Haushalt gerichtete Politik und die nicht ausreichende Investitionspolitik der italienischen Regierung. Der Bericht kritisierte auch die zu vorsichtige Geldpolitik der italienischen Zentralbank, die die finanziellen Hilfen des Marshall-Planes für die Stabilisierung der Zahlungsbilanz mittels Kaufs von Gold und Währungsreserven verwendete, anstatt die effektive Nachfrage zu erhöhen. Die Bemühungen führten dazu, dass Kürzungen der Marshall-Unterstützungen in Erwägung gezogen wurden (de Cecco 2011, S. 14 f.).

Vera und Friedrich Lutz waren die wichtigsten Stimmen gegen diese Kürzungen, die fast unvermeidbar wurden, als Großbritannien noch höhere Marshall-Hilfen zu Lasten der anderen Empfängerländer forderte, wobei das größte Opfer von Italien gebracht werden sollte. Das war auch der Grund,

warum Friedrich Lutz einen kritischen Leserbrief für die *New York Times* (1949) verfasste, der die Situation beschrieb und die in Erwägung gezogenen Kürzungen der Marshall-Hilfe für Italien als kontraproduktiv erachtete:

„This proposal would amount to penalizing a country which had done more than most of the other recipient countries to put her own house in order“. „If those responsible for Italy's economic policy had been less conscientious in their efforts to achieve this independence, if, for example, Italy had embarked on a heavy investment program in order to absorb at least part of the unemployed, they could have produced a balance of payments situation just as critical as that of Great Britain“ (Lutz, F. A. 1949).

Friedrich Lutz' Vergleich der erfolgreichen Wirtschaftspolitik Italiens mit der gescheiterten Überinvestitionspolitik Englands war die Kernthese von den Studien seiner Ehefrau. Für Vera Lutz war das italienische Problem nicht die mangelnde effektive Nachfrage, vielmehr waren es die strukturellen Eigenschaften der italienischen Wirtschaftsordnung. Somit hat sie sich gegen den „Einfluss einiger moderner Strömungen des angelsächsischen Wirtschaftsdenkens“ gewendet. Unter solchen war „die Keynesche Lehre mit ihrer Betonung der öffentlichen, durch monetäre Expansion ermöglichten Investitionsausgaben als Heilmittel für gewisse Arten von Arbeitslosigkeit“ (Lutz 1962/1963, S. 1005 f.). Vera Lutz unterstrich erstmals die Bedeutung der im Jahre 1947 angefangenen Stabilisierungspolitik, die von der italienischen Regierung der nationalen Einheit initiiert wurde. Der damalige Premierminister Alcide De Gasperi hatte eine Regierung mit Vertretern von den Zentrums- und Linksparteien gebildet, die eine erstaunliche Einigung bezüglich der Richtung der Wirtschaftspolitik erreicht hatten. Der italienische Finanzminister Mauro Scoccimarro, Mitglied der Kommunistischen Partei, hatte eng mit dem damaligen Haushaltsminister und zugleich Gouverneur der italienischen Zentralbank, dem neoliberalen Ökonomen Luigi Einaudi, gearbeitet (Lutz 1953; *Masera* 1983, S. 31).

Vera Lutz' Untersuchungen gelangten zu dem Ergebnis, dass Italien und Deutschland durch unterschiedliche Wege zu den erfolgreichsten Wirtschaftsordnungen im Nachkriegseuropa geworden waren. Italien war eines der ersten Länder, das die Preiskontrolle abschaffte und eine offene Inflation zuließ. Das war notwendig, damit sich Preise und Einkommen an die sehr hohe Geldmenge anpassen konnten. Die zurückgestaute Inflation, die auch in Deutschland während und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg zu beobachten war, drohte so zu explodieren, dass sie sich zu einer unkontrollierbaren Inflation verwandeln konnte. Deutschland griff allerdings zur Senkung der Geldmenge durch die Währungsreform, die Ludwig Erhard am 20. Juni 1948 initiierte. Diese Reform sollte die Preise und Löhne auf einem Niveau stabilisieren, das mit den realen Faktoren kompatibel sein sollte. Eine solche Währungsreform scheiterte allerdings in Italien aufgrund einer filmreifen Geschichte. Arbeiter

in einer privaten Druckerei hatten es geschafft, die Originalfilme, die im lithographischen Gelddruckverfahren benutzt wurden, zu kopieren und selbst Geldscheine zu drucken. Das machte die schon 300 Milliarden gedruckten Lira wertlos (Mäser 1983, S. 30–33). Trotz der gescheiterten Währungsreform hatte Italien bessere wirtschaftliche Ergebnisse als Großbritannien erzielt, dessen verschlechterte Positionen der Zahlungsbilanz auf die langsamste Erholung unter den westeuropäischen Volkswirtschaften hinwies. Das war darauf zurückzuführen, dass Vera Lutz' Heimat die Politik der Ausgaben- und Konsumkontrolle nach dem Krieg fortsetzte, um die Produktion in der Volkswirtschaft an das immer noch bestehende hohe Geldmengenniveau anzupassen. Somit wurde ein millionenschweres Investitionsprogramm basierend auf dem Prinzip des erzwungenen Sparens durchgeführt. Jedoch scheiterten diese Maßnahmen, die nicht nur das erwünschte Wachstum nicht erzeugten, sondern auch die Erholung der britischen Volkswirtschaft deutlich verlangsamt (Lutz 1962, S. 310f.).

Allerdings hat Vera Lutz' Buch erkannt, dass trotz einer funktionierenden Geld- und Fiskalpolitik institutionelle Faktoren die Integration zwischen dem süd- und norditalienischen Arbeitsmarkt verhinderten und somit für die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der beiden italienischen Teile verantwortlich waren. Sie stellte das wirtschaftlich entwickelte Norditalien damals dem wirtschaftlich rückständigen Süditalien gegenüber. Der Norden sei das Industriehaus Italiens, wobei der Süden sowie die Inseln Sizilien und Sardinien, auch Mezzogiorno genannt, durch eine stark unterentwickelte Agrarwirtschaft charakterisiert waren (Lutz 1962, S. 2–4).

Vera Lutz erkannte zwei zentrale Probleme für diesen unüberwindbaren Dualismus. Erstens minimierten die finanziellen Sozialhilfen jegliche Anreize bei den Süditalienern, den Süden zu verlassen, was die reibungslose Mobilität von Süden nach Norden erschwerte. Eine wichtige Lösung wäre es gewesen, das Problem der Arbeitslosigkeit zu verringern, indem Emigration vom Süden in den Norden erleichtert worden wäre. Die Regierung könnte in diesem Zusammenhang Bildungs- und Trainingsprogramme sowie Umzugskosten finanzieren. Damit würde der Norden diese Arbeitskräfte absorbieren. Das zweite Problem waren die starken Gewerkschaften, die durch ihre Lohndurchsetzungspolitik den Lohndualismus weitertrieben. Durch die fixen Tarifverträge erreichten die Gewerkschaften höhere Reallöhne, indem sie die Nominallohne stärker als das Preisniveau steigen ließen. Das führte dazu, dass die für den Norden typischen großen Unternehmen Arbeitskräfte entließen oder zumindest keine neuen Stellen schafften. Das war auch der Grund, warum sie auf arbeitssparende Maschinen setzten. Kleine Unternehmen, wie landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe, hatten hingegen arbeitsintensive Produktionsmethoden, die die zusätzlichen Arbeitskräfte für einen niedrigeren Lohn absorbieren konnten, denn sie unterlagen nicht dem Einfluss der Gewerk-

schaften. Allerdings sollte diese scheinbare Lösung zwei Probleme erzeugen. Mit dem Anstieg der Anzahl von Beschäftigten gerieten die jeweiligen Betriebe in den Machtbereich der Gewerkschaften. Das war auch ein Grund, warum die Besitzer von kleinen Unternehmen Angst hatten, mehr Arbeitskräfte anzustellen. Die kleinen Unternehmer waren sich im Klaren, dass neben den vereinbarten höheren Löhnen und hohen Versicherungsbeiträgen die bindenden Arbeitsverträge, die keine leichte Entlassung erlaubten, auch zu der stärkeren Erhöhung der Lohnstückkosten beitragen würden. Das zweite Problem war mit der hohen Besteuerung verbunden. Kleine Unternehmen genossen Steuervorteile und Befreiungen von verschiedenen Steuern. Der Verlust dieser Vorteile senkte weiterhin jeglichen Anreiz, die Zahl der Arbeitskräfte zu erhöhen. Alternativ wurden diese Unternehmen, wenn sie die Zahl der Arbeitskräfte erhöhten, zu „gerissenen Steuerhinterziehern“ (Lutz 1962/1963, S. 1000). Als Resultat beobachtete Vera Lutz im Norden die wohlhabenden Lohnempfänger, die bei den großen kapitalintensiven Unternehmen angestellt waren, und im Süden die armen Lohnempfänger, die bei rückständigen landwirtschaftlichen Farmen beschäftigt waren. Durch ihre Kritik am Lohn dualismus hatte Vera Lutz die öffentliche Debatte in Italien nicht nur sehr stark beeinflusst, sondern blieb die wichtigste Triebkraft hinter allen Diskussionen über die Probleme des nicht integrierten Arbeitsmarktes (Graziani 1983; de Cecco 2011, S. 17).

Mit einem zweiten Thema ging Vera Lutz in die italienische Nachkriegsgeschichte ein. In den 1960er Jahren bereitete ihr die starke Nationalisierungswelle in Italien große Sorgen. Dabei fing der Staat an, entweder ganze Unternehmen zu verstaatlichen oder die Mehrheit der Anteile zu erwerben. Als wichtigster Akteur erwies sich das *Istituto per la Ricostruzione Industriale* (IRI), eine staatliche Agentur, die von Benito Mussolini während der Großen Depression im Jahr 1933 für die Rettung der wichtigen italienischen Unternehmen ins Leben gerufen wurde. Diese Agentur besaß Unternehmen aus der Kohle-, Eisen-, und Werftindustrie und mehr als zwanzig Prozent des Bankensektors. Somit lag ein beachtlicher Teil der italienischen Unternehmen in der öffentlichen Hand. Dieser große Anteil an öffentlichen Unternehmen, der nirgendwo in Westeuropa zu beobachten war, erweckte den Wunsch nach Investitionsplanung, um die Lenkung der Investitionstätigkeit mit dem Ziel zu steuern, die süditalienischen Wirtschaftsprobleme zu überwinden. Innerhalb des Haushaltsministeriums wurde sogar eine Planungskommission errichtet, die sektorspezifische Investitionsziele ausgearbeitet hatte. Diese hatten aber in Anlehnung an die „indikative Planung“ in Frankreich nur den Charakter einer Prognose, aber nicht verbindlicher Weisungen (Lutz 1962, S. 268–270).

3. Gegen die planerischen Tendenzen in Frankreich

Im Gegensatz zu Italien, das nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst den Weg der Wettbewerbsordnung genommen hatte, hatte sich Frankreich für eine Wirtschaftsordnung auf Grundlage der sogenannten „indikativen Planung“ unmittelbar nach Kriegsende entschieden. Man glaubte lange Zeit, dass dadurch eine neue Form von „nicht-interventionistischer“ und „nicht-zwingender“ Planung entdeckt würde, die durch staatlich initiierte Prognosen nur Richtlinien und Empfehlungen für die Investitionstätigkeit der Unternehmen aussprechen konnte. Dieses für Frankreich typische Wirtschaftsmodell stellte allerdings eine große Gefahr für die westeuropäischen Wirtschaftsordnungen dar, insbesondere als in den 1960er Jahren andere Volkswirtschaften wie z. B. Italien das französische Modell zu imitieren begannen. Als Konsequenz führte Vera Lutz' Kritik am italienischen Planungsvorhaben zu den Wurzeln dieser modernen Tendenz, nämlich nach Frankreich. Ihre ersten kritischen Gedanken über das französische Wirtschaftsmodell verfasste sie in einem Aufsatz, der als Kapitel in dem Sammelband *Economic Miracles* (1964) veröffentlicht wurde. Der Band thematisierte die wirtschaftspolitischen Faktoren, die für die erstaunliche Entwicklung der deutschen, französischen und italienischen Nachkriegsordnungen verantwortlich waren.

Das Buch *Central Planning for the Market Economy: An Analysis of the French Theory and Experience* (1969) stellt Vera Lutz' wichtigste Studie zum französischen Wirtschaftsmodell dar. Das Verfassen dieses Buches stellte sich als eines der schwierigsten Kapitel in ihrem Leben heraus. Aus unzähligen Gründen hatte sie lange gezögert, dieses Buch zu schreiben. Auf der einen Seite war es für sie schwierig, die kritischen Argumente überzeugend zu verfassen, obwohl sie sich schon seit den 1930er Jahren mit den Problemen der Wirtschaftsplanung auseinandergesetzt hatte. Auf der anderen Seite war es ihr bewusst, dass ein solches Buch sofort auf Ablehnung stoßen würde, denn die französische indikative Planung genoss eine große Popularität bei Intellektuellen, Politikern und Ökonomen. Darüber hinaus drängten ihre Werke zu dem italienischen Lohndualismus und die kritischen makroökonomischen Aufsätze die Ökonomin in eine intellektuelle Isolation hinein (Talamona 1982, S. 186 f.; Graziani 1983, S. 26). Noch hinzu kam ein verhängnisvoller Schicksalsschlag. Im Jahr 1967 musste sich Vera Lutz einer Operation aufgrund einer bösartigen Krebserkrankung unterziehen, bei der der leitende Chirurg einen fatalen Fehler machte (Küpper an Meyer, 20. September 1967; Cubitt 2006, S. 78).¹⁴ Ihr dadurch verschlimmerter Gesundheitszustand erschwerte ihr die

¹⁴ Ursula Küppers Brief an Fritz W. Meyer befindet sich in der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Nachlass Walter Eucken, Ordner „Nachlass Lenel“.

Arbeit an einem überzeugenden Traktat gegen das französische Wirtschaftsmodell noch mehr.

Trotz dieser Schicksalsschläge hat sie mehrere Studienreisen zwischen 1963 und 1969 nach Paris unternommen, die eine starke Willenskraft bezeugten. Der Anfang des Buchprojekts konnte zeitlich nicht unpassender sein, weil dieser mit der Vorstellung und Durchführung des vierten Plans (1962–1965) zusammenfiel, der aber einen besonderen Zuspruch wegen der ausdrücklichen Unterstützung durch General de Gaulle genoss. Führende Intellektuelle bei der Ausarbeitung der indikativen Planung waren Jean Monnet (1888–1979) und Pierre Massé (1898–1987). Veras Studien hatten sich ausdrücklich auf Massés Konzept „Logik des Plans“ mit dem Ziel fokussiert, zu beweisen, dass es keine solche „Logik“ gab (*Sánchez-Cascado* 2007, S. 426). Ihre Analysen sind auf den ersten Blick vorsichtig und sachlich, als ob sie dadurch jegliche Kritik wegen Parteilichkeit zu vermeiden versuchte. Sie rekapitulierte zunächst Massés Konzept der indikativen Planung, die durch staatlich initiierte Prognosen über Gesamtgrößen wie z. B. Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts eine Unterstützung bei der Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen zu leisten beabsichtigte. Somit sollte den Unternehmern die Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung genommen und eine „einheitliche Ansicht über die Zukunft“ hervorgebracht werden. Der Zweck dieser Harmonisierung der Erwartungen war, die Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten zu gewährleisten. Massés „Logik des Plans“ stellte somit ein zentralisiertes Prognostizieren nicht nur als vereinbar mit der Wettbewerbsordnung, sondern als eine lebenswichtige Säule für ihre Funktionsfähigkeit dar. Die „Logik des Plans“ betonte ausdrücklich, dass diese Art des Prognostizierens *keinen* Interventionismus hervorrufen würde.

Vera Lutz' Studien bewiesen jedoch mithilfe von logischen Schlussfolgerungen und empirischer Datenanalyse, dass sich die angebliche Vereinbarkeit zwischen einer Wettbewerbsordnung und zentralisiertem Prognostizieren als nicht stichhaltig erwiesen. Die Ökonomin akzentuierte die chaotischen Zustände, wie diese Pläne überhaupt zustande kamen, und vor allem die dominierende Unklarheit, welche Ziele zu verfolgen waren. Die ständige Überarbeitung des Konzepts der „indikativen Planung“ zeigte deutlich, dass sich selbst die Erfinder dieses Konzepts nicht im Klaren waren, wie die angebliche Koordinationsfunktion durch eine zentralisierte Planung auszuführen sei (*Lutz* 1969, S. 13–15).

Laut Vera Lutz haben Prognosen etwas Individuelles und Subjektives, weil jedes Unternehmen auf der Basis seiner Erfahrung und von ihm subjektiv bewerteten Daten unabhängig von den anderen Marktteilnehmern Pläne aufstellt und durchführt. Die Wettbewerbsordnung macht eine für alle Marktteilnehmer allgemeingültige Planung und Prognose unmöglich, weil im Laufe des Wett-

bewerbs jedes Unternehmen die Produktionsmenge und Preise an die sich verändernden Daten anpasst, was die Revision des ursprünglich definierten Plans notwendig macht. Das, was die Planer im negativen Sinne erreichen würden, sei doch letztendlich, auf Interventionen zuzugreifen, damit diese erwünschte Koordination erreicht würde. Entgegen Massés Beteuerungen, dass dies niemals passieren würde, erkannte Vera Lutz allerdings, dass der Staat andere sogenannte „weichere“ Techniken verwendete. Diese bezogen sich auf vertragliche und quasivertragliche Vereinbarungen zwischen dem Staat und privaten Unternehmern. Der Staat stellte bessere vertragliche Konditionen bei staatlichen Projekten, bestimmte Unterstützungen und, wie es Vera Lutz formulierte, „besondere Freiheiten“ für solche Unternehmen in Aussicht, die stärker die staatlichen Prognosen in ihre Planungen einbanden. Vera Lutz zog daraus den Schluss, dass diese „weicheren“ Techniken eine schlimmere Art des Interventionismus darstellten im Vergleich zu den traditionellen Interventionen einer Planwirtschaft, weil sie nicht an von vornherein definierte Regeln gebunden waren. Die Planungsbehörden entschieden nach eigenem Ermessen auf der Basis eines „flexibleren Empirismus“ über das Ausmaß, den Zweck und die Art der Interventionen und vor allem, welche Wirtschaftszweige und Industrien von diesen „Unterstützungen“ profitieren durften.

Central Planning for the Market Economy (1969) stellt Vera Lutz' letztes Werk in ihrem Forschungsprogramm dar. Die geringe Beachtung ihrer Studien in Frankreich und der sich immer noch verschlimmernde Gesundheitszustand hatten ihre intellektuelle Isolation weiterhin vertieft, sodass sie keine Werke mehr verfasste. Die mangelnde Resonanz in Frankreich führte man auf die fehlende Bereitschaft zurück, das Buch ins Französische zu übersetzen, obwohl spanische und deutsche Übersetzungen in kurzen Zeitabständen folgten. Es sind aber zwei positive Stimmen zu diesem Buch zu rekapitulieren. Ihr ehemaliger Kollege vom Völkerbund, Gottfried Haberler, hob die immerwährende Aktualität von Vera Lutz' französischen Studien hervor, indem er darauf hinwies, dass die Regierung von François Mitterrand in den 1980er Jahren die Planungs- und Verstaatlichungspolitik weiter vorantrieb und dieser sich plötzlich der katastrophalen Folgen seiner eigenen Politik bewusst wurde. Haberler unterstrich, dass Vera Lutz durch ihre Kritik an der indikativen Planung ein Dogma zu zerrütten versuchte, das in dem Denken führender Intellektueller fest verankert war, dass der Staat wirtschaftliche Entwicklung planen und nach Belieben steuern kann. In diesem Zusammenhang erinnerte Haberler daran, wie schwierig es war, John Kenneth Galbraiths Vorhersage vom Ende der 1940er Jahre zu entkräften, dass Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik zum Scheitern verurteilt sei. Galbraiths Skepsis spiegelte allerdings die vorherrschende Meinung in der damaligen Ökonomie wider, wobei sich wenige Ökonomen trauten, darunter ihr Ehemann, Galbraith zu kritisieren und Erhard zu unterstützen. In einer ähnlichen Situation befand sich Vera Lutz, als sie

ihre Kritik an der französischen Planung veröffentlichte (Haberler 1984, S. 51 f.).

Hayek hat das Buch seiner Doktorandin als überzeugendes Traktat gegen die französische Planung zitiert. Sicherlich hat sich ihr Doktorvater durch Vera Lutz' Darstellungen über die chaotischen Zustände bei der Ausformulierung der Planungen bestätigt gefühlt. Sein Bestseller *The Road to Serfdom* (1944) erhob genau das Argument über die Unmöglichkeit der zentralgeleiteten Wirtschaftsplanung, weil die Planer sich niemals darüber einig werden, was genau zu planen sei. In der Würdigung von Vera Lutz' Buch unterstrich Hayek, dass die französischen Ökonomen es endlich während eines Kongresses im Jahre 1964 eingesehen hatten, dass die indikative Planung zum Scheitern verurteilt war. Trotzdem wurde diese „Mode“ des Planens durch Wassily Leontiefs Input-Output-Analyse wiederentdeckt, eine Befürchtung, die Haberler mit dem Blick auf Mitterrands Politik bestätigte. Für Hayek galt Vera Lutz' Buch als eine Art Mahnung, die immer zu berücksichtigen ist, bevor man wieder auf solche planerischen Ideen zugreift:

„Es kann absolut keine Nachsicht für die Unkenntnis des Resultats dieser Auseinandersetzungen [über „Indikative Planung“, LG] geben, die in einem ganz ausgezeichneten Werk von Dr. Vera Lutz klar formuliert wurden“ (Hayek [1976] 2004, S. 180).

Vera Lutz' Ideen haben auch in einem anderen Buch ihres Doktorvaters Beachtung gefunden. In *Entnationalisierung des Geldes* unterstrich er die Bedeutung ihrer Dissertation und vor allem die Kapitel über die Debatte um „die Bankenfreiheit“ in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert (Hayek [1976] 2011, S. 150 und 209). Um diese Debatten zu studieren, schickte er sie letztendlich in den 1930er Jahren nach Freiburg, die schicksalhafte Entscheidung, die ihr Leben radikal veränderte. Vera Lutz hat die Veröffentlichung von Hayeks *Entnationalisierung des Geldes* nicht miterlebt, da das Buch im Oktober 1976 veröffentlicht wurde, fast drei Monate nach ihrem Tod. Vera C. Lutz erlag ihrer Krebserkrankung im August 1976. Einige Monate davor, im Oktober 1975, war ihr Ehemann Friedrich A. Lutz verstorben.

V. Schluss

Vera Smith hat zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort geforscht und gelebt. Wenige Wissenschaftler können wie Vera auf solche spannenden Zeiten zurückblicken, als die wichtigsten Theorien ausgearbeitet wurden, die die Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft geprägt haben. Sie war nicht nur eine Zeitzeugin, sondern ein fester Bestandteil dieses Geschehens. Allerdings hat sie es in der männerdominierten akademischen Welt nicht geschafft, eine selbstständige akademische Karriere wie ihr Ehemann zu machen. Obwohl sie sprachlich und sogar fachlich bessere Voraussetzungen dafür in die

USA mitbrachte, war ihrem Mann eine steile Karriere an der renommierten Princeton University vergönnt. Im Nachkriegseuropa war es ihr möglich, sich davon zu emanzipieren und ihren eigenen Weg zu gehen. Feste Dogmen und vermeintlich feststehende Wahrheiten zu erschüttern, schaffte sie schon als junge LSE-Studentin mit ihrer Dissertation. Durch mehrere Aufsätze setzte sie sich kritisch mit den dominierenden makroökonomischen Theorien auseinander. Ihre spätere Forschung zu den aktuellen makroökonomischen Problemen der italienischen Wirtschaftsordnung machte sie zu der wichtigsten Stimme für eine Arbeitsmarktreform, die den Dualismus des italienischen Arbeitsmarktes überwinden sollte. Die starken planerischen Tendenzen in Italien hatten dennoch die Oberhand gewonnen, was sie in eine tiefe intellektuelle Isolation trieb. Einer heimtückischen Krebserkrankung zum Trotz hat sie ihre letzten Kräfte einer umfassenden kritischen Studie an der französischen indikativen Planung gewidmet. Trotz dieser Schicksalsschläge hat Vera Smith bewiesen, dass sie eine Kämpferin für die wissenschaftliche Wahrheit und individuelle Freiheit ist.

Literatur

Werke von Vera C. Smith/Lutz

- Smith, Vera C.* (1935): *Free Banking, or, A Reconsideration of the Historical and Analytical Basis of Central Banking*, PhD thesis, London.
- Smith, Vera C.* ([1936] 1990): *The Rationale of Central Banking and the Free Banking Alternative*. Indianapolis: Liberty Press.
- Lutz, Vera C.* (1950): *Italy: Economic Recovery and Development*, in: Howard S. Ellis (Hrsg.), *The Economics of Freedom*, New York: Harper & Brothers, S. 299–365.
- Lutz, Vera C.* (1951): *Old and New Instruments of Credit Control*, in: *Paper and Proceedings of the First International Credit Conference*, Roma: Associazione Bancaria Italiana, S. 165–182.
- Lutz, Vera C.* (1952): *Real and Monetary Factors in the Determination of Employment Level*, in: *Quarterly Journal of Economics* 66 (2), S. 251–272.
- Lutz, Vera C.* (1953): *Die Wirtschaftsbilanz der Regierungen De Gasperi [I]*, *Neue Zürcher Zeitung* 23. Mai. 1953, S. 8; *Die Wirtschaftsbilanz der Regierungen De Gasperi [II]*, *Neue Zürcher Zeitung* 28. Mai. 1953, S. 3; *Die Wirtschaftsbilanz der Regierungen De Gasperi [III]*, *Neue Zürcher Zeitung* 4. Juni. 1953, S. 3; *Die Wirtschaftsbilanz der Regierungen De Gasperi [IV]*, *Neue Zürcher Zeitung* 6. Juni. 1953, S. 8.
- Lutz, Vera C.* (1955): *Multiplier and Velocity Analysis: A Marriage*, in: *Economica*, New Series, 22 (85), S. 29–44.
- Lutz, Vera C.* (1958): *The Growth Process in a Dual Economic System*, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 11 (46), S. 279–324.

- Lutz, Vera C.* (1962): *Italy: A Study in Economic Development*, Oxford: Oxford University Press.
- Lutz, Vera C.* (1962/1963): Das freie Unternehmertum in Italien, in: *Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur* 42 (10), S. 997–1014.
- Lutz, Vera C.* (1964): The French „Miracle“, in: Josselyn Hennessy (Hrsg.), *Economic Miracles: Studies in the Resurgence of the French, German and Italian Economics since the Second World War*, London: Andre Deutsch for the Institute of Economic Affairs, S. 75–167.
- Lutz, Vera C.* (1969): *Central Planning for the Market Economy: An Analysis of the French Theory and Experience*. London: Longmans.
- Lutz, Friedrich A./Lutz, Vera C.* (1950a): *Monetary and Foreign Exchange Policy in Italy. Studies in International Finance*. Princeton: Princeton University Press.
- Lutz, Friedrich A./Lutz, Vera C.* (1950b): Wage Rates, Credit Expansion and Employment, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 3 (14), S. 171–180.
- Lutz, Friedrich A./Lutz, Vera C.* (1951): *The Theory of Investment of the Firm*, Princeton: Princeton University Press.

Übersetzungen

- Machlup, Fritz* (1940): *The Stock Market, Credit and Capital Formation*, translated from a revised version of the German edition by Vera C. Smith, London: William Hodge; Deutsche Ausgabe: Machlup, Fritz (1931): *Börsenkredit, Industriekredit und Kapitalbildung*, Wien: Julius Springer.
- Morgenstern, Oskar* (1937): *The Limits of Economics*, translated from German by Vera C. Smith, London: William Hodge; Deutsche Ausgabe: Morgenstern, Oskar (1937): *Die Grenzen der Wirtschaftspolitik*, Wien: Julius Springer.
- Röpke, Wilhelm* (1936): *Crises and Cycles*, translated from German by Vera C. Smith, London: William Hodge; Deutsche Ausgabe: Röpke, Wilhelm (1932): *Krise und Konjunktur*, Leipzig: Quelle & Meyer.

Sekundärliteratur

- Baffi, Paolo* (1984): Ideali, scelte e metodi di lavoro, in: *Fondazione Luigi Einaudi* (Hrsg.), *Moneta, Dualismo e Pianificazione nel Pensiero di Vera C. Lutz*, Bologna: Società editrice il Mulino, S. 47–53.
- Baldwin, M. Page* (2001): Subject to Empire: Married Women and the British Nationality and Status of Aliens Act, in: *Journal of British Studies* 40 (4): S. 522–556.
- Blaug, Mark* ([1962] 1990): *Economic Theory in Retrospect*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Brillant, Lucy* (2018): Ursula Hicks' and Vera Lutz's Contributions to Development of Finance, in: Kirsten Madden/Robert W. Dimand (Hrsg.), *Routledge Handbook of the History of Women's Economic Thought*, London: Routledge, S. 341–357.

- Caldwell, Bruce/Klausinger, Hansjörg* (2022): Hayek: A Life 1899–1950, Chicago: University of Chicago Press.
- Coase, Ronald H.* (1982): Economics at LSE in the 1930's: A Personal View, in: *Atlantic Economic Journal* 10, S. 31–34.
- Cubitt, Charlotte E.* (2006): A Life of Friedrich August von Hayek, Bedfordshire: Authors OnLine Ltd.
- Dal Pont Legrand, Muriel/Hagemann, Harald* (2013): Lutz and Equilibrium Theories of the Business Cycle, in: *Æconomia* 3 (2), S. 241–62.
- De Cecco, Marcello* (2011): The Italian Economy Seen From Abroad over 150 Years, Economic History Working Papers of Banca D'Italia No. 21.
- Economic Cooperation Administration* (1949): Italy: Country Study – European Recovery Program, Washington: United States Government Printing Office.
- Ellis, Howard S.* (1950): Foreword, in: Howard S. Ellis (Hrsg.), *The Economics of Freedom*, New York: Harper & Brothers, S. xi–xii.
- Graziani, Augusto* (1983): The Macroeconomic Theory of Vera C. Lutz, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 36 (144), S. 3–27.
- Grudev, Lachezar* (2019): Friedrich A. Lutz' Epistemological and Methodological Messages during the German-Language Business Cycle Debate, in: *Journal of Contextual Economics–Schmollers Jahrbuch* 139 (1), S. 1–28.
- Grudev, Lachezar* (2024): Emigration with a Pulled Handbrake: Friedrich A. Lutz's Internal Methodenstreit, in: *History of Political Economy* 56 (1), S. 41–72.
- Gusman, Rosaria G.* (1984): Note bio-bibliografiche (1912–1976), in: *Fondazione Luigi Einaudi (Hrsg.), Moneta, Dualismo e Pianificazione nel Pensiero di Vera C. Lutz*, Bologna: Società editrice il Mulino, S. 89–110.
- Haberler, Gottfried* (1937): *Prosperity and Depression: A Theoretical Analysis of Cyclical Movements*, Geneva: League of Nations.
- Haberler, Gottfried* (1984): Vera e Friedrich Lutz: Una famosa coppia di economisti dei nostri tempi, in: *Fondazione Luigi Einaudi (Hrsg.), Moneta, Dualismo e Pianificazione nel Pensiero di Vera C. Lutz*, Bologna: Società editrice il Mulino, S. 47–53.
- Hagemann, Harald* (1997): Einführung, in: Harald Hagemann (Hrsg.), *Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, Marburg: Metropolis, S. 7–36.
- Hagemann, Harald* (2002): Introduction, in: Harald Hagemann (Hrsg.), *Equilibrium and the Business Cycle*, Vol. 4 of *Business Cycle Theory: Selected Texts, 1860–1939*, London: Pickering & Chatto, S. vii–xxvii.
- Hagemann, Harald* (2008): Zur Einführung: Friedrich A. Lutz (1901–1975, in: Nils Goldschmidt/Michael Wohlgemuth (Hrsg.), *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 273–278.
- Hartwell, Ronald M.* (1995): *History of the Mont Pelerin Society*, Indianapolis: Liberty Fund.

- Hayek, Friedrich A. von* ([1931] 1935): *Prices and Production*, London: Augustus Kelly.
- Hayek, Friedrich A. von* ([1941]1950): *The Pure Theory of Capital*, Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, Friedrich A. von* (1944): *The Road to Serfdom*, London: Routledge Press.
- Hayek, Friedrich A. von* ([1963] 1995): *The Economics of the 1930s as Seen from London*, in: Bruce Caldwell (Hrsg.), *Contra Keynes and Cambridge: Essays, Correspondence*, Vol. 9 of *The Collected Works of F. A. Hayek*, Chicago: University of Chicago Press, S. 49–73.
- Hayek, Friedrich A. von* ([1976] 2004): *Die neue Konfusion über ‚Planwirtschaft‘*, in: Manfred Streit (Hrsg.), *Friedrich A. von Hayek. Wissenschaft und Sozialismus: Aufsätze zur Sozialismuskritik*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 171–185.
- Hayek, Friedrich A. von* ([1976] 2011): *Entnationalisierung des Geldes. Schriften zur Währungspolitik und Währungsordnung*, hrsg. von Alfred Bosch, Reinhold Veit und Verena Veit-Bachmann. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hayek, Friedrich A. von* (1983): *Nobel Prize–Winning Economist*, Los Angeles: Regents of the University of California.
- Hevesy, Paul de* (1940): *Wheat Planning and Economic Planning in General*, London: Oxford University Press.
- Howson, Susan* (2011): *Lionel Robbins*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hicks, John R.* (1967): *The Hayek Story*, in: John R. Hicks, *Critical Essay in Monetary Theory*, Oxford: Clarendon Press: S. 203–215.
- Hicks, John R.* (1984): „La Regione e il mondo, in: *Fondazione Luigi Einaudi* (Hrsg.), *Moneta, Dualismo e Pianificazione nel Pensiero di Vera C. Lutz*, Bologna: Società editrice il Mulino, S. 55–62.
- Jack, D. T.* (1936): *Rezensionen von Money by Edwin W. Kemmerer; The Rationale of Central Banking by Vera C. Smith; Managing the People’s Money by Joseph E. Goodbar; British Banks and the London Money Market by R. J. Truptil*, in: *Economic Journal* 46 (183), S. 503–505.
- Janssen, Hauke* ([1998] 2012): *Nationalökonomie und Nationalsozialismus: Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts*, Marburg: Metropolis.
- Klinckowstroem, Wendula Gräfin von* (2023): *Walter Eucken: Ein Leben für Menschenwürde und Wettbewerb*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Kolev, Stefan* (2017): *Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich*, Berlin: De Gruyter.
- Kolev, Stefan* (2018): *The Abandoned Übervater: Max Weber and the Neoliberals*, Center for the History of Political Economy at Duke University Working Paper Series No. 2018- 21 (<https://ssrn.com/abstract=3309204>).
- Kolev, Stefan* (2024): *When Liberty Presupposes Order: F. A. Hayek’s Contextual Ordoliberalism*, in: *Journal of the History of Economic Thought* 46 (2), S. 288–311.

- Kolev, Stefan/Goldschmidt, Nils/Hesse, Jan-Otmar* (2020): Debating Liberalism: Walter Eucken, F. A. Hayek, and the Early History of the Mont Pèlerin Society, in: *Review of Austrian Economics* 33 (4), S. 433–463.
- Kolev, Stefan/Köhler, Ekkehard A.* (2022): Transatlantic Roads to Mont Pèlerin: ‚Old Chicago‘ and Freiburg in a World of Disintegrating Orders, in: *History of Political Economy* 54 (4), S. 745–784.
- League of Nations* (1943): *The Transition from War to Peace Economy*, New York: Columbia University Press.
- Lutz, Friedrich A.* (1927): *Der Kampf um den Kapitalbegriff in der neuesten Zeit*, Tübingen: Göbel.
- Lutz, Friedrich A.* (1932): *Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie*, Jena: Gustav Fischer.
- Lutz, Friedrich A.* (1936): *Das Grundproblem der Geldverfassung*, Stuttgart: Verlag von W. Kohlhammer.
- Lutz, Friedrich A.* (1937a): Neue Goldwährung, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 46 (2), S. 409–434.
- Lutz, Friedrich A.* (1937b): Note on the Gold Movement in the Present International Monetary System, in: *Review of Economic Studies* 5 (1): S. 66–71.
- Lutz, Friedrich A.* (1938): The Outcome of the Saving-Investment Discussion, in: *Quarterly Journal of Economics* 52 (4), S. 588–614.
- Lutz, Friedrich A.* (1949): Aid for Italy: Her Participation in Marshall Plan Held Indispensable, in: *New York Times*, 14. August 1949, S. 8.
- Masera, R. A.* (1983): Inflation, Stabilization and Economic Recovery in Italy After the War: Vera Lutz’s Assessment, in: *Banca Nazionale del Lavoro. Quarterly Review* 36 (144), S. 29–50.
- Nurkse, Ragnar* (1952): *Some Aspects of Capital Accumulation in Underdeveloped Countries*. Cairo: National Bank of Egypt.
- Robbins, Lionel* (1971): *Autobiography of an Economist*, London: Macmillan.
- Rühl, Christof* (1994): The Transformation of the Business Cycle Theory: Hayek, Lucas, and a Change in the Notion of Equilibrium, in: Marina Colonna/Harald Hagemann (Hrsg.), *In Money and Business Cycles: The Economics of F. A. Hayek*, Aldershot: Edward Elgar, S. 168–202.
- Sánchez-Cascado, Paloma de la Nuez* (2007): La escuela austriaca representada en la obra de Vera Smith, in: Luis Perdiges de Blas/Elena Gallego Abaroa (Hrsg.), *Mujeres Economistas: Las Aportaciones de las Mujeres ala Ciencia Económica y a su Divulgación durante los Siglos XIX y XX*, Madrid: Ecobook, S. 411–434.
- Schwartz, Pedro* (1984): Central Bank Monopoly in the History of Economic Thought: A Century of Myopia in England, in: Pascal Salin (Hrsg.), *Currency Competition and Monetary Union*, Den Haag: Martinus Nijhoff Publisher, S. 95–126.
- Syga-Dubois, Judith* (2019): *Wissenschaftliche Philanthropie und transatlantischer Austausch in der Zwischenkriegszeit: Die sozialwissenschaftlichen Förderprogramme der Rockefeller-Stiftungen in Deutschland*, Wien: Böhlau.

- Talamona*, Mario (1982): Vera C. Lutz E I Problemi Della Pianificazione Centrale Per L'Economia Di Mercato: Teoria Ed Esperienza Tra Francia E Italia, in: *Giornale degli Economisti e Annali di Economia* 41 (9/10), S. 579–604.
- Tippetts*, Charles (1937): Rezension von *The Rationale of Central Banking* by Vera C. Smith, in: *American Economic Review* 26 (3), S. 547–548.
- Veit-Bachmann*, Verena (2002): Unsere Aufgabe: Friedrich A. Lutz (1901–1975) zum hundertsten Geburtstag, in: *ORDO–Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 53, S. 155–167.
- Veit-Bachmann*, Verena (2003): Friedrich A. Lutz: Leben und Werk, in: Viktor J. Vanberg (Hrsg.), *Währungsordnung und Inflation: Zum Gedenken an Friedrich A. Lutz (1901–1975)*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 9–43.
- White*, Lawrence W. (1984): Appendix to Chapter III, in: *Free Banking and Currency Competition: A Bibliographical Note. Currency Competition and Monetary Union*, Den Haag: Martinus Nijhoff Publisher, S. 130–134.
- Wittmann*, Marie-Véronique (1992): Les femmes dans la pensée économique, in: *Revue française d'économie* 7 (3), S. 113–138.
- Yeager*, Leland B. (1990): Preface der zweiten Ausgabe von *The Rationale of Central Banking and the Free Banking Alternative* by Vera C. Smith, Indianapolis: Liberty Fund Press, S. xiii–xxv.
- Zelmanovitz*, Leonidas (2019): Vera Smith: The Contrarian View, *Library of Economics and Liberty* (<https://www.econlib.org/library/Columns/y2019/Zelmanovitz-SmithV.html>).

Archive und Sammlungen

- Berlin Document Center, Dokumente DS/WI 35, Lutz Friedrich A., Archivsignatur R9361-VI/1872.
- Bundesarchiv Koblenz, August Wilhelm Fehling Nachlass, Ordner „Friedrich A. Lutz“ (NL 1106, Nr. 40).
- Hoover Institution Archives, Stanford University. Friedrich A. Hayek Nachlass, Ordner „Gottfried Haberler“ (box 94, folder 6).
- LSE Library Archives and Special Collections, Lutz Vera Constance Smith Archivsignatur H/32/1001.
- Princeton University Archives, Alumni and Faculty Offprint Collection, Ordner „Lutz, Friedrich“ (box 29, folder 12).
- Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Nachlass Walter Eucken, Ordner „Friedrich August Lutz“ und Ordner „Hans Otto Lenel“.